



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898 - 1914

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

[Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes]

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80404](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-80404)

II

24. Juli bis 4. August
(Fortsetzung)

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

Erhalten 30. Juli

No. 227

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß die Bevölkerung der Hauptstadt gestern eine erhebliche Erregung über die österreichisch-serbische Krise verriet. Die Geschäftsräume der Blätter waren von Volksmassen belagert, die nach den neuesten Nachrichten riefen, und die Leute, die Zeitungen erhielten, lasen den Umstehenden die letzten Telegramme vor. Eine mit Musik marschierende Abteilung Soldaten erweckte spontane Hurrarufe, die sich den ganzen Newsky-Prospekt entlang fortpflanzten. Am Nachmittag sammelte sich eine große Menschenmenge aus allen Ständen in einer der Hauptstraßen der Stadt und brachte Hochrufe auf Serbien sowie Schmährufe gegen Österreich und Deutschland aus. Die Polizei machte einen erfolglosen Versuch, die Menge zu zerstreuen, die dann zur serbischen Gesandtschaft zog. Der serbische Gesandte, Herr Spalaikowitsch erschien am Fenster und wurde mit einer Ovation empfangen, worauf er eine Ansprache hielt, in der er die Kindesgefühle seines Landes für Rußland zum Ausdruck brachte, er schloß aber das Fenster, als der Ruf „Nieder mit Österreich“ ertönte. Verschiedene Versuche, vor der österreichischen und deutschen Botschaft feindliche Kundgebungen zu veranstalten, wurden durch die Polizei vereitelt. Vor einigen Kasernen sang das Volk die Nationalhymne und russische Offiziere wurden in den Straßen mit Zurufen begrüßt. Um drei Uhr heute früh erneuerte eine große Menschenmenge, die man von der deutschen Botschaft weggetrieben hatte, die Kundgebung vor der serbischen Gesandtschaft, wo einer der serbischen Sekretäre eine Rede über die Krise hielt. Die Menge spendete begeisterten Beifall und hob einen russischen Offizier zur Abgabe einer Antwort auf ihre Schultern.

Sämtliche Zeitungen bringen Artikel über die Aussichten von Krieg oder Frieden. Die „Nowoje Wremja“ schreibt, alles hänge von Deutschland ab, das vertraglich nicht verpflichtet sei, herausfordernde Handlungen Österreichs zu unterstützen. Die deutsche Regierung,

meint der Verfasser, werde die deutsche Armee niemals von Österreich als Waffe benutzen lassen. Der „St. Petersburg Courier“ veröffentlicht Agenturtelegramme, daß die Rückkehr des deutschen Kaisers nach Berlin früher als ursprünglich beabsichtigt erfolgte; daß der Chef des preußischen Generalstabes von Karlsbad nach Berlin zurückgeeilt und daß die allgemeine Mobilmachung der serbischen Armee amtlich bekanntgegeben worden sei. Die „Retsch“ erklärt, daß Euere Exzellenz dem König empfohlen haben, sich unmittelbar an den Deutschen Kaiser zu wenden, um eine friedliche Schlichtung des österreichisch-serbischen Zwistes zustande zu bringen.

Ich habe usw.

George W. Buchanan

(34667)

No. 290

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 123

Wien, den 29. Juli 1914

A. 29. Juli 8⁵⁰ nachm.

E. 30. Juli 12³⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Liste mobilisierter Einheiten im VIII. Korps schließt Landwehrdivision und Kavallerieregimenter ein, deren Hauptquartiere in Stanislaw sind. Prager und Pardubitzer Kavallerie scheint nicht betroffen zu sein. In Preßkreisen sagt man, daß ein für die Österreicher ungünstiges Grenzscharmützel gestern östlich von Foča stattfand. Zeitungen berichten nichts darüber.“

(34671)

No. 291

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

a)

(Tel. ohne Nummer)

Nisch

E. 30. Juli 1914 2²⁰ vorm.

Beträchtliche Panik in Belgrad, zufolge der Flüchtlinge in britische Gesandtschaft strömen, um Schutz unserer Flagge zu suchen.

(34672)

b)

(Tel. ohne Nummer)

Nisch

E. 30. Juli 1914 2²⁵ vorm.

Erhalte telephonisch Nachricht aus Belgrad, daß zwei Granaten in den österreichischem Feuer ausgesetzten Teil britischer Gesandtschaft einschlugen und erheblichen Schaden anrichteten.

(34737)

c)

(Tel.) No. 66

Nisch

E. 30. Juli 1914 11⁰ vorm.

Laut heute morgen hier eingegangenen Nachrichten haben Österreicher Beschießung Belgrads gestern abend wieder begonnen. Serben antworteten aus Forts und Beschießung hörte auf. Kriegsminister erklärte, serbische Grenze sei noch nicht verletzt.

(34680)

No. 292

Graf de Salis an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 25

Cetinje, den 28. Juli 1914

A. 29. Juli 7⁰ nachm.

E. 30. Juli 8⁰ vorm.

Allgemeine Mobilmachung angeordnet.

(34734)

No. 293

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 102. Geheim. Dringend

Berlin, den 29. Juli 1914

A. 30. Juli 1²⁰ vorm.

E. 30. Juli 9⁰ vorm.

(? Österreich und) Serbien. Reichskanzler ließ mich gleich nach seiner Rückkehr aus Potsdam heute abend wieder kommen und machte folgendes starke Angebot für britische Neutralität im Kriegsfall. Er sagte, er setze seine Bemühungen um Erhaltung des Friedens fort, aber (? Zifferngruppe fehlt: im Falle)* eines russischen Angriffs auf Österreich könnten Deutschlands Pflichten als Bundesgenosse Österreichs zu seinem großen Bedauern einen europäischen Brand unvermeidlich machen, und er hoffe, daß Großbritannien in diesem Falle neutral bleiben werde. Soweit er Grundzug britischer Politik beurteilen könne, sei es klar, daß Großbritannien die Zerschmetterung Frankreichs niemals zulassen werde. Deutschland beabsichtige das aber keineswegs. Die kaiserliche Regierung sei bereit, der britischen Regierung — ihre Neutralität vorausgesetzt — jede Zusicherung zu geben, daß Deutschland im Falle eines siegreichen Krieges keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebe.

* Im Original fehlen vor „a Russian attack“ vermutlich die Wörter „in the event of“. Dieser Ausfall könnte im Deutschen nur durch die weiteren Einklammerungen „ein(es) russischen Angriff(s)“ genau wiedergegeben werden.

Auf meine Frage erwiderte Seine Exzellenz, er vermöge gleiche Zusicherung bezüglich Kolonien nicht zu geben.

Fortfahrend sagte Seine Exzellenz, er sei ferner bereit, der britischen Regierung zu versichern, daß Deutschland Neutralität und Integrität Hollands solange achten werde, als dies seitens der Gegner Deutschlands geschähe.

Bezüglich Belgiens wußte Seine Exzellenz nicht, zu welchen Gegenoperationen Deutschland durch die Aktion Frankreichs etwa genötigt würde, aber er könne erklären, daß die belgische Integrität, vorausgesetzt, daß Belgien nicht gegen Deutschland Partei nehme, nach Beendigung des Krieges geachtet werden würde.

Schließlich drückte Seine Exzellenz Zuversicht aus, diese Versicherungen möchten Grundlage für eine weitere Verständigung mit England bilden, die, wie Ihnen ja bekannt, stets das Ziel seiner Politik als Reichskanzler gewesen sei.

Eine Zusicherung britischer Neutralität im Konflikt, den gegenwärtige Krise vielleicht hervorrufen könnte, würde ihm die Möglichkeit schaffen, ein allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen den beiden Ländern in Aussicht zu nehmen, obwohl es natürlich im jetzigen Augenblick verfrüht sei, über die Einzelheiten zu sprechen.

Seine Exzellenz fragte mich, wie Sie sein Ansuchen meiner Ansicht nach wohl aufnehmen würden. Ich entgegnete, Sie wünschten meines Erachtens volle Handlungsfreiheit zu wahren und ich persönlich hielte es nicht für wahrscheinlich, daß Sie beim gegenwärtigen Stand der Dinge geneigt wären, sich auf ein bestimmtes Verhalten festzulegen.

Nach dieser Unterredung teilte ich Seiner Exzellenz den Inhalt Ihres Telegramms No. 227¹⁾ mit und er bat mich, Ihnen seinen besten Dank dafür auszusprechen.

*Im BB No. 85 (paraphrasiert) veröffentlicht
DD No. 373 enthält die Aufzeichnung des deutschen Reichskanzlers
über seine Erklärungen
Vgl. auch No. 677*

Vermerk

Diese erstaunlichen Vorschläge bedürfen nur des einzigen Kommentars, daß sie ein sehr schlechtes Licht auf den Staatsmann werfen, der sie macht.

Nebenbei ist es von Interesse, festzuhalten, daß Deutschland eigentlich die Absicht zugibt, belgische Neutralität zu verletzen, aber bestrebt sein wird, diejenige Hollands zu achten (um deutsche Einfuhr via Rhein und Rotterdam zu sichern).

Es ist klar, daß Deutschland zum Krieg so gut wie entschlossen ist und daß der einzig hemmende Einfluß bislang die Furcht vor der Teilnahme Englands an der Verteidigung Frankreichs und Belgiens war. — E. A. C. 30. Juli.

¹⁾ No. 266.

Mitteilung der französischen Botschaft

(Eingangszeit nicht bekannt)

M. Viviani à M. Paul Cambon

(Tél.)

Paris, le 30 juillet 1914

L'Ambassadeur de Russie me fait savoir cette nuit que l'Ambassadeur d'Allemagne a notifié à M. Sazonof la décision de son Gouvernement de mobiliser ses forces armées si la Russie ne cesse pas ses préparatifs militaires. Le Ministre des Affaires Etrangères du Gouvernement du Tsar fait remarquer que ces préparatifs n'ont été commencés qu'à la suite de la mobilisation par l'Autriche de huit corps d'armée et du refus de cette Puissance de régler pacifiquement son différend avec la Serbie. M. Sazonof déclare que, dans ces conditions, la Russie ne peut que hâter ses armements et envisager l'imminence de la guerre, qu'elle compte sur le secours d'une alliée, la France et qu'elle considère comme désirable que l'Angleterre se joigne sans perte de temps à la Russie et à la France. Comme je vous l'ai indiqué dans mon télégramme du 27 de ce mois, le Gouvernement de la République est décidé à ne négliger aucun effort en vue d'une solution du conflit et à seconder l'action du Gouvernement impérial dans l'intérêt de la paix générale.

La France est d'autre part résolue à remplir toutes ses obligations d'alliance.

Mais dans l'intérêt même de la paix générale et étant donné qu'une conversation est engagée entre les Puissances moins intéressées je crois qu'il serait opportun que, dans les mesures de précaution et de défense auxquelles la Russie croit devoir procéder elle ne prenne immédiatement aucune disposition qui offrît à l'Allemagne un prétexte pour une mobilisation totale ou partielle de ses forces.

Vgl. F No. 101, R No. 58 und Un Livre Noir Band II S. 289—90, sowie No. 300

(34746)

No. 295

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 124

Wien, den 29. Juli 1914

A. 29. Juli 11³⁰ nachm.E. 30. Juli 11⁰ vorm.

Russischer Botschafter teilte mir mit, daß Rußland Mobilisierung der für Operationen an österreichischer Grenze bestimmten Korps angeordnet hat. Militärattaché erfährt von seinem russischen Kollegen,

daß einunddreißig Divisionen mobil gemacht werden, nämlich die der Armeekorps von Wilna, Warschau, Kiew und Odessa. In Wien ist Nachricht heute abend noch nicht allgemein bekannt, aber ich glaube, sie wird Auswärtiges Amt nicht überraschen, das langsam zur Erkenntnis gelangt ist, daß Rußland nicht gleichgültig bleiben wird. Bei gegenwärtiger Stimmung des Landes können unwiderrufliche Schritte unternommen werden, falls nicht Vermittlung schnellstens zustande kommt, bezüglich der deutsche Botschafter *[sic]** grundsätzlich ihre Bereitschaft erklärte, sie im Einvernehmen mit drei anderen nicht unmittelbar interessierten Großmächten anzubieten. Sowohl russischer wie französischer Botschafter haben heute mit deutschem Botschafter gesprochen, der Überraschung heuchelt, daß Rußland so viel Interesse am Schicksal Serbiens zeige. Russischer Botschafter setzte Unmöglichkeit anderen Verhaltens auseinander und drückte Hoffnung aus, daß sich die Sache noch einrenken lasse. Er sagte, Rußland habe schon seinen Einfluß ausgeübt, um von serbischer Regierung Annahme der Hauptforderungen Österreichs zu erlangen. Rußland werde in dieser Richtung wahrscheinlich noch weiter gehen, wenn man in geeigneter Weise an es herantrete. Aber es könne sich von der Regelung nicht ausschließen lassen und sei mit Recht aufgebracht, daß man es in der Sache völlig übergangen habe. Unterredung mit französischem Botschafter war unangenehm, aber deutscher Botschafter sagte schließlich, er sei persönlich der Meinung, deutsche Regierung dürfte einwilligen, mit anderen drei Mächten vermittelnd einzugreifen, wenn überhaupt noch Vorschläge gemacht werden könnten, die Aussicht auf beiderseitige Annahme böten. Den Äußerungen russischen Botschafters entnehme ich, daß Rußland hinsichtlich österreichischer Forderungen an Serbien weit entgegenkommen würde, aber Seine Exzellenz ist sehr über Wirkung auf russische öffentliche Meinung besorgt, falls ein ernstes Gefecht stattfindet, ehe eine Verständigung erzielt ist.

Italienischer Botschafter befürchtet, österreichisch-ungarische Regierung werde Vermittlungsangebot ablehnen, wenn es erfolgt, bevor österreichische Waffen wenigstens einen entscheidenden Sieg über die Serben errungen haben.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 94 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Teile)
veröffentlicht
Vgl. DD No. 386*

* Offenbar verschrieben für „deutsche Regierung“.

(34778)

No. 296

Generalkonsul Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 12

Odessa, den 30. Juli 1914

A. 12⁴⁰ nachm.

E. 12¹⁵ nachm.

Mobilisierung der Armee- und Marine-Reservisten von 1901 bis 1913 verfügt. Reservisten haben sich morgen früh zu stellen.

(35028)

No. 297

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 17

Haag, den 30. Juli 1914

A. 11³⁹ vorm.

E. 12⁵⁵ nachm.

Königliche Verordnung heute veröffentlicht, die Verordnung vom 30. Oktober 1909 (siehe Sir G. Buchanans Bericht No. 200 vom 30. November 1909) zeitweilig (? er)neuert und verbietet, daß fremde Kriegsschiffe oder in Kriegsschiffe umgewandelte Fahrzeuge niederländische Territorialgewässer berühren, mit Ausnahme von 1. Fischereikreuzern und 2. Kriegsschiffen in Not, oder beschädigt, oder durch Sturm gezwungen, oder solche, die ausschließlich für religiöse, wissenschaftliche oder humanitäre Zwecke bestimmt sind.

Ausnahmen der unter 1 und 2 erwähnten einschränkenden Verbote gelten nur hinsichtlich der Mächte, die sich niederländischen Kriegsschiffen gegenüber ebenso verhalten.

Übersetzung der Verordnung mit heutiger Abendpost¹⁾.

(34845)

No. 298

Generalkonsul Hearn an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 11

Hamburg, den 30. Juli 1914

A. 12²⁵ nachm.

E. 1⁴⁵ nachm.

Geheim. Vizekonsul in Bremerhaven berichtet, daß eingetroffene Staabsoffiziere große Tätigkeit entwickeln; daß Forts bemannt und

¹⁾ Dies Dokument hier nicht abgedruckt, da es lediglich den Wortlaut der Verordnung enthält.

unterseeische Verteidigungsmittel längs der ganzen Nordseeküste und bei Helgoland placiert werden.
(Botschaft verständigt)

Vermerke

Das sind Kriegsvorbereitungen gegen England. — E. A. C. 30. Juli.
Oder Verteidigungsmaßnahmen gegen einen englischen Angriff. — A. N.

(34849)

b)

(Tel.) No. 12

Hamburg, den 30. Juli 1914

A. 12²⁵ nachm.

E. 1⁵⁰ nachm.

Geheim. Vizekonsul in Emden berichtet, daß dortige Artillerie um zwei Uhr heute morgen alarmiert wurde und eiligst nach Borkum abging, wo Garnison auf Kriegsstärke minus Reserven gebracht wurde.

(Botschaft verständigt)

(34807)

No. 299

Der russische Botschafter an Sir Arthur Nicolson

Erhalten 30. Juli

Russische Botschaft, London, den 30. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Gestern nacht erhielt ich zwei der anliegenden Telegramme. Sie scheinen mir wichtig zu sein. Da sie sich auf Schebekos Telegramm beziehen, dessen Hauptpunkte ich Ihnen gestern nachmittag kurz mitteilte, so füge ich von diesem Telegramm ebenfalls eine Übersetzung bei.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

Anlagen zu No. 299

1)

Confidentiel

*Télégramme de l'Ambassadeur de Russie à Vienne à M. Sazonoff
en date du 15/28 Juillet 1914*

J'ai entretenu aujourd'hui le Comte Berchtold dans le sens des instructions de votre Excellence. Je lui fis observer, en termes les

plus amicaux, combien il était désirable de trouver une solution qui en consolidant les bons rapports entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, donnerait à la Monarchie Austro-Hongroise des garanties sérieuses pour ses rapports futurs avec la Serbie.

J'attirais l'attention du Comte Berchtold sur tous les dangers pour la paix de l'Europe, qu'entraînerait un conflit armé entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie.

Le Comte Berchtold me répondit qu'il se rendait parfaitement compte du sérieux de la situation et des avantages d'une franche explication avec le Cabinet de St.-Petersbourg. Il me dit que d'un autre côté le Gouvernement Austro-Hongrois, qui ne s'était décidé que très mal volontiers aux mesures énergiques qu'il avait prises contre la Serbie, ne pouvait plus ni reculer, ni entrer en discussion aucune des termes de la note Austro-Hongroise.

Le Comte Berchtold ajouta que la crise était devenue si aiguë et que l'excitation de l'opinion publique avait atteint tel degré, que le Gouvernement, le voulait-il, ne pouvait plus y consentir, d'autant moins, me dit-il, que la réponse même de la Serbie donne la preuve du manque de sincérité de ses promesses pour l'avenir.

Vgl. Oe II No. 95

2)

Confidentiel

Télégramme de M. Sazonoff en date du 16/29 Juillet 1914

L'Ambassadeur d'Allemagne m'informe au nom du Chancelier, que l'Allemagne n'a pas cessé d'exercer à Vienne une influence modératrice et qu'elle continuera cette action même après la déclaration de guerre. Jusqu'à ce matin il n'y avait aucune nouvelle que les armées autrichiennes aient franchi la frontière serbe. J'ai prié l'Ambassadeur de transmettre au Chancelier mes remerciements pour la teneur amicale de cette communication. Je l'ai informé des mesures militaires prises par la Russie, dont aucune, lui dis-je, n'était dirigée contre l'Allemagne; j'ajoutais qu'elles ne préjugeaient pas non plus des mesures agressives contre l'Autriche-Hongrie, ces mesures s'expliquant par la mobilisation de la plus grande partie de l'armée Austro-Hongroise.

L'Ambassadeur se prononçant en faveur d'explications directes avec le Cabinet de Vienne et nous, je répondis que j'y étais tout disposé, pour peu que les conseils du Cabinet de Berlin, dont il parlait trouvent écho à Vienne.

En même temps je signalais que nous étions tout disposés à

accepter le projet d'une conférence des quatre Puissances, un projet auquel, paraissait-il, l'Allemagne ne sympathisait pas entièrement.

Je dis que, dans mon opinion, le meilleur moyen pour mettre à profit tous les moyens propres à produire une solution pacifique, consisterait en une action parallèle des pourparlers d'une conférence à quatre de l'Allemagne, de la France, de l'Angleterre et de l'Italie et d'un contact direct entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, à l'instar à peu près de ce qui avait eu lieu aux moments les plus critiques de la crise de l'an dernier.

Je dis à l'Ambassadeur qu'après les concessions faites par la Serbie, un terrain de compromis pour les questions restées ouvertes ne serait pas très difficile à trouver, à condition toutefois de quelque bonne volonté de la part de l'Autriche et à condition que toutes les Puissances usent de toute leur influence dans un sens de conciliation.

Vgl. DD No. 343

3)

Confidentiel

*Télégramme de M. Sazonoff à l'Ambassadeur de Russie à Londres
du 16/29 Juillet 1914*

Lors de mon entretien avec l'Ambassadeur d'Allemagne, dont traite mon télégramme précédent, je n'avais pas encore reçu le télégramme du 15 (28) juillet de M. Schébéko.

Le contenu de ce télégramme constitue un refus du Cabinet de Vienne de procéder à un échange d'idées direct avec le Gouvernement Impérial.

Dès lors, il ne nous reste plus qu'à nous en remettre entièrement au Gouvernement Britannique pour l'initiative des démarches qu'il jugera utile de provoquer.

Mit Übersetzung im BB No. 93 veröffentlicht

(36820)

No. 300

Mitteilung des russischen Botschafters, 30. Juli 1914

Confidentiel

*Télégramme de M. Sazonoff à l'Ambassadeur de Russie
à Londres du 16/29 Juillet 1914 (N 1551)*

L'Ambassadeur d'Allemagne m'a informé aujourd'hui de la décision prise par le Gouvernement allemand de mobiliser ses forces

armées, si la Russie n'arrêtait pas ses préparations militaires. Les mesures en question n'ont été prises par la Russie qu'après que Autriche-Hongrie eut mobilisé huit corps d'armée et quand il fut devenu manifeste que le Gouvernement Austro-Hongrois ne montrait aucun désir de consentir à quelque moyen pacifique pour aplanir son différend avec la Serbie.

Le Gouvernement Impérial ne pouvant pas obtempérer au désir exprimé par l'Allemagne, il ne lui reste plus qu'à hâter ses armements et à compter avec l'éventualité de la guerre devenue probablement inévitable.

Veuillez informer de ce qui précède le Gouvernement de Sa Majesté Britannique.

Vgl. No. 294 und „Un Livre Noir“ Band II Seite 289

(34866)

No. 301

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 131

Rom, den 30. Juli 1914

A. 12 mittags

E. 2⁴⁵ nachm.

Ich sprach gestern abend den deutschen Botschafter, der gerade nach Rom zurückgekehrt war. Er meinte, daß Deutschland in der Lage wäre, Österreich von unmäßigen Forderungen abzuhalten, wenn Serbien veranlaßt werden könnte, nachzugeben und frühzeitig, etwa sobald Belgrad besetzt sei, um Frieden zu bitten. Er sagte, daß mit Rücksicht auf die Beschaffenheit des Landes und die Stärke der Stellungen um Nisch 400 000 bis 500 000 Mann erforderlich wären, um Erfolg der Operationen sicherzustellen, wenn Feldzug zu einem Abschluß gebracht würde, in welchem Fall österreichische Bedingungen härter sein müßten.

Wären Verhandlungen, an denen Deutschland mit uns teilnehmen könnte, erst einmal im Gange, so glaube er, daß Rußland während der schwebenden Verhandlungen gerne jede Aktion aufschieben würde. In Rußland drohe große Not und rings um die russischen Besitztümer seiner Gemahlin sei die Volksernährung gefährdet, so daß Rußland allen Grund hätte, Krieg zu vermeiden, wenn es eine kleine Genugtuung erlangen könne. Für Deutschland läge Schwierigkeit darin, daß es in letzten Jahren so oft dazwischen getreten sei, um seinen Bundesgenossen an einer Züchtigung Serbiens zu hindern, so daß man in Wien begonnen habe, Wert des Bündnisses in Frage zu

stellen, und Deutschland sei jetzt verpflichtet, Österreich Handlungsfreiheit in Serbien zu verschaffen.

Persönlich regte ich an, Deutschland möge eine Formel aufsetzen, die ihm für einen Gedankenaustausch annehmbar erscheine, und bei Rückkehr zur Botschaft fand ich Ihr Telegramm No. 226 vom 29. Juli nach Berlin¹⁾ vor, aus dem ich ersah, daß Sie dies Verfahren bereits dringend vorgeschlagen haben.

Teilweise im BB No. 100 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vermerk

Ich halte es für unnötig, dies zu wiederholen. Nur Rußland kann Serbien zum Nachgeben veranlassen, und wir wissen, wie Rußland diese Anregung aufnehmen würde. — G. R. C. 30. Juli 1914.

(34855)

No. 302

a)

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

(Tel.) No. 185. Dringend. Streng vertraulich

A. 1¹⁵ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Außenminister empfing französischen Botschafter und mich heute morgen. Er sagte uns, er habe gestern nachmittag mit deutschem Botschafter Unterredung gehabt, in der dieser geäußert, seine Regierung würde dafür bürgen, daß Österreich serbische Integrität nicht verletzen werde. Außenminister habe erwidert, Serbien würde, wenn auch territoriale Integrität geachtet werden sollte, unausbleiblich Vasall Österreichs werden, gerade so wie Buchara Vasall Rußlands sei, obgleich man sein Gebiet unangetastet gelassen habe. Wenn russische Regierung dies duldet, würde es eine Revolution im Lande geben. Auf beiden Seiten fielen erregte Worte, indem Außenminister Vorwurf gegen Österreich erhob, eine Erpresserpolitik zu betreiben, und gegen Deutschland, daß es vom Wunsche beseelt sei, Zeit zur Vollendung seiner militärischen Rüstungen zu gewinnen.

Russische Regierung habe, wie Außenminister uns sagte, absoluten Beweis, daß Deutschland militärische und maritime Vorbereitungen gegen Rußland treffe, und zwar besonders in Richtung auf Finnischen Meerbusen. Gestern abend sei beschlossen worden, heute morgen Order für Teilmobilmachung zu erlassen — die in meinem

¹⁾ No. 263.

Telegramm 182 vom 29. Juli erwähnten dreizehn Armeekorps¹⁾ — und gleichzeitig Vorbereitungen für allgemeine Mobilmachung zu beginnen.

Um zwei Uhr früh hatte deutscher Botschafter zweite Unterredung mit Außenminister, wobei ersterer vollkommen zusammenbrach, als er sah, daß Krieg unvermeidlich sei, und den Minister inständig bat, als letzte Hoffnung irgendeinen Vorschlag zu machen, den er seiner Regierung telegraphieren könne. Außenminister las dann Text französischer Formel vor, die er deutschem Botschafter übergab und die in Übersetzung lautet:

„Wenn Österreich anerkennt, daß sein Streitfall mit Serbien Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum Punkte zu beseitigen, die Prinzip der Souveränität Serbiens verletzen, verpflichtet sich Rußland, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen.“

Wenn Österreich diesen Vorschlag verwirft, wird man Vorbereitungen für die allgemeine Mobilmachung fortsetzen und europäischer Krieg wird unvermeidlich sein. Aus strategischen Gründen kann Rußland Umwandlung von Teil- in Gesamtmobilmachung schwerlich aufschieben, da es jetzt weiß, daß Deutschland rüstet, und Erregung im Lande hat solchen Grad erreicht, daß Rußland sich nicht zu bezwingen vermag, wenn Österreich Zugeständnis ablehnt. Außenminister wird Zaren heute nachmittag sprechen.

(Gleichlautend nach Paris No. 270, Berlin No. 234, Wien No. 188, Rom No. 230: „Nur zur Information“)

Im BB No. 97 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

Auch ein Telegramm Sazonows darüber wurde dem Auswärtigen Amt durch Graf Benckendorff entweder am 30. oder 31. Juli wie folgt mitgeteilt:

(36818)

b)

*Télégramme de M. Sazonoff à l'Ambassadeur de Russie
à Londres, le 17/30 Juillet 1914*

Je télégraphie à l'Ambassadeur de Russie à Berlin:

„L'Ambassadeur d'Allemagne vient de me poser la question si nous pouvons nous contenter d'une promesse du Gouvernement

¹⁾ No. 276.

austro-hongrois de ne pas porter atteinte à l'intégrité du Royaume de Serbie. J'ai répondu que cette déclaration ne suffisait pas.

Pressé par l'Ambassadeur d'indiquer à quelles conditions nous consentirions encore d'arrêter nos armements, j'ai autorisé l'Ambassadeur à télégraphier d'urgence à Berlin:

„Si l'Autriche-Hongrie, reconnaissant que la question austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, se déclare prête à éliminer de son ultimatum les points qui portent atteinte aux droits souverains de la Serbie, la Russie s'engage à cesser ses préparatifs militaires.“

Veuillez télégraphier quelle attitude prendra le Gouvernement allemand en présence de cette preuve nouvelle de notre désir de faire tout le possible pour une solution pacifique. Veuillez le faire d'urgence, car nous ne saurions accepter que de tels pourparlers ne servent qu'à gagner du temps au profit de l'Autriche et de l'Allemagne.“

Anmerkung. Die Schilderung dieser Vorgänge in Telegramm Nr. 302a weicht von der des deutschen Botschafters in St. Petersburg ab. Nach seiner Angabe in der Schrift „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden“, Seite 41, die durch die in den „Deutschen Dokumenten“ veröffentlichten Telegramme bestätigt wird, sah Graf Pourtalès Sasonow am Nachmittag des 29. Juli (DD No. 365), sodann nochmals gegen 7 Uhr abends (DD No. 378), als er die in No. 300 erwähnte Mitteilung des deutschen Reichskanzlers machte, und das dritte Mal einer Aufforderung Sasonows entsprechend gegen Mitternacht (DD No. 401 und 412). Er sah ihn am 30. Juli mittags wieder. Die im ersten Absatz von Sir George Buchanans Telegramm erwähnte Unterredung fand nach Angabe des deutschen Botschafters mitten in der Nacht statt (DD No. 412); aber nicht damals, sondern am Morgen des 30. Juli schrieb Sasonow auf Graf Pourtalès' dringende Bitte die im dritten Absatz aufgezeichnete Formel nieder (DD No. 421). Der telegraphische Bericht des Grafen Pourtalès an das deutsche Auswärtige Amt über diese Unterredung ging am 30. Juli 1¹ nachmittags ab und beginnt: „Eben mit Sasonow . . . gesprochen.“ Wenn dies richtig ist, muß Sir George Buchanan die Mitteilung Sasonows unmittelbar nach dem Besuch des Grafen Pourtalès erhalten haben; die Unterredung muß sehr kurz gewesen sein, und nicht unnatürlicherweise wurde ihm dabei nicht ganz klar, was sich bei jeder dieser verschiedenen Unterredungen zugetragen hatte. Andererseits stimmt der von Paléologue erstattete Bericht (F Nr. 103) mit dem Sir George Buchanans überein; beide wurden gleichzeitig von Sasonow unterrichtet, und das deckt sich mit der Darstellung in einer russischen Veröffentlichung, die Tagesaufzeichnungen über die Vorgänge im russischen Auswärtigen Amt enthält. Die später aus den russischen Archiven veröffentlichten und in den „Fälschungen des russischen Orangebuches“ in Übersetzung erschienenen Telegramme werfen kein Licht auf diesen Punkt, da dort die Abgangszeiten nicht angegeben sind. Jedoch erhielt der russische Botschafter in Berlin die Telegramme, die ihn von der neuen Formel in Kenntnis setzten, erst einige Zeit, nachdem das Telegramm Pourtalès' spät nachmittags beim Auswärtigen Amt eingegangen war.

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) Nr. 231

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.Ihr Telegramm No. 102¹⁾.

Teilen Sie Reichskanzler mit, daß sein Vorschlag, wir sollten uns unter solchen Bedingungen zur Neutralität verpflichten, keinen Augenblick lang in Betracht gezogen werden kann.

Er verlangt tatsächlich eine Verpflichtung von uns, wir sollten, solange sich Deutschland kein französisches Gebiet — zum Unterschied von den Kolonien — aneignet, untätig zuschauen, während französische Kolonien weggenommen werden und Frankreich geschlagen wird.

Vom materiellen Standpunkt aus ist solch ein Vorschlag unannehmbar, denn Frankreich könnte, ohne daß ihm weiteres Gebiet in Europa weggenommen würde, so erdrückt werden, daß es seine Stellung als Großmacht verlöre und in die Abhängigkeit der deutschen Politik geriete.

Doch abgesehen davon bedeutete dieser Handel mit Deutschland auf Kosten Frankreichs eine Schande für uns, von der sich der gute Name Englands niemals erholen würde.

Der Kanzler verlangt ferner in der Tat von uns, wir sollten uns alle Verpflichtungen oder Interessen, die wir hinsichtlich der Neutralität Belgiens haben, abhandeln lassen. Wir könnten auf solch ein Geschäft ebensowenig eingehen.

Nach dem hier Ausgeführten braucht nicht geprüft zu werden, ob die Aussicht auf ein künftiges allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und England genügend positive Vorteile bieten würde, um uns dafür zu entschädigen, daß wir jetzt unsere Hände binden. Meine Antwort kann nur lauten, daß wir unsere volle Freiheit wahren müssen, bei einer solch ungünstigen und bedauerlichen Entwicklung der gegenwärtigen Krise, wie sie der Kanzler ins Auge faßt, so zu handeln, wie es die Umstände von uns zu verlangen scheinen.

Wollen Sie eindringlichst hinzufügen, daß der beste Weg, die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu erhalten, darin besteht, weiterhin gemeinsam für die Rettung des europäischen Friedens zu wirken; sind wir darin erfolgreich, so werden sich die gegenseitigen Beziehungen Deutschlands und Englands, wie ich glaube, *ipso facto* bessern und festigen. Auf dies Ziel wird Seiner Majestät Regierung im Verfolg jenes Wegs mit ganzer Aufrichtigkeit und allem guten Willen hinarbeiten.

Und wenn der Friede Europas gerettet und diese Krise glück-

¹⁾ No. 293.

lich überwunden werden kann, so würde es mein ernstliches Bestreben sein, irgendeine Abmachung zu fördern, an der Deutschland beteiligt sein könnte und die ihm die Sicherheit gewährte, daß Frankreich, Rußland und England — gemeinsam oder einzeln — keine feindselige oder aggressive Politik gegen Deutschland oder seine Verbündeten verfolgten. Ich habe das ersehnt und, soweit es in meinen Kräften lag, während der letzten Balkankrise dafür gewirkt, und da Deutschland ein ähnliches Ziel hatte, besserten sich unsere Beziehungen merklich. Der Gedanke war bisher zu utopisch, um den Gegenstand bestimmter Vorschläge zu bilden, aber wenn die gegenwärtige Krise — die schärfste, die Europa seit Generationen erlebt hat — glücklich überwunden wird, dann hoffe ich sehr, daß die darauf folgende Rückwirkung und Entspannung eine entschiedenere Annäherung der Mächte ermöglichen werde, als das bisher der Fall war.

Im BB No. 101 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35070)

No. 304

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 30. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 3⁴⁰ nachm.

Ich erhalte Nachricht, daß der russisch-asiatische Dampfer „Mitava“ für Regierungszwecke nach Reval beordert wurde und daß andere Dampfer derselben Gesellschaft wahrscheinlich folgen werden.

Gestern durften keine Schiffe Riga verlassen, einige vielleicht jedoch heute. Eisenbahnbrücken haben kleine Wachen. Einfahrt nach Libau wahrscheinlich durch Minen gesperrt.

Geheimpolizei soll Nachricht über Möglichkeit russischen Generalstreiks für morgen haben.

(Gleichlautend nach St. Petersburg)

(34865)

No. 305

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 103

Berlin, den 30. Juli 1914

A. 1⁴⁵ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Staatssekretär des Auswärtigen teilt mir mit, daß er sofort nach Empfang des Telegramms, in dem Fürst Lichnowsky über

seine letzte Unterredung mit Ihnen berichtete¹⁾, bei der österreichisch-ungarischen Regierung angefragt habe, ob sie bereit sei, Vermittlung auf Grundlage der Besetzung Belgrads oder anderen Punktes durch österreichische Truppen anzunehmen und ihre Bedingungen von dort bekanntzugeben²⁾. Er hat bislang keine Antwort erhalten, befürchtet aber, russische Mobilmachung gegen Österreich werde Schwierigkeiten vermehrt haben, da Österreich-Ungarn, das bisher nur gegen Serbien mobilisiert hat, die gleiche Maßnahme nun wahrscheinlich auch gegen Rußland nötig finden wird. Staatssekretär des Auswärtigen meint, wenn es Ihnen gelänge, Rußland zur Einwilligung in obige Grundlage einer Abmachung zu bewegen und es zu überreden, inzwischen keine Schritte zu unternehmen, die als aggressiv gegen Österreich gerichtet angesehen werden könnten, er noch eine Möglichkeit sieht, europäischen Frieden zu erhalten.

Er bat mich, Ihnen nachdrücklich schwierige Lage Deutschlands im Hinblick auf russische Mobilmachung und militärische Maßnahmen vorzustellen, die, wie er höre, in Frankreich getroffen werden. Außer Zurückberufung beurlaubter Offiziere — eine Maßnahme, die amtlich nach, und nicht vor gestrigem Besuch französischen Botschafters getroffen worden sei — habe kaiserliche Regierung nichts Besonderes bezüglich militärischer Vorbereitungen getan. Etwas werde indes bald geschehen müssen, da es sonst zu spät sein könnte, und falls Deutschland dann mobilisiere, müsse es nach drei Seiten hin sein. Er bedauerte dies, da er wisse, daß Frankreich Krieg nicht wünsche, aber es handle sich um eine militärische Notwendigkeit.

Seine Exzellenz fügte hinzu, das gestern abend vom Fürsten Lichnowsky eingegangene Telegramm³⁾ enthalte Dinge, die er mit Bedauern, wenn auch nicht gerade mit Überraschung vernommen habe, aber jedenfalls würdige er durchaus Offenheit und Loyalität Ihrer Sprache.

Er sagte mir ferner, daß dies Telegramm erst sehr spät gestern abend in Berlin eingetroffen sei; wäre es früher eingegangen, dann hätte Reichskanzler natürlich nicht so wie geschehen zu mir gesprochen.

(Erste beiden Absätze gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 98 (mit geringfügigen Wortunterschieden)
veröffentlicht*

¹⁾ No. 263, 285.

²⁾ Siehe DD No. 395.

³⁾ Das bezieht sich auf Fürst Lichnowskys Bericht über die in No. 286 aufgezeichnete Unterredung (vgl. DD No. 368). Vgl. No. 317 und 677.

(34870)

No. 306

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 104. Dringend

Berlin, den 30. Juli 1914

A. 4⁰ nachm.

E. 4³⁵ nachm.

Staatssekretär des Auswärtigen telephonierte eben um mitzuteilen, daß das heute morgen hier durch Extrablätter verbreitete Gerücht, wonach deutsche Mobilmachung heute abend angeordnet würde, der Wahrheit durchaus widerspreche.

(34876)

No. 307

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 135

Wien, den 30. Juli 1914

A. 3⁵⁰ nachm.

E. 5⁰ nachm.

Nachricht von russischer Mobilmachung wird noch sorgfältig zurückgehalten und Presse erwähnt sie heute morgen nicht. Französischer Botschafter teilt mir mit, die gestern durch russischen Botschafter in Paris erfolgte amtliche Notifikation habe mit der Erklärung geschlossen, daß der russische Botschafter noch nicht aus Wien abgerufen worden sei. Russischer Botschafter wird Minister des Äußern heute sehen. Er weiß noch nicht, wie österreichisch-ungarische Regierung die Sache aufnehmen wird, hofft aber, sie werde Mobilmachung als das betrachten, was sie ist, nämlich als deutlichen Wink, daß Rußland hinsichtlich serbischen Schicksals befragt werden muß. Russischer Botschafter sagt, seine Regierung müsse Sicherheit haben, daß Serbien nicht erdrückt werde, sie verstehe jedoch, daß Österreich-Ungarn sich gezwungen sähe, von Serbien nachdrücklich Maßnahmen zu fordern, die slawische Provinzen Österreichs gegen Fortsetzung feindlicher, von serbischem Gebiet ausgehender Propaganda schützen. Mobilisierung ist in Odessa, Kiew, Moskau und Kasan im Gange und nicht, wie ich gestern hörte, in Wilna und Warschau.

Italienischer Botschafter las mir heute montenegrinisches Manifest vor, das Aggression Österreichs gegen Serbien verurteilt und erklärt, daß Montenegro sich mit serbischer Sache identifiziere. Seine Exzellenz glaubt, Österreich werde erst wenn selbst angegriffen in Montenegro einrücken.

Wie französischer Botschafter aus Berlin vernimmt, ist deutscher Botschafter in Wien beauftragt, bei österreichisch-ungarischer Regierung ernstlich gegen eine Handlungsweise vorstellig zu werden, die geeignet ist, europäischen Krieg hervorzurufen.

Vertraulich

Unglücklicherweise ist deutscher Botschafter mit in Wien vorherrschender äußerst antiserbischer und antirussischer Stimmung derart identifiziert, daß er Sache des Friedens schwerlich in voller Aufrichtigkeit vertreten wird. Ich wurde privatim unterrichtet, daß deutscher Botschafter Wortlaut österreichischer Note an Serbien vor ihrem Abgang kannte und ihn dem Deutschen Kaiser telegraphierte; aber ich vermag das nicht nachzuprüfen, weiß jedoch aus dem Munde deutschen Botschafters, daß er jede Zeile der Note unterschreibt. (Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 95 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

Vermerk

Falls es zutrifft, daß der Deutsche Kaiser eine Vorkenntnis vom Ultimatum hatte, dann würde dies die große Schwierigkeit erklären, in der sich die deutsche Regierung nun bezüglich ihres Auftretens bei der österreichischen Regierung befindet. — A. N.

(34835)

No. 308

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 271

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914
A. 5^o nachm.

Eure Exzellenz

wollen Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung britisches Kriegsschiff zum Verlassen von Durazzo ermächtigt und im Hinblick auf österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien sowie auf Möglichkeit von Verwicklungen, die Montenegro einbeziehen können, beschlossen hat, Oberst Phillips und das britische Detachement von Skutari und Alessio zurückzuziehen.

(Auch nach Berlin No. 235, Wien No. 189, Rom No. 231 und St. Petersburg No. 409 gesandt)

(34959)

No. 309

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 412

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914
A. 7³⁵ nachm.

Deutscher Botschafter teilt mir mit, seine Regierung werde auf Österreich einzuwirken trachten, daß es nach Besetzung Belgrads und serbischen Grenzgebiets verspreche, nicht weiter vorzurücken, während

Mächte sich bemühten, von Serbien zu erlangen, daß es hinreichende Genugtuung gibt, um Österreich zu beschwichtigen¹⁾). Besetztes Gebiet würde natürlich geräumt werden, wenn Österreich befriedigt sei. Ich regte das gestern als eine mögliche Entspannung der Lage an²⁾) und falls es erreicht werden kann, hoffe ich fest, man werde übereinkommen, allseits weitere militärische Vorbereitungen einzustellen.

Russischer Botschafter teilte mir Bedingung mit, die Herr Sasonow, wie in Ihrem Telegramm No. 185 vom 30. Juli angeführt³⁾), gestellt hat, und befürchtet, sie könne nicht geändert werden; wenn aber österreichischer Vormarsch nach Besetzung Belgrads zum Stehen gebracht wird, könnte, glaube ich, die Formel russischen Außenministers dahin geändert werden, daß die Mächte prüften, wie Serbien ohne Beeinträchtigung seiner Hoheitsrechte oder Unabhängigkeit Österreich volle Genugtuung geben könnte.

Wenn Österreich nach Besetzung Belgrads und benachbarten serbischen Gebietes sich im Interesse europäischen Friedens bereit erklärt, seinen Vormarsch einzustellen und zu erörtern, wie eine vollständige Regelung erzielt werden kann, hoffe ich, Rußland wird auch in Erörterung und Einstellung weiterer Vorbereitungen willigen, vorausgesetzt, daß andere Mächte das gleiche tun.

Dies ist nur eine geringe Aussicht, Frieden zu erhalten, aber die einzige Möglichkeit, die ich vorzubringen weiß, falls russischer Außenminister zu keiner Verständigung mit Berlin gelangen kann. Bitte Außenminister zu unterrichten.

(Gleichlautend nach Paris No. 274)

Im BB No. 103 veröffentlicht

Fürst Lichnowsky hat um 9⁵⁶ nachm. eine Abschrift dieses Telegramms in englischer Sprache nach Berlin gedrahtet

DD No. 460

(34959)

No. 310

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 275

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914
A. 7⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 412 vom 30. Juli nach St. Petersburg⁴⁾).

Wollen Sie Außenminister verständigen und sagen, ich wisse aus seinem heutigen Telegramm an Herrn Cambon⁵⁾), daß er Rußland dringend ersucht habe, Krise nicht zu überstürzen, und ich

¹⁾ Siehe DD No. 439.

²⁾ No. 285.

³⁾ No. 302.

⁴⁾ No. 309.

⁵⁾ No. 294.

hoffe, er möchte imstande sein, für die letzte Anregung in St. Petersburg einzutreten.

(Auch nach Berlin No. 234, Wien No. 188 und Rom No. 230 gesandt)

Im BB No. 104 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34882)

No. 311

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 127

Wien, den 30. Juli 1914

A. 9^o nachm.

Russischer Botschafter kam nach seinem Besuch beim Außenminister heute nachmittag auf französische Botschaft, wo ich mich gerade befand, und schilderte französischem Botschafter und mir seine Unterredung¹⁾. Sie verlief ganz freundschaftlich. Außenminister sagte, da Rußland mobilisiert habe, müsse Österreich natürlich dasselbe tun, aber das wäre nicht als Drohung aufzufassen, sondern sei lediglich militärische Vorsichtsmaßnahme, wie sie ähnlich jenseits der Grenze getroffen worden. Er hätte auch nichts gegen Fortführung der Besprechungen zwischen russischem Außenminister und österreichischem Botschafter in St. Petersburg, obgleich Außenminister nicht sagte, daß sie auf Grundlage serbischer Antwort aufgenommen werden könnten.

Im ganzen ist russischer Botschafter nicht unbefriedigt. Er hatte auf Gerücht hin, Österreich werde als Antwort auf Mobilmachung Krieg erklären, mit dem Packen seiner Sachen schon begonnen. Jetzt hofft er, daß noch etwas unternommen werden könne, um Krieg mit Österreich zu verhindern; er hört jedoch aus Berlin, daß deutscher Staatssekretär des Auswärtigen von Mobilmachung sehr beunruhigt war und mit deutscher Mobilmachung sowohl an russischer wie französischer Grenze drohte, obschon russische Mobilmachung nur gegen Österreich erfolgte. Russische Mobilmachung wird in Wien immer noch geheimgehalten.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 96 (paraphrasiert und ohne den Schluß nach „Krieg mit Österreich zu verhindern“) veröffentlicht

Vermerke

Das sieht endlich so aus, als ob in Wien ein deutscher Druck sich fühlbar machte. — E. A. C. 31. Juli.

Sicher war es doch Österreich, das vor Rußland mobilisiert hat. — A. N.

¹⁾ Oe III No. 45.

(34881)

No. 312

Sir. M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 126

Wien, den 30. Juli 1914

A. 7⁵⁰ nachm.

E. 9²⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„XI. Korps, Lemberg, erhielt gestern Mobilmachungsorder. Es ist noch nicht bekannt, ob Landwehr dieses Korps' betroffen ist oder ob I. und X. Korps mobil zu machen haben. 37. Regiment verließ vorgestern Wien. Im ganzen haben 4., 19., 99. und 37. das Korps verlassen.

5. berittene Artilleriebrigade in Komorn wurde mobilisiert, was bedeuten könnte, daß 16. Kavalleriebrigade oder ganze 2. Kavalleriedivision zur Verwendung in Galizien mobilisiert sind.

10. Kavalleriedivision, Budapest, ist mobilisiert, aber es ist nicht bekannt, ob sie nach Norden oder Süden abgegangen ist, wahrscheinlich ersteres.

Allen Nachrichten zufolge ist Mobilmachung vollkommen glatt und ohne jeden unangenehmen Zwischenfall verlaufen. Tschechen und Südslawen haben keinerlei Protest erhoben. Konzentration ist gleichzeitig mit Mobilmachung erfolgt und wenigstens 100 000 Mann sind jetzt in Gegend Neusatz—Werschetz.

Krieg ist zweifellos überall sehr populär.

Brücke bei Semlin wurde nicht schwer beschädigt und kann leicht wiederhergestellt werden.“

(34884)

No. 313

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 105

Berlin, den 30. Juli 1914

A. 7⁵⁵ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Österreich und Serbien. Militärattaché hat Gerücht über Bahntransporte von Truppenverbänden sowohl nach Ost- wie Westgrenze Deutschlands gehört. Militärattaché teilt mir weiter mit, daß ungewöhnliche militärische Tätigkeit bemerkbar ist und seiner Meinung nach Mobilmachungsbefehl unmittelbar bevorsteht.

Vermerk

Ohne Zweifel sind in allen Ländern unausgesetzt Mobilmachungsarbeiten von beträchtlichem Umfang im Gange. — E. A. C. 31. Juli.

(34891)

No. 314

Generalkonsul Hearn an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 13. Geheim

Hamburg, den 30. Juli 1914

A. 7^h nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Vizekonsul in Emden meldet, daß in Ems wahrscheinlich Minen gelegt wurden und Reservisten Emdens sich Truppen nach Borkum angeschlossen haben. Er erfährt, daß Mobilmachungszettel heute morgen angeschlagen wurden.

(Botschaft verständigt)

(34885)

No. 315

Herr Grant Duff an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 1

Dresden, den 30. Juli 1914

A. 7³⁰ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Ich habe soeben gehört, daß (? 100. und) 1. Grenadierregiment der sächsischen Armee Marschbefehl an die schlesische Grenze erhalten hat und heute Dresden verläßt.

Vermerk

Das ist entschieden ominös. Es ist klar, daß Deutschland, obschon es den Gebrauch des Wortes „Mobilmachung“ vermeidet, doch mobil macht. — E. A. C. 31. Juli.

(34883)

No. 316

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Bukarest, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 12⁴⁰ nachm.

E. 30. Juli 9⁴⁵ nachm.

Serbischer Geschäftsträger erkundigte sich am 17. Juli (*sic*) beim Außenminister über Haltung Rumäniens im österreichisch-serbischen Konflikt, erhielt aber nur vage Antworten. Seitdem hat Außenminister in Beantwortung von Anfragen meines französischen Kollegen Haltung Rumäniens wie folgt definiert:

Rumänien fühlt sich bezüglich Aufrechterhaltung des Vertrags von Bukarest mit Griechenland solidarisch, so daß, wenn Bulgarien

gegenwärtige Lage zu Versuch benutzen wollte, Vertrag umzustößen, Griechenland und Rumänien sich ihm widersetzen würden.

Solange österreichisch-serbischer Konflikt darauf beschränkt bleibt, Befriedigung österreichischer Ansprüche für Ermordung und Bürgschaften für Zukunft Bosniens und Herzegowina zu erlangen, betrachtet rumänische Regierung diese Fragen als mit Ausführung des Vertrages nicht zusammenhängend und wird nicht eingreifen. Sollte Österreich jedoch versuchen, vertragsmäßig begründeten Status quo zu ändern, würde Solidarität Rumäniens und Griechenlands sofort in Erscheinung treten.

(Gleichlautend nach Athen, Belgrad und Sofia)

(34865)

No. 317

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 237

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914
A. 10³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 103 vom 30. Juli¹⁾.

Telegramm des deutschen Botschafters, auf das Reichskanzler* im zweitletzten Absatz Ihres Berichtes verweist, bezieht sich offenbar auf meine Warnung, Deutschland dürfe nicht darauf rechnen, daß wir unter allen Umständen unbeteiligt bleiben würden²⁾.

Im BB No. 102 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34878)

No. 318

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 95

Paris, den 30. Juli 1914
A. 8¹⁵ nachm.
E. 10³⁰ nachm.

Ich hatte heute abend Audienz beim Präsidenten der Republik, um ihm Ihren Glückwunsch zum Erfolg seines Besuches in St. Petersburg zu übermitteln, wofür er Ihnen danken läßt.

Er sagte mir, französische Regierung sei inmitten letzter Nacht benachrichtigt worden, daß deutsche Regierung russischer Regierung mitgeteilt habe, Deutschland werde mobilisieren, falls Rußland seine Mobilmachung nicht einstelle³⁾. Mittags habe aber ein weiterer

¹⁾ No. 305.

²⁾ No. 286.

³⁾ Siehe R II.

* Es war Jagow.

Bericht aus St. Petersburg gemeldet, deutsche Mitteilung sei abgeändert und zu einer Anfrage geworden, unter welchen Bedingungen Rußland in Demobilmachung einwilligen werde. Antwort darauf lautet, Rußland werde demobilisieren, wenn Österreich versichert, daß es Souveränität Serbiens achten und gewisse von Serbien nicht angenommene Forderungen österreichischer Note zum Gegenstand internationaler Verhandlungen machen wolle.

Präsident der Republik glaubt nicht, daß österreichisch-ungarische Regierung diese Bedingungen Rußlands annehmen wird. Er ist überzeugt, daß Erhaltung des Friedens unter den Mächten in den Händen Englands liegt, denn wenn Seiner Majestät Regierung verkünde, daß England im Falle eines aus gegenwärtigen österreichisch-serbischen Streitigkeiten entstehenden Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich diesem zu Hilfe kommen werde, so würde es zu keinem Kriege kommen, da Deutschland dann sofort seine Haltung ändern werde.

Ich setzte ihm auseinander, wie schwierig die Abgabe einer solchen Erklärung für Seiner Majestät Regierung wäre, er entgegnete jedoch, er müsse dabei bleiben, daß sie dem Interesse des Friedens dienen würde. Frankreich ist friedlich gesinnt, wünscht keinen Krieg und hat bislang nichts weiter getan, als Vorbereitungen für Mobilmachung zu treffen, um nicht unversehens überrascht zu werden; französische Regierung will Seiner Majestät Regierung dauernd von allem unterrichten, was in dieser Hinsicht weiterhin geschehen wird. Französische Regierung hat zuverlässige Nachricht, daß um Diedenhofen und Metz deutsche Truppen kriegsbereit zusammengezogen sind.

Präsident der Republik meinte, daß, wenn ein allgemeiner Krieg auf dem Festland ausbräche, England unvermeidlich zum Schutze seiner Lebensinteressen in ihn hineingezogen würde; wenn es jetzt aber seine Absicht erklärte, Frankreich, das im Frieden leben wolle, zu unterstützen, so würde das Deutschland fast sicher davon abhalten, sich auf einen Krieg einzulassen.

(Gleichlautend an Botschaften)

*im BB No. 99 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

Siehe auch Bericht No. 373

Vermerke

Sir E. Grey wird ohne Zweifel die Sprache Sir F. Berties billigen.

Seiner Majestät Regierung muß sich besonders von der Erwägung leiten lassen, daß sie nicht durch eine Erklärung unbedingter Solidarität mit Frank-

reich und Rußland diese beiden Mächte *veranlassen* und *bestimmen* darf, sich für den Kriegspfad zu entscheiden.

Wenn und sobald es jedoch feststeht, daß Frankreich und Rußland den Krieg nicht vermeiden können und in ihn eintreten, dann erfordern es meiner unmaßgeblichen Meinung nach die britischen Interessen, daß wir uns als Verbündete an ihre Seite stellen, und in diesem Falle sollte unsere Intervention unverzüglich und mit Entschiedenheit erfolgen. — E. A. C. 31. Juli.

Ich habe dies besonders beantwortet¹⁾. — E. G.

(35145)

No. 319

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 512

Auswärtiges Amt, den 30. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Herr Cambon erinnerte mich heute an den Brief, den ich ihm vor zwei Jahren geschrieben habe und in dem wir übereinkamen, daß, wenn der Friede Europas ernstlich bedroht sei, wir miteinander besprechen würden, was wir zu tun bereit wären²⁾. Er bemerkte, der europäische Friede sei nie ernster bedroht gewesen als jetzt. Er wollte mich nicht auffordern, geradeheraus zu erklären, daß wir eingreifen würden, aber er wünschte, daß ich ihm sage, was wir unter gewissen Voraussetzungen zu tun gedächten, das heißt, wenn gewisse Umstände einträten. Die besondere Voraussetzung, die ihm vorschwebte, war ein Angriff Deutschlands auf Frankreich. Er übergab mir ein Schriftstück, von dem eine Abschrift hier beiliegt und das zeige, daß die militärischen Vorbereitungen Deutschlands weiter vorgeschritten seien und einen offensiveren Charakter an der Grenze trügen denn alles, was Frankreich bislang getan. Er sah den Angriff in der Form einer Forderung voraus, daß Frankreich seine Vorbereitungen einstelle oder sich verpflichte, in einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland neutral zu bleiben. Keines von beidem könne Frankreich zugestehen.

Ich sagte, daß das Kabinett morgen vormittag zusammentreten und ich ihn morgen nachmittag wieder sprechen würde³⁾.

Im BB No. 105 veröffentlicht

Anlage zu No. 319

Le Ministre des Affaires Etrangères à M. Paul Cambon

Le 30 juillet 1914

Je vous prie de porter à la connaissance de Sir E. Grey les renseignements suivants touchant les préparatifs militaires français et

¹⁾ No. 352.

²⁾ Einen Abdruck dieses Briefes siehe im BB No. 105 (Anlage 1).

³⁾ Vgl. No. 367.

allemands. L'Angleterre y verra que si la France est résolue, ce n'est pas elle qui prend des mesures d'agression. Vous attirerez l'attention de Sir E. Grey sur la décision prise par le Conseil des Ministres de ce matin; bien que l'Allemagne ait pris ses dispositifs de couverture à quelques centaines de mètres ou à quelques kilomètres de la frontière, sur toute la frontière, du Luxembourg aux Vosges, et porté ses troupes de couverture sur ses positions de combat, nous ne l'avons pas fait; bien que notre plan, conçu dans un esprit d'offensive, prévoit que les positions de combat de nos troupes de couverture seront aussi rapprochées de la frontière que le sont les troupes allemandes. Nous livrons ainsi une bande du territoire national sans défense à l'agression soudaine.

Nous n'avons *pas* pour le faire *d'autre raison* que de montrer à l'opinion et au Gouvernement britanniques que la France comme la Russie ne tireront pas les premières.

Ci-joint le tableau des mesures prises à leurs dates des deux côtés de la frontière:

En France, comme en Allemagne, les permissionnaires ont été rappelés, les troupes sont dans leur garnison, les ouvrages d'art gardés.

En Allemagne, non seulement les troupes en garnison à Metz ont été poussées jusqu'à la frontière, mais encore, elles ont été renforcées par des éléments transportés en chemin de fer de garnisons d'intérieur, telles que Trèves ou Cologne.

Rien d'analogue n'a été fait en France.

L'armement des places de la frontière (déboisements, mise en place de l'armement, constructions de batteries, renforcement de réseaux de fils de fer), a été commencé en Allemagne samedi 25. Il le sera en France jeudi 30.

Les gares ont été occupées militairement en Allemagne samedi, en France, dimanche.

Enfin, voici d'autres mesures qui ont déjà été prises en Allemagne et pas encore en France:

Rappel de réservistes par convocations individuelles.

Rappel de réservistes résidant à l'étranger (classes de 1903 à 1911).

Convocation d'officiers de réserve.

Sur la frontière côté allemand, routes barrées; automobiles ne circulant qu'avec un permis.

Anmerkung. Der Brief Sir Edward Greys an Cambon vom 22. November 1912 und der Brief Cambons an Sir Edward Grey vom 23. November 1912 waren im BB No. 105 als Anlagen erschienen, aber dem obigen Schreiben an Sir F. Bertie abschriftlich nicht beigelegt.

Die im BB No. 105 veröffentlichte Anlage 3 wurde dort versehentlich auf-

genommen; sie ist späteren Datums und der Leser findet sie als Dokument No. 338. Der Irrtum entstand auf folgende Weise: Als die Aufzeichnung der Unterredung Sir Edward Greys mit Paul Cambon in die betreffende Abteilung hinuntergeschickt wurde, fehlte das in der Aufzeichnung erwähnte Schriftstück, das Cambon Sir Edward Grey gegeben hatte. An die Druckerei erging daher die Weisung, das Schriftstück solle sofort nach Empfang angefügt werden. Nun hatte Cambon persönlich Sir Edward Grey zwei Telegramme über französische und deutsche militärische Vorbereitungen ausgehändigt, eines am 30. und das andere am 31. Juli. Das letztere wurde zuerst hinuntergeschickt und in der Druckerei unter dem Eindruck angefügt, daß dies das erwähnte Dokument sei; der Irrtum wurde aber beim Korrekturlesen, das unter höchst dringlichen Umständen erfolgte, nicht bemerkt.

Das Auswärtige Amt wurde in zahlreichen Zuschriften auf das offensichtliche Versehen hingewiesen, das darin bestand, daß ein mit dem 31. Juli datiertes Dokument einem Schriftstück vom 30. Juli angefügt wurde. Da beging man einen ersten Mißgriff. Anstatt den Irrtum richtigzustellen und ihn zu erklären — was seine Unbequemlichkeiten gehabt hätte, da das Blaubuch zu der Zeit in andere Sprachen übersetzt und überallhin verbreitet worden war —, wurde das Datum der Anlage in späteren Ausgaben des Blaubuchs weggelassen. Auf Ansuchen der britischen Regierung erfolgte im französischen Gelbbuch eine ähnliche Änderung, was zur Folge hatte, daß dort gleichfalls ein Dokument unter falschem Datum erschien. Es sei noch hinzugefügt, daß die diesbezüglichen Papiere Sir Edward Grey anscheinend nicht vorgelegt wurden.

No. 320

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

a)

(Privat)

Paris, den 30. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Hier herrscht das Gefühl, daß der Friede unter den Mächten von England abhängt, und daß, wenn es sich mit Frankreich und Rußland *solidaire* erklärte, es keinen Krieg gäbe, da Deutschland sich nicht der Gefahr aussetzen werde, seine Schiffszufuhren durch die britische Flotte zu einer Zeit abgeschnitten zu sehen, wenn es von Rußland und Frankreich keine und von Österreich — das alles, was von anderwärts verfügbar ist, für seinen eigenen Bedarf brauche — nur geringe Zufuhren bekommen könnte.

Die Leute verkennen oder ziehen nicht in Betracht, wie schwierig es für die britische Regierung ist, England in einer Frage wie dem österreichisch-serbischen Zwist mit Rußland und Frankreich *solidaire* zu erklären. Anstatt auf die russische Regierung einen Druck auszuüben, um ihren Eifer zu mäßigen, erwarten die Franzosen von uns, daß wir den Deutschen unsere Absicht, im Falle des Kriegsausbruches

mitzukämpfen, zu verstehen geben. Wenn wir Rußland und Frankreich jetzt unsere Waffenhilfe zusicherten, dann würde Rußland noch höhere Ansprüche stellen und Frankreich seinem Beispiel folgen.

Das Reisen von und nach „les Eaux“ im Osten Frankreichs wird infolge der Truppenbewegungen von der Mitte Frankreichs nach der Ostgrenze hin schwierig und „les Eaux“ werden allgemein leer, und zwar selbst jene im Westen Frankreichs.

Die Zeitungen — aber noch nicht die Leute — werden kriegerisch. Die Börse ist praktisch geschlossen und die Bank von Frankreich bereitet die Ausgabe von Noten zu 20, 10 und 5 Francs vor. Inzwischen wollen die Leute reihenweise 50- und 100-Francs-Noten usw. wechseln lassen und die Bankbeamten erfüllen die Verpflichtung der Banken, ihre Noten in Gold oder Silber einzulösen, so saumselig wie nur möglich.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

b)

(Privat und vertraulich)

Paris, den 30. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Gerade, als der Kurier nach London fahren wollte, war der spanische Botschafter (Urrutia) hier. Er erzählte, der Präsident der Republik habe heute morgen einem Freund gesagt, daß er den Krieg für unvermeidlich halte. Urrutia erklärt, daß die *couverture* der Truppen an der Ostgrenze Frankreichs durchgeführt ist¹⁾.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

(34906)

No. 321

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 376

Paris, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich, hiermit einen Bericht zu übermitteln, den ich von Oberst Yarde-Buller, dem Militärattaché der Botschaft, über die

¹⁾ Siehe Einleitung S. XXV.

gegenwärtige militärische Lage Frankreichs in bezug auf die Krise und die für den Kriegsfall getroffenen Vorbereitungen erhalten habe.

Ich habe usw.

Francis Bertie

Anlage zu No. 321

Paris, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich, nachdem ich mich in den letzten Tagen in und außerhalb Paris' umgeschaut habe, die nachstehenden Aufzeichnungen vorzulegen:

1. Alle einer Mobilmachung vorausgehenden Vorsichtsmaßregeln sind ausgeführt worden und man braucht jetzt nur noch auf den Knopf zu drücken, um die nötigen Reservisten einzuberufen. Im Zusammenhang damit möchte ich erwähnen, daß die Meldung einiger Blätter: „Reservisten begeben sich zu ihren Truppenteilen“, nicht richtig ist; sondern folgendes hat stattgefunden: gewisse Mannschaften, die ihre Reserve- (répétition) Uebung abzuleisten haben, sind darum eingekommen, das jetzt statt später tun zu dürfen, und ich glaube, daß man das einigen gestattet hat.

2. Sämtliche im Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften sind zu ihren Truppenteilen zurückgekehrt oder kehren so rasch als möglich dahin zurück.

3. Die auf Übungsplätzen befindlichen Truppen wurden in ihre Standorte zurückbeordert.

4. Höhere Offiziere sind angestrengt beschäftigt und können sich nicht frei machen; ich war gebeten worden, gestern mittag mit zweien zusammen außerhalb von Paris zu speisen, aber beide teilten mir telegraphisch mit, sie könnten ihre Posten nicht verlassen, obschon diese tatsächlich nur wenige Meilen entfernt sind.

5. Sämtliche Bahnhöfe und Eisenbahnlinien sind stark bewacht. Die Pariser Bahnhöfe sind von Truppen besetzt, während die Bahnlinien und Brücken zwischen den Städten und Dörfern von Gendarmen und Förstern abpatrouilliert werden. In besonderen Fällen (wie da, wo sozialistische Kolonien sind, z. B. in St. Denis) sind diese Wachen außergewöhnlich stark. Dieser Bahnschutz begann vergangenen Sonntag, und nach dem zu urteilen, was ich selbst auf den kurzen Strecken, die ich während der letzten paar Tage befahren, gesehen habe, muß ich sagen, daß alle Vorsichtsmaßnahmen vollauf getroffen wurden, um die Bahnen vor jedem Anschlag der Spione, Sozialisten oder anderer Desperados zu schützen.

6. Der Eiffelturm, in dem sich die große drahtlose Zentral-

Empfangsstation befindet, ist ebenfalls durch Polizei und Soldaten bewacht und ein ähnlich bewachtes Holzgebäude wurde um den Teich errichtet, wo die Drähte auf den Boden reichen. Besucher dürfen jedoch den Turm wie gewöhnlich besteigen; ich nehme aber an, daß sie wegen Tragens von irgendwelchen Paketen beobachtet werden.

7. Ich habe mich während der letzten paar Tage sehr häufig sowohl mit Offizieren wie mit Leuten der Gesellschaft unterhalten und bin stark von der ruhigen Art und Weise beeindruckt, in der man die Dinge hier betrachtet. Überall herrscht ein sehr ernster Ton, wie das nicht anders sein kann, wobei man bedenken muß, daß im Falle der Mobilmachung die meisten Männer eines jeden Haushalts, seien es nun die Söhne des Haushaltvorstandes, oder seine Bedienten, sein Chauffeur, Arbeiter usw., ihrer Dienstpflicht zu genügen haben. In ähnlicher Weise werden sämtliche Banken, Handelshäuser, Industriekonzerne usw. sich ihrer Gehilfen und Angestellten beraubt sehen. Zahlreiche Privatautomobile und Pferde werden ebenfalls eingezogen werden.

8. Die folgende Einzelheit, die ich gestern abend von einem der größten französischen Bankiers hier hörte, mag von Interesse sein; er stand in brieflichem und telephonischem Verkehr mit einer entsprechenden Firma in Berlin und während eines Essens wurde er ans Telephon gerufen; als er auf seinen Platz an der Tafel zurückkehrte, erzählte er, sein deutscher Freund habe aus Berlin angerufen, um mitzuteilen, der Kaiser bemühe sich bestens um die Erhaltung des Friedens und habe geäußert, daß seiner Ansicht nach die Lage nicht die augenblicklich herrschende große Besorgnis rechtfertige.

9. Wie ich heute herausgebracht habe, wurden einige der deutschen Reserveoffiziere zu ihren Truppenteilen einberufen, und obgleich man glaubt, daß es sich hauptsächlich um die an der russischen Grenze stehenden Formationen handelt, sind einige auch für die französische Grenze einberufen worden.

10. Die parlamentarische Untersuchung der Frage der Mangelhaftigkeit des Kriegsmaterials, die durch die neulichen Ausführungen des Herrn Humbert im Senat eingeleitet wurde, ist vertagt worden; das ist eine kluge und unter den gegenwärtigen Umständen wahrscheinlich notwendige Maßnahme.

Ich habe usw.

H. Yarde-Buller, Oberst
Militärattaché

(34993)

No. 322

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 109. Handel

Berlin, den 30. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit einen Bericht zu überreichen, den ich von Sir F. Oppenheimer, dem Handelsattaché Seiner Majestät Botschaft über die finanzielle Lage Deutschlands in Verbindung mit der augenblicklichen Krise erhalten habe.

Ich habe usw.

W. E. Goschen

Anlage zu No. 322

Sir F. Oppenheimer an Sir E. Goschen

No. 29

Frankfurt a. M., den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Es besteht eine gewisse Gefahr, daß die Berichte über die Vorgänge der letzten paar Tage an den führenden deutschen Effektenbörsen im Ausland zu einer irrigen Ansicht über die gegenwärtige Finanzkraft Deutschlands führen können. Ich lasse es mir deshalb angelegen sein, die augenblickliche Finanzlage Deutschlands kurz zu schildern, soweit das im Zusammenhang mit der ernsten internationalen Lage von Bedeutung ist.

Seit der Marokkokrise (um die Mitte des Jahres 1911) war die ganze Finanzpolitik Deutschlands nur von einer Erwägung beherrscht: der finanziellen Bereitschaft Deutschlands im Kriegsfall. Die ganze Aufgabe, die sich die verantwortlichen Beamten gesetzt haben, ist zwar noch nicht völlig erfüllt, aber ein über Erwarten großer Teil wurde in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren, der seit Agadir verstrichen ist, durchgeführt. Deutschland erfreut sich heute einer außergewöhnlichen Finanzkraft.

Die Reichsbank. — Das der Reichsbank zur Verfügung stehende Gold war am 15. Juli 1914 zu der gewaltigen Gesamtsumme von M. 1 344 000 000,— angestiegen (am 15. Juli 1911 nur M. 884 000 000,—). Diese Goldreserve bedeutet einen Rekord für Deutschland. Der Silberbestand ist ebenfalls ungewöhnlich hoch und beträgt mehr als M. 300 000 000,—. Gleichzeitig wurde der Kriegsschatz in Spandau, der aus M. 120 000 000,— in Goldstücken aus der französischen Kriegsentschädigung besteht, kürzlich um M. 85 000 000,— in Gold vermehrt — einem Teil jener M. 120 000 000,—, um die er durch

die letzte Wehrvorlage erhöht werden soll. Ein großer Teil einer gleich hohen, durch das selbe Gesetz bewilligten Silberreserve von M. 120 000 000,— wurde ebenfalls zurückgelegt. Ferner hat Deutschland im Gegensatz zur Finanzlage während der Marokkokrise heute so gut wie keine Auslandsschulden; nur beschränkte Summen französischen Geldes sind angeblich nach Elsaß-Lothringen ausgeliehen. Andererseits besitzt die Reichsbank sehr erhebliche Beträge in Wechseln auf außerdeutsche Plätze (Goldwert). Ein reichlicher Vorrat davon im Portefeuille der Reichsbank war einer der Hauptpunkte im Finanzprogramm des Reichsbankpräsidenten, weil der Verkauf solcher Wechsel zur Zeit einer internationalen Krise nicht nur den Entzug von Gold aus Deutschland verhindert, sondern weil die Wechsel auch dazu verwendet werden können, gewisse ausländische Märkte in Verlegenheit zu bringen. In der Bilanz der Reichsbank erscheinen diese Auslandswechsel, deren Betrag nicht besonders angegeben ist, allgemein unter „Wechselbestände“. In der Bilanz vom 31. Dezember 1913 betrug die Gesamtsumme dieser Wechsel auf außerdeutsche Plätze über Mark 140 000 000,—, und unter ihnen beliefen sich die Wechsel auf England auf Mark 59 000 000,—. Die Reichsbank unterhält auch Bardepots im Ausland, die aus fällig gewordenen und von ihren Agenten einkassierten Wechseln herrühren, deren Erlös noch nicht wieder verwertet wurde. Am 31. Dezember 1913 betrugen diese Bardepots im Ausland* M. 68 000 000,—.

Die führenden Banken. — Unter den führenden Banken befindet sich keine einzige, die seit der Marokkokrise unter dem Druck der Reichsbank ihre finanzielle Grundlage nicht bedeutend verstärkt hätte. Die Aktiva wurden flüssiger gemacht und die Barreserven erhöht. Obwohl diese allgemein gesteigerte Flüssigkeit des finanziellen Status der führenden Banken nicht bestritten werden kann, ist dieser Teil des offiziellen Finanzprogramms wahrscheinlich weniger vorgeschritten als die anderen. Doch sind meine Gewährsmänner fest davon überzeugt, daß diese Banken heute einen längeren Zeitraum politischer Unsicherheit aushalten könnten (worunter die Periode zwischen einer internationalen Panik und dem Augenblick gemeint ist, in dem die von langer Hand vorbereiteten Pläne für Deutschlands finanzielle Mobilmachung verwirklicht werden), was im Jahre 1911 noch nicht der Fall war (siehe meinen an das Auswärtige Amt gerichteten Konsulatsbericht No. 10 vom 21. Oktober 1911).

Bevölkerung im allgemeinen. — Was die Bevölkerung im allgemeinen betrifft, so hat sich seine finanzielle Lage sehr gehoben, weil die gefährliche Spekulationswut eingedämmt wurde. Die Speku-

* Genauer: betrug das Guthaben der Bank im Kontokorrentverkehr bei ihren Korrespondenten . . . Siehe den „Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1913“, gedr. in der Reichsdruckerei, Berlin.

lation der Massen bildet keinen beunruhigenden Faktor mehr wie noch zur Zeit der Marokkokrise. Der vom Kapital erhobene außerordentliche Wehrbeitrag, dessen erste Rate 1914 fällig ist, übte eine ernüchternde und die Sparsamkeit fördernde Wirkung aus. Überdies ist durch den Umstand, daß in den letzten zwölf Monaten der Binnenhandel sehr still war, der Kredit der meisten kleineren Fabrikanten und Kaufleute nicht so stark in Anspruch genommen worden, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Eine bemerkenswerte Tatsache ist ferner, daß während des ersten Vierteljahres 1914 die Zunahme der Guthaben auf den deutschen Sparkassen, soweit sie ihre Abschlüsse veröffentlichen, über M. 200 000 000,— gegen eine Zunahme von kaum M. 100 000 000,— im ersten Vierteljahr 1913 betrug.

Soweit die finanzielle Lage Deutschlands während der gegenwärtigen internationalen Krise in Frage kommt, ist es wirklich ein Glücksfall, daß der wirtschaftliche Aufschwung im Jahre 1912 ein Ende nahm, wofür eine Knappheit an verfügbarem Kapital in hohem Maße verantwortlich war. Wenn einerseits der letzte wirtschaftliche Aufschwung den Reichtum des Landes wesentlich gesteigert und der Rekordaußenhandel sowie das jetzt in allen Weltteilen betriebene Speditionsgeschäft Deutschlands den Zufluß von Gold im Jahre 1913 in nie dagewesener Weise gefördert haben, so setzte andererseits der Rückgang der letzten zwölf Monate die Schuldner instand, ihre Kredite andauernd zu verringern und ihre Geschäfte in Ordnung zu bringen. Heute bestehen keine der gefährlichen Schwierigkeiten übermäßig in Anspruch genommener Handelskredite mehr, wie sie die finanzielle Lage zur Zeit des Agadir-Zwischenfalles erschwert haben. Für Deutschland ist es unermeßlich wichtig, daß die gegenwärtige politische Krise während einer Geschäftsstille eintrat.

Die Flüssigkeit des heutigen deutschen Geldmarkts im Vergleich zu der von Mitte 1911 kann nach dem Zins für Darlehen bemessen werden. In Deutschland betrug der Diskontsatz:

1911 (durchschnittlich)	4,40 Prozent
1912	4,95 „
1913	5,88 „
1914 (Januar)	4,50 Prozent; seit 5. Febr. 4 Prozent.

Der Privatdiskontsatz betrug:

1911 (durchschnittlich)	3,55 Prozent
1912	4,22 „
1913	4,98 „
1914 (erstes Quartal)	2,86 „
1914 (zweites Quartal)	2,57 „

Die Anfang 1914 aufgelegte preußische Anleihe mit ihrer siebenfachen Überzeichnung hat die außerordentliche Geldfülle in Deutsch-

land dargetan. Die harten Bedingungen der neuen bulgarischen Anleihe haben die verhältnismäßige Flüssigkeit am deutschen Geldmarkt ebenfalls bewiesen. Wären andere Geldmärkte in der Lage gewesen, Deutschland die Übernahme der Anleihe streitig zu machen, so ist es sicher, daß die schließlichen wucherischen Bedingungen nicht hätten gefordert werden können.

Es ist klar, daß es Deutschland auf der oben geschilderten finanziellen Grundlage verhältnismäßig leicht fallen würde, seine „finanzielle Mobilmachung“ zu verwirklichen. Das deutsche Volk hat bis jetzt größeres Vertrauen in die finanzielle Lage Deutschlands gezeigt als zur Zeit der Marokkokrise. Zwar fanden Kapitalsabhebungen bei Banken und kleinere Stürme auf Sparkassen — hauptsächlich in Elsaß-Lothringen — statt, aber diese Beträge haben die während der Marokkokrise abgehobenen und gehamsterten Summen nicht erreicht. Dies größere Vertrauen mag bis zu einem gewissen Grade auch der fortgesetzten finanziellen Belehrung zuzuschreiben sein, die dem deutschen Volke seit jenem Vorfall zuteil geworden ist. Zahllose Artikel wurden veröffentlicht, um den Unsinn des Geldhamsterns darzutun, um die Sicherheit des Privatbesitzes in Kriegszeiten zu beweisen und um den Umfang der deutschen Geldquellen vor Augen zu führen. Außerhalb der Börsen gab es bislang noch keine Anzeichen von Panik.

Es ist wahr, daß die Vorgänge an den deutschen Börsen viel weniger befriedigend waren; die führenden Börsen scheinen in ganz Europa bei der Erfüllung ihrer Aufgabe mehr oder weniger versagt zu haben. In Deutschland erlebten Staatspapiere und Industrieaktien große Kursstürze und einige der letztgenannten Papiere konnten überhaupt keine Preisnotierung erzielen. Der Rückgang in Industrieobligationen und -Aktien kann vielleicht nicht so sehr überraschen. Der Binnenhandel war selten schlechter als während der letzten paar Monate; die Industrie hat hauptsächlich durch Auslandsaufträge ihr Leben gefristet. Wenn diese Aufträge auch keineswegs besonders gewinnbringend waren, so hielten sie doch die Fabrikbetriebe aufrecht; aber im gegenwärtigen Krieg wird der Außenhandel zuerst leiden — selbst wenn Deutschland nicht in die politische Krise verwickelt wird. Die schlimmsten Kursstürze in den deutschen Staatspapieren waren dem Umstand zuzuschreiben, daß die internationalen Schwierigkeiten so nahe am deutschen Abrechnungstag eintraten — (Industrieaktien werden in verschiedenartigem Kassaverkehr gehandelt, während Staatspapiere an bestimmten Abrechnungstagen bezahlt werden)*, sowie dem weiteren Umstand, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien, wenn überhaupt, an einem Samstagabend abgebrochen würden und niemand vorhersagen könnte, welchen Umfang die internationale Krise bis Montag wohl angenommen hätte.

* Diese Gegenüberstellung ist nicht ganz zutreffend.

Die drohende Gefahr größeren finanziellen Unheils wurde von den führenden Banken voll erkannt und sie verständigten sich daher über eine gemeinsame Aktion, um den Markt zu stützen. Ihre Intervention hat zweifellos wohlthätig gewirkt — wie auch der bedeutende Aufkauf von Staatspapieren durch die Preußische Staatsbank („Seehandlung“). Infolge dieser Maßnahmen ist vorerst jede weitere Erwägung der Frage, ob die deutschen Effektenbörsen für einige Tage geschlossen werden sollen, überflüssig geworden — eine Maßnahme, zu der man in Österreich gegriffen hat; dieser Schritt bewahrte auch die deutschen Staatspapiere vor dem Schicksal der französischen Rente an der Pariser Börse, wo ihr Kurs vollständig gestrichen werden mußte.

Die panikartigen Vorgänge an der Effektenbörse können nicht als schlechtes Zeichen für die Festigkeit des deutschen Geldmarktes ausgelegt werden, da die Börsen in derartigen Zeiten dem Einfluß nervöser und schwacher Aktionäre in beträchtlichem Umfang ausgeliefert sind. In Ausnahmeseiten handelt die Menge unter besonderen ansteckenden Trieben, die das Bild der wirklichen Sachlage trüben. Die Finanzlage des deutschen Geldmarktes war nie stärker als heute; er ist — sollte es die Gelegenheit erfordern — in hohem Grade bereit, den glatten Vollzug der Maßnahmen, die als deutsche Finanz-Mobilmachung bekannt sind, zu unterstützen. Die Finanzkraft Deutschlands stellt das Ergebnis der durch den Marokkozwisehenfall zuteil gewordenen Lehre dar. Deutschland war seitdem stets entschlossen, der Welt zu zeigen, daß es sich bei der Gelegenheit entschieden hatte, zu „reculer pour pouvoir mieux sauter“. Soweit seine Finanzlage in Frage kommt, hat es seinen Zweck erreicht.

Ich habe usw.

Francis Oppenheimer

Vermerk

Ein großer Gegensatz zur Panik hier. Deutschland ist organisiert und die Regierung führt und hilft. Ich bin überzeugt, daß auch hier alles in die rechte Ordnung kommen würde, wenn die gleiche Führung vorhanden wäre. — E. A. C. 31. Juli.

(34912)

No. 323

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 115

Haag, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich schon die Ehre zu berichten¹⁾, daß in den Niederlanden Vorbereitungen für eine eventuelle Mobilmachung der Armee und

¹⁾ No. 213.

Marine im Gange sind, falls sich eine solche als notwendig erweisen sollte.

Das Regierungsorgan veröffentlicht heute morgen zwei vom 27. d. Mts. datierte königliche Erlasse folgenden Inhalts:

1. „Die Überführung in die Landwehr, bzw. die Dienstentlassung von Mannschaften der Miliz, die gemäß Artikel 99 des Milizgesetzes zur Überführung oder Entlassung heranstehen, wird hiermit ausgesetzt.“

2. „Die Entlassung der in der Landwehr befindlichen Ausgehobenen, die gemäß § 1, 2 und 3 des Artikels 37 des Landwehrgesetzes zur Entlassung gekommen wären, wird hiermit ausgesetzt.“

Wie ich höre, werden alle wichtigen Brücken der nach Deutschland führenden Bahnlinien militärisch bewacht und wird die in Deventer über die Yssel führende Brücke an der Hauptstrecke nach Berlin von Pionieren mit Sprengstoffen besetzt gehalten. Die Forts bei Helder, Hoek van Holland und Ymuiden werden voll bemannt. Sogar im kleinen Fischerhafen von Scheveningen, dem Haager Seebad, befinden sich Tag und Nacht 50 Soldaten und auf der dortigen Mole sowie an anderen Plätzen längs der Küste ist eine Anzahl Bewaffneter.

Ich vernehme ferner, daß die Admiralität die Kriegsschiffe „Noord Brabant“ und „Kortenaer“ — das letztere war in mexikanischen Gewässern — zurückberufen hat, ich kann aber keine amtliche Bestätigung dieser Nachricht erhalten. Die „Zeeland“ kehrte gestern mit Prinz Heinrich der Niederlande an Bord von ihrer Fahrt in die Ostsee zurück.

Die hiesigen Zeitungen sind über diese Vorsichtsmaßregeln geteilter Meinung; einige ziehen sie als beunruhigend und unnötig ins Lächerliche, andere dagegen loben die Vorsicht und Voraussicht der Regierung. Es sieht jedoch so aus, als wäre die Regierung fest entschlossen, alles in ihrer Macht zu tun, um die Neutralität der Niederlande, falls bedroht, aufrechtzuerhalten.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

(35056)

No. 324

Herr Grant Duff an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 66

Bern, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich anliegend einen Artikel des heutigen „Journal de Genève“ über die politische Lage in Europa zu übersenden. Er nimmt den Standpunkt ein, daß bloß der Deutsche Kaiser der augenblicklichen bedrohlichen Lage ein Ende zu machen vermag.

Die Schweizer Presse hat im ganzen das Für und Wider des österreichisch-serbischen Streitfalls verständig und maßvoll erörtert. Man ist hier allgemein der Ansicht, daß die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum hinreichend versöhnlich war, um die Türe für weitere Verhandlungen zu öffnen. Gleichzeitig aber haben Schweizer Journalisten die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen nicht genügend begriffen und neigten stets allzu bereitwillig zur Annahme, daß kleine Staaten bei ihren Streitigkeiten mit Großmächten unfehlbar im Recht sind. Sie werden sich der Haltung der Schweizer Presse während des Burenkriegs noch gut erinnern.

Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß die Aussicht auf einen Weltbrand — mit der Schweiz gleichsam als einsamem Felsen in wilder See — hier große Besorgnis erweckt. Es besteht, denke ich, kein Zweifel darüber, daß die Schweiz strenge Neutralität wahren, aber jeder Grenzverletzung mit bewaffneter Hand entgegentreten wird.

Die eidgenössische Regierung hat seit langem die Frage der Lebensmittelversorgung in Kriegszeiten erwogen, da die Schweiz in bezug auf Getreide und viele Lebensbedürfnisse in hohem Maße von fremden Ländern abhängig ist. Auch die Kohle kommt ausschließlich von auswärts. Viele Leute von hier und in den anderen größeren Städten fangen bereits an, für den Notfall Vorräte anzusammeln.

Dem Vernehmen nach hat die Nationalbank einen Metallbestand von ungefähr £ 8 000 000,— und davon fast fünf Millionen Sterling in Gold. Einer der hiesigen Hauptbankiers erzählte mir, daß Gold nicht zu haben sei und er deswegen habe nach Paris und London schicken müssen.

Außer einiger Aufregung vor den Geschäftsräumen der Zeitungen herrscht hier Ruhe und man hofft allgemein, daß die Feindseligkeiten lokalisiert bleiben werden.

Ich habe usw.

Evelyn Grant Duff

(35008)

No. 325

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 116

Haag, den 30. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf meinen gestrigen Bericht No. 115 ¹⁾ zu melden, daß Seiner Majestät Vizekonsul in Rotterdam

¹⁾ No. 323.

mir einen Brief zugesandt hat, den er gestern vom britischen Vizekonsul in Vlissingen erhielt, wonach diesem der dortige Lotseninspektor sagte, er habe eingehende Weisungen bekommen, alle Bojen und Leuchtzeichen zu entfernen, sobald er vom Marineminister den Befehl dazu erhalte.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

(35009)

No. 326

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 31. Juli

No. 117

Haag, den 30. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß das Amsterdamer „Handelsblad“ meldet, die dortige Fondsbörse sei gestern bis auf weiteres geschlossen worden.

Dieser Entschluß wurde auf einer Vorstandssitzung der Vereinigung der Effekthändler, denen diese Börse gehört, in der Absicht gefaßt, eine Panik zu verhindern. Da die wichtigsten europäischen Effektenbörsen geschlossen sind, besteht die Gefahr, daß man eine große Menge ausländischer Werte auf den Amsterdamer Markt werfen und daß der starke Kurssturz der fremden Staatspapiere einen ähnlichen Sturz in holländischen Staatswerten verursachen wird.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

(34888)

No. 327

Sir. M. de Bunsen an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 128

Wien, den 30. Juli 1914

A. 31. Juli 12²⁵ vorm.

E. 31. Juli 8⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Gesamte Kavallerie jetzt mobil, aber noch nicht ganz konzentriert. Allgemeine Mobilmachung steht unmittelbar bevor. Erbitte Befehl, wohin ich mich im Falle Abberufung des Botschaftspersonals begeben soll. Mich dünkt, bei meiner Kenntnis Galiziens und

der Bukowina, sowie österreichischer Armee, (? könnte ich) von Nutzen (sein)*, wenn der russischen Kiewarmee als Attaché zuge-
teilt; falls weitere Befehle ausbleiben, gedenke ich nach Paris zu
fahren und mich beim Militärattaché zur weiteren Verwendung zu
melden.“

b)

(Tel.) Dringend. Privat

Wien, den 31. Juli 1914

Mein Telegramm No. 128.

Meldung des Militärattachés ging ohne mein Wissen ab; darin
enthaltene Anfrage ist meines Erachtens verfrüht.

(34945)

No. 328

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 188

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 11²⁵ nachm.

E. 31. Juli 9⁰ vorm.

Italienischer Botschafter besuchte mich heute und sagte, da unsere
beiden Regierungen zusammenarbeiteten, um Krieg abzuwenden, möchte
er in enger Fühlung mit mir bleiben. Er sprach von dem in Sir R. Rodds
Telegramm No. 125 vom 27. Juli erwähnten Vorschlag¹⁾, die vier
Mächte sollten Serbien veranlassen, österreichisches Ultimatum in seiner
Gesamtheit anzunehmen, und fragte mich, ob ich glaubte, daß solch
eine Lösung für Rußland annehmbar sei. Ich teilte ihm die Be-
merkungen des Außenministers darüber mit (siehe mein Telegramm
No. 182 vom 29. Juli²⁾) und fügte hinzu, Seine Exzellenz habe nicht
angedeutet, wie Ultimatum gemildert werden könne, um es sowohl
für Serbien wie Österreich annehmbar zu machen.

Auf seine Frage, ob ich irgend etwas vorzuschlagen hätte, erwiderte
ich, meines Erachtens dürfte Punkt 6 Serbien dadurch schmackhafter
gemacht werden, daß Österreich erklärte, es würde ihm genügen, wenn
österreichischer Konsul in Serbien zur Teilnahme an Untersuchung zu-
gelassen würde, während Österreich beruhigt werden könnte, wenn
Mächte sich verpflichteten, ihre Vertreter in Belgrad zu beauftragen,
dafür zu sorgen, daß die von Serbien übernommenen Verpflichtungen
pünktlich ausgeführt würden. Botschafter erzählte mir, er habe
deutschen Botschafter heute morgen gesehen, sagte aber nichts von
Formel, die Außenminister deutschem Botschafter gegeben, woraus ich
entnahm, daß er nicht glaubt, Österreich werde sie annehmen.

¹⁾ No. 202.

²⁾ No. 276.

* Im Original: „... army (? I might be) of service ...“

Ich teilte Außenminister heute Inhalt Ihres Berliner Telegramms
No. 226 vom 29. Juli mit¹⁾.
(Gleichlautend an Botschaften)

(34939)

No. 329

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 106

Berlin, den 30. Juli 1914

A. 31. Juli 12⁴² vorm.

E. 31. Juli 10⁰ vorm.

Ihr Telegramm No. 226 vom 29. Juli¹⁾.

Ich weiß nicht, ob Sie von der deutschen Regierung eine Antwort auf Ihre durch deutschen Botschafter an sie gerichtete Frage erhalten haben, welches Verfahren sie vorschlagen würde, das die vier Mächte instand setze, auf Österreich und Rußland vermittelnd einzuwirken. Gestern abend wurde mir mitgeteilt, deutsche Regierung habe noch keine Zeit für Antwort gehabt. Heute erkundigte sich französischer Botschafter beim Staatssekretär des Auswärtigen, ob deutsche Regierung ein Verfahren in Vorschlag gebracht habe. Staatssekretär erwiderte, man habe sich gesagt, daß Zeit gewonnen werden könne, wenn Berlin deswegen direkt mit Wien in Verbindung trete, und er habe daher bei österreichisch-ungarischer Regierung angefragt, was sie zufriedenstellen werde. Bis jetzt sei jedoch noch keine Antwort eingegangen²⁾.

Reichskanzler sagte mir gestern abend, daß er so stark als möglich „auf den Knopf drücke“, er sei aber nicht sicher, ob er in seinen Ratschlägen der Mäßigung nicht so weit in Wien gegangen wäre, daß die Dinge dadurch eher überstürzt worden seien.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 107 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ No. 263.

²⁾ Siehe F No. 107.

(34985)

No. 330

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 16

Haag, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 11⁴⁵ nachm.

E. 31. Juli 10⁰ vorm.

Mein Telegramm No. 15¹⁾.

Bürgermeister vom Haag hat auf Befehl Kriegsministers durch Anschläge in ganzer Stadt Mannschaften der Küsten-, „Landweer“ angewiesen, sich heute abend 10 Uhr voll bewaffnet an verschiedenen ihnen bekannten Plätzen der Küste zu versammeln.

Stadt ist voll Bewaffneter, die auf ihre Posten eilen.

Ähnliche Weisungen ergingen an Mannschaften anderer Städte in Nähe der Küste, während Landwehr der Inlandstädte Befehl hat, alle Grenzen abzupatrouillieren.

(34933)

No. 331

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 133

Rom, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 8²⁵ nachm.

E. 31. Juli 10⁰ vorm.

Außenminister ließ mich heute abend kommen, um mir mitzuteilen, daß österreichische Regierung seinen Nachrichten zufolge weitere direkte Verhandlungen mit St. Petersburg abgelehnt habe. Auf der anderen Seite hatte er Grund zur Annahme, daß Deutschland, dem ungemein viel daran liege, Konflikt mit uns zu vermeiden, aber überzeugt zu sein scheine, daß wir mit Frankreich und Rußland gehen würden, jetzt geneigt wäre, in Wien versöhnlicheren Rat zu erteilen.

Er sei im Begriff, italienischen Botschafter in Berlin zu beauftragen, deutsche Regierung zu ersuchen, sie möge die Wiederaufnahme des Gedankens eines Meinungsaustausches zwischen den vier Mächten in irgendeiner Österreich nicht mißfallenden Form anregen. Er meinte, Deutschland könnte Österreich auffordern, genau Bedingungen anzugeben, die es an Serbien stellen würde, und zu garantieren, daß es sich weder Gebiet aneignen noch Serbien seiner Unabhängigkeit berauben werde. Einen Abstrich an österreichischer Note zu verlangen sei nutzlos. Deutschland würde nichts befürworten,

¹⁾ No. 257.

was Mißerfolg Österreichs bedeutete. Andererseits könnten wir ermitteln, was für Rußland annehmbar wäre, und nach Kennenlernen beiderseitigen Standpunkts sollten Verhandlungen sofort eingeleitet werden. Solange Österreich keine Schlappe erlitten habe, sei immer noch Zeit. Er wäre jedenfalls bereit, Gedankenaustausch mit uns fortzusetzen, wenn Verhandlungen der vier Mächte unmöglich seien.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 106 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34879)

No. 332

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 73. Dringend

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 5³⁰ nachm.

E. 31. Juli 10⁰ vorm.

Ministerpräsident unterrichtet mich, daß Österreicher jetzt Belgrad planmäßig abschnittsweise beschießen, aber keinen ernsten Versuch machen, Stadt zu besetzen¹⁾.

Vermerk

Diese Beschießung Belgrads scheint wirklich ein unnötiger Akt von Vandalismus zu sein und erweckt den Eindruck, daß sie die Zerstörung der serbischen Hauptstadt als eine Art Strafe bezweckt. Das stimmt unglücklicherweise ganz mit österreichischen Methoden überein. Es wird jedoch besser sein, wenn wir nicht als erste Protest erheben. — E. A. C. 31. Juli.

(34972)

No. 333

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 189

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

A. 9²³ vorm.

E. 10¹⁵ vorm.

Deutsche Schiffe wurden aufgefordert, sich bereit zu halten, russische Gewässer innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Ähnliche Aufforderung soll in Archangelsk ergangen sein.

Seiner Majestät Konsul in Riga meldet, daß Einfahrt von Libau wahrscheinlich durch Minen gesperrt.

¹⁾ Vgl. No. 485.

(35026)

No. 334

Herr Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Odessa, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 5¹⁰ nachm.

E. 31. Juli 10³⁰ vorm.

Sieben Infanteriekompagnien von Nikolajew und fünf von Odessa an die Front befördert, ebenso zwei Batterien Artillerie von Odessa. 60. Regiment verläßt morgen Odessa.

(35023)

No. 335

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 413

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

A. 11⁴⁰ vorm.

Deutscher Botschafter teilt mir mit, daß infolge deutschen Vorschlags Unterredung zwischen österreichischem Minister des Äußern und russischem Botschafter in Wien stattgefunden hat und daß sich österreichischer Botschafter in St. Petersburg mit russischem Außenminister auf Grund von Weisungen besprechen kann, österreichische Note an Serbien zu erläutern und Vorschläge sowie alle Fragen zu erörtern, die österreichisch-russische Beziehungen unmittelbar berühren. Er fügte hinzu, daß, wenn russische Regierung Einwendungen gegen Mobilisierung von acht Armeekorps in Österreich erhöhe, darauf hingewiesen werden könnte, daß dies nicht zu viel gegen 400 000 Serben sei.

Deutscher Botschafter bat mich, auf russische Regierung einzuwirken, daß sie bei Besprechungen guten Willen zeige und ihre militärischen Vorbereitungen einstelle.

Ich bin hochbefriedigt, daß Besprechungen zwischen Rußland und Österreich wiederaufgenommen sind. Teilen Sie das Außenminister mit und geben Sie meiner ernststen Hoffnung Ausdruck, daß er die Besprechungen fördern werde.

Bezüglich der militärischen Vorbereitungen sagte ich deutschem Botschafter, ich vermöchte nicht zu sehen, wie man Rußland zu ihrer Einstellung drängen könne, falls Österreich seinem Einmarsch in Serbien nicht eine Grenze setze.

(Gleichlautend nach Paris No. 278: „Bitte Außenminister zu verständigen“)

*Im BB No. 110 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. DD No. 444 und 489*

(35052)

No. 336

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 108

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 11³⁵ vorm.

E. 1⁴⁰ nachm.

Österreich und Serbien. Ihr Telegramm No. 231 vom 30. Juli¹⁾.

Ich habe Reichskanzler heute morgen eine ganz gleiche Ausdrücke enthaltende Paraphrase Ihrer Antwort auf seinen Anruf britischer Neutralität im Kriegsfall vorgelesen. S. E. war aber mit den in meinem unmittelbar vorhergehenden Telegramm gemeldeten Nachrichten²⁾ geistig so beschäftigt, daß er Ihre Mitteilung ohne jede Bemerkung entgegennahm. Er bat mich, ob ich ihm eben verlesene Paraphrase als *aide-mémoire* überlassen wolle, da sein Kopf so voll schwerwiegender Dinge sei, daß er nicht sicher sein könne, alles, was ich ihm gesagt, im Gedächtnis zu behalten, und er möchte vor Erteilen einer Antwort darüber nachdenken. Ich händigte ihm daher meine Paraphrase unter der Bedingung aus, daß sie nicht als amtliches Dokument, sondern lediglich als eine Aufzeichnung unseres Gesprächs betrachtet werden dürfe³⁾. (? Dem) stimmte S. E. bei.

Im BB No. 109 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35051)

No. 337

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 107

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 11⁵⁵ vorm.

E. 1⁴⁵ nachm.

Österreich und Serbien. Reichskanzler teilt mir mit, er habe soeben Nachricht erhalten, daß die russischen Grenzwachen ihre Häuser längs deutscher Grenze niedergebrannt hätten, daß Rußland seine Amtsgebäude in Nähe der Grenze geschlossen und Kassenbeträge* ins Innere geschafft habe. Es war ihm unmöglich, eine absolute Bestätigung dieser Meldungen zu erhalten, da russisch-deutsche Grenze jetzt vollkommen geschlossen sei; wenn die Meldungen aber, wie er

¹⁾ No. 303.

²⁾ No. 337.

³⁾ Vgl. DD No. 497.

* Eigentlich „Geldtruhen“. In DD findet man keinen Aufschluß, wie die ursprüngliche Nachricht über die Schließung der Amtsgebäude und das Fortschaffen der Geldbeträge gelaute hat.

glaubt, zutreffen, könne das nur bedeuten, daß Rußland Krieg für sicher hält und nun auch an der deutschen Grenze militärische Maßnahmen trifft. Er bemerkte, diese Nachricht erreiche ihn im selben Augenblick, da der Zar namens ihrer alten Freundschaft an den Kaiser appellierte, in Wien zu vermitteln, und der Kaiser dem entspreche. Kanzler fügte hinzu, daß er in Wien alles Mögliche und selbst mehr, als österreichisch-ungarischer Regierung lieb war, getan habe, Mäßigung und Versöhnlichkeit zu predigen, seine Bemühungen seien jedoch durch die Mobilmachung Rußlands gegen Österreich ernstlich erschwert worden. Wenn die jetzt eingegangenen Nachrichten sich als wahr erweisen sollten und militärische Maßnahmen auch gegen Deutschland ergriffen würden, könne er nicht untätig bleiben, da er sein Land nicht unverteidigt lassen dürfe, während andere Mächte die Zeit nutzten. Er sei nun im Begriff, sich zum Kaiser zu begeben, und er bat mich, Ihnen zu sagen, es sei sehr wohl möglich, daß sich deutsche Regierung in ganz kurzer Zeit, vielleicht noch heute, zu einem sehr ernsten Schritt entschließen müsse.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 108 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht. Vgl. No. 677

Vermerke

Dies stellt einen Versuch dar, die Schuld für militärische Vorbereitungen auf Rußland zu wälzen. Alle unsere Nachrichten weisen darauf hin, daß — bis auf den ausdrücklichen Erlaß des tatsächlichen „Mobilmachungsbefehles“ — die deutsche Mobilmachung schon seit einiger Zeit an den drei deutschen Grenzen lebhaft im Gange ist. — E. A. C. 31. Juli.

Rußland trifft ganz angemessene und sehr verständige Vorsichtsmaßregeln, die in keiner Weise als herausfordernd ausgelegt werden können. Natürlich möchte nun Deutschland, das unausgesetzt gerüstet hat, die Schuld auf Rußland schieben — ein recht durchsichtiges Manöver. Jeder Kommentar ist jedoch überflüssig. — A. N.

(35082)

No. 338

Mitteilung des französischen Botschafters

Le Ministre des Affaires Etrangères à M. Paul Cambon

Le 31 Juillet 1914

L'Armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes frontières. Hier, vendredi¹⁾, par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire. Nos avant-postes sont en retrait à 10 kilom. en

¹⁾ Das ist ein Irrtum; der 31. Juli war ein Freitag.

arrière de la frontière. Les populations ainsi abandonnées à l'attaque de l'armée adverse protestent, mais le Gouvernement tient à montrer à l'opinion publique et au Gouvernement britannique que l'agresseur ne sera en aucun cas la France.

Tout le 16^e corps de Metz, renforcé par une partie du 8^e venu de Trèves et de Cologne, occupe la frontière de Metz au Luxembourg. Le 15^e corps d'armée de Strasbourg a serré sur la frontière. Sous menace d'être fusillés, les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ne peuvent pas passer la frontière; des réservistes par dizaines de milliers *sont rappelés* en Allemagne: c'est le dernier stade avant la mobilisation. Or, nous n'avons rappelé *aucun* réserviste. Comme vous le voyez, l'Allemagne l'a fait.

J'ajoute que toutes nos informations concordent pour montrer que les préparatifs allemands ont commencé samedi, le jour même de la remise de la note autrichienne¹⁾.

Ces éléments, ajoutés à ceux contenus dans mon télégramme d'hier, vous permettent de faire la preuve au Gouvernement britannique de la volonté pacifique de l'un et des intentions agressives de l'autre.

*Mit Übersetzung im BB No. 105, Anlage 3,
aber mit falschem Datum veröffentlicht
(siehe No. 319 Anmerkung, 358, sowie F No. 106)
Die Wörter in Kursivdruck sind im Original unterstrichen*

(35077)

No. 339

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Geheim

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Einer unserer Agenten ist heute morgen aus Köln eingetroffen und meldet, daß dort fortgesetzt Truppentransporte in der Richtung nach der Grenze durchkämen. Das bestätigt, was mir Herr Cambon heute früh sagte, daß nämlich Deutschland, obwohl es Mobilisierungsbefehl noch nicht erlassen hat, in Wirklichkeit doch bereits mobilisiert. Französische Regierung glaubt, daß Deutschland das Pariser Kabinett aufreizen will, Mobilmachungsorder zuerst herauszugeben, um so Frankreich als Angreifer erscheinen zu lassen.

A. N.

¹⁾ Das ist auch unrichtig; die österreichische Note wurde an einem Donnerstag (23. Juli) übergeben, und der Hinweis sollte sich wohl auf die serbische Antwort beziehen, die am Samstag (25. Juli) erfolgte.

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 241

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

A. 245 nachm.

Europäische Krise. Mein Telegramm No. 413 vom 31. Juli nach nach St. Petersburg¹⁾, das Ihnen heute mitgeteilt wurde.

Ich hoffe, daß die jetzt zwischen Österreich und Rußland stattfindenden Besprechungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Der Stein des Anstoßes war bisher österreichisches Mißtrauen in serbische Versicherungen und russisches Mißtrauen in Absichten Österreichs bezüglich der Unabhängigkeit und Integrität Serbiens. Mir ist der Gedanke gekommen, daß, falls Wien und St. Petersburg infolge dieses Mißtrauens keine Lösung finden sollten, Deutschland Wien sondieren könnte — während ich es unternehmen würde, St. Petersburg zu sondieren —, ob die vier nicht interessierten Mächte Österreich anzubieten vermöchten, sie würden sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß es volle Genugtuung hinsichtlich seiner Forderungen an Serbien erlangte, vorausgesetzt, daß diese serbische Souveränität und die Integrität serbischen Gebiets nicht beeinträchtigten. Wie Euere Exzellenz wissen, hat Österreich sich schon bereit erklärt, sie zu achten. Rußland könnte durch die vier Mächte unterrichtet werden, sie würden sich anheischig machen zu verhindern, daß Österreich zu weitgehende Forderungen stellte, die serbische Souveränität und Integrität beeinträchtigten. Sämtliche Mächte müßten natürlich weitere militärische Operationen oder Vorbereitungen einstellen.

Wollen Sie bitte den Staatssekretär des Auswärtigen in bezug auf diesen Vorschlag sondieren.

Ich sagte deutschem Botschafter heute morgen, wenn Deutschland mit irgendeinem vernünftigen Vorschlag hervortreten könnte, der es klarmachte, daß Deutschland und Österreich sich um die Erhaltung des europäischen Friedens bemühten, während Rußland und Frankreich unbillig handelten, wenn sie den Vorschlag zurückwiesen, so würde ich ihn in St. Petersburg und Paris unterstützen und so weit gehen zu erklären, daß, wenn Rußland und Frankreich ihn nicht annähmen, Seiner Majestät Regierung mit den Folgen nichts mehr zu tun haben werde. Sonst jedoch, bemerkte ich zum deutschen Botschafter, würden wir, falls Frankreich in die Sache verwickelt werde, ebenfalls hineingezogen²⁾).

Sie können das hinzufügen, wenn Sie Kanzler oder Außenminister hinsichtlich obigen Vorschlags sondieren. Wenn Sie es für wünschenswert halten, können Sie Kanzler auch ein Memorandum meines

¹⁾ No. 335.

²⁾ DD No. 489.

gestrigen Telegramms No. 231¹⁾ geben; vermutlich haben Sie ihm seinen Inhalt mündlich mitgeteilt.

*Im BB No. 111 (ohne letzten Satz) veröffentlicht
Vgl. No. 336 und 385, sowie DD No. 497*

Vermerk

Sir W. Tyrrell erklärte mir heute, er sei ganz sicher, daß der Staatss. dem deutschen Botschafter am Abend des 31. Juli eine Paraphrase des ersten Teils dieses Telegramms in einem Privatschreiben mitteilte. Er sagt, Fürst Lichnowsky habe in einer Unterredung, die er am Samstag morgen mit ihm hatte, auf das Angebot angespielt. — E. D. 25. August 1915.

(35064)

No. 341

Konsul Bernal an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 2

Stettin, den 31. Juli 1914

A. 12³⁵ nachm.

E. 2⁵⁰ nachm.

Regierung hat heute Ausfuhr aller Lebensmittel auf Seeweg verboten.

Vermerk

Wenn das keine Kriegsvorbereitung von gleicher Bedeutung ist wie in Rußland das Fortschaffen von Geldbeträgen ins Innere, dann haben Wörter keinen Sinn mehr. — E. A. C. 31. Juli.

(35063)

No. 342

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 96

Paris, den 31. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 3¹⁰ nachm.

Ich habe den Ministerpräsidenten heute morgen nach Kabinettsitzung gesehen. Er hat keine neuen Nachrichten, außer daß in Wien zwischen dem russischen Botschafter und der österreichischen Regierung Besprechungen in freundschaftlichem Tone stattfinden.

Die in Ihrem Telegramm No. 275 vom 30. Juli enthaltenen Weisungen²⁾ hinsichtlich Ihres letzten Vorschlages an die russische Regierung (Ihr Telegramm No. 412 vom 30. Juli nach St. Petersburg)³⁾ habe ich ausgeführt.

¹⁾ No. 303.

²⁾ No. 310.

³⁾ No. 309.

Minister des Auswärtigen wird mir heute nachmittag Antwort der französischen Regierung geben, ob sie Ihren Vorschlag in St. Petersburg unterstützen kann.

(35071)

No. 343

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 109

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 2¹⁵ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Halbamtliche Nachrichtenagentur meldet, daß Bundesrat heute Verordnung erlassen wird, die Ausfuhr von Getreide, Mehl, Futtermitteln, von Tieren und tierischen Erzeugnissen aus Deutschland verbietet.

(35266)

No. 344

Mitteilung der deutschen Botschaft

Baron Schubert, Sekretär der deutschen Botschaft, kam heute her und las ein Telegramm des Reichskanzlers vor, daß Rußland die allgemeine Mobilmachung seiner Armee und Flotte verfügt habe; daß infolgedessen das Standrecht in Deutschland proklamiert würde und daß, falls Rußland innerhalb der nächsten zwölf Stunden die Verkündigung seiner allgemeinen Mobilmachung nicht widerrufe, Deutschland gezwungen wäre, zu seinem eigenen Schutze zu mobilisieren.

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914.

W. T.

*Siehe DD No. 488. Das Telegramm ging 3¹⁰ nachm. aus Berlin ab
Vgl. No. 347*

(35075)

No. 345

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 4

Brüssel, den 31. Juli 1914

A. 3⁰ nachm.

E. 4⁴⁰ nachm.

Mein Bericht 114 vom 28. Juli¹⁾.

Die sechs Armeedivisionen sind sämtlich auf volle Friedensstärke gebracht worden. Militärische Vorbereitungen werden eifrig

¹⁾ No. 243.

fortgesetzt. Amtlich ist nun berechnet, daß vollständige Mobilmachung 250 000 Mann ergeben würde. Ich glaube jedoch, daß verfügbare Stärke nicht mehr als ungefähr 100 000 Mann Front- und 80 000 Mann Garnisonstruppen betragen und es selbst diesen Kräften an Artillerie und anderem Kriegsmaterial fehlen würde.

(35074)

No. 346

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 111

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 3⁹ nachm.

E. 4⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 110 vom 31. Juli ¹⁾: Europäische Krise.

Extrablätter werden bereits verbreitet, die auf Grund amtlicher Mitteilung melden, daß Kaiser Zustand drohender Kriegsgefahr verkündet hat und Seine Majestät nach Berlin übersiedeln wird.

Diese Proklamation gilt als natürlicher Vorläufer der Mobilmachung.

(35076)

No. 347

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.)

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

A. 6⁴⁰ nachm.

E. 5²⁰ nachm.

Es wurde beschlossen, Befehl für allgemeine Mobilmachung zu erlassen.

Dieser Beschluß wurde infolge eines vom russischen Botschafter in Wien eingegangenen Berichts gefaßt, daß Österreich entschlossen ist, Intervention der Mächte keine Rechnung zu tragen, und daß es Truppen sowohl gegen Rußland wie gegen Serbien in Bewegung setzt.

Rußland hat auch Grund zur Annahme, daß Deutschland aktive militärische Vorbereitungen trifft, und es darf sich darin nicht zuvorkommen lassen.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 113 veröffentlicht

Anmerkung. Das Datum des Telegramms scheint falsch zu sein. Der Zar hat am Nachmittag des 30. Juli endgültig beschlossen, die allgemeine Mobil-

¹⁾ No. 349.

machung zu verfügen, und der amtliche Mobilisierungsbefehl wurde um 6 Uhr an jenem Abend abtelegraphiert. Im Laufe der Nacht wurden die Mobilisierungszettel in den Straßen St. Petersburgs angeschlagen. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, daß Sir George Buchanan am Abend des 31. Juli ein Telegramm mit der Meldung abgesandt haben sollte, die allgemeine Mobilmachung sei beschlossen worden; denn er hätte an jenem Tag sagen müssen, daß die allgemeine Mobilmachung befohlen worden sei. Wahrscheinlich verhält sich die Sache so, daß das Telegramm am 30. Juli 6⁴⁰ nachm. abging, unterwegs eine Verzögerung erlitt und daß der Beamte, der das Originaltelegramm entzifferte, einen Fehler machte. Das kann jedoch nicht mehr festgestellt werden, da die vom Telegraphenamt zugestellten Original-Chiffretelegramme nicht aufbewahrt werden. Vom 30. Juli an traten im telegraphischen Verkehr mit Rußland starke Verspätungen ein und man mußte anordnen, daß Telegramme auf einem Umweg über Aden gesandt werden sollten. Das die allgemeine Mobilmachung meldende Telegramm Paléologues (F No. 118), das am 31. Juli 10⁴³ vorm. abging, traf in Paris erst 8³⁰ nachm. ein (siehe Renouvin, *Les origines immédiates de la guerre*, S. 146, und *Un Livre Noir*, Bd. II S. 294). Die Eingangszeit von Buchanans Telegramm ist richtig. Aus den vorhergehenden Dokumenten erhellt, daß das Auswärtige Amt — außer den Berichten aus Berlin — keine Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung hatte. Am 31. Juli 4⁴⁵ nachm. telegraphierte Fürst Lichnowsky nach Berlin:

„Sir William Tyrrell teilt mir, hiesige Regierung habe noch keinerlei Nachricht über Mobilisierung ganzer russischer Armee und Flotte, werde sich sofort mit Petersburg in Verbindung setzen“ — DD No. 518;

und Herr Asquith sagte gegen 5 Uhr im Unterhaus: „Wir haben soeben — nicht aus St. Petersburg, sondern aus Deutschland — gehört, daß Rußland die allgemeine Mobilmachung seiner Armee und Flotte verkündet hat.“ Siehe No. 344.

(35080)

No. 348

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 287

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

A. 5³⁰ nachm.

Ich hege noch immer Hoffnung, daß Lage nicht unrettbar verloren ist, aber in Anbetracht der voraussichtlichen Mobilmachung Deutschlands muß Seiner Majestät Regierung nun im Hinblick auf bestehende Verträge anfragen, ob französische Regierung zur Verpflichtung bereit ist, Neutralität Belgiens so lange zu achten, als keine andere Macht sie verletzt.

Die gleiche Frage wird an deutsche Regierung gerichtet. Erhalt einer baldigen Antwort ist wichtig.

(*Mutatis mutandis* auch nach Berlin No. 244 gesandt)

Im BB No. 114 veröffentlicht

Siehe No. 380, 383

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 110

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 3⁵⁰ nachm.E. 5³⁵ nachm.

Staatssekretär des Auswärtigen teilt mir mit, er habe soeben ein Telegramm vom deutschen Botschafter in St. Petersburg erhalten, daß Rußland gesamte Armee und Flotte mobilisiere. Er sagte, diese allgemeine Mobilmachung könne sich nur gegen Deutschland richten, weshalb kaiserliche Regierung sofort „Kriegsgefahr“ verkünden werde, was, wie er mir erklärte, gewisse Schutzmaßnahmen infolge gespannter Beziehungen bedeute. Er setzte hinzu, Mobilmachung würde beinahe unverzüglich folgen.

Ich fragte ihn, ob er österreichisch-ungarischer Regierung nicht noch empfehlen könne, im allgemeinen Interesse etwas zu tun, um Rußland zu beruhigen und sich geneigt zu zeigen, Unterhandlungen auf freundschaftlicher Grundlage fortzusetzen. Er entgegnete, er habe erst gestern abend nach Wien telegraphiert und österreichisch-ungarische Regierung gebeten, auf Ihren letzten Vorschlag zu antworten, und österreichischer Minister des Äußern habe erwidert, er werde sich heute morgen mit Kaiser in Verbindung setzen und seine Wünsche entgegennehmen¹⁾. Er habe, fügte Seine Exzellenz hinzu, daraus wieder etwas Hoffnung geschöpft, da es seiner Ansicht nach bedeute, daß Ihr Vorschlag auf alle Fälle in Betracht gezogen würde; doch diese Nachricht aus St. Petersburg scheine ihm jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung so gut wie zu vernichten. Deutschland müsse sich jedenfalls auf alle Möglichkeiten vorbereiten.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 112 (paraphrasiert) veröffentlicht

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 27. Streng vertraulich

Bukarest, den 31. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.E. 5⁴⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm²⁾.

Mein französischer und russischer Kollege, die bezüglich Haltung Rumäniens im Falle allgemeinen Konfliktes bislang hoffnungs-

¹⁾ Vgl. DD No. 395, 465.

²⁾ Wahrscheinlich No. 316.

voll waren, sind nun sehr besorgt. Sie haben heute morgen gemeinsam ihr möglichstes getan, um vom Ministerpräsidenten eine Neutralitätszusicherung zu erlangen, aber er lehnte es ab, sich festzulegen und sagte, Frage müsse in einem Rate erwogen werden, an dem Führer verschiedener Parteien teilnehmen werden. Ich erfahre, daß man Rückkehr des Herrn Take Jonescu aus dem Ausland erwartet.
(Gleichlautend an Botschaften)

(35080)

No. 351

Sir Edward Grey an Sir F. Villiers

(Tel.) No. 9

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914
A. 6¹⁵ nachm.

In Anbetracht der Möglichkeit europäischen Krieges habe ich bei französischer wie auch deutscher Regierung angefragt, ob sie bereit sind, Neutralität Belgiens zu achten, vorausgesetzt, daß keine andere Macht sie verletzt¹⁾.

Im Hinblick auf bestehende Verträge wollen Sie Minister des Äußern davon unterrichten und sagen, ich nähme an, daß Belgien unter Aufbietung seiner ganzen Kraft Neutralität schützen und von anderen Mächten wünschen und erwarten wird, daß sie Neutralität achten und aufrechterhalten.

Bitten Sie um baldige Antwort²⁾.

Im BB No. 115 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34878)

No. 352

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 290

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914
A. 7³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 95 vom 30. Juli³⁾: Europäische Krise.

Es ist meines Erachtens ganz falsch, daß unsere Haltung entscheidender Faktor in Lage war. Deutschland erwartet unsere Neutralität nicht.

Hier ist niemand der Meinung, daß dieser Streitfall, soweit er sich bis jetzt entwickelt hat, britische Verträge oder Verpflichtungen involviert. Die Stimmung ist ganz anders als zur Zeit der Marokko-

¹⁾ No. 348.

²⁾ No. 395.

³⁾ No. 318.

frage, bei der es sich um einen Frankreich unmittelbar angehenden Streit handelte. Im vorliegenden Fall wird Frankreich in einen Streit hineingezogen, mit dem es direkt nichts zu tun hat.

Ich habe französischem Botschafter erklärt, daß wir keine bestimmte Verpflichtung übernehmen könnten, an einem Kriege teilzunehmen.

Er hat dringend ersucht, Seiner Majestät Regierung möge diesen Beschluß nochmals erwägen, und ich habe erwidert, daß wir sicher Lage wieder in Betracht ziehen würden, sobald eine neue Entwicklung einträte, daß es aber augenblicklich nicht gerechtfertigt wäre, irgendeine Verpflichtung einzugehen.

Im BB No. 116 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35088)

No. 353

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 97. Vertraulich

Paris, den 31. Juli 1914

A. 6¹⁰ nachm.

E. 8¹⁵ nachm.

Berichterstatter der „Times“ wurde ins Außenministerium bestellt und erhielt dort eine Liste der deutschen militärischen Vorbereitungen an französischer Grenze, die, wie man erklärt, französische Vorsichtsmaßnahmen weit übertreffen; Außenministerium gibt zu, daß solche Vorsichtsmaßnahmen — aber später als in Deutschland — getroffen wurden. Französische Presse wird nur in allgemeinen Wendungen darüber unterrichtet.

Berichterstatter der „Times“ glaubt, daß Außenministerium wünschte, er solle öffentliche Meinung Englands auf Mobilmachung, die jeden Augenblick befohlen werden kann, vorbereiten und ihr Ansicht beibringen, daß diese Maßnahme Frankreich aufgezwungen wurde.

Siehe die „Times“ vom 1. August 1914, die eine mit No. 338 nahezu übereinstimmende Darstellung enthält

(35100)

No. 354

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 18. *En clair*

Haag, den 31. Juli 1914

A. 6⁵³ nachm.

E. 9³ nachm.

Folgende königliche Verordnung ist heute nachmittag in Extraausgabe des Regierungsblattes erschienen:

- „1. Ausfuhrverbot aus den Niederlanden für Gold und Goldbarren.
2. Festsetzung der Deckung in Gold und Goldbarren für Gesamtsumme der umlaufenden Banknoten usw.
3. Erklärung drohender Kriegsgefahr und Inkraftsetzung Artikels 186 der Verfassung betreffs Ausgaben für Truppen in Privatquartieren.
4. Ermächtigung Kriegsministers, Eisenbahnen und rollendes Material aller holländischen Eisenbahngesellschaften zu requirieren, soweit es Interesse der Landesverteidigung erfordert. (Das ist geschehen; Eisenbahnen usw. sind dem Chef des Generalstabes unterstellt.)
5. Ermächtigung Kriegsministers, sämtliche Aufgebote der Armee, Marine und Landwehr aufzurufen. Mannschaften müssen sich morgen stellen.“

Wie mir Eisenbahnbehörden mitteilen, werden Privatpersonen holländische Bahnen wahrscheinlich nicht benutzen können.

(35129)

No. 355

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Antwerpen, den 31. Juli 1914

A. 5⁴⁸ nachm.

E. 9¹⁵ nachm.

Erfahre, daß zwei deutsche Schiffe der Hansalinie, die am 30. Juli Antwerpen verließen, „Kandenfels“ nach Bremen und „Schildturm“ nach Bombay bestimmt, durch ihre Reeder von Vlissingen nach Antwerpen zurückberufen wurden.

Admiralität verständigt.

(35130)

No. 356

Generalkonsul Maxse an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 9

Rotterdam, den 31. Juli 1914

A. 6¹⁰ nachm.

E. 9¹⁷ nachm.

Hauptkohlenhandlung am Ort hat aus Furcht vor großem Risiko der Beschlagnahme auf See Verladen eingestellt. Mehr als zwanzig Schiffe werden zurückgehalten.

(35089)

No. 357

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 99

Paris, den 31. Juli 1914

A. 8³⁵ nachm.

E. 9⁴⁶ nachm.

Außenminister bat mich heute abend 7 Uhr auf den Quai d'Orsay, und als ich hinkam, verabschiedete sich deutscher Botschafter gerade von Seiner Exzellenz.

Außenminister ersuchte mich, Sie zu benachrichtigen, daß deutscher Botschafter ihm mitteilte, seine Regierung habe infolge Anordnung der Gesamtmobilmachung russischer Armee und Flotte ein Ultimatum an russische Regierung gerichtet, in dem Demobilisierung russischer Streitkräfte verlangt wird; falls russische Regierung sich nicht verpflichtet, deutscher Forderung innerhalb zwölf Stunden zu entsprechen, wird deutsche Regierung es als notwendig erachten, Gesamtmobilmachung deutscher Armee an russischer und französischer Grenze zu verfügen.

Deutscher Botschafter wußte nicht, wann die zwölf Stunden ablaufen.

Außenminister fragt an, welche Haltung England unter diesen Umständen einzunehmen gedenke? Deutscher Botschafter wird morgen (Samstag) mittag 1 Uhr auf Auswärtigem Amt vorsprechen, um Antwort französischer Regierung hinsichtlich ihrer Haltung unter diesen Umständen entgegenzunehmen; er ließ durchblicken, daß er wahrscheinlich seine Pässe werde verlangen müssen.

Russischer Botschafter erklärt, daß ihm von allgemeiner Mobilmachung russischer Streitkräfte nichts bekannt sei¹).

*Im BB No. 117 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. F No. 117, DD No. 528 und Brief No. 374*

(35090)

No. 358

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 100

Paris, den 31. Juli 1914

A. 8³⁵ nachm.

E. 10¹⁰ nachm.

¹ Berichterstatter der „Times“ erfuhr soeben vom Unterstaatssekretär des Äußern, daß sich Deutsche mehrere französische Loko-

¹) Der in Rußland veröffentlichte Telegrammwechsel St. Petersburg—Paris enthält kein Telegramm, das Iswolsky von der russischen allgemeinen Mobilmachung in Kenntnis setzte.

motiven an der Grenze angeeignet haben. Auf deutscher Seite ist Teil der Strecke aufgerissen und mit Maschinengewehren besetzt. Allgemeine französische Mobilmachung wurde nicht angeordnet, sondern nur Mobilmachung der Grenzkorps.

Vermerke

Der Vorwand Deutschlands, daß es unter dem Zwange der französischen und russischen Mobilmachung handelt, wird immer absurder. Es steht in seinen drastischen Maßnahmen keiner anderen Regierung nach. Die deutsche Regierung streut uns Sand in die Augen, um jene britischen Vorbereitungen hinauszuschieben, wenn nicht zu verhindern, die allein uns die Teilnahme am Kampf ermöglichen, sollten wir schließlich die Tatsache erkennen, daß wir keine andere Wahl haben. — E. A. C. 1. August.

Deutschland treibt seit ein paar Tagen sein Spiel mit uns. — A. N.

(34668)

No. 359

Sir Edward Grey an Herrn Crackanthorpe

(Tel.) No. 36

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

A. 10²⁰ nachm.

Mein dringendes Telegramm No. 35¹⁾.

Es ist höchst wichtig zu erfahren, ob Sie meinen Auftrag ausgeführt haben und ob in Belgrad zurückgelassene Chiffren verbrannt worden sind.

Sofortige Drahtantwort.

Vgl. No. 389, 394

(35109)

No. 360

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 129

Wien, den 31. Juli 1914

A. 4¹⁶ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 271 nach Paris²⁾.

Ich habe Unterstaatssekretär Graf Forgach unterrichtet, der sagte, Österreich-Ungarn wisse noch nicht, was es bezüglich seines Kontingents in Skutari tun werde. (? Er bat, daß) man Verwicklungen mit Montenegro vermeiden möge, dessen Teilnahme am Krieg österreichischer Gesandter in Cetinje zu verhindern trachte. Wenn Mon-

¹⁾ No. 278.

²⁾ No. 308.

tenegro sich ruhig verhalte, würde Österreich es nicht angreifen. Betreffs allgemeiner Lage beklagte er russische Mobilmachung, die Österreich zu einem Gegenzug gezwungen habe, er bemerkte jedoch, österreichischer Botschafter in London erhalte Weisung, Ihnen zu erklären, daß Mobilmachung weder auf der einen noch andern Seite notwendigerweise als feindlicher Akt anzusehen sei. Zwischen russischem Außenminister und österreichischem Botschafter in St. Petersburg wären Besprechungen im Gange und zwischen Deutschem Kaiser und Kaiser von Rußland würden Telegramme ausgetauscht. Er hoffe aufrichtig, diese Bemühungen möchten allgemeinen Krieg noch abwenden. Ich drückte Befürchtung aus, daß Deutschland mobilisieren werde. Er meinte, Deutschland müsse etwas für seine eigene Sicherheit tun. Österreich-Ungarn vermöge russischen Anspruch, sich in Streit mit Serbien zu mischen, schwerlich anzuerkennen. Ich erinnerte ihn, daß Rußland während Erörterung albanischer Grenze auf Londoner Botschafterkonferenz hinter Serbien gestanden habe und daß angenommene Grenzlinie ein Kompromiß zwischen österreichisch-ungarischem und russischem Gesichtspunkt darstellte. Ich konnte ihm keinen Vorschlag für einen ähnlichen Kompromiß im vorliegenden Fall entlocken, aber er sprach in versöhnlichem Ton und betrachtete offenbar Lage nicht als verzweifelt. Ich habe russischen Botschafter von dieser Unterredung in Kenntnis gesetzt und Seine Exzellenz wird Graf Forgach selbst heute nachmittag aufsuchen. Russischer Botschafter ist eifrig im Interesse des Friedens tätig und erklärt, daß Rußland sich nicht zu unrecht in bezug auf Serbien einmischen wolle, daß der neue russische Gesandte in Belgrad im Vergleich mit seinem verstorbenen Vorgänger ein Mann von sehr gemäßigten Anschauungen sei und daß Rußland Serbien geraten habe, den Forderungen Österreichs soweit als nur möglich nachzukommen, ohne seine Unabhängigkeit zu opfern.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 118 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

(35110)

No. 361

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 130

Wien, den 31. Juli 1914

A. 4¹⁶ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Nachstehendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Befehl für allgemeine Mobilmachung noch nicht erlassen, wird aber stündlich erwartet. Obwohl I., X. und XI. Korps noch nicht wirklich mobilisiert haben, wurden sie doch durch jüngere Reservisten-Jahrgänge verstärkt. Befehl ist ergangen, alle Festungen in Galizien zu mobilisieren, und Reservisten der Pioniere und Festungsartillerie sind bereits einberufen.

Diesjährige Rekruten wurden schon in diesem Monat vor üblichem Termin eingezogen. Erzherzog Friedrich, General Conrad, General Auffenberg sind sämtlich in Wien. Anscheinend heißen gesamte gegen Serbien zusammengezogene Kräfte „Balkan-Armee“ und sind Potiorek unterstellt, mit von Frank, Shammarodbohm Ermoli (*sic.* ? General Böhm-Ermolli) unter ihm, doch ist dies nicht bestätigt.

Zwei Kavalleriedivisionen begleiten Hauptarmee in Ungarn und werden jetzt glaubhaft bei Arad gemeldet.

Bei Kräften gegenüber Belgrad sind 44. und 46. Regiment des IV. Korps.

Einige der Wiener Truppen sind über Triest nach Ragusa abgerückt.“

(35105)

No. 362

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 8

Budapest, den 31. Juli 1914

A. 5³⁰ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Amtliche Presseagentur erhielt Nachricht, daß allgemeine Mobilmachung angeordnet wurde, bis morgen soll (? aber keine) Bekanntgabe in den Blättern erfolgen.

Offenbar sind hier Vorbereitungen für weitere Mobilmachung im Gange.

(Gleichlautend nach Wien)

(35091)

No. 363

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 101

Paris, den 31. Juli 1914

A. 9²⁰ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Kriegsministerium:

„Stellung französischer Truppen wie folgt:

Diejenigen mit Standort unmittelbar an Grenze haben am 30. Juli Deckungsstellungen eingenommen mit Befehl, sich Grenze nur

auf 8 Kilometer zu nähern. In Garnison verbleibende Reste sind bei Reims, Dijon und Bourges einquartiert. Kriegsministerium erhielt soeben Nachricht, daß Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen für militärische Zwecke reserviert. Deutsche Truppentransporte rollen gegen Grenze; einige Eisenbahn- und Telegraphenlinien unterbrochen. Kriegsministerium glaubt, daß Deutschland heute nachmittag mobilisiert.“

(35384)

No. 364

Der französische Botschafter an Sir A. Nicolson

Le 31 Juillet 1914
11³⁰ soir

Cher Sir Arthur,

Je vous envoie ci-joint un télégramme que je viens de recevoir et qui montre que l'Allemagne se livre déjà sur notre territoire à de véritables actes de guerre.

Sir Edward Grey a bien voulu me prévenir que le cabinet se réunirait demain matin et m'a donné rendez-vous à 3.

Vous jugerez peut-être opportun de lui remettre le télégramme que je vous envoie, avant le conseil de cabinet.

Votre sincèrement dévoué
Paul Cambon

Mr. William Martin vient de remettre à Lord Stamfordham la lettre de M. le Président de la République¹⁾.

Anlage zu No. 364

Télégramme du Ministre des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur de France à Londres, le 31 Juillet 1914

Dès mercredi dernier, l'Ambassadeur d'Allemagne à Paris avait annoncé au Ministre des Affaires Etrangères que l'Allemagne se mettrait en état „de menace de guerre“. C'est cet état de menace de guerre que l'Allemagne vient d'adopter et qu'elle s'efforce de représenter comme une conséquence des mesures prises par la Russie qui sont volontairement exagérées.

Une série de faits viennent de se produire sur la frontière française:

¹⁾ Siehe No. 366.

Le Commissaire de Police allemand d'Amanvillers a confisqué la locomotive française No. 6113 de l'Est. La voie est coupée à Amanvillers et à Novéant, les fils télégraphiques à Novéant.

A la station frontière de Montreux, les Allemands ont coupé la voie et empêché quatre locomotives françaises de passer en Allemagne.

A Pagny, ils ont installé des mitrailleuses et coupé la voie.

A Montreux-Vieux, les nouvelles machines françaises ont été confisquées par les Allemands.

L'Allemagne a rompu toutes les relations télégraphiques et téléphoniques internationales.

(35112)

No. 365

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 139

Rom, den 31. Juli 1914

A. 11⁰ nachm.

E. 11⁵⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 137¹⁾.

In Anbetracht deutscher Forderung, Rußland solle innerhalb zwölf Stunden demobilisieren und Frankreich seine Absichten bekanntgeben, sieht Minister des Äußern voraus, daß sich morgen diese Mächte im Kriegszustand miteinander befinden werden. Er ist jetzt beim Ministerpräsidenten, um Frage italienischer Neutralitätserklärung zu erwägen. Er wäre Ihnen für Rat in bezug auf diesen Punkt dankbar. Da Italien nicht an Feindseligkeiten teilnimmt, sich jedoch seine künftige Handlungsfreiheit vorbehält, nimmt Außenminister an, Italien sollte ohne Verzug solche Neutralitätserklärung veröffentlichen, um seine Stellung klarzumachen. Würde England in ähnlicher Lage dasselbe tun?

Vermerke

Das scheint von den Bestimmungen des Bündnisses abzuhängen. — G. R. C. 1. August 1914.

Die Anfrage der italienischen Regierung kann nur vom Kabinett beantwortet werden.²⁾ — E. A. C. 1. August.

¹⁾ Ein Telegramm mit dieser Nummer findet sich nicht verzeichnet.

²⁾ Siehe No. 433.

Mitteilung der französischen Botschaft

S. Ex. M. Viviani, *Ministre des Affaires Etrangères, Paris*, à
S. Ex. M. Paul Cambon, *Ambassadeur de France à Londres*

(Tél.) No. 402

Paris, le 31 Juillet 1914

Départ: 3h. 20 soir

Arrivée: 4h. 15

Mr. William Martin arrivera ce soir à 10 heures 45; il sera porteur d'une lettre¹⁾ de M. le Président de la République pour le Roi d'Angleterre. Veuillez faire en sorte que cette lettre puisse être remise ce soir même à son destinataire.

(35146)

No. 367

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 513

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Herr Cambon verwies heute auf ein Telegramm des französischen Botschafters in Berlin, das Sir Arthur Nicolson heute morgen zu sehen bekam und in dem es heißt, daß die Ungewißheit darüber, ob wir intervenieren würden, das ermutigende Element in Berlin bilde, und daß, wenn wir uns nur bestimmt auf seiten Rußlands und Frankreichs erklärten, dies die Haltung Deutschlands zugunsten des Friedens entscheiden würde.

Ich erwiderte, es sei ganz falsch anzunehmen, wir hätten Deutschland unter dem Eindruck gelassen, daß wir nicht intervenieren würden. Ich hätte Anerbieten für das Versprechen, daß wir neutral blieben, zurückgewiesen. Ich hätte eine Neutralitätserklärung nicht nur entschieden abgelehnt, sondern ich wäre heute morgen sogar so weit gegangen, dem deutschen Botschafter zu sagen, daß, sollten Frankreich und Deutschland in den Krieg verwickelt werden, wir auch hineingezogen würden. Das wäre natürlich nicht das gleiche wie eine gegen Frankreich eingegangene Verpflichtung und ich bemerkte das bloß deshalb zu Herrn Cambon, um ihm zu zeigen, daß wir Deutschland nicht unter dem Eindruck gelassen hätten, wir würden unbeteiligt bleiben.

Herr Cambon erbat dann meinen Bescheid auf seine gestrigen Ausführungen²⁾.

¹⁾ Dieser Brief ist in CDD auf Seite 542 wiedergegeben.

²⁾ No. 319.

Ich erwiderte, wir hätten in der heutigen Kabinettsitzung beschlossen, daß wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt zu nichts verpflichten könnten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage sei überaus ernst; es bestünde die Gefahr eines vollständigen Zusammenbruches, der uns und alle Welt mit dem Ruin bedrohe, und es sei möglich, daß unsere Nichtbeteiligung sich als einziges Mittel erweisen würde, um einen völligen Zusammenbruch des europäischen Kredits zu verhindern, in den wir sonst hineingerissen würden. Diese Erwägung könne unsere Haltung ganz wesentlich bestimmen.

Ich sagte Herrn Cambon weiterhin, obschon* wir unsere Politik dem Parlament vorlegen müßten, könnten wir es nicht im voraus verpflichten. Bis jetzt hätten wir und auch die öffentliche Meinung nicht das Empfinden, daß irgendwelche Verträge oder Verpflichtungen Englands involviert seien. Weitere Entwicklungen würden diese Lage vielleicht ändern und Regierung und Parlament zur Ansicht führen, daß eine Intervention gerechtfertigt sei. Die Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens könne, ich wolle nicht sagen ein entscheidender, aber ein wichtiger Faktor bei Bestimmung unserer Haltung sein. Ob wir dem Parlament nun vorschlägen, an einem Kriege teilzunehmen oder nicht, so würde es doch wissen wollen, wie wir hinsichtlich der Neutralität Belgiens stünden, und es möchte sein, daß ich an die französische wie an die deutsche Regierung die Frage richten müsse, ob sie zu einer Verpflichtung bereit wären, nicht als erste die Neutralität Belgiens zu verletzen.

Herr Cambon äußerte sich sehr enttäuscht über meinen Bescheid. Er wiederholte seine Frage, ob wir Frankreich beistehen würden, falls Deutschland es angriffe.

Ich entgegnete, ich müsse bei meiner Antwort bleiben, daß wir uns, soweit die Dinge bis jetzt gediehen seien, zu nichts verpflichten könnten. Die letzte Nachricht besage, daß Rußland eine Gesamtmobilmachung seiner Flotte und Armee angeordnet habe. Dadurch würde, wie mir scheine, eine Krise überstürzt herbeigeführt und der Eindruck erweckt, daß die deutsche Mobilmachung durch Rußland erzwungen werde.

Herr Cambon machte nachdrücklich geltend, daß Deutschland von Anfang an Vorschläge verworfen habe, die den Frieden hätten erhalten können. Es dürfte nicht im Interesse Englands liegen, daß Frankreich durch Deutschland erdrückt werde. Wir würden uns dann Deutschland gegenüber in sehr geschwächter Stellung befinden. Im Jahre 1870 hätten wir einen großen Fehler begangen, indem wir einen ungeheuren Machtzuwachs Deutschlands zuließen, und wir würden den Fehler jetzt wiederholen. Er fragte mich, ob ich seine Anfrage nicht dem Kabinett nochmals vorlegen könne.

* Im Original „though“. Grey wollte vielleicht sagen „as“ = weil.

Ich sagte, das Kabinett würde sicher zusammenberufen werden, sobald eine neue Entwicklung einträte, im gegenwärtigen Augenblick vermöchte ich ihm aber bloß den Bescheid zu geben, daß wir keine bestimmte Verpflichtung eingehen könnten.

*Im BB No. 119 (unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht
Vgl. F No. 110*

No. 368

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Den 31. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Wie unsere künftige Haltung hinsichtlich einer Intervention auch sein möge, erscheint es mir überaus wichtig, unverzüglich den Befehl zur Mobilmachung der Armee zu geben. Es nützt nichts, unsere Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß Deutschland möglicherweise innerhalb der nächsten 24 Stunden die französische Grenze überschreiten wird. Ist die öffentliche Meinung — jetzt so verwirrt und nur teilweise unterrichtet — im Falle deutscher Invasion bereit, sich auf seiten Frankreichs zu stellen, so würde unsere Hilfe, wenn wir nicht mobil sind, zu spät kommen. Mobilmachung ist eine Vorsichts- und keine herausfordernde Maßnahme, und sie ist meiner Meinung nach unbedingt notwendig.

A. N.

Vermerk

Darin liegt viel Wahres. Wir müssen uns vorbereiten, und ich meine, die Sache sollte morgen früh erwogen werden. — E. G. 31. Juli 1914.

No. 369

Sir E. Crowe an Sir Edward Grey

(Privat)

Den 31. Juli 1914

Lieber Sir Edward,

Verzeihen Sie mir, wenn ich es wage, Ihnen in vielleicht etwas ungeschlachten Worten — sie sind notwendigerweise ziemlich rasch zu Papier gebracht — ein paar einfache Gedanken vorzutragen, die mir die ernste Lage eingegeben hat.

Wenn Sie sie für wertlos halten, dann legen Sie sie bitte bei Seite. Nichts liegt mir ferner, als Sie unnötigerweise zu belästigen

oder Ihre ernsten Schwierigkeiten in diesem Augenblicke zu vermehren.

Ihr aufrichtig ergebener
Eyre A. Crowe

Anlage zu No. 369

Memorandum von Sir E. Crowe, 31. Juli 1914

Die Theorie, daß England sich auf einen großen Krieg nicht einlassen darf, bedeutet seine Abdankung als unabhängiger Staat. Es kann auf die Knie gezwungen und dazu gebracht werden, den Befehlen jeder Macht oder Mächtegruppe zu gehorchen, die Krieg zu führen *vermag*, und deren gibt es verschiedene.

Die Theorie besagt ferner nicht bloß, daß keine Notwendigkeit für eine britische Armee oder Marine besteht, sondern daß eine solche Notwendigkeit auch seit vielen Jahren nicht bestanden hat. Danach kann es nicht richtig gewesen sein, dem Lande unter enormen jährlichen Kosten den Unterhalt einer unnötigen, weil nutzlosen Streitmacht aufzuerlegen.

Wenn diese Theorie wahr wäre, so würde die allgemeine Grundlage, auf der bisher unsre gesamte auswärtige Politik angeblich beruhte, sich der Welt als leeres Nichts offenbaren. Ein Staat, der unfähig zum Kampfe ist und folglich kein Gewicht hat, vermag auch ein Kräftegleichgewicht nicht aufrechtzuerhalten.

Die Tatsache, daß britischer Einfluß bei verschiedenen wichtigen Gelegenheiten den Ausschlag gab, ist ein Beweis, daß fremde Staaten den Glauben, England könne keinen Krieg führen, nicht teilen.

In allen Ländern gibt es jedesmal bei Ausbruch eines Krieges eine wirtschaftliche Panik.

Die systematische Störung der feindlichen Finanzorganisation und die Erregung einer Panik gehören zu einer wohldurchdachten Kriegsvorbereitung.

Die Meinung der Geschäftskreise ist gewöhnlich furchtsam und geneigt, kleinmütigen Ratschlägen zu folgen. Die Panik in der City wurde größtenteils durch planmäßige Handlungen deutscher Finanzinstitute beeinflußt, die in mindestens ebensolch enger Fühlung mit der deutschen wie britischen Regierung stehen und wie allbekannt in täglichem Verkehr mit der deutschen Botschaft sind.

Deutschland hat unablässig danach getrachtet, England zu einer Neutralitätserklärung zu veranlassen, falls Deutschland in einen Krieg mit Frankreich und Rußland verwickelt würde. Die Sache war so durchsichtig, daß Seiner Majestät Regierung die Befolgung einer solchen Politik als unvereinbar mit ihrer Pflicht Frankreich und Rußland, sowie auch England gegenüber abgelehnt hat. Der Vorschlag

wurde uns gestern in konkreter Form wieder dringend unterbreitet, aber mit Worten zurückgewiesen, die den Eindruck erweckten, daß der deutsche Vorschlag in den Augen Seiner Majestät Regierung auf ein Ansinnen an England hinauslaufe, eine ehrlose Tat zu begehen.

Sollte man nun die Meinung vertreten, daß wir durchaus berechtigt sind, neutral und Zuschauer zu bleiben, während sich Deutschland auf Frankreich stürzt, dann war es gestern falsch zu glauben, daß man uns aufgefordert hat, auf einen ehrlosen Handel einzugehen, und es ist schade, daß wir nicht abgeschlossen haben. Denn es wurden wenigstens Bedingungen angeboten, die für Frankreich und Belgien von einigem Nutzen waren. Wir sind jetzt offenbar gewillt, das zu tun, was wir gestern verächtlich ablehnten, aber mit dem Ergebnis, daß wir die das gestrige Angebot begleitenden, entschädigenden Vorteile verlieren.

Das Argument, daß es keine schriftlichen uns an Frankreich bindenden Verpflichtungen gibt, ist strenggenommen zutreffend. Es besteht keine vertragsmäßige Verpflichtung. Die Entente wurde jedoch abgeschlossen, gekräftigt und in einer Weise erprobt und gefeiert, die den Glauben rechtfertigt, daß ein moralisches Band geschmiedet worden ist. Die ganze Politik der Entente kann keinen Sinn haben, wenn sie nicht bedeutet, daß England in einem gerechten Streitfall seinen Freunden beistehen werde. Diese Ehren-Erwartung wurde erweckt. Ohne unsern guten Namen ernster Kritik auszusetzen, können wir das nicht von uns weisen.

Ich wage zu glauben, daß die Behauptung, England könne unter keinen Umständen Krieg führen, unwahr ist und daß eine Bestätigung dieser Art einen Akt politischen Selbstmordes bedeuten würde.

Die strittige Frage ist nicht, ob wir fähig sind, an einem Krieg teilzunehmen, sondern ob wir in den jetzigen Krieg eintreten sollen. Das ist in erster Linie eine Frage von Recht oder Unrecht, in zweiter eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit.

Wenn man die Frage auf dieser Grundlage erwägt, dann wird man sicher finden, daß unsre Pflicht und unser Interesse es erheischen, Frankreich in seiner Stunde der Not beizustehen. Frankreich hat den Streit nicht gesucht. Er ist ihm aufgezwungen worden. — E. A. C.

(35567)

No. 370

Sir Edward Grey an Herrn Barclay (Washington)

No. 431

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der amerikanische Botschafter schrieb mir, um mich wissen zu lassen, daß seine Regierung bereit sei, ihre Dienste für eine Ver-

mittlung in der jetzigen schwierigen Lage Europas anzubieten¹⁾. Ich sah ihn heute nachmittag und teilte ihm mit, daß bislang alle Vermittlungsvorschläge in der Streitsache zwischen Österreich und Serbien, die den Ursprung der europäischen Schwierigkeiten bilde, abgelehnt worden seien. Ich wäre nur zu froh, wenn sich eine Gelegenheit böte, in der die guten Dienste der Vereinigten Staaten sich verwerten ließen. Ich hätte die deutsche Regierung ersucht, irgendein Verfahren vorzuschlagen, nach dem eine Vermittlung stattfinden könnte, hätte aber noch keine Antwort erhalten. Ich fragte Herrn Page, ob das Vermittlungsangebot der Vereinigten Staaten auch in anderen Hauptstädten außer London gemacht worden sei. Das wußte er nicht sicher.

Ich bin usw.

E. Grey

(34848)

No. 371

Sir Edward Grey an Sir H. Bax-Ironside

No. 54. Vertraulich

Auswärtiges Amt, den 31. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der griechische Gesandte erschien am 28. d. Mts. und teilte Sir E. Crowe in strengstem Vertrauen mit, zwischen der griechischen und rumänischen Regierung fände ein Gedankenaustausch bezüglich einer gemeinsam nach Sofia zu richtenden Warnung statt, daß, wenn Bulgarien Serbien angriffe, Griechenland und Rumänien gegen Bulgarien marschieren würden.

Ich bin usw.

E. Grey

(36002)

No. 372

Mitteilung der deutschen Botschaft, 31. Juli 1914, mitternachts.

Am 29. hat der Zar Seine Majestät telegraphisch gebeten, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu vermitteln. Der Kaiser hat sich dazu sofort bereit erklärt, das telegraphisch dem Zaren mitgeteilt und sofortige Demarche in Wien gemacht. Ohne das Ergebnis abzuwarten, hat Rußland gegen Österreich-Ungarn mobilisiert. Seine

¹⁾ Siehe No. 259.

Majestät hat den Zaren alsbald telegraphisch darauf aufmerksam gemacht, daß dadurch die Vermittlungsaktion illusorisch gemacht wird, und den Zaren gebeten, die militärischen Maßnahmen gegen Österreich einzustellen. Das ist jedoch nicht geschehen. Trotzdem hat die deutsche Regierung die Vermittlungsaktion in Wien fortgesetzt, und zwar ist sie mit ihren sehr dringlichen Vorschlägen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was sie einem souveränen Staate, der ihr Bundesgenosse ist, zumuten konnte. Die von der deutschen Regierung in Wien gemachten Vorschläge bewegten sich ganz im Sinne der Vorschläge Englands, und die deutsche Regierung hat sie Wien zur ernststen Erwägung anempfohlen. Heute vormittag wurde darüber in Wien beraten. Während der Beratung, und noch ehe diese abgeschlossen war, meldete Graf Pourtalès die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Marine. Dieser russische Akt hat Österreich die noch ausstehende Antwort auf den deutschen Vermittlungsvorschlag abgeschnitten. Er erstreckte sich auch gegen Deutschland, das der Zar persönlich um Vermittlung gebeten hatte. Diesen Akt, den wir nicht anders als feindselig ansehen konnten, mußten wir, wenn wir die Sicherheit des Vaterlandes nicht absolut preisgeben wollten, mit ernststen Gegenmaßnahmen beantworten. Wir konnten der russischen Mobilmachung an unserer Grenze nicht untätig zusehen. Wir haben Rußland daher gesagt, daß, wenn nicht binnen 12 Stunden die kriegesischen Maßnahmen gegen uns und Österreich-Ungarn eingestellt würden, wir mobilmachen müßten, was den Krieg bedeuten würde. Frankreich haben wir gefragt, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben werde.

Deutsch mitgeteilt. Siehe den deutschen Wortlaut in
DD No. 513; siehe auch No. 384*

(35149)

No. 373

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 1. August

No. 380. Vertraulich

Paris, den 30. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich hatte heute abend eine Audienz beim Präsidenten der Republik, um ihn in Ihrem Namen zum Erfolg seines Besuchs in Petersburg zu beglückwünschen. Ich hielt es bei Übermittlung Ihrer Glück-

* In Paraphrase, die hier beibehalten wurde.

wünsche für richtig, die vollständige Übereinstimmung, die er mit Rußland erzielt, nicht besonders zu erwähnen.

Herr Poincaré bat mich, Ihnen für Ihre Botschaft zu danken. Er bemerkte, sein Besuch sei in jeder Hinsicht befriedigend verlaufen und durchaus erfolgreich gewesen.

Ich sagte dem Präsidenten, Sie hätten mich bei meiner Anwesenheit in London Mitte Juli beauftragt, ihm bei meiner Rückkehr nach Paris die Ansichten Seiner Majestät Regierung in bezug auf Albanien darzulegen; das sei mir nicht möglich gewesen, da er seine Reise nach Petersburg bereits angetreten hätte, als ich nach Paris zurückkam, und jetzt sei die albanische Frage in Anbetracht der sehr ernsten Lage, die sich aus den österreichisch-serbischen Streitigkeiten entwickelt habe, nur mehr von ganz untergeordneter Bedeutung. Sie seien bereit gewesen, die Rekrutierung und das Einexerzieren einer albanischen Truppe für den Dienst des Fürsten von Albanien durch Oberst Phillips und die anderen Offiziere der internationalen Kontingente in Skutari zu genehmigen, vorausgesetzt, daß diese Offiziere sich an keinen militärischen Operationen dieser Truppe beteiligten. Unter keinen Umständen werde Seiner Majestät Regierung einwilligen, daß eine britische Abteilung an einer internationalen Besetzung Albaniens teilnehme. Da sie demnach keine britischen Truppen senden würde, um die Aufständischen aus dem Albanien zuerkannten Gebiet zu vertreiben, so könne sie nichts dagegen einwenden, wenn andere Mächte diese Aufgabe übernehmen wollen. Österreich und Italien dürften vielleicht vorschlagen, Albanien zu besetzen, um die Ordnung wiederherzustellen. Sie würden es lieber sehen, daß sie das mit Einwilligung der andern Mächte denn als ihre Mandatare täten, was sonst Verantwortungen in sich schließen würde, die Seiner Majestät Regierung vielleicht nicht gewillt wäre auf sich zu nehmen.

Herr Poincaré meinte, die albanische Frage sei durch die gegenwärtige sehr ernste Lage, die sich aus dem österreichisch-serbischen Streit ergeben, in den Hintergrund gedrängt worden. Inmitten der Nacht (30. Juli 3 Uhr früh) habe die französische Regierung Nachricht aus St. Petersburg erhalten, daß der deutsche Botschafter Herrn Sasonow unterrichtet habe, Deutschland werde, falls Rußland seine Mobilmachung nicht einstelle, selbst mobilisieren¹⁾. Herr Poincaré hatte sich sogleich mit dem Kriegs- und Marineminister beraten, welche Vorbereitungen die französische Regierung treffen solle, um einer solchen Möglichkeit zu begegnen. Heute um 1 Uhr nachm. meldete ein weiterer Bericht des französischen Botschafters in St. Petersburg, der deutsche Botschafter habe Herrn Sasonow eine zweite Mitteilung gemacht, die den vorausgegangenen Schritt in ein Ersuchen der deutschen Regierung einschränkte, man möge ihr die Bedingungen

¹⁾ R No. 58 und R II.

bekanntgeben, auf Grund deren Rußland demobilisieren würde. Herrn Sasonows Antwort lautete, Rußland werde in eine Demobilisierung unter der Voraussetzung einwilligen, daß Österreich zusichere, die Souveränität Serbiens achten und gewisse von Serbien nicht angenommene Forderungen der österreichischen Note einer internationalen Diskussion unterbreiten zu wollen¹⁾.

Nach Ansicht des Präsidenten der Republik wird die österreichische Regierung diese russischen Bedingungen nicht annehmen. Er ist überzeugt, daß die Wahrung des Friedens unter den Großmächten des Kontinents von der Haltung Englands abhängt, denn wenn Seiner Majestät Regierung verkünden würde, daß sie im Falle eines aus den vorliegenden Streitigkeiten zwischen Österreich und Serbien entspringenden Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich diesem zu Hilfe käme, so würde es keinen Krieg geben, da Deutschland seine Haltung dann sofort änderte.

Ich erklärte Herrn Poincaré, daß es für Seiner Majestät Regierung sehr schwierig wäre, etwas Derartiges anzukündigen, weil die Mehrheit des Unterhauses wahrscheinlich die Notwendigkeit dafür nicht einsehen würde. Man könnte das im gegenwärtigen Augenblick als Eingriff in die österreichisch-serbische Frage ansehen, an der England kein unmittelbares Interesse habe. Herr Poincaré blieb dabei, daß es zum Besten des Friedens sei, an dem England ein gleich großes Interesse wie Frankreich habe. Frankreich, sagte er, will den Krieg nicht. Es wünscht im Frieden zu leben. Die französische Regierung ist bis jetzt über Vorbereitungen für die Mobilmachung nicht hinausgegangen, um nicht überrumpelt zu werden, und sie wird Seiner Majestät Regierung von allem, was in dieser Hinsicht etwa geschehen werde, unterrichtet halten. Wenn zwischen Rußland und Österreich der Krieg ausbräche und Deutschland Österreich zu Hilfe käme, dann wäre Frankreich infolge seines Vertrages verpflichtet, Rußland beizustehen. Daraus würde sich ein allgemeiner Festlandskrieg entwickeln, in dessen Verlauf England unfehlbar zum Schutze von Interessen hineingezogen würde, die für seine Stellung eine Lebensfrage seien. Würde es jetzt seine Absicht erklären, Frankreich, das den Frieden sehnlich wünscht, zu unterstützen, so würde ein Krieg beinahe sicher vermieden werden, da Deutschland, wenn es auch vielleicht bereit wäre, sowohl gegen Frankreich wie gegen Rußland zu kämpfen, nicht Gefahr laufen würde, seinen Überseehandel vernichten und sich durch die britische Flotte aushungern zu lassen.

Ich erwiderte, daß der Befehl an die britische Flotte, nicht auseinanderzugehen, Deutschland auch ohne förmliche Ankündigung ziemlich deutlich anzeigen müsse, was geschehen könne, falls es zwischen Deutschland und Frankreich zum Kriege käme. Herr Poincaré ent-

¹⁾ Siehe No. 302 und R No. 60.

gegnete, eine derartige Ankündigung würde solch einen Krieg verhindern, und selbst wenn sie ihn nicht verhinderte, dann würde die britische Unterstützung Frankreichs bei Ausbruch von Feindseligkeiten dazu beitragen, das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Später geleistete Hilfe könnte zu spät kommen; bliebe England neutral und würde Deutschland auf dem Kontinent allmächtig, so würde das die Stellung Englands als Großmacht zu seinem Schaden völlig ändern.

Herr Poincaré bat mich, Ihnen zur ernstlichen Erwägung die Gründe darzulegen, die er mir zugunsten einer Erklärung Seiner Majestät Regierung, wie von ihm vorgeschlagen, entwickelt hatte.

Den Hauptinhalt dieses Berichtes hinsichtlich der aus den österreichisch-serbischen Streitigkeiten sich ergebenden Lage habe ich Ihnen telegraphisch übersandt¹⁾.

Ich habe usw.

Francis Bertie

No. 374

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat)

Britische Botschaft, Paris, den 31. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Als der Außenminister mich heute abend kommen ließ, dachte ich, es geschähe, um mir die Antwort der französischen Regierung auf Ihren Vorschlag zu erteilen, den ich ihm heute morgen bezüglich einer Ausgleichsformel zwischen Österreich und Rußland überbracht hatte²⁾.

Als ich im Ministerium des Äußern ankam, war der deutsche Botschafter gerade bei Herrn Viviani, und ich ging unmittelbar nach dem Weggang des Botschafters hinein.

Herr Viviani war infolge des Charakters der eben erhaltenen Mitteilung natürlich in einem höchst nervösen Zustand und vergaß völlig den Zweck, der ihn veranlaßt hatte, mich herzubitten.

Herr von Schoen konnte nicht sagen, wann das Ultimatum an Rußland abläuft.

Offenbar will Deutschland die Dinge beschleunigen, ehe die Russen bereit sein können.

¹⁾ No. 318.

²⁾ No. 342.

Herr von Schoen ließ dem Präsidenten der Republik eine Abschiedsbotschaft ausrichten¹⁾.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

Vgl. Telegramm No. 357

(35305)

No. 375

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 1. August

No. 119

Haag, den 31. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der „Chef de cabinet“ im Ministerium des Äußern sagte mir heute, jetzt seien alle holländischen Regimenter auf volle Stärke gebracht und der nächste Schritt, der aber, wie er hoffte, nicht unternommen werden müsse, wäre der Aufmarsch.

Herr Doude meinte, der verwundbare Punkt sei die Provinz Limburg, und bis jetzt ständen dort nicht mehr Regimenter als in normalen Zeiten, obwohl die dort befindlichen Regimenter, wie alle anderen in Holland, auf Kriegsstärke seien. Herr Doude fügte hinzu, daß Truppen aus anderen Teilen Hollands nötigenfalls in wenigen Stunden nach Limburg geschafft werden könnten.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

(35148)

No. 376

Der Dänische Gesandte an Sir Edward Grey

Dänische Gesandtschaft, London, den 1. August 1914

Euere Exzellenz

beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung zu benachrichtigen, daß die königliche Regierung es in Anbetracht der immer

¹⁾ Siehe F No. 120*.

* In F No. 120 lautet die Stelle über die Abschiedsbotschaft nach der Aufzeichnung Vivianis: „... il me priait de présenter au Président de la République ses hommages et remerciements, et demandait que l'on voulût bien prendre des dispositions pour sa propre personne“.

ernster sich gestaltenden internationalen Lage für richtig erachtet hat, aus Gründen der Vorsicht etwa 14 000 Mann zur Flotte und etwa 13 000 Mann für die Küstenbefestigungen einzuberufen.

Ich habe usw.

H. Grevenkop Castenskiold

Vgl. No. 530

(35101)

No. 377

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 6. *En clair*

Brüssel, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 11⁴ nachm.

E. 1. Aug. 12³⁵ vorm.

Heute abend allgemeine Mobilmachungsorder der belgischen Armee erlassen.

Vgl. No. 415

(35106)

No. 378

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Antwerpen, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 8⁴¹ nachm.

E. 1. Aug. 12⁵⁰ vorm.

Eben erfolgter Anschlag in Antwerpener Bahnhof erklärt, daß alle Eisenbahnverbindungen mit Deutschland eingestellt sind.

(35099)

No. 379

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 192

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 8³⁷ nachm.

E. 1. Aug. 1²⁵ vorm.

Bis auf weiteres dürfen keine Schiffe St. Petersburg verlassen.

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 103

Paris, den 31. Juli 1914

A. 1. August 1¹⁰ vorm.E. 1. August 2⁵ vorm.

Als ich Ihr Telegramm No. 287 von heute nachmittag ¹⁾ 8³⁰ abends erhielt, ließ ich Außenminister um eine Unterredung bitten. Er empfing mich heute abend 10³⁰ im Elysée, wo gerade ein Ministerrat stattfand. Er notierte sich die Anfrage wegen Achtung der belgischen Neutralität durch Frankreich, die zu stellen Sie mich beauftragten (Gruppe nicht entzifferbar).

Er sagte mir, der deutsche Botschafter in London habe Ihnen die Absicht Deutschlands mitgeteilt, die allgemeine Mobilmachung seiner Armee anzuordnen, falls Rußland nicht sofort demobilisiere ²⁾. Ihm ist dringendst darangelegen zu erfahren, wie sich England bei dieser Sachlage verhalten wird, und er bittet, Seiner Majestät Regierung wolle sobald als nur möglich eine Antwort geben.

Außenminister bemerkte ferner, daß die deutsche Botschaft ihre Sachen packe.

Herr Jaurès wurde in einem Restaurant von einem jungen Mann getötet, weil er ein Pazifist und ein Verräter sei.

*Im BB No. 124 (ohne den letzten Satz) veröffentlicht
Vgl. No. 382*

Sir Eyre Crowe an Sir F. Bertie(Tel.) Dringend. *En clair*

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 2⁵ vorm.

Ein ziemlich langes, wichtiges und dringendes Telegramm geht chiffriert an Sie ab ³⁾. Treffen Sie bitte Anstalten, es unverzüglich entziffern zu lassen.

¹⁾ No. 348.

²⁾ No. 344.

³⁾ No. 384.

(35094)

No. 382

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 104

Paris, den 31. Juli 1914

A. 1. August 1¹² vorm.

E. 1. August 2¹⁵ vorm.

Mein Telegramm No. 103 von heute nacht¹⁾.

Der politische Direktor hat mir die Antwort des Außenministers auf Ihre Anfrage wegen Achtung der belgischen Neutralität überbracht. Sie lautet:

Französische Regierung ist entschlossen, Neutralität Belgiens zu achten und nur im Falle eine andere Macht diese Neutralität verletzte, könnte Frankreich sich zu einer anderen Handlungsweise genötigt sehen, um Verteidigung seiner eigenen Sicherheit zu gewährleisten. Diese Versicherung wurde mehrere Male abgegeben. Präsident der Republik hat dem König der Belgier davon gesprochen und der französische Gesandte in Brüssel hat heute dem belgischen Außenminister gegenüber die Zusicherung aus eigenem Antrieb erneuert.

Im BB No. 125 veröffentlicht

Vgl. No. 474

Vermerke

Frankreich wird belgische Neutralität achten, Deutschland nicht. Deutschland wird aber eine bestimmte Antwort hinausschieben, bis ein wirksames Eingreifen Englands zu spät ist. — E. A. C. 1. August.

Wir sollten keine oder eine verzögerte Antwort als abschlägige Antwort behandeln. — A. N.

(35097)

No. 383

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 114

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 2⁰ vorm.

E. 1. Aug. 3³⁰ vorm.

Ihr Telegramm No. 287 vom 31. Juli nach Paris:²⁾ belgische Neutralität.

Staatssekretär des Auswärtigen erklärte, er könne mir unmöglich eine Antwort geben, ehe er den Kaiser und Kanzler befragt habe. Ich äußerte die Hoffnung, daß die Antwort nicht zu lange hinausgeschoben werde. Er gab mir darauf zu verstehen, daß er einiger-

¹⁾ No. 380.

²⁾ No. 348.

maßen bezweifle, ob die deutsche Regierung überhaupt eine Antwort erteilen könne, da eigentlich jeder Bescheid von ihrer Seite die für den Kriegsfall unerwünschte Wirkung haben müsse, bis zu einem gewissen Grade Teil ihres Feldzugsplanes zu enthüllen. Nachdem er von Ihrem Ersuchen Akt genommen, sagte er mir vertraulich, Belgien habe bereits einige Handlungen begangen, die er nur als feindselig bezeichnen könne. Auf meine Frage nach Einzelheiten führte er als Beispiel an, daß die belgische Regierung schon eine für Deutschland bestimmte Sendung Getreide beschlagnahmt habe.

Als er bemerkte, es sei unwahrscheinlich, daß die Reichsregierung zu antworten in der Lage wäre, setzte er hinzu, daß sie auf jeden Fall wissen müsse, welche Antwort Frankreich auf Ihre Anfrage erteilte.

Ich werde morgen wieder mit ihm darüber reden, aber ich mache mir keine große Hoffnung, eine bestimmte Antwort zu erhalten.

*Im BB No. 122 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. No. 510 und DD No. 522*

Vermerke

Frage. Nach Paris wiederholen (No. 300, 1. August 9⁴⁵ nachm.).

Und Sir F. Berties Telegramm No. 104¹⁾ nach Berlin wiederholen.

Und an Sir E. Goschen telegraphieren:

„Ihr Telegramm No. 114.

Französische Regierung erklärt, daß sie Neutralität Belgiens achten wird, sofern keine andere Macht sie verletzt, was sonst Frankreich zwingen könnte, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Unterrichten Sie Außenm.“ — G. R. C. 1. August 1914.

Das Kabinett erwägt die Frage. Abwarten. — E. A. C. 1. August.

Ich bin nicht sicher, ob wir deutsche Regierung von französischer Antwort in Kenntnis setzen sollten, auf jeden Fall nicht ohne französische Zustimmung. Die beiden Länder können binnen ganz kurzem im Krieg miteinander sein und wir sollten vom einen nichts ans andere weitergeben. Wenn Frankreich uns fragt, können wir sagen, daß wir von Deutschland keine Antwort erhalten hätten. — A. N.

Die französische Regierung hat die Versicherung dem belgischen Außenminister abgegeben, und so ist das vermutlich kein Geheimnis. Ich habe es dem deutschen Botschafter heute mitgeteilt²⁾. — E. G.

(35113)

No. 384

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 423

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 3³⁰ vorm.

Suchen Sie sofort eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser

¹⁾ No. 382.

²⁾ No. 448.

nach und übermitteln Sie ihm die folgende persönliche Botschaft des Königs:

„Meine Regierung hat die nachstehende Darstellung von der deutschen Regierung erhalten:

[Hier folgt der Wortlaut des in No. 372 gedruckten Memorandums.]

Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß irgendein Mißverständnis zu diesem toten Punkt geführt hat. Ich wünsche dringendst, keine Möglichkeit zu versäumen, um das schreckliche Unheil abzuwenden, das gegenwärtig die ganze Welt bedroht. Ich appelliere daher persönlich an Dich, um das Mißverständnis zu beseitigen, das meinem Gefühl nach entstanden sein muß, und um für Unterhandlungen und Friedensmöglichkeiten noch freien Raum zu lassen. Wenn Du meinst, daß ich irgendwie zu diesem überaus wichtigen Ziel beitragen kann, will ich alles in meiner Macht tun, um die Wiederaufnahme der unterbrochenen Besprechungen zwischen den beteiligten Mächten fördern zu helfen. Ich bin sicher, Du bist ebenso wie ich darauf bedacht, daß das Menschenmögliche geschieht, um der Welt den Frieden zu erhalten.“

(Gleichlautend nach Paris No. 291 (3⁴⁵ vorm.): „Bitten Sie Präsidenten sofort um eine Audienz und übermitteln Sie ihm die folgende Botschaft, die der König an den Kaiser von Rußland gesandt hat.“)

*Am 5. August 1914 in der Presse veröffentlicht. Siehe CDD, S. 536
Vgl. No. 490 und Privatbrief No. 665*

(35096)

No. 385

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 113

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 1. August 2^o vorm.

E. 1. August 3⁴⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 241 ¹⁾).

Ich verbrachte eine Stunde mit Staatssekretär des Auswärtigen und redete ihm aufs eindringlichste zu, Ihren Vorschlag anzunehmen und sich weiter zu bemühen, schreckliche Katastrophe eines europäischen Krieges abzuwenden.

Er drückte sich sehr sympathisch über Ihren Vorschlag aus und würdigte Ihre andauernden Bemühungen um Erhaltung des Friedens, meinte aber, die Reichsregierung könne unmöglich irgendeinen Vorschlag in Betracht ziehen, solange sie nicht von Rußland eine Antwort auf ihre heutige Mitteilung erhalten habe; diese Mitteilung — er gab

¹⁾ No. 340.

zu, daß sie in Form eines Ultimatums erfolgte — besage, Deutschland würde sich, falls Rußland die deutsche Regierung nicht innerhalb zwölf Stunden unterrichten könne, daß es seine Mobilmachung gegen Deutschland und Österreich sofort widerrufen werde, genötigt sehen, seinerseits unverzüglich zu mobilisieren.

Ich fragte Seine Exzellenz, warum deutsche Regierung Rußland die Annahme ihrer Forderung noch dadurch erschwert habe, daß sie von ihm Demobilisierung auch im Süden verlangte. Er erwiderte, das sei geschehen, damit es nicht vorgeben könne, seine ganze Mobilmachung richte sich nur gegen Österreich.

Seine Exzellenz äußerte persönliche Ansicht, daß, wenn die Antwort Rußlands befriedigend ausfalle, Ihr Vorschlag wohlwollende Beachtung verdiene, und er würde ihn auf alle Fälle dem Kaiser und Kanzler unterbreiten; er wiederholte jedoch, es habe keinen Zweck, sich mit ihm zu befassen, ehe nicht die russische Regierung die deutsche Forderung beantwortet habe.

Er versicherte mir wiederum, daß sowohl der Kaiser auf Ansuchen des Zaren als auch das deutsche Auswärtige Amt sogar noch gestern nacht Österreich dringend aufgefordert hätten, sich zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit zu zeigen — und telegraphische wie telephonische Mitteilungen aus Wien hätten aussichtsreich gelaute —, aber die russische Mobilmachung habe alles verdorben.

Deutsche Forderung an Rußland wurde heute abend durch Extrablätter veröffentlicht, und dichte Menschenmassen ziehen, vaterländische Lieder singend, durch die Straßen.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 121 (ohne den letzten Satz) veröffentlicht
Vgl. No. 510*

Vermerk

Herr von Etter erzählte mir heute, daß, als er am Mittwoch St. Petersburg verließ, weder dort noch im „Gouvernement“ von St. Petersburg auch nur die geringste Mobilmachung im Gange gewesen sei. Er fuhr mit dem Nord-expreß durch Deutschland. Und die deutschen Eisenbahnen waren nach allen Richtungen hin mit Truppentransporten angefüllt. — E. A. C. 1. August.

(35143)

No. 386

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel. ohne Nummer). *En clair*

Berlin, den 1. August 1914

A. 2^o vorm.

E. 3⁵⁵ vorm.

Folgendes Communiqué heute nacht ausgegeben:

„Nachdem die auf einen Wunsch des Zaren selbst unternommene Vermittlungsarbeit von der russischen Regierung durch allgemeine

Mobilmachung der russischen Armee und Marine gestört worden ist, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers heute in St. Petersburg wissen lassen, daß die deutsche Mobilmachung in Aussicht steht, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden seine Kriegsvorbereitungen einstellt und hierüber eine bestimmte Erklärung abgibt. Gleichzeitig ist an die französische Regierung eine Anfrage über ihre Haltung im Fall eines deutsch-russischen Krieges gerichtet worden.“*

(35098)

No. 387

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 132

Wien, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 9⁰ nachm.

E. 1. Aug. 4⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Heute wurde allgemeine Mobilmachung für Armee, Landwehr, Honved und Landsturm angeordnet. Letztere umfaßt alle Männer bis zu 37 Jahren in Österreich und bis zu 42 Jahren in Tirol und Ungarn.“

Vgl. No. 427

(35108)

No. 388

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 71

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 10⁰ nachm.

E. 1. Aug. 8⁰ vorm.

Vizekonsul in Belgrad telephoniert, daß Stadt beschossen wird und Granaten nahe der britischen Gesandtschaft einschlagen. Ausschreitungen von Komitadschis werden befürchtet. Zwei britische Untertanen wurden als Spione verhaftet, aber auf Intervention Vizekonsuls freigelassen. Sie befinden sich nun mit ihm in der deutschen Gesandtschaft, über deren einem Teil die britische Flagge weht.

* Siehe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Sonder-Ausgabe, 1. August 1914, No. 178.

(35107)

b)

(Tel.) No. 68

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 8²⁰ nachm.

E. 1. Aug. 8⁴⁵ vorm.

Skupschtina wurde durch den Kronprinzen mit Rede eröffnet, in der nach Übersicht über gegenwärtige ernste Lage die erklärte Absicht des russischen Kaisers, dem Schicksal Serbiens gegenüber nicht gleichgültig zu sein, besonders betont wurde. Freundliche Haltung Frankreichs und Englands wurde hervorgehoben.

No. 389

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 74

Nisch, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 9¹⁰ nachm.

E. 1. Aug. 9⁴⁰ vorm.

Britischer Vizekonsul in Belgrad, der letzte Nacht in deutscher Gesandtschaft schlief, telephonierte heute morgen, daß Beschießung gestern gegen abend aufhörte und nachts nicht gefeuert wurde.

Ich werde mich um Feststellung bemühen, ob an britischer Gesandtschaft weiterer Schaden angerichtet wurde, und werde wieder berichten.

Chiffren und alle streng geheimen Archive wurden gestern nachmittag sorgfältig durch Feuer vernichtet.

Vgl. No. 278, 359 und 394

(35115)

No. 390

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 4⁰ nachm.

E. 1. Aug. 9⁰ vorm.

Mobilmachung in Riga angeordnet, morgen erster Tag. Offiziere auf Besuch in Riga sind zu ihren Regimentern abgereist. Kosaken gestern nacht angekommen. Geschütze wurden in Richtung Windau abbefördert.

Auslandskorrespondenz hier nicht mehr angenommen¹⁾.

(Gleichlautend an Botschaft)

¹⁾ Ein weiteres Telegramm, das am 31. Juli 11³⁰ nachm. abging und am 1. August 9⁰ vorm. eintraf, erklärt: „Letzter Absatz bedeutet Briefe fürs Ausland.“

(35104)

No. 391

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 464

Konstantinopel, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 2⁴⁰ nachm.

E. 1. Aug. 10⁰ vorm.

Großwesir hofft, daß Zusammenkunft mit griechischem Ministerpräsidenten stattfinden wird, und ich glaube, daß er einverstanden wäre, wenn sie für einen Ort im Ägäischen Meere, vielleicht Imbros, vorgeschlagen würde. Er denkt sehr vernünftig und hat offenbar jeden Wunsch aufgegeben, Chios und Mytilene wiederzuerwerben, deren Bedeutung für die Türkei durch die teilweise Entfernung griechischer Bevölkerung vom gegenüberliegenden Festland sich vermindert hat. Er schreibt Fortdauer unglückseliger Zwischenfälle, die von verschiedenen Plätzen der Wilajete Aidin und Brussa gemeldet worden, der panikartigen Stimmung der Bevölkerung zu und glaubt augenscheinlich, daß sie stark übertrieben worden sind. Jüngste Nachrichten aus Smyrna zeigen sicher eine Besserung der Lage an.

Bezüglich allgemeiner Aussichten hofft Seine Exzellenz sehr, daß (? Rußland) nicht zum Kriege schreiten wird, da es keine materiellen Interessen auf dem Spiele hat. Gegenwärtige Haltung der Türkei wird streng neutral sein. Für den Fall von Verwicklungen wurde ihre Politik, insbesondere hinsichtlich der Meerengen, noch nicht erwogen.

(Gleichlautend nach Athen)

Vgl. No. 568

(35134)

No. 392

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 135

Wien, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli Mitternacht

E. 1. August 11⁰ vorm.

Kriegsgerüchte durchschwirrten heute nachmittag Luft auf Grund der Gesamtmobilmachung österreichisch-ungarischer Armee und der mit Zustimmung der Zensur in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Nachricht, daß deutsche Regierung von russischer Regierung binnen vierundzwanzig Stunden Aufklärung über Bedeutung russischer Mobilmachung gefordert hat. Weder französische noch russische Botschaft haben von Änderung der Lage seit gestern Kenntnis.

370

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 193

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

A. 1. August 12¹⁵ vorm.E. 1. August 11⁰ vorm.

Seit Abgang meines Telegramms No. 191¹⁾ ließ Außenminister mich und französischen Botschafter kommen und bat uns, unseren Regierungen untenstehende Formel zu telegraphieren als bestgeeignet, Ihren mit Telegramm No. 412 vom 30. Juli gemachten Vorschlag²⁾ mit der in meinem Telegramm No. 185 vom 30. Juli gemeldeten Formel³⁾ zu verschmelzen. Er hoffe sehr, daß sie Ihren Beifall finden werde:

„Si l'Autriche consentira à arrêter marche de ses troupes sur le territoire serbe, si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement d'Autriche-Hongrie sans laisser porter atteinte à ses droits d'Etat souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante.“

Sasonow sagte ferner, Kaiser Nikolaus habe in seinem Telegramm zunächst Kaiser Wilhelm für dessen Telegramm gedankt, das Möglichkeit friedlicher Lösung darbot, und ihm versichert, daß hinter militärischen Vorbereitungen Rußlands keinerlei aggressive Absichten steckten. Der Zar habe Gründe erklärt, warum eine bereits im Gang befindliche Mobilmachung nicht eingestellt werden könne, und sich verpflichtet, auch nicht einen Mann die Grenze überschreiten zu lassen, solange Besprechungen mit Österreich andauerten. Außenminister fügte hinzu, er rechne auf Ihre Zustimmung, daß diese Besprechungen in London stattfänden, da dortige Atmosphäre weit günstiger für friedliche Lösung wäre.

Zum Schluß bat mich Seine Exzellenz, Ihnen seinen warmen Dank für das zu übermitteln, was Seiner Majestät Regierung im Interesse des Friedens getan hat. Wenn Deutschland diese letzte friedfertige „geste“ gemacht habe und der Krieg schließlich noch abgewendet werde, so wäre das in hohem Grade der von Großbritannien eingenommenen festen Haltung zu verdanken. Das sei ein

¹⁾ Dies Telegramm ist anscheinend nicht eingegangen.

²⁾ No. 309.

³⁾ No. 302.

Dienst, den weder Kaiser und Regierung noch das russische Volk je vergessen würden.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 120 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

Vermerk

Wir haben dies heute morgen ausführlicher von Herrn von Etter gehört.
— E. A. C. 1. August.

No. 394

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 69

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 11³⁰ nachm.

E. 1. Aug. 11⁰ vorm.

Ihr Telegramm No. 35¹⁾ erhalten. Ich werde mich sofort um telephonische Verbindung mit britischem Vizekonsul bemühen und melden, wenn Auftrag ausgeführt.

Vgl. No. 359, 389

(35152)

No. 395

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 7

Brüssel, den 1. August 1914

A. 10²⁴ vorm.

E. 12²⁵ nachm.

Ihr gestriges Telegramm No. 9²⁾.

Ich habe Ihren Auftrag ausgeführt. Minister des Äußern dankte mir für die Mitteilung und erwiderte, Belgien werde Neutralität mit seiner ganzen Kraft schützen und wünsche und erwarte, daß andere Mächte sie achten und aufrechterhalten werden.

Er bat mich hinzuzufügen, daß die Beziehungen zwischen Belgien und den Nachbarmächten ausgezeichnet seien und daß kein Grund vorliege, ihren Absichten zu mißtrauen; belgische Regierung glaube im Falle der Verletzung in der Lage zu sein, die Neutralität ihres Landes zu verteidigen.

Im BB No. 128 (paraphrasiert) veröffentlicht (vgl. No. 415)

¹⁾ No. 278.

²⁾ No. 351.

*Mitteilung des belgischen Gesandten, 1. August
Herr Davignon an Graf de Lalaing*

Bruxelles, le 31 juillet, 1914

M. le Comte,

La situation internationale est grave: l'éventualité d'un conflit entre plusieurs Puissances ne peut être écartée de nos préoccupations.

Nous avons toujours observé avec la plus scrupuleuse exactitude les devoirs d'Etat neutre que nous imposent les traités du 19 avril, 1839. Ces devoirs nous nous attacherons inébranlablement à les remplir, quelles que soient les circonstances.

Les dispositions amicales des Puissances à notre égard ont été affirmées si souvent, que nous avons la confiance de voir le territoire belge demeurer hors de toute atteinte, si des hostilités venaient à se produire à nos frontières.

Toutes les mesures nécessaires pour assurer l'observation de notre neutralité n'en ont pas moins été prises par le Gouvernement du Roi. L'armée belge est mobilisée et se porte sur les positions stratégiques choisies pour assurer la défense du pays et le respect de sa neutralité. Les forts d'Anvers et de la Meuse sont en état de défense.

Il est à peine nécessaire, M. le Comte, d'insister sur le caractère de ces mesures. Elles n'ont d'autre but que de nous mettre en situation de remplir nos obligations internationales; elles ne sont et n'ont pu être inspirées, cela va de soi, ni par le dessein de prendre part à une lutte armée des Puissances, ni par un sentiment de défiance envers aucune d'elles.

Veuillez, je vous prie, donner lecture et laisser copie de la présente dépêche à M. le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères de Grande-Bretagne et prier son Excellence d'en prendre acte.

La même communication a été faite aux autres Puissances garantes de notre neutralité.

Veuillez &c.
Davignon

Mitteilung der deutschen Botschaft, 1. August 1914

Unsere geographisch-militärische Lage läßt uns keine Wahl, als die Mobilisierung Rußlands mit der Erklärung des drohenden Kriegszustandes zu beantworten, der die Mobilmachung folgen muß, wenn Rußland seine militärischen Maßnahmen nicht sofort einstellt. Wir

konnten nicht ruhig abwarten, ob eine besonnenere Auffassung in Petersburg Platz greifen würde, während gleichzeitig die russische Mobilmachung in vollem Gange war, so daß wir gegebenenfalls militärisch vollständig ins Hintertreffen geraten müssen. Führt Rußland seine Mobilmachung durch, ohne daß wir mobil machen, so ist Ostpreußen, Westpreußen und vielleicht auch Posen und Schlesien schutzlos den Russen preisgegeben. Der Zar hat in dem letzten Telegramm an S. M. den Kaiser erklärt, daß er sich jeder „provocative action“ enthalten werde. Eine russische mobilisierte Armee an unserer Grenze, ohne daß wir mobilisiert haben, ist auch ohne „provocative action“ eine Lebensgefahr für uns. Die Provokation, der sich Rußland dadurch schuldig gemacht hat, daß es in einem Augenblick gegen uns mobilisiert hat, wo wir auf seine Bitten in Wien vermittelten, ist überdies so stark, daß kein Deutscher, und auch kein Ausländer, es verstehen würde, wenn wir dagegen nicht mit scharfen Maßregeln antworteten.

Anmerkung. Dies wurde in deutscher Sprache mitgeteilt. Siehe das deutsche Original in DD No. 529, Telegramm des deutschen Reichskanzlers an den Fürsten Lichnowsky*.

(36824)

No. 398

Mitteilung der russischen Botschaft

Wie mir Herr von Etter heute sagte, hat nach einem Telegramm Herrn Sasonows vom heutigen Tag der deutsche Botschafter in St. Petersburg mitgeteilt, daß, wenn die deutsche Forderung, die Mobilmachung nicht nur gegen Deutschland sondern auch gegen Österreich einzustellen, bis heute 12 Uhr (mittags) nicht erfüllt sei, die deutsche Regierung sich genötigt sehen würde, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen.

Befragt, ob Mobilmachung notwendigerweise den Krieg bedeute, verneinte der deutsche Botschafter dies, fügte aber hinzu, man sei damit sehr nahe daran.

1. August 1914

E. A. C.

* Das Telegramm begann: „Es wird die Aufgabe Ew. Durchl. sein müssen, dort Verständnis dafür zu erwecken, daß unsere geographisch-militärische Lage uns keine Wahl ließ“, und fährt dann mit folgenden Änderungen im Vergleich zur obigen Fassung fort: Im Original heißt es nach „Mobilisierung Rußlands“ — siehe die 2. Zeile des obigen Textes — „sofort“, und nach „enthalten werde“ — 13. Zeile des obigen Textes — steht der Satz: „Das wird in England seinen Eindruck nicht verfehlen, wenn es dort bekannt wird, trifft aber nicht die Sache.“ Dafür fehlen im Original die Worte „und auch kein Ausländer“ — dritt- und zweitletzte Zeile des obigen Textes.

(35255)

No. 399

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 115

Berlin, den 1. August 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 1⁰ nachm.

Infolge Mißverständnisses anläßlich der durch gestrige Proklamation der Kriegsgefahr entstandenen Verwirrung verweigerte das Telegraphenamt gestern abend die Beförderung einiger unserer Telegramme. Auf meine Veranlassung ergingen unverzüglich kategorische Weisungen vom kaiserlichen Auswärtigen Amt und Militärgouverneur von Berlin an Telegraphenbeamte, in Zukunft meine Telegramme sofort weiterzuleiten, und Sache ist nun in Ordnung. Es ist jedoch möglich, daß meine Telegramme wegen Überlastung der Linien Verzögerungen erleiden können.

Vizekonsuln in Emden und Bremerhaven melden, daß Telegraphenbeamte ihre Telegramme an die Botschaft nur in deutscher Sprache befördern wollen. Ziehe eben Erkundigungen ein.

(35251)

No. 400

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 67

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 9²⁰ vorm.

E. 1. Aug. 1⁰ nachm.

Britischer Vizekonsul in Belgrad hat eben wie folgt telephonierte:

„Auswärtige in Belgrad zurückgebliebene diplomatische und konsularische Vertreter erhoben gestern nachmittag unter Führung des belgischen Gesandten, der jetzt der einzige „chef de mission“ am Orte ist, Vorstellungen bei den militärischen Behörden, indem sie auf Gefahr für Bevölkerung hinwiesen, wenn die Stadt verteidigt werden sollte. Sie erhielten Bescheid, daß die Militärbehörden allein zu entscheiden hätten, was im Interesse des Landes geboten sei. Auswärtige Vertreter begaben sich dann, von Prinz Georg begleitet, in den die Save beherrschenden Park und hißten in der Hoffnung, die Österreicher zur Eröffnung von Unterhandlungen zu bewegen, weiße und deutsche Flagge. Das haben die Österreicher offenbar nicht verstanden. Als Flagge eingezogen wurde, begann Feuer von neuem, aber Vizekonsul sagte mir, daß die Österreicher nicht die Stadt sondern das Fort beschießen, in dessen Nähe britische Gesandtschaft liegt. Er meint, daß Serben die Stadt verteidigen wollen, um Zeit für Konzentration zu gewinnen, und dies wird durch Nachrichten bestätigt, die ich hier erhalten habe.“

(35181)

No. 401

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Berlin, den 1. August 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 1⁰ nachm.

Militärattaché meldet, daß an den Grenzen und zum Bahnschutze alle notwendigen Maßnahmen getroffen wurden. Er hält Vorbereitungen für so vorgeschritten, daß normale Dauer der Mobilmachungsperiode sich verkürzen wird.

(35159)

No. 402

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 249

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

Dampfer der Great Central Railway Company und andere britische Handelsschiffe werden unseren Informationen nach gewaltsam von den Hamburger Behörden zurückgehalten.

Ersuchen Sie deutsche Regierung sofort zu verfügen, daß sie ohne Verzug auslaufen dürfen, sonst wird eine beklagenswerte Wirkung auf hiesige öffentliche Meinung eintreten. Wir sind aufs äußerste bestrebt, jeden Zwischenfall aggressiver Natur zu vermeiden, und ich hoffe, deutsche Regierung wird ebenso besorgt sein, keinen Schritt zu tun, der die Lage zwischen uns unmöglich machen würde. Ich kann nicht feststellen, aus welchem Grunde angeordnet wurde, britische Schiffe zurückzuhalten¹⁾.

Vgl. No. 677 und DD No. 610, 634

(35270)

No. 403

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 107

Paris, den 1. August 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 2³⁰ nachm.

Ich habe Präsidenten der Republik gesprochen und ihm Ihr dringendes Telegramm No. 291 von heute morgen²⁾ mitgeteilt.

Er sagt, daß deutsche Regierung versuche, Schuld für kritische Lage auf Rußland zu schieben; daß Kaiser von Rußland allgemeine

¹⁾ Siehe No. 456 und 496.

²⁾ No. 384.

Mobilmachung erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung in Österreich angeordnet habe; daß die von deutscher Regierung bereits getroffenen Maßnahmen, obschon nicht als allgemeine Mobilmachung bezeichnet, dieser doch in Wirklichkeit entsprechen; daß Frankreich hinsichtlich deutscher militärischer Vorbereitungen schon achtundvierzig Stunden im Rückstand sei und in Selbstverteidigung zur allgemeinen Mobilmachung genötigt werde; daß, während deutsche Truppen tatsächlich an französischer Grenze stünden und an manchen Stellen eingefallen seien, französische Truppen Befehl hätten, nicht näher als 10 Kilometer an deutsche Grenze heranzugehen, um jeden Grund zu Anklagen, Deutschland sei provoziert worden, zu vermeiden; daß sich Kaiser von Rußland trotz Mobilmachungen bereit erklärt habe, seine Unterredungen mit deutschem Botschafter zwecks Wahrung des Friedens fortzusetzen, den Frankreich, das ausgesprochen friedliche Wünsche habe, aufrichtig erstrebe; und daß französische Regierung noch nicht ganz daran verzweifelt, Krieg vermieden zu sehen.

Im BB No. 134 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35284)

No. 404

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 117

Berlin, den 1. August 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 3⁰ nachm.

Nach Meldung Militärattachés bis jetzt viele Reserveoffiziere aber noch keine Mannschaften einberufen. (? Meiste) Kavallerie- und Artillerie-Regimenter sowie beinahe ganzer Generalstab haben Berlin verlassen. In Militärkreisen Berlins herrscht größte Zuversicht.

Militärattaché überzeugt, daß Deutschland im Kriegsfall Teil seiner Truppen durch Belgien marschieren lassen wird.

(35277)

No. 405

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 187

St. Petersburg, den 30. Juli 1914

A. 30. Juli 1³⁰ nachm.

E. 1. Aug. 3⁰ nachm.

Mein Telegramm 178¹⁾.

Folgendes aus Warschau:

„Infanterieabteilungen sind an Eisenbahnbrücken aufgestellt. Täglich gehen Truppentransporte ab. Bevölkerung mußte Festungsbereich von Nowogeorgijewsk verlassen.“

¹⁾ No. 234.

Mitteilung der französischen Botschaft

Bei Überreichung des anliegenden Memorandums bat Herr de Fleuriau auf Veranlassung seiner Regierung, man möge die Aufmerksamkeit Sir E. Greys auf die italienische Erklärung lenken, daß der gegenwärtige Krieg nicht defensiv sondern aggressiv sei und daß sich daher nach den Bestimmungen des Dreibundes der *casus foederis* nicht ergebe.

E. A. C., 1. August.

Anlage zu No. 406

Ambassade de France, à Londres.

A la question du Gouvernement Allemand, qui l'informait des ultimatums lancés à la France et à la Russie et demandait quelles seraient les intentions de l'Italie, le Marquis de San Giuliano a répondu que —

„la guerre entreprise par l'Autriche et les conséquences, qui pouvaient en ressortir, avaient, d'après les paroles mêmes de l'Ambassadeur d'Allemagne une portée agressive, qu'elles étaient donc en contradiction avec le caractère purement défensif de la Triple Alliance, et que, dans ces conditions, l'Italie demeurerait neutre.“

1^{er} Août 1914

No. 407

Mitteilung des französischen Botschafters (1. August)

Le Ministre des Affaires Etrangères à M. Paul Cambon

31 juillet 1914

Le Gouvernement allemand prétendant que le Gouvernement russe a ordonné la mobilisation *totale* de ses forces de terre et de mer a décidé à midi de prendre toutes les dispositions militaires que comporte l'état dit de „menaces de guerre“.

En me communiquant cette décision ce soir à 7 heures M. de Schoen a ajouté que le Gouvernement Allemand exigerait que la Russie démobilise. Si le Gouvernement Russe n'a pas donné une réponse satisfaisante dans un délai de douze heures l'Allemagne mobilisera à son tour.

J'ai répondu à l'Ambassadeur d'Allemagne que je n'étais nullement renseigné sur une prétendue mobilisation totale de l'armée et de la flotte russes, que le Gouvernement Allemand invoquait comme raison des nouvelles mesures militaires qu'il prend dès aujourd'hui.

M. de Schoen m'a demandé en terminant au nom de son Gouvernement quelle serait en cas de conflit entre l'Allemagne et la Russie l'attitude de la France; je ne lui ai pas répondu. Il m'a dit qu'il viendrait prendre ma réponse demain samedi à une heure. Je n'ai pas l'intention de lui faire une déclaration à ce sujet et je me bornerai à lui dire que la France s'inspirera de ses intérêts. Le Gouvernement de la République ne doit en effet compte de ses intentions qu'à ses alliés ou amis.

Vgl. F No. 117

(35303)

No. 408

Der niederländische Gesandte an Sir Edward Grey

(No. 2162)

Londres, le 1 août 1914

M. le Secrétaire d'Etat,

Je viens d'être chargé par le Ministre des Affaires Etrangères à La Haye de porter à la connaissance de votre Excellence que le Gouvernement de la Reine, à la fin de maintenir le cas échéant la neutralité de son territoire par tous les moyens dont il dispose, a appelé sous les armes tous les conscrits de l'armée, de la réserve (landweer) et de la flotte qui ne se trouvent pas en service actif.

R. de Marees van Swinderen

Anmerkung. Eine andere Mitteilung vom selben Tage (No. 2164) übermittelt den Wortlaut einer Verordnung, die den Einlaß fremder Kriegsschiffe in die holländischen Territorialgewässer und in das Flußgebiet innerhalb dieser Gewässer regelt.

(36822)

No. 409

Der russische Botschafter an Sir Edward Grey

Russische Botschaft, London, den 1. August 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich schicke Ihnen anbei ein Telegramm, das ich leider erst heute morgen erhalten habe. Aus ihm geht klar hervor, daß ohne das deutsche Ultimatum an uns die Dinge sich hätten regeln lassen. Ob

das jetzt noch möglich ist — das zu beurteilen, ist nicht meine Sache. Aber ich bin von dem Gefühl durchdrungen, daß für die gegenwärtige Lage nicht Rußland verantwortlich gemacht werden kann.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

Anlage zu 409

*Télégramme de M. Sazonoff en date du 18/31 Juillet
à l'Ambassadeur de Russie à Londres. Répété à Paris*

Veuillez exprimer à Sir Edward Grey notre vive reconnaissance pour son amicale attitude, et la fermeté et la clarté des vues qu'il a exposées et transmises aux Gouvernements Allemand et Austro-Hongrois. Grâce au point de vue énoncé par Sir Edward Grey tout espoir d'une solution pacifique n'est pas encore écarté. J'ai prié Sir George Buchanan de transmettre à Sir Edward Grey que je suis convaincu que les négociations n'ont de chance de succès que si elles sont menées à Londres, ce qui faciliterait à l'Autriche l'acceptation d'un compromis.

Vgl. R No. 69

(35262)

No 410

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 194

St. Petersburg, den 31. Juli 1914

A. 1. August 3¹⁰ nachm.

E. 1. August 3⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Kriegsministerium:

Mobilmachung am 30. Juli in Militärbezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan angeordnet. Marinereservisten am gleichen Tage in Petersburg einberufen.

Zettel mit Befehl allgemeiner Mobilmachung am 31. Juli 4⁰ früh angeschlagen. Alle Petersburger Reservistenklassen haben sich am 1. August 6⁰ vorm. zu melden. Jedes Linienregiment wird Reserve-regimenter aufstellen. Befehl gilt für sieben europäische Bezirke. Unbekannt ob Einheiten im Kaukasus und Asien auf Kriegsstärke gebracht werden, halte es aber für wahrscheinlich. Alle beurlaubten Jahrgänge europäischer Kosaken einberufen. Berechnungen mobiler Einheiten ergeben 27 reguläre und 15 Korps zweiter Linie.

In Deutschland auf Linie Berlin—Schneidemühl—Dirschau—Königsberg—Eydtkuhnen keine Truppenbewegungen wahrgenommen, aber alle Brücken bewacht. In Ostdeutschland erst Hälfte der Ernte

geschnitten und diese liegt in meisten Fällen noch auf Feldern. Ernte soll in Südpolen und Südrußland eingebracht sein.

Rußland hat unauffällig Truppen, hauptsächlich Kavallerie und Artillerie, an Grenze abbefördert. In einer Nacht sollen 16 Züge Petersburg verlassen haben. Kowno wurde vergangene Nacht von Wilna verstärkt. Es verlautet, daß zweite Gardekavalleriedivision Marschbefehl nach Suwalki hat. Militärzensur beginnt offiziell 1. August.

Gesamter ziviler Gütertransport an Ostgrenze hört heute auf. Von morgen an wird auf finnischen Bahnen nur je ein Zugpaar für allgemeinen Gebrauch verkehren.

(35293)

No. 411

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 250

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 3¹⁰ nachm.

Russische Regierung hat mir Bereitwilligkeit österreichischer Regierung, mit Rußland zu verhandeln, und Bereitwilligkeit Rußlands mitgeteilt, eine Grundlage der Vermittlung anzunehmen, die keinen Anlaß zu Einwänden gibt, wie sie gegen ursprünglich von Rußland vorgeschlagene Formel erhoben wurden.

Ich glaube immer noch, daß es möglich sein dürfte, Frieden zu bewahren, wenn nur ein bischen Zeitaufschub gewonnen werden kann, ehe eine der Großmächte den Krieg beginnt.

Seiner Majestät Regierung enthält sich sorgfältig jeden Schrittes, der die Dinge überstürzen könnte, und ich hoffe, deutsche Regierung wird imstande sein, die oben erwähnten russischen Mitteilungen zur Entspannung der Lage zu verwerten. Die Sache sollte nicht hoffnungslos sein, solange Rußland und Österreich zu Besprechungen bereit sind.

Im BB No. 131 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vgl. No. 393 und 418

(35294)

No. 412

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 201

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 3¹⁵ nachm.

Europäische Krise. Der österreichisch-ungarische Botschafter suchte mich heute morgen auf und teilte mir den Inhalt eines Telegramms

mit, das der österreichisch-ungarische Außenminister seinem Botschafter in Paris mit dem Auftrag gesandt hatte, den französischen Minister des Äußern zu unterrichten, daß die österreichisch-ungarische Regierung auf keinerlei territoriale Erwerbungen ausgehe und auch die Souveränität Serbiens nicht antasten wolle. Seine Exzellenz war weiter angewiesen, im Hinblick auf das in Paris verbreitete Gerücht, daß Österreich-Ungarn die Besetzung des Sandschaks anstrebe, zu erklären, daß das durchaus der Wahrheit widerspreche.

Graf Mensdorff kam später nochmals aufs Auswärtige Amt und gab mir den Inhalt eines Telegramms bekannt, das Graf Berchtold gestern an den österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg geschickt hat; danach ließ Graf Berchtold gestern den russischen Botschafter in Wien zu sich bitten und führte aus, in St. Petersburg bestehe der völlig irrige Eindruck, daß Österreich-Ungarn „die Türe zugeschlagen“ und damit alle weiteren Besprechungen abgeschnitten habe, und Graf Berchtold bat den russischen Botschafter, sein möglichstes zu tun, um diesen Eindruck zu zerstreuen, was der russische Botschafter auch versprach. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Graf Berchtold dem russischen Botschafter gegenüber die bereits in St. Petersburg abgegebene Versicherung, daß Österreich-Ungarn weder einen Erwerb serbischen Gebiets noch eine Verletzung serbischer Souveränitätsrechte beabsichtige.

Graf Mensdorff machte besonders auf die Erklärung in diesem Telegramm aufmerksam, daß Österreich-Ungarn die Besprechungen mit St. Petersburg nicht abgebrochen habe.

(Gleichlautend nach Paris No. 296; Berlin No. 251; Rom No. 246 und St. Petersburg No. 427)

*Im BB No. 137 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. Oe III No. 94, 62 und 66*

(35290)

No. 413

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 109

Paris, den 1. August 1914

A. 1²⁵ nachm.

E. 3⁴⁵ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Kriegsministerium:

„Kriegsministerium erklärt, daß vergangene Nacht fünf französische Grenzschutzkorps Befehl erhielten, aufzuschließen. Stellung heute abend sollte sein: Zweites Korps Montmédy—Verdun; sechstes

Verdun—Toul; zwanzigstes Nancy; einundzwanzigstes Epinal; siebentes Belfort. Es wird gemeldet, daß deutsche Truppen fortgesetzt gegen Grenze rücken.“

(35302)

No. 414

Sir J. Jordan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 140

Peking, den 1. August 1914

A. 8⁵⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Sechs Offiziere und 110 Mann deutschen Kontingents sind mit ihren Maschinengewehren, jedoch ohne Haubitzen, nach Tsingtau abgegangen. Alle deutschen Reservisten in China haben Befehl erhalten, sich nach Tsingtau zu begeben, wo deutsche, österreichische und italienische Kriegsschiffe sich versammeln. Deutsche Behörden haben englische Untertanen aufgefordert, sich zur Abreise bereit zu halten.

Hong-kong und Admiralität verständigt.

(35278)

No. 415

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 8

Brüssel, den 1. August 1914

A. 11³⁷ vorm.

E. 4⁵ nachm.

Mein gestriges Telegramm No. 6¹⁾.

Minister des Äußern teilt mir mit, daß sofortige Mobilmachung beschlossen wurde erstens im Hinblick auf gleiche Maßnahme in Holland; zweitens, um aus äußeren und inneren Gründen Entschluß Belgiens zu bekunden, seine Neutralität zu verteidigen; drittens, weil in Anbetracht erst kürzlich durchgeführter Reorganisation einige Unordnung und Verzögerung eintreten könnte, während belgische Regierung natürlich wünscht, ihre Vorbereitungen möchten sich im Notfall nicht als unzulänglich erweisen²⁾.

¹⁾ No. 377.

²⁾ Der Inhalt der beiden letzten Zeilen scheint der im BB No. 128 veröffentlichten Paraphrase von No. 395 hinzugefügt worden zu sein.

(35299)

No. 416

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 28

Bukarest, den 1. August 1914

A. 11³⁰ vorm.

E. 4¹⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm vom 31. Juli ¹⁾).

Ich habe Abstand genommen, Neutralität anzuraten, da ich über Haltung Rumäniens, die Rußland Zeitgewinn verschaffen kann, im unklaren bin; andererseits glaube ich, daß Englands Rat Gewicht haben dürfte. Rumäniens eingestandenes Bedenken, neutral zu bleiben, besteht in Sorge, daß es bei allgemeiner Regelung Schaden leiden könne. Der Umstand, daß England Neutralität empfohlen hat, könnte diese Befürchtung verringern.

Vgl. No. 432

(34855)

No. 417

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 252

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 5⁰ nachm.

Mir wurde heute folgendes Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 31. Juli mitgeteilt:

„Urgent

Formule amendée conformément à la proposition anglaise: „Si Autriche consent à arrêter la marche de ses troupes sur le territoire serbe et si, reconnaissant que le conflit Austro-Serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les grandes puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au gouvernement Austro-Hongrois sans laisser porter atteinte à ses droits d'état souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante.“

Siehe No. 393 und R No. 67

¹⁾ No. 350.

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 253

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 5^h nachm.

Herr von Etter kam heute her, um den nachstehenden Inhalt eines Telegramms Herrn Sasonows vom 31. Juli mitzuteilen:

„Der österreichisch-ungarische Botschafter hat die Bereitwilligkeit seiner Regierung erklärt, den Inhalt des österreichischen Ultimatus an Serbien zu erörtern¹⁾. Herr Sasonow drückte ihm seine Befriedigung darüber aus und sagte, es sei erwünscht, daß die Verhandlungen unter Teilnahme der Großmächte in London stattfänden.

Herr Sasonow hoffte, daß die britische Regierung die Leitung dieser Verhandlungen übernehmen werde. Ganz Europa würde ihr dankbar dafür sein. Es sei sehr wichtig, daß Österreich inzwischen seine militärische Aktion auf serbischem Gebiet vorläufig einstelle.“

(Obiges wurde allen sechs Mächten mitgeteilt)

Im BB No. 133 veröffentlicht. Das Originaltelegramm wurde in R II veröffentlicht, ist aber in „Un Livre Noir“ nicht enthalten

Anmerkung. Aus dem Bericht des Grafen Szapary erhellt, daß diese Darstellung vom Ergebnis der Unterredung nicht ganz richtig ist. Graf Berchtold hatte den Botschafter ermächtigt, den Wortlaut der österreichischen Note an Serbien zu erläutern, ihr Inhalt sollte aber nicht zur Grundlage von Verhandlungen gemacht werden. Graf Szapary sagt selbst in seinem Telegramm nach Wien, Sasonow scheine seinen Eröffnungen „eine übertriebene Bedeutung“ beigemessen zu haben, da aus dem Gespräch der „rein retrospektive und theoretische Charakter einer Konversation über den Notentext“ nicht hervorging.

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 297

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 5²⁵ nachm.

Der Krieg. Ich habe endgültig alle Anträge abgelehnt, Deutschland irgendein Neutralitätsversprechen zu geben, und werde keinen derartigen Vorschlag in Erwägung ziehen, es wäre denn unter Bedingungen, die für Frankreich wirklich vorteilhaft zu sein schienen²⁾.

Als ich den Gedanken hinwarf, daß französische und deutsche

¹⁾ Über die Unterredung zwischen Sasonow und dem österreichisch-ungarischen Botschafter siehe Oe III No. 44, 45 und 97.

²⁾ No. 352.

Armee nach Mobilmachung an Westgrenze haltmachen und keine die Grenze überschreiten solle, solange es die andere nicht tue, hielt das deutscher Botschafter anscheinend nicht für unmöglich. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob dies mit französischen Bündnispflichten vereinbar wäre. Wenn dem aber so ist, dann nehme ich an, französische Regierung hätte nichts einzuwenden, daß wir uns zur Neutralität verpflichteten, solange deutsches Heer sich an Grenze defensiv verhält¹⁾).

*Fürst Lichnowskys Bericht über diese Unterredung siehe in
DD No. 596*

Vgl. dort auch No. 562 und 570

(35311)

No. 420

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 136

Wien, den 1. August 1914

A. 10⁰ vorm.

E. 5⁴⁵ nachm.

Da Preßtelegramme nicht geschickt werden dürfen, mag folgendes von Interesse sein:

¹⁾ Bezüglich der späteren Geschichte dieser Anregung siehe No. 453 und 460; ferner DD No. 630 und 631; Grey Bd. 2, Seite 312; Fürst Lichnowskys „Meine Londoner Mission 1912—1914“ und die folgende von Sir E. Grey am 28. August 1914 im Unterhaus abgegebene Erklärung:

„Lord Robert Cecil fragte den Staatssekretär des Äußern, ob seine Aufmerksamkeit auf die durch die deutsche Regierung erfolgte Veröffentlichung gewisser Vorschläge gelenkt wurde, die angeblich gemacht worden seien, um die französische und englische Neutralität während des Krieges sicherzustellen; und ob die Veröffentlichung vollständig und genau sei?

Sir E. Grey: Ich habe eine unvollständige Veröffentlichung gesehen. Die Umstände lagen folgendermaßen: Mir wurde eines Tages berichtet, der deutsche Botschafter habe angeregt, Deutschland könne in einem Krieg zwischen Rußland und Österreich neutral bleiben und sich außerdem verpflichten, Frankreich nicht anzugreifen, wenn wir selbst neutral bleiben und die Neutralität Frankreichs gewährleisten würden. Ich erklärte sogleich, ich sei, falls die deutsche Regierung solch ein Abkommen für möglich halte, sicher, daß wir diese Gewähr übernehmen könnten. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Botschafter meinte, wir sollten für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland die Neutralität Frankreichs garantieren. Das war ein ganz anderer Vorschlag und da er meines Erachtens aller Wahrscheinlichkeit nach unvereinbar mit den Bedingungen des französisch-russischen Bündnisses war, lag es nicht in meiner Macht, ein derartiges Garantieversprechen zu geben. Später ließ der Botschafter meinen Privatsekretär zu sich bitten und sagte ihm, er habe, sobald das Mißverständnis aufgeklärt worden sei, ein zweites Telegramm nach Berlin geschickt, um den durch sein erstes Telegramm über die Sache hervorgerufenen Eindruck zu beseitigen. Das erste Telegramm wurde veröffentlicht. Das zweite Telegramm scheint nicht veröffentlicht worden zu sein.“

Amtliche Wiener Zeitung erklärt, allgemeine Mobilmachung sei durch russische Mobilmachung veranlaßt; sie bedeute keinerlei Angriffsabsicht, sei jedoch Vorsichtsmaßnahme für notwendigen Schutz der Monarchie.

Für Privatschulden ist vierzehntägiges Moratorium verfügt.

„Fremdenblatt“ schreibt, Rußland tue so, als ob wir einen seiner Vasallenstaaten angriffen; wir wünschen aber, daß Serbien wirklich unabhängig sei; wir wollen den Versicherungen der russischen Regierung, daß sie keine Angriffsabsichten verfolgt, Glauben schenken, können aber unsre Nordgrenze nicht ungeschützt lassen*.

(35330)

No. 421

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 78

Nisch, den 1. August 1914

A. 9^o vorm.

E. 6^o nachm.

Britischer Vizekonsul in Belgrad telephonierte, daß gestrige Beschießung, die gegen alle Stadtteile gerichtet war, abends aufhörte und Nacht ruhig war. Vizekonsul glaubt, daß man nun energische Verteidigung Belgrads ins Auge faßt und Prinz Georg, der ein Hitzkopf ist, würde dies... zweifellos begünstigen. Ich habe deshalb serbische Regierung daran erinnert, daß in diesem Fall britische Untertanen rechtzeitig gewarnt werden sollten.

Eine unserer Flaggen hat ununterbrochen über britischer Gesandtschaft geweht.

(35362)

No. 422

Sir Edward Grey an Sir Buchanan

(Tel.) No. 428

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 6³⁰ nachm.

Aus höchst zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß österreichische Regierung deutsche Regierung unterrichtet hat, sie sei, trotz der durch die russische Mobilmachung veränderten Lage, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Friedens bereit, meinen Vorschlag, zwischen Österreich und Serbien zu vermitteln, wohlwollend in Betracht zu ziehen. Die Voraussetzung für diese Annahme wäre natürlich, daß die militärische Aktion Öster-

* „Fremdenblatt“, 1. August 1914, Morgen-Blatt, No. 210.

reichs gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nähme und daß die britische Regierung die russische vermöge, die gegen Österreich gerichtete Mobilisierung ihrer Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle Österreich selbstverständlich auch die ihm durch die russische Mobilisierung aufgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien rückgängig machen würde.

Bitte Minister des Äußern davon in Kenntnis zu setzen und ihm zu sagen, daß, wenn Rußland in Anbetracht der Annahme der Vermittlung durch Österreich einwilligen kann, Mobilmachung anzuhalten, es noch möglich erscheint, Frieden zu retten. Vermutlich sollte die Sache mit deutscher wie mit russischer Regierung besprochen werden.

(Gleichlautend nach Paris No. 297 und Berlin No. 254)

Im BB No. 135 veröffentlicht

(35336)

No. 423

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 137

Wien, den 1. August 1914

A. 1¹⁰ nachm.

E. 6⁴⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Mein russischer Kollege fragte mich gestern nach meiner Meinung über Aussichten eines Umtransportes der Balkanarmee an die russische Front, falls der Krieg sich ausdehne.

Ich sagte, dies hänge von Serbien ab; wenn jedoch Abtransporte in größerem Umfange stattfänden, würden Serben Bestrafung entgegen, die Österreich ihnen anscheinend zugedacht habe, da die kleineren Entscheidungen gegen die größeren völlig zurücktreten würden. Aus Gründen der Moral (*sic*) wäre es schwierig, Truppen von der serbischen Front wegzuziehen. Abteilungen in Bosnien wären weit zerstreut und Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen gering. Mit Rücksicht auf mögliches Eingreifen Rumäniens müßten jedenfalls achtunggebietende Kräfte zurückbleiben. Wenn die Serben zu scharf vorgingen, könnten sie einen größeren Zusammenstoß herbeiführen und vorzeitiges Wegziehen österreichischer Kräfte ermöglichen. Drängten sie dagegen nicht genügend vor, dann könnten sie durch Schleier unbedeutender Kräfte gefesselt werden und würden so in ihrer Aufgabe scheitern. Ich bemerkte, ihre Stellung innerhalb des Gesamtplanes sollte ihnen erklärt und ein russischer Generalstabs-offizier höheren Ranges dorthin geschickt werden, ehe es zu spät sei.

Mein russischer Kollege stimmte mir bei und wollte in diesem Sinne an den Generalstab telegraphieren.

Wir waren beide der Ansicht, Serben würden Truppen in Stärke von mindestens 18 und höchstens 24 Divisionen fesseln.“

No. 424

Mitteilung des französischen Botschafters

Cadogan Gardens 53, S. W., den 1. August 1914

Sir Edward Grey,

Herr Cambon wies mich heute nachmittag darauf hin, daß Frankreich auf unseren Wunsch seine Flotte ins Mittelmeer verlegt habe, und zwar auf Grund einer Verständigung, daß wir die Verteidigung seiner Nord- und Westküste übernehmen würden. Da Sie ihm meines Wissens gesagt haben, Sie würden dem Kabinett die Frage eines möglichen deutschen Flottenangriffs auf französische Nord- und Westhäfen unterbreiten, wäre es gut, das Kabinett an die obige Tatsache zu erinnern.

A. N.

Vermerk

Ich habe mit dem Min.-Präs. gesprochen und lege großen Wert darauf, daß dieser Punkt morgen geregelt wird. — E. G. 1. 8. 14.

(35313)

No. 425

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 110

Paris, den 1. August 1914

A. 5⁴⁵ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Militärattaché berichtet, daß er auf telephonischen Anruf des Kriegsministers diesen 3⁴⁰ nachm. aufsuchte. Kriegsminister sagte, allgemeine Mobilmachung französischer Armee sei 3⁴⁰ befohlen worden. Das geschah, weil Kriegsminister weiß, daß Deutsche unter ihrem System des „Kriegszustandes“ sechs Klassen einberufen haben; drei genügen, um ihre Deckungstruppen auf Kriegsstärke zu bringen, und übrige drei werden Reserve bilden. Er vertritt Ansicht, daß dies der Mobilisierung gleichkommt und daher eine Mobilmachung unter anderem Namen ist. Den französischen Streitkräften an der Grenze stehen acht Armeekorps auf Kriegsfuß gegenüber und er erwartet jeden Augenblick einen Angriff. Deshalb ist es unbedingt notwendig, sich davor zu schützen. Er hat eine Zone von 10 Kilom.

zwischen französischen Truppen und deutscher Grenze belassen. Franzosen werden nicht angreifen und Kriegsminister liegt viel daran, daß erklärt werde, dieser Akt der Mobilmachung sei rein defensiv. Er schloß mit den Worten: „Wir verlassen uns in erster Linie auf uns selbst und dann auf Euch.“

*Im BB No. 136 (paraphrasiert und ohne den letzten Satz)
veröffentlicht*

(35370)

No. 426

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 299

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914
A. 8²⁰ nachm.

Nach der heutigen Kabinettsitzung sagte ich Herrn Cambon, die gegenwärtige Lage unterscheide sich völlig von der durch die Marokkozwiseenfälle geschaffenen Lage. In letzterer stellte Deutschland Forderungen an Frankreich, die es nicht gewähren konnte und in deren Zusammenhang wir besondere Verpflichtungen gegen Frankreich übernommen hatten. In bezug auf sie würde die öffentliche Meinung eine Unterstützung Frankreichs seitens der britischen Regierung bis zum Äußersten gerechtfertigt haben. Jetzt wäre die Lage so, daß Deutschland bereit sei, Frankreich nicht anzugreifen, wenn Frankreich im Fall eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland neutral bliebe. Wenn Frankreich daraus keinen Nutzen zu ziehen vermöge, dann deshalb, weil es durch ein Bündnis gebunden sei, an dem wir nicht beteiligt wären und dessen Bestimmungen wir nicht kannten. Das heiße nicht, daß wir Frankreich unter keinen Umständen unterstützen würden, sondern es heiße, daß Frankreich jetzt eigne Entschlüsse fassen müsse, ohne auf eine Hilfe zu zählen, die zu versprechen wir jetzt nicht in der Lage wären.

Herr Cambon bemerkte, er könne seiner Regierung diese Antwort nicht übermitteln, und er bat mich um die Ermächtigung sagen zu dürfen, das britische Kabinett habe noch keine Entscheidung getroffen.

Ich erwiderte, wir seien zu einem Entschluß gekommen: daß wir nämlich dem Parlament in diesem Augenblick nicht vorschlagen könnten, ein Expeditionsheer auf das Festland zu schicken. Ein derartiger Schritt sei hier stets als sehr gefährlich und bedenklich erachtet worden. Wir vermöchten solch einen Schritt nicht vorzuschlagen und das Parlament würde ihn nicht billigen, sofern unsere Interessen und Verpflichtungen nicht in hohem und verzweifelter Maße berührt seien.

Herr Cambon sagte, die französischen Küsten seien unverteidigt. Die deutsche Flotte könne jederzeit durch den Kanal laufen und sie angreifen.

Ich entgegnete, das dürfte die öffentliche Stimmung hier ändern, ebenso wie eine Verletzung der belgischen Neutralität. Er könne seiner Regierung berichten, daß wir die belgische Frage bereits in Erwägung zögen und daß ich das Kabinett bitten würde, auch die Frage der französischen Küsten in Betracht zu ziehen. Er könne melden, das Kabinett habe noch keine Entscheidung über diese Punkte getroffen.

Vgl. No. 447

No. 427

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 139

Wien, den 1. August 1914

A. 3⁵⁰ nachm.

E. 9⁰ nachm.

Folgendes vom Marineattaché für den Leiter der Marine-Nachrichtenabteilung:

„Allgemeine Mobilmachung von Heer und Flotte.“

Zum Teil im BB No. 127 veröffentlicht

Vgl. No. 387

(35314)

No. 428

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 111

Paris, den 1. August 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 9²⁰ nachm.

Politischer Direktor unterrichtet mich, daß deutscher Botschafter heute morgen Ministerium des Äußern aufsuchte. Man sagte ihm, daß französische Regierung nicht verstehe, aus welchem Grunde seine Mitteilung von gestern abend erfolgte. Es erscheine ihr sonderbar, daß deutsche Regierung in einem Augenblick, da Rußland und Österreich zu Aussprache bereit seien, in St. Petersburg ein Ultimatum mit der Forderung sofortiger Demobilisierung stellt, zumal russische allgemeine Mobilmachung erst nach Erlass österreichischer allgemeiner Mobilmachung angeordnet worden sei und russische Regierung sich

zur Demobilisierung bereit erklärt habe, falls alle Mächte das gleiche täten. Zwischen Deutschland und Frankreich schwebten keinerlei Streitfragen und es erscheine daher als ungewöhnliches Vorgehen, daß der Botschafter eine drohende Mitteilung mit dem Ersuchen um eine Antwort am folgenden Tag gemacht und zu verstehen gegeben habe, er müsse diplomatische Beziehungen abbrechen und Paris verlassen, wenn Antwort unbefriedigend ausfalle.

Deutscher Botschafter erklärte, er habe gepackt, erwähnte aber nichts von Pässen. Er wird Außenminister heute abend nochmals sprechen.

*Im BB No. 126 (paraphrasiert) veröffentlicht
Siehe F No. 120, 125*

(35325)

No. 429

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 140

Rom, den 1. August 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Französischer Botschafter teilt mir mit, er habe gehört, daß deutsche Handelsschiffe im Mittelmeer angewiesen wurden, notfalls sizilianische Häfen aufzusuchen.

(35326)

No. 430

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 141

Rom, den 1. August 1914

A. 7²⁶ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 139¹⁾.

Minister des Äußern sagt, er habe entweder deutschen Botschafter heute morgen mißverstanden oder letzterer sei hinsichtlich deutscher Forderungen an Rußland und Frankreich mit Fristbestimmung für Antwort irregeführt worden, da in Paris bis zu früher Stunde heute morgen kein Gedankenaustausch stattgefunden hätte.

Römische Presse von heute morgen enthält indes, allerdings nichtamtliche, Ankündigung der Absicht Italiens, Neutralität zu wahren.

¹⁾ No. 365.

(35345)

No. 431

Herr Grant Duff an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 3

Bern, den 1. August 1914

A. 5⁵⁶ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Schweizerische Armee wird 3. August mobilisieren.

Hier finanzielle Panik. Sämtliche Banken verweigern Auslandschecks. Kein Geldwechsel. Da Schweiz voll englischer Touristen, kann ernste Lage entstehen. Wäre es möglich, Boten mit £ 500 in Gold hierherzuschicken? Viele Lebensmittelgeschäfte sind ausverkauft, sechs oder sieben geschlossen. Regierung ergreift vernünftige Maßnahmen, um Aufregung zu beschwichtigen. Wäre erfreut, wenn Militärattaché hierher gesandt werden könnte.

(Streng vertraulich)

Französischer Militärattaché (? hat) mir soeben gesagt, er habe sichere Nachricht, daß Deutschland mobilisiere. Er hat Paris verständigt.

(35344)

b)

(Tel. ohne Nummer)

Bern, den 1. August 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 10¹⁵ nachm.

Bundesrat hat Teilmobilmachung der ganzen schweizerischen Armee angeordnet.

(35299)

No. 432

Sir Edward Grey an Sir G. Barclay

(Tel.) No. 10

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 9⁵⁰ nachm.

Der Krieg. Ihr Telegramm No. 28 vom 1. August¹⁾: Rumänische Neutralität.

Wir können keinen Rat erteilen.

¹⁾ No. 416.

(35112)

No. 433

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 247

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 9⁵⁵ nachm.

Der Krieg. Ihr Telegramm No. 139 vom 31. Juli ¹⁾).

Es war gewöhnlich unsere Gepflogenheit, nach dem Ausbruch eines Krieges, an dem nicht teilzunehmen wir beschlossen hatten, eine Neutralitäts-Erklärung zu erlassen.

(35341)

No. 434

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 23

Kristiania, den 1. August 1914

A. 6⁵ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Soeben folgende Mitteilung an die Presse ergangen:

„Die norwegische Regierung hat heute ihre Neutralität im Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien erklärt. Die Regierung hat die nötigen Schritte getan, um norwegische Neutralität zu schützen. Die Küstenbefestigungen sind in Verteidigungszustand versetzt und größerer Teil der nicht bereits in Dienst gestellten Kriegsschiffe wird zur Verteidigung der Neutralität des Landes instand gesetzt.“

Vgl. No. 475

(35331)

No. 435

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 79

Nisch, den 1. August 1914

A. 4⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Britischer Vizekonsul telephoniert, daß Lage in Belgrad kritisch wird. Es herrscht allgemeine Panik und die Einwohner verstecken sich während zeitweiliger Beschießung in den Kellern.

Es ist dringend notwendig, daß sofortiger Druck auf die österreichischen Militärbehörden ausgeübt wird, sie sollen Zug unter weißer Flagge an Belgrad heranfahren lassen, um Nichtkombattanten wegzuführen, unter denen mehrere britische Untertanen sind.

Vgl. No. 463

¹⁾ No. 365.

(35371)

No. 436

Sir Edward Grey an Sir C. Greene (Tokio)

(Tel.) No. 35

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

A. 10⁰ nachm.

Ich sagte dem japanischen Botschafter heute, daß die Lage in Europa sehr ernst sei.

Wir hätten noch nicht entschieden, was wir tun würden, aber wir könnten es unter gewissen Bedingungen nötig finden einzugreifen. Sollten wir aber eingreifen, dann würde das auf Seiten Frankreichs und Rußlands geschehen, und ich glaubte deshalb nicht, daß wir uns an Japan als unsern Verbündeten wenden müßten oder daß die durch das Bündnis umschriebenen Interessen in Mitleidenschaft gezogen würden. Wollen Sie Minister des Äußern verständigen.

Vgl. No. 571

(35400)

No. 437

Mitteilung des griechischen Gesandten

Der griechische Gesandte sprach vor, um folgende dringende Mitteilung seiner Regierung zu machen:

1. Griechische Regierung erfährt aus guter Quelle in Konstantinopel, daß dortiger österreichischer Botschafter die Orientbahngesellschaft nach der Kohlenmenge in ihren Saloniker Lagern befragt hat: welche Menge sie für Zugbeförderung habe und welche Menge sie notfalls dem österreichischen Geschwader liefern könne, das eventuell nach Saloniki fahren würde, um Kriegsmunition abzufangen, die über diesen Hafen nach Serbien bestimmt ist. (Vertraulich mit allem Vorbehalt mitgeteilt.)

2. Griechische Regierung erfährt aus guter Quelle, daß Hamburger Firma Karl Burner in der Türkei wegen Ankaufs alter Gewehre verhandelt, die zur Bewaffnung der Mohammedaner nach Indien geschmuggelt werden sollen: man glaubt, daß die Jungtürken die Hand dabei im Spiele haben.

Ich dankte Herrn Gennadius.

1. August 1914

G. R. C.

Vgl. No. 438

(35400)

No. 438

Sir Edward Grey an Herrn Beaumont (Konstantinopel)

(Tel.) No. 330. Vertraulich Auswärtiges Amt, den 1. August 1914
A. 10⁰ nachm.

Griechische Regierung hat mich vertraulich unterrichtet, daß sie aus guter Quelle erfahre, die Hamburger Firma Karl Burner verhandle in der Türkei wegen Ankaufs alter Gewehre mit der Absicht, sie zur Bewaffnung der Mohammedaner nach Indien zu schmuggeln. Man glaubt, daß die Jungtürken die Hand dabei im Spiele haben.

Können Sie eine Bestätigung dieser Nachricht erlangen?

Vgl. No. 437

(35315)

No. 439

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 112 Paris, den 1. August 1914
A. 8³⁵ nachm.
E. 10⁰ nachm.

Militärattaché meldet folgende Nachricht des Kriegsministeriums, 5⁰ nachm.:

„Deutsche schieben weiterhin Truppen an die Grenze. Lebhafter Verkehr auf Berliner Bahnhöfen; Militärzüge fahren sowohl nach Ost- wie Westgrenze. Man glaubt, daß deutsche Mobilmachung an russischer Grenze im Gange und daß sechs Korps gegen Rußland verwendet werden.“

(35322)

No. 440

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 200 St. Petersburg, den 1. August 1914
A. 8²¹ nachm.
E. 10⁰ nachm.

Seiner Majestät Konsul in Riga meldet, daß alle Auslandstelegramme zurückgewiesen.

Kein fremdes Schiff darf baltische und finnische Häfen verlassen.

(35342)

No. 441

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Kristiana, den 1. August 1914

A. 6⁵ nachm.

E. 10¹⁰ nachm.

Norwegischer Minister des Äußern hat der Presse folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Norwegischer Generalkonsul in Hamburg hat gedrahtet, daß allen in Hamburg und Cuxhaven liegenden Schiffen untersagt wurde, diese Häfen bis auf weiteres zu verlassen.“

(35329)

No. 442

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 72

Nisch, den 30. Juli 1914

A. 1. August 5²⁰ nachm.

E. 1. August 10¹⁵ nachm.

Ministerpräsident teilt mir mit, Nachricht sei eingetroffen, daß die Österreicher den Drinafluß, der die serbische Grenze gegenüber Bielina bildet, überschritten hätten und auch gegen Plevlje im Sandshak vorrückten.

(36826)

No. 443

Der schweizerische Gesandte an Sir Edward Grey

Erhalten 1. August

Légation de Suisse, Londres, le 1^{er} août, 1914

M. le Secrétaire d'Etat,

Sur l'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur d'informer votre Excellence que le Conseil fédéral de la Confédération suisse a décidé la mobilisation de toute l'armée, à partir d'aujourd'hui.

Cette mesure a pour seul but le maintien de l'intégrité et de la neutralité de la Confédération.

J'ajoute qu'une déclaration formelle de neutralité, de la part de la Suisse, sera notifiée ultérieurement au Gouvernement de Sa Majesté britannique.

Veuillez &c.

Carlin

Vgl. No. 431

(35346)

No. 444

Sir H. Lowther an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 19

Kopenhagen, den 1. August 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 10¹⁵ nachm.

Folgende Nachricht durch Außenministerium bestätigt:

2700 Reserve-Marineartillerie und Matrosen zur Verstärkung Verteidigungsanlagen einberufen.

Keine Rede von Mobilmachung.

Neutralität Dänemarks gestern gemäß königlicher Verordnung vom 20. Dezember 1912 proklamiert.

Proklamation gleichzeitig von Norwegen und Schweden erlassen.

Zinsfuß dänischer Bank ist auf etwa 7% gestiegen. Börse war heute geschlossen.

(35323)

No. 445

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 201

St. Petersburg, den 1. August 1914

A. 1²⁰ nachm.

E. 11¹⁵ nachm.

Deutscher Botschafter überreichte Außenminister heute abend 7 Uhr formelle Kriegserklärung.

No. 446

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Cadogan Gardens 53, S. W., 1.¹⁾ August 1914

Sir Edward Grey,

Ich nehme an, daß Sie das beiliegende Telegramm erhalten haben ²⁾. Die Handlungsweise Deutschlands stempelt es deutlich zum Angreifer und wir sollten unter diesen Umständen in unserer Stellungnahme nicht zaudern. Meiner Überzeugung nach wird England es bei Bekanntgabe der Tatsachen durchaus billigen, daß wir unserem

¹⁾ Dies das Datum in Sir A. Nicolson's Handschrift; es liegt offenbar ein Schreibfehler vor für den 2. August.

²⁾ No. 473.

Freunde zu Hilfe kommen. Auch bezweifle ich kaum, daß in diesem Falle die Oppositionsführer, wenn befragt, derselben Ansicht wären.

Wir sollten heute mobilisieren, sodaß unser Expeditionsheer im Laufe der nächsten Woche unterwegs sein kann. Zögern wir jetzt, dann werden wir's morgen bereuen.

A. N.

(35569)

No. 447

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 518

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

Euere Exzellenz!

Während der in meinem Telegramm No. 299 vom 1. August¹⁾ teilweise aufgezeichneten Unterredung hielt mir Herr Cambon heute sehr nachdrücklich unsere Verpflichtung vor, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffes zu helfen. Er sagte sogar, Frankreich habe mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England seine Truppen von der deutschen Grenze zurückgezogen, sodaß es jetzt nur mehr in der Lage sei, sich defensiv zu verhalten, statt angriffsweise gegen Deutschland vorzugehen. Es habe seine Flotte im Mittelmeer zusammengezogen und seine Nord- und Westküste unbeschützt gelassen.

Ich erwiderte, solange wir Deutschland unsere Neutralität nicht versprechen — und tatsächlich hätten wir uns bisher entschieden geweigert, solch ein Versprechen zu geben —, könnten die Franzosen sicher sein, daß die deutsche Flotte nicht durch den Kanal fahren werde aus Furcht, wir möchten die Gelegenheit einer Intervention in dem Augenblick ergreifen, wo sich die deutsche Flotte in unserer Gewalt befinde. Ich versprach jedoch zu prüfen, ob wir eine Zusage geben könnten, unter solchen Umständen einzugreifen.

Bezüglich der Frage unserer Verpflichtung, Frankreich zu helfen, hob ich hervor, daß diese Verpflichtung nicht bestünde. Frankreich wünschte an dem Krieg, dessen Ausbruch bevorzustehen scheine, nicht teilzunehmen, sei aber seines Bündnisses wegen hierzu gezwungen. Wir hätten uns absichtlich von allen Bündnissen frei gehalten, um nicht auf diese Weise in Schwierigkeiten verwickelt zu werden, und ich hätte dem Parlament immer wieder versichert, daß unsre Hände frei seien. Es wäre höchst widersinnig zu sagen, daß, weil sich für Frankreich aus einem Bündnis, dessen Bestimmungen uns nicht einmal bekannt seien, eine Verpflichtung ergäbe, wir infolge dieser Bündnispflicht gleichermaßen gehalten wären, uns in einen Krieg verwickeln zu lassen.

¹⁾ No. 426.

Herr Cambon räumte ein, daß keine Verpflichtung dieser Art bestehe, er unterstrich jedoch nachdrücklichst die Verpflichtung hinsichtlich der britischen Interessen. Falls wir Frankreich nicht unterstützten, würde die Entente verschwinden, und ob nun Deutschland, oder Frankreich und Rußland siegreich blieben, würde unsre Lage bei Kriegsende sehr ungemütlich sein.

Ich gab das Wahre in diesen Worten zu, erwiderte jedoch, es liege bei uns, selbst die Frage zu prüfen, was die britischen Interessen erforderten und uns im Parlament damit zu befassen. Ich sei mir bewußt, daß es sich um sehr ernste Überlegungen handle.

Ich bin usw.

E. Grey

(35568)

No. 448

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 256

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

Euere Exzellenz!

Ich erklärte dem deutschen Botschafter heute, daß die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens ungemein bedauerlich sei, weil die Neutralität Belgiens die Stimmung Englands beeinflusse. Wenn Deutschland sich in der Lage sähe, dieselbe Zusage wie Frankreich zu geben, so würde das wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und Spannung hier zu beheben. Sollte andererseits die belgische Neutralität durch einen der Kriegführenden verletzt werden, während der andere sie achte, so würde es außerordentlich schwierig sein, die öffentliche Stimmung Englands zu beschwichtigen. Ich bemerkte, wir hätten diese Frage in einer Kabinettsitzung besprochen, und da ich ermächtigt sei, ihm das mitzuteilen, gab ich ihm ein *aide-mémoire* darüber.

Er fragte mich, ob wir uns verpflichten würden, neutral zu bleiben, falls Deutschland verspreche, belgische Neutralität nicht zu verletzen.

Ich erwiderte, daß mir das nicht möglich sei; unsere Hände wären noch frei und wir überlegten, wie wir uns verhalten sollten. Ich könne nur sagen, daß unsere Haltung in hohem Maße durch öffentliche Meinung bestimmt werde und daß belgische Neutralität die öffentliche Meinung hier sehr stark bewege. Ich glaubte nicht, daß wir unter dieser Bedingung allein Neutralität versprechen könnten.

Der Botschafter drängte mich, ob ich nicht Bedingungen anzugeben vermöchte, unter denen wir neutral bleiben würden. Er ließ sogar durchblicken, daß die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien verbürgt werden könnte.

Ich entgegnete, ich fühlte mich genötigt, jedes Versprechen, unter derartigen Bedingungen neutral zu bleiben, endgültig abzulehnen, und ich könne nur sagen, daß wir unsere Hände frei halten müßten.

Ich bin usw.
E. Grey

Im BB No. 123 veröffentlicht

Anlage zu No. 448

Memorandum

Die Antwort der deutschen Regierung bezüglich der Neutralität Belgiens ist ungemein bedauerlich, weil die Neutralität Belgiens die Stimmung Englands beeinflußt. Wenn Deutschland sich in der Lage sähe, dieselbe Zusicherung zu geben, wie Frankreich sie gegeben hat, so würde das wesentlich dazu beitragen, die Besorgnis und Spannung hier zu beheben. Sollte andererseits die belgische Neutralität durch einen der Kriegführenden verletzt werden, während der andere sie achtet, so würde es außerordentlich schwierig sein, die öffentliche Stimmung Englands zu beschwichtigen.

Auswärtiges Amt, den 1. August 1914

*(Auf der Abschrift in den Archiven steht der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)
Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung
siehe in DD No. 596
Vgl. auch No. 419*

No. 449

Sir F. Bertie an Sir E. Grey

Paris, den 1. August 1914

Mein lieber Grey,

Der amerikanische Botschafter sagt mir, daß, wenn es Krieg gibt, was er für sicher hält, die amerikanische Botschaft die deutschen Interessen wahrnehmen soll, und er glaubt, die amerikanische Botschaft in Berlin werde sich der französischen Interessen annehmen. Der

deutsche Botschafter ist noch hier, aber der amerikanische Botschafter erwartet seine Abreise.

Ihr ganz ergebener
Francis Bertie

(35337)

No. 450

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 138

Wien, den 1. August 1914

A. 1. August 3⁵⁰ nachm.

E. 2. August 1⁰ vorm.

Minister des Äußern wird mich morgen empfangen. Er wird den russischen und französischen Botschafter heute nachmittag sprechen. Der russische Botschafter war soeben bei mir, um mir vom deutschen Ultimatum Kenntnis zu geben, das von Rußland innerhalb zwölf Stunden Erklärung verlangt, daß es demobilisieren werde. Russischer Außenminister fragte deutschen Botschafter, ob die unvermeidliche Weigerung Rußlands, dieser schroffen Aufforderung nachzukommen, Krieg bedeute. Der deutsche Botschafter erwiderte, das würde Deutschland (Zifferngruppe fehlt: ? zwingen) mobil zu machen. Der russische Botschafter in Wien sagt, die sogenannte Gesamtmobilmachung Rußlands laufe auf nichts weiter hinaus, als daß Rußland militärische Vorsichtsmaßnahmen treffe, die den von Deutschland ergriffenen entsprächen. Er meint, daß Krieg beinahe unvermeidlich ist und daß Deutschland Rußland unverzüglich angreifen wird, da Mobilmachung auf die Dauer zu kostspielig sei. Spannung zwischen Rußland und Deutschland scheint sogar größer zu sein als zwischen Rußland und Österreich. Der russische Botschafter erklärt, Rußland habe keine Absicht, Österreich anzugreifen und würde sich selbst jetzt noch mit Zusicherung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Integrität Serbiens begnügen. Seine Exzellenz will heute Minister des Äußern nochmals darauf hinweisen, daß Ablehnung, dies geringe Zugeständnis zu machen, fürchterlichste Folgen haben müsse. Diesmal würde Rußland bis zum letzten Atemzug kämpfen.

Er ist überzeugt, daß Deutschland von Anfang an Krieg wünschte. Ich stimme zu, daß dies auf deutschen Botschafter in Wien zutrifft und daß seine starken persönlichen Vorurteile wahrscheinlich auf sein Verhalten hier abfärbten.

Französischer Botschafter beabsichtigt, Minister des Äußern heute zu fragen, ob Vorschläge von irgendeiner Seite, die als Grundlage für Vermittlung dienen könnten, erwogen würden, und in ernster Weise über äußerst gefährliche Lage zu sprechen. Ich befürchte, daß

nichts den Entschluß österreichisch-ungarischer Regierung, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, ins Wanken bringen kann, wenn sie ihn von Deutschland gedeckt gefaßt hat. Es herrscht große Sorge darüber, was England tun wird. Ich erwidere stets, das könne niemand sagen, aber man dürfe nicht erwarten, daß England seine Freunde im Stiche lasse.

*Im BB No. 141 (paraphrasiert und ohne den letzten Satz)
veröffentlicht*

(35317)

No. 451

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 115

Paris, den 1. August 1914

A. 1. August 9³⁰ nachm.

E. 2. August 2¹⁵ vorm.

Marineattaché meldet folgende Auskunft vom Marineministerium:

„Der Chef des Generalstabes meldet, daß die gesamte französische Flotte in jeder Hinsicht für alle Möglichkeiten gerüstet ist. Schlachtschiffe „France“ und „Parisien“ werden bereit sein, sich am 15. August der Flotte anzuschließen.“

(35316)

No. 452

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 114

Paris, den 1. August 1914

A. 1. August 9³⁰ vorm.

E. 2. August 3⁰ vorm.

Militärattaché berichtet, daß ihn der Kriegsminister heute abend 8 Uhr nochmals kommen ließ. Kriegsminister erklärte, er möchte ihn über die Lage auf dem laufenden halten. Er sagte ihm, den Franzosen stünden acht Armeekorps gegenüber, aber wirklicher Zweck der Unterredung war offenbar, Ansicht des Ministers wie folgt zu übermitteln:

Es gäbe nur eine Möglichkeit, Frieden zu bewahren, daß England nämlich militärisch statt diplomatisch handle. Militärattaché versicherte ihm, daß England das äußerste tue, um Frieden zu erhalten. Kriegsminister legte großes Gewicht darauf, daß die 10-Kilom.-Zone, die er zwischen französischen Truppen und deutscher Grenze angeordnet habe, einen Beweis für das Bestreben Frankreichs darstelle,

keine herausfordernde Handlung zu begehen. Diese Zone wird noch von der Landbevölkerung bewohnt.

Im BB No. 140 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

(35318)

No. 453

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Paris, den 1. August 1914

A. 2. August 1¹⁵ vorm.

E. 2. August 4³⁰ vorm.

1. August, Mitternacht. — Der Krieg. Ihr Telegramm No. 297 von heute abend¹⁾.

Wünschen Sie, daß ich französischer Regierung erkläre, wir beabsichtigten nach Mobilmachung französischer und deutscher Truppen an französisch-deutscher Grenze so lange neutral zu bleiben, als deutsche Truppen in der Verteidigung verharren und französische Grenze nicht überschreiten, so wie Franzosen sich enthalten, deutsche Grenze zu überschreiten? Ich kann mir nicht vorstellen, daß es, wenn sich Rußland mit Österreich im Kriege befindet und von Deutschland angegriffen wird, mit französischen Verpflichtungen gegen Rußland vereinbar wäre, daß Franzosen ruhig bleiben. Falls sich Franzosen darauf einließen, würden die Deutschen zuerst Russen angreifen und sich dann, wenn sie diese geschlagen, gegen Franzosen wenden.

Soll ich mich genau erkundigen, welche Verpflichtungen die Franzosen laut französisch-russischem Bündnisvertrag haben?

Siehe No. 460

(35320)

No. 454

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 198

St. Petersburg, den 1. August 1914

A. (von Aden)²⁾ 2. August 5⁰ vorm.

E. 3²⁵ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Kriegsministerium:

„Mobilmachung in glattem Fortschreiten einschließlich Pferdeaushebung. Alle fünfzehn Reservistenklassen in Petersburg einge-

¹⁾ No. 419.

²⁾ Infolge der Unsicherheit und Verzögerungen auf den anderen Linien wurde von diesem Datum ab der Weg über Aden benutzt.

zogen. In Moskau und Kiew außerdem Klassen 1910 bis 1913 Landwehraufgebots eingezogen, aber hier noch nicht. In Petersburg sollen 200 000 Reservisten eingezogen sein.

Finnland in Kriegszustand erklärt und bezüglich Zivil- und Militärverwaltung unter Kommandeur des Petersburger Bezirks gestellt.

Durch Anschlag Arbeiter aufgerufen, um in der Nähe Petersburgs Bäume zu fällen und Gräben auszuheben. Angeblich 50 000 Mann für Verteidigungsanlagen bei Oranienbaum und Sestrerets (*sic.* ? Sestrorjezk) benötigt.

Nachricht, daß Reservistentransport nach Finnland am 25. Juli begonnen.

Nachricht, daß Kaiser mit Kriegsminister als Chef des Stabes Befehl übernehmen wird. Großfürst Nikolai soll gegen Österreich führen.

Ganzes Gardekorps soll nach Westen gehen.

Cholera breitet sich in Kamenez-Podolsk aus.“

(35332)

No. 455

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 112

Berlin, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 5³⁸ nachm.

E. 2. Aug. 5³⁰ vorm.

Mein französischer Kollege unterrichtet mich, daß ihm der Staatssekretär des Auswärtigen heute nachmittag sagte, die kaiserliche Regierung habe den deutschen Botschafter in St. Petersburg beauftragt, die russische Regierung zu ersuchen, Mobilmachungsbefehl gegen Deutschland rückgängig zu machen.

(Dieses Telegramm brauchte 36 Stunden, um hierher zu gelangen.

G. R. C. 2. 8. 14)

(35334)

No. 456

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 120

Berlin, den 1. August 1914

A. 2. August 1⁰ vorm.

E. 2. August 5⁴⁵ vorm.

Zurückhaltung britischer Handelsschiffe in Hamburg.

Auftrag gemäß Ihrem Telegramm vom 1. August¹⁾ ausgeführt.

¹⁾ No. 402.

Staatssekretär, der größte Überraschung und Verdruß zum Ausdruck brachte, hat versprochen, sofort anzuordnen, daß Dampfer unverzüglich auslaufen dürfen.

Im BB No. 143 veröffentlicht
Vgl. No. 496 und 677

(35366)
(Tel.) No. 123

b)

Berlin, den 2. August 1914
A. 11³⁰ vorm.
E. 11⁵⁵ vorm.

Mein Telegramm vom 1. August.

Staatssekretär unterrichtet mich, daß gestern abend befohlen wurde, britische Schiffe in Hamburg Fahrt fortsetzen zu lassen. Er sagt, dies müsse als besondere Gefälligkeit gegen Seiner Majestät Regierung betrachtet werden, da sonst keine fremden Schiffe Erlaubnis zum Auslaufen erhielten. Grund der Zurückhaltung war, daß Minen gelegt und andere Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

Im BB No. 145 veröffentlicht

(35333)

No. 457

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 119

Berlin, den 1. August 1914
A. 1. August 8⁴⁵ nachm.
E. 2. August 6⁰ vorm.

Allgemeine Mobilmachung von Armee und Flotte wurde soeben befohlen.

2. August erster Mobilmachungstag.

Im BB No. 142 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35335)

No. 458

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 121

Berlin, den 1. August 1914
A. 2. August 1³² vorm.
E. 2. August 6³⁰ vorm.

Ihr Telegramm No. 250 vom 1. August¹⁾.

Ich habe Staatssekretär des Auswärtigen Inhalt obigen Telegramms mitgeteilt und ihm geraume Zeit darzulegen versucht, daß

¹⁾ No. 411.

der Hauptstreitpunkt Österreich und Rußland beträfe und Deutschland nur als Verbündeter Österreichs hineingezogen worden sei. Wenn Österreich und Rußland daher — wie augenscheinlich der Fall — bereit wären, über die Sache zu verhandeln und Deutschland den Krieg nicht im eigenen Interesse wolle, so erscheine es mir bloß logisch, daß Deutschland sich zurückhalte und fortfahre, für eine friedliche Beilegung zu wirken. Staatssekretär des Auswärtigen bemerkte, Österreichs Bereitwilligkeit zu Verhandlungen sei das Ergebnis deutschen Einflusses in Wien und wenn Rußland nicht gegen Deutschland mobilisiert hätte, würde alles gut gewesen sein. Daß Rußland aber (zwei Gruppen nicht entzifferbar) Deutschlands Forderung zu demobilisieren unbeantwortet ließ, habe Deutschland veranlaßt, auch zu mobilisieren. Rußland habe erklärt, seine Mobilmachung bedeute nicht notwendigerweise Krieg und es könne ganz gut monatelang mobilisiert bleiben, ohne Krieg zu führen. Das sei mit Deutschland nicht der Fall. Deutschland habe die Schnelligkeit, Rußland die Zahl für sich und die Sicherheit des Reiches verbiete es Deutschland, Rußland Zeit zu lassen, Truppenmassen aus allen Teilen seiner weiten Gebiete heranzubringen. Die Lage wäre nun die, daß Rußland keine Antwort gesandt habe, obwohl die Reichsregierung mehrere Stunden über die festgesetzte Frist zugewartet hätte. Deutschland habe daher Mobilmachung angeordnet und der deutsche Vertreter in St. Petersburg sei angewiesen worden, der russischen Regierung innerhalb einer gewissen Zeit bekanntzugeben, daß die Reichsregierung die Verweigerung einer Antwort von seiten Rußlands als Herbeiführung des Kriegszustandes betrachten müsse.

Im BB No. 138 veröffentlicht

(35319)

No. 459

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 195

St. Petersburg, den 1. August 1914

A. 2. August 7³⁰ vorm.

E. 2. August 8⁴⁰ vorm.

Mein Telegramm No. 193 vom 31. Juli¹⁾.

Bei gestern gewährter Audienz las Kaiser deutschem Botschafter sein Telegramm an Deutschen Kaiser vor, aber die Angelegenheit rückte keinen Schritt vorwärts.

Am Abend fand sich österreichischer Botschafter beim Außenminister ein, hatte jedoch keine bestimmten Weisungen. Er suchte Unterhaltung von serbischer Frage auf allgemeine Beziehungen

¹⁾ No. 393.

zwischen Rußland und Österreich abzulenken. Minister des Äußern erklärte, diese Beziehungen seien an sich durchaus gut und er wünsche, sie freundschaftlich zu erhalten. Gegenwärtig schwebende Frage sei, ob Serbien frei und unabhängig bleiben, oder ob es erdrückt und zum Vasallen Österreichs gemacht werden solle. Es sei nutzlos, allgemein über österreichisch-russische Beziehungen zu reden, solange diese Streitfrage ungelöst sei. London wäre der einzige Ort, wo eine Erörterung mit Aussicht auf Erfolg stattfinden könne, aber Österreich tue sein möglichstes, durch Beschießung Belgrads, einer eigentlich unbefestigten Stadt, jede Diskussion auszuschließen¹⁾.

Außenminister gab französischem Botschafter und mir heute morgen von obigem Kenntnis und bemerkte, er habe während Balkankrise Österreich erklärt, daß Angriff auf Serbien Krieg mit Rußland bedeute. Rußland könne Serbien ebensowenig zum Vasallen Österreichs werden lassen, wie Großbritannien es dulden könne, daß Holland unter die Herrschaft Deutschlands gerate. Es handle sich für Rußland um eine Lebensfrage. Österreich habe die ganze Zeit eine heimtückische, unmoralische Politik verfolgt und — der deutschen Unterstützung sicher — geglaubt, Rußland herausfordernd behandeln zu dürfen. Die Haltung Deutschlands sei zweideutig und doppelzünftig gewesen und ob es nun von Bedingungen des Ultimatums Kenntnis gehabt oder nicht, es habe mit Intervention in Wien gewartet, bis psychologischer Zeitpunkt verstrichen gewesen. Unglücklicherweise sei Deutschland in St. Petersburg durch einen Botschafter vertreten, der berichtet habe, daß Rußland niemals kämpfen werde, während deutscher Botschafter in Wien ein heftiger Russenfeind sei, der Österreich aufgestachelt hätte.

Außenminister sagte, er habe sich mühselig abgeplagt, einen Konflikt zu vermeiden, und jede vorgebrachte Anregung aufgegriffen: Konferenz zu vieren, englisch-italienische Vermittlung und direkte Besprechungen zwischen St. Petersburg und Wien — doch Deutschland und Österreich hätten sie entweder verworfen, oder durch ausweichende Antworten unwirksam gemacht. Er könne nichts mehr tun, wenn die Frage nicht in genauer und klarer Form zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht würde. Österreichs Vorgehen und Vorbereitungen Deutschlands hätten Rußland zur Mobilisierung gezwungen und da Deutschland nun ebenfalls mobil mache, eine verzweifelte Lage geschaffen. Er habe die in meinem Telegramm No. 193²⁾ angeführte Formel nach Wien übermittelt und er halte noch an ihr fest, wenn Sie ihre Annahme durchsetzen könnten, ehe deutsche Truppen Grenze überschritten. Auf keinen Fall würde Rußland Feindseligkeiten eröffnen.

¹⁾ Siehe Oe III No. 97.

²⁾ No. 393.

Jetzt scheint es keine Möglichkeit mehr zu geben, einen allgemeinen Krieg zu verhüten, sofern Deutschland und Frankreich nicht einwilligen, ihre Truppen während letzten Versuchs, Beilegung zu erzielen, diesseits ihrer Grenzen mobilisiert zu halten, wie Rußland zu tun bereit ist. Rußland wartet unruhig und gespannt (anxiously) auf Nachricht, ob Großbritannien es in einem Krieg unterstützen wird, der ihm aufgezwungen wurde, da seine Dauer und sein Ausgang von unserem Zusammengehen mit Rußland und Frankreich vom Beginn des Krieges an abhängen.

Rumänischer Gesandter sagte mir heute morgen, wenn Krieg ausbräche, würden Türkei und Bulgarien beinahe sicher gegen Griechenland und Serbien marschieren und Balkan sowohl wie Europa würden in Flammen aufgehen. Seinen Äußerungen entnahm ich, daß Rumänien seine Aufmerksamkeit eher auf den Balkan beschränken als Österreich aktiv unterstützen wird.

Ich habe dem Minister des Äußern den Inhalt Ihres Telegramms No. 413 vom 31. Juli ¹⁾ heute morgen mitgeteilt.

(Vorletzter Absatz gleichlautend nach Bukarest No. 11, Sofia No. 18, Athen No. 105 und Konstantinopel No. 331)

*Im BB No. 139 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

(35318)

No. 460

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 301

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
A. 10⁵⁰ vorm.

Ihr Telegramm No. 116 vom 1. August ²⁾: Der Krieg.

Meinem Telegramm No. 297 vom 1. August ³⁾ braucht jetzt keine Folge mehr gegeben zu werden.

(35352)

No. 461

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Berlin, den 2. August 1914
A. 11³⁰ vorm.
E. 11⁰ vorm.

Staatssekretär des Auswärtigen hat mich soeben benachrichtigt,

¹⁾ No. 335.

²⁾ No. 453.

³⁾ No. 419.

daß infolge Überschreitens der Grenze durch russische Truppen Deutschland und Rußland sich jetzt im Kriegszustand befinden.

Im BB No. 144 veröffentlicht

(35350)

No. 462

Herr Chilton an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 22. *En clair*

Haag, den 2. August 1914

A. 10²⁰ vorm.

E. 11¹ vorm.

Bekanntmachung in heutigem Regierungsblatt erklärt nördliche Mündungen und Goeree-Mündung durch Minen gefährdet und Minenleger bereit, alle anderen Mündungen unmittelbar nach Empfang des Befehls zu sperren.

(35351)

b)

(Tel.) No. 23. *En clair*

Haag, den 2. August 1914

A. 9²⁰ vorm.

E. 11⁷ vorm.

Königliche Verordnungen erlassen über Ausfuhrverbot von Pferden, Heu, Stroh, Hafer, Kohle und Koks.

(35331)

No. 463

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 202

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914

A. 11²⁵ vorm.

Der Krieg. Ersuchen Sie Regierung sofort anzuordnen, daß sich ein Zug unter weißer Flagge Belgrad nähern darf, um britische Untertanen und andere Nichtkombattanten fortzuschaffen.

Vgl. No. 435

(35360)

No. 464

Sir J. Jordan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 141

Peking, den 2. August 1914

A. 12⁵⁰ nachm.

E. 11⁴⁰ vorm.

Folgendes vom Konsulatsverweser in Charbin vom 12. (*sic*) August:

„Telegraphischer Befehl von gestern nacht für Mobilisierung, die bereits begonnen, betrifft sämtliche russischen Truppen in Eisenbahnzone. Order umfaßt alle Reservisten und Miliz. Zugverkehr völlig geändert. Schnellzüge eingestellt und Waren nicht mehr angenommen. Ganze Linie wird für Truppentransporte und alle militärischen Bedürfnisse bereitgestellt.“

(35358)

No. 465

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 9

Brüssel, den 2. August 1914

A. 10⁵⁰ vorm.

E. 11⁴⁵ vorm.

Belgische Regierung hat amtliche Bestätigung der Nachricht erhalten, daß deutsche Streitkräfte ins Großherzogtum Luxemburg einmarschiert sind.

Im BB No. 146 (paraphrasiert) veröffentlicht

(35349)

No. 466

Der luxemburgische Staatsminister an Sir Edward Grey

Erhalten 2. August

(Télégraphique)

Luxembourg, le 2 août, 1914

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence les faits suivants:

Dimanche 2 août de grand matin, les troupes allemandes, d'après les informations qui sont parvenues au Gouvernement Grand-Ducal à l'heure actuelle, ont pénétré sur le territoire luxembourgeois par les ponts de Wasserbillig et de Remich, se dirigeant spécialement vers le sud du pays et vers la ville de Luxembourg, capitale du Grand-Duché. Un certain nombre de trains blindés avec des troupes et des munitions ont été acheminés par la voie de chemin de fer de

Wasserbillig à Luxembourg, où l'on s'attend de les voir arriver. D'un instant à l'autre, ces faits impliquent des actes manifestement contraires, à la neutralité du Grand-Duché, garantie par le Traité de Londres de 1867. Le Gouvernement luxembourgeois n'a pas manqué de protester énergiquement contre cette agression auprès des représentants de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne à Luxembourg. Une protestation identique va être transmise télégraphiquement au Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères à Berlin.

Ministre d'Etat, Président du Gouvernement,
Eyschen

*Mit Übersetzung im BB No. 147 veröffentlicht
Vgl. F No. 131*

(35447)

No. 467

Der luxemburgische Staatsminister an Sir Edward Grey

Erhalten 2. August

(Télégraphique)

Luxembourg, le 2 août 1914

La dépêche suivante vient de parvenir du soussigné, Ministre d'Etat, Président du Gouvernement de Luxembourg:

„Les mesures militaires sont devenues inévitables, à notre plus grand regret, cela par le fait que nous avons des nouvelles certaines d'après lesquelles les troupes françaises sont en marche sur Luxembourg. Nous dû *[sic]* prendre des mesures pour la protection de notre armée et la sûreté des voies ferrées. Il n'y a de notre part aucune intention de poser un acte hostile contre le Luxembourg ami en présence du péril imminent; nous n'avions malheureusement plus le temps d'en aviser préalablement le Gouvernement luxembourgeois. Le Gouvernement Impérial garantit au Luxembourg une complète indemnisation pour les dommages causés. — Jagow.“

Eyschen

(35355)

No. 468

Konsul Le Gallais an Sir Edward Grey

(Tel.) *En clair*

Luxemburg, den 2. August 1914

E. 2. August

Deutsche Truppen sind im Süden Großherzogtums einmarschiert. Panzerzug kam Bahnhof Luxemburg an.

(35452)

No. 469

Stellvertretender britischer Konsul (Lüderitzbucht) an Sir Edward Grey

(Tel.)

Lüderitzbucht, den 2. August 1914

Züge mit Verpflegungsvorräten und Kohle sind fortwährend nach dem Innern abgegangen. Bank hat regelmäßige Zahlungen eingestellt. Lebensmittelpreise um 20 Prozent gestiegen. Im ganzen Land herrscht große Erregung.

(35553)

No. 470

Mitteilung des Niederländischen Gesandten

Den 2. August 1914

Der niederländische Gesandte sprach heute vor und verwies auf eine Notiz, die, wie er sagte, vor zwei Tagen im „Evening Standard“ erschienen sei; danach habe sowohl Sir E. Grey als auch der Ministerpräsident die Zeitung zur Erklärung ermächtigt, daß, wenn die Neutralität Belgiens oder Hollands verletzt werden würde, Großbritannien diesen Ländern zu Hilfe käme.

Herr van Swinderen meinte, diese Nachricht würde einen peinlichen Eindruck im Haag erwecken. Die niederländische Regierung sei in bezug auf ihre Unabhängigkeit und ihre Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen, sehr empfindlich. Sie habe bis jetzt noch niemand um Hilfe gebeten, und solch ein unverlangter Beistandsantrag würde nicht erwünscht sein.

Ich sagte ihm, daß ich den erwähnten Artikel nicht gesehen hätte; ich sei aber ganz sicher, daß die angebliche Ermächtigung zu solch einer Erklärung von seiten des Ministerpräsidenten oder Sir E. Greys völlig erfunden sei. Herr van Swinderen war damit zufrieden.

2. August 1914

E. A. C.

(35552)

No. 471

Mitteilung der deutschen Botschaft

Herr von Schubert sprach vor, um das beigefügte Telegramm¹⁾ seiner Regierung mitzuteilen. Er war angewiesen, darum zu ersuchen,

¹⁾ Von Herrn von Schubert auf ein Blatt des britischen Auswärtigen Amtes mit Bleistift niedergeschrieben.

daß es sogleich zur Kenntnis von Sir Edward Grey gebracht werden möge*.

„Heute früh haben 80 französische Offiziere in preußischer Offiziersuniform mit 12 Autos deutsche Grenze bei Walbeck westlich Geldern zu überschreiten versucht. Dies bedeutet denkbar schwerste Neutralitätsverletzung durch Frankreich.“

(Geldern liegt nahe der holländisch-deutschen Grenze, etwas nördlich von Venloo und mehr als 200 km vom nördlichsten Punkt der französisch-deutschen Grenze entfernt.)

Ich fragte Herrn von Schubert scherzend, ob er von mir erwarte, daß ich diese Behauptung ernst nähme. Der Hinweis auf die Neutralitätsverletzung mute mich in Anbetracht des Einfalls deutscher Streitkräfte in französisches Gebiet ohne Kriegserklärung wie ein Witz an.

Er behauptete entrüstet, daß die Sache äußerst ernst sei, da die Mitteilung von seiner Regierung stamme.

2. August

E. A. C.

Siehe den deutschen Wortlaut in DD No. 677

(35421)

No. 472

Mitteilung der deutschen Botschaft

Erhalten 2. August

Kaiserlich Deutsche Botschaft in London
(Ohne Datum)

Die kaiserliche Regierung war** genötigt, militärische Maßnahmen in Luxemburg zu treffen zum Schutz der dortigen durch Staatsvertrag in unserer Verwaltung und Betrieb befindlichen Eisenbahn gegen drohenden Überfall der Franzosen. Maßregel bedeutet keinen feindlichen Akt gegen Luxemburg, dem volle Entschädigung für eventuellen Schaden zugesagt ist.

Siehe den deutschen Wortlaut in DD No. 643

* Darauf im Original, mit neuer Zeile beginnend: „I translate:“ = Ich übersetze: — das folgende Zitat ist oben jedoch genau nach DD No. 677, nur leicht paraphrasiert, wiedergegeben.

** Im Original heißt es statt dieser ersten vier Wörter „Wir waren...“ Der übrige Wortlaut ist genau DD No. 643 entnommen.

(35411)

No. 473

Mitteilung des französischen Botschafters (2. August)

Der französische Minister des Äußern an Herrn Cambon

(Télégraphique)

Paris, le 2 août 1914

Le territoire français a été violé ce matin par les troupes allemandes à Cirey, près de Longwy. Elles marchent sur le fort qui porte ce nom. D'autre part, le poste douanier à Delle a été assailli par une double fusillade.

Vgl. F No. 136

(35385)

No. 474

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

[Durch die Post]

(Tel.) No. 106

Paris, den 1. August 1914

E. 2. August 1^o nachm.

Mein gestriges Telegramm No. 104¹⁾.

Nachstehend die mir vom politischen Direktor diktirte Antwort Herrn Vivianis in bezug auf die Achtung der belgischen Neutralität:

„Le Gouvernement français est résolu de respecter la neutralité de la Belgique, et ce serait seulement dans le cas où une autre Puissance quelconque violerait cette neutralité que la France pourrait se trouver amenée, pour assurer la défense de sa propre sécurité, d'agir autrement. Cette assurance a été donnée à plusieurs reprises. Le Président en a parlé au Roi des Belges, et le Ministre de France à Bruxelles a renouvelé spontanément cette assurance à M. Davignon.“

Vgl. F No. 122

(35375)

No. 475

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 26

Kristiania, den 2. August 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 1^o nachm.

Mein Telegramm No. 23²⁾.

Norwegische Neutralitätserklärung ist identisch mit dänischer und wurde nach Beratung mit dänischer, norwegischer und schwedischer Regierung erlassen.

¹⁾ No. 382.

²⁾ No. 434.

(35378)

No. 476

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 10

Brüssel, den 2. August 1914

A. 12¹⁵ nachm.

E. 1³⁰ nachm.

Außenminister erklärt, daß belgische Regierung durchaus keinen Grund hat, Deutschland einer Absicht der Neutralitätsverletzung zu verdächtigen. Er sagt, belgische Regierung habe für den Fall einer Verletzung Gedanken, andere Garantiemächte anzurufen oder Intervention nachzusuchen, nicht in Betracht gezogen; sie würde sich auf ihre eigene bewaffnete Macht stützen, da ausreichend, Angriff, von welcher Seite er kommen möge, zu widerstehen.

Vermerk

Es ist für die deutschen Truppen unmöglich, aus Luxemburg nach Frankreich zu gelangen, ohne belgisches Gebiet zu berühren, außer durch einen schmalen Streifen. — G. R. C. 2. August 1914.

(35396)

No. 477

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 124. Dringend. Geheim

Berlin, den 2. August 1914

A. 2¹⁵ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

Wie mir Außenminister sagt, erscheine es nach einer Meldung, die von General einging, der Oberbefehl über den betreffenden Bezirk hat, wahrscheinlich, daß Franzosen durch Abwurf von Bomben aus einem Luftschiff in der Nähe Nürnbergs Feindseligkeiten bereits eröffnet hätten. Seine Exzellenz bat mich, dies zu keinem meiner Kollegen zu erwähnen, doch habe er es selbst belgischem Gesandten mitgeteilt.

(35390)

No. 478

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Haag, den 2. August 1914

A. 1⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Ministerium des Äußern unterrichtet mich, daß holländische Truppen an deutscher Grenze bedeutend verstärkt und in dem Augen-

blick auf Deutsche feuern werden, wenn diese Grenze überschreiten. „Chef de cabinet“ ist zuversichtlich, daß Deutsche das nicht tun werden.

(35397)

No. 479

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) Dringend

Berlin, den 2. August 1914

A. 12²⁵ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Russischer Botschafter hat gebeten, daß folgende Meldung unverzüglich an russische Regierung weitergegeben werden möge:

„Habe Pässe erhalten. Abreise heute, Sonntag abend, nach Eydtkuhnen und Wirballen. Bitte Vorkehrungen für unsere Reise jenseits russischer Grenze treffen. Botschafts- und Konsularstab, sowie Geistlichkeit (*sic*), insgesamt 80 Personen, begleiten mich. Bitte es zu ermöglichen, daß sie ihr Gepäck mitnehmen können, das ihr ganzes Eigentum darstellt.“

(Über Stockholm gesandt. Gleichlautend nach St. Petersburg)

(35398)

No. 480

Herr Sinclair an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 7. Dringend

Brindisi, den 2. August 1914

A. 11³⁰ vorm.

E. 3⁴⁵ nachm.

Deutsches Schiff „Göben“ in Tarent.

(35401)

No. 481

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 118

Paris, den 2. August 1914

A. 1⁴⁵ nachm.

E. 3⁴⁵ nachm.

Militärattaché meldet folgende Nachrichten vom Kriegsministerium:

„Deutsche Lage. Bewegungen großer Truppenkörper dauern an. Alle Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahnverbindungen zwischen Deutschland und benachbarten Ländern, ausgenommen die nach Österreich, unterbrochen. Einige Truppen überschritten heute 6⁰ vorm.“

luxemburgische Grenze. Einige Ulanen hoben bei St. Dié eine Zollwache auf. Von Nähe Belforts werden etliche Schüsse gemeldet. Werde heute nachmittag Stellungen deutscher und französischer Truppen ausführlich drahten.“

(35419)

No. 482

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel. Ohne Nummer)

Wien, den 2. August 1914

A. 12⁴⁰ nachm.

E. 3⁵⁵ nachm.

Russischer Botschafter sagte mir heute morgen, er würde keineswegs am Frieden verzweifeln, wenn Deutschland sich der Einmischung enthielte. Er habe gestern wieder „freundschaftlichste“ Unterhaltung mit Minister des Äußern geführt und würde Beziehungen nicht als abgebrochen ansehen, bis Krieg tatsächlich erklärt sei¹⁾. Er hoffte sehr, daß Rußland selbst nicht den Krieg erklären, sondern das Deutschland überlassen würde*, wenn es in der Tat noch zum Kriege entschlossen sei. Streitfrage wäre jetzt unglücklicherweise nach Berlin verlegt, wo russischer Schritt betreffs Mobilmachung falsch dargestellt und öffentliche Meinung durch Reden des Deutschen Kaisers und Kanzlers erhitzt worden sei, was die Aussichten auf Frieden fast hoffnungslos mache. Kein Land von Selbstachtung könne die herausfordernde Art ertragen, in der deutscher Botschafter in St. Petersburg seine Aufträge wieder ausgeführt habe. Russischer Botschafter vermutete, daß, wenn Deutschland Krieg erklärt, Österreich unmittelbar folgen und Frankreich mobilisieren wird.

Ich werde Minister des Äußern heute morgen sprechen.

(35402)

No. 483

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 125. Dringend

Berlin, den 2. August 1914

A. 3²⁰ nachm.

E. 3⁵⁵ nachm.

Minister des Auswärtigen teilt mir mit, seit 12³⁰ heute nachm. seien alle Kabel- und sonstigen telegraphischen Verbindungen

¹⁾ Siehe Oe III No. 99.

* Wörtlich: „sondern auf Deutschland warten würde, es zu tun, . . .“

zwischen England und Deutschland von seiten Englands unterbrochen worden. Seine Exzellenz möchte die Bedeutung dieser Maßnahme erfahren.

Anmerkung. Siehe DD No. 654; Admiral von Tirpitz fragt darin an, ob Deutschland sich infolge der Unterbrechung der Kabelverbindungen als mit England im Kriegszustand befindlich anzusehen habe.

Auf Sir E. Goschens Telegramm No. 125 erfolgte die nachstehende Antwort:

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 260. *En clair* Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
A. 5²⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 125.

Ich werde benachrichtigt, daß Verzögerung durch außerordentliche Überlastung hervorgerufen wurde. Selbst unsere eigenen Regierungsdepeschen erlitten beträchtliche Verzögerungen. Wie ich höre, arbeiten Linien jetzt wieder zufriedenstellend.

(35405) No. 484

Herr Savery an Sir Edward Grey

(Tel.) *En clair* München, den 31. Juli 1914
A. 31. Juli 7⁵⁰ nachm.
E. 2. Aug. 4²² nachm.

König von Bayern hat Kriegszustand fürs ganze Königreich und Standrecht für die Pfalz erklärt.

Telegramme in englischer Sprache nicht mehr angenommen.

(35420) No. 485

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 76 Nisch, den 31. Juli 1914
A. 31. Juli 12⁵⁰ nachm.
E. 2. Aug. 4³⁵ nachm.

(Durch Unwetter Rußland verzögert) (*sic*)

Mein Telegramm No. 73 vom 30. Juli ¹⁾).

Darstellung des Ministerpräsidenten scheint übertrieben gewesen zu sein. Britischer Vizekonsul telephonierte, daß, obwohl Granaten

¹⁾ No. 332.

während ganzen Nachmittags einschlugen, in der Stadt kein ernstlicher Schaden angerichtet wurde, wenn auch (Gruppe nicht zu entziffern) und Theater (Gruppe nicht zu entziffern) wurde. Eine Granate explodierte in britischer Gesandtschaft und beschädigte vorderen Gebäudeteil.

(35410)

No. 486

Mitteilung der französischen Botschaft

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
E. 4⁴⁰ nachm.

Die französische Botschaft hat soeben telephonisch mitgeteilt, sie habe von der Havas-Agentur in Lüttich ein Telegramm mit der Nachricht erhalten, daß 20 000 deutsche Truppen bei Nancy in Frankreich eingefallen sind.

2. August 1914

J. L.

(35412)

No. 487

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 303

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
A. 4⁴⁵ nachm.

Nach der Kabinettsitzung von heute morgen gab ich Herrn Cambon das folgende *aide-mémoire*:

„Ich bin ermächtigt, eine Zusicherung zu geben, daß, wenn die deutsche Flotte in den Kanal oder durch die Nordsee vordringt, um feindliche Operationen gegen die französische Küste oder Schifffahrt zu unternehmen, die britische Flotte jeden in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird.

Diese Zusicherung ist natürlich davon abhängig, daß die Politik Seiner Majestät Regierung die Unterstützung des Parlaments findet, und darf nicht als Verpflichtung Seiner Majestät Regierung ausgelegt werden, aktiv einzugreifen, ehe das oben ins Auge gefaßte Vorgehen der deutschen Flotte stattfindet.“

Ich wies darauf hin, daß wir Fragen umfangreichster Art und schwerstwiegender Folgen in Betracht ziehen müßten und daß die Regierung fände, sie könne sich nicht verpflichten, Deutschland notwendigerweise den Krieg zu erklären, falls morgen zwischen Frankreich und Deutschland der Krieg ausbräche; aber für die fran-

zösische Regierung, deren Flotte schon lange im Mittelmeer zusammengezogen sei, wäre es wichtig zu wissen, welche Maßnahmen sie bei ihrer völlig unverteidigten Nordküste ergreifen solle. Wir hielten es daher für geboten, ihr diese Zusicherung zu geben. Sie verpflichtete uns nicht zum Kriege gegen Deutschland, sofern die deutsche Flotte die erwähnte Aktion nicht unternähme, aber sie verleihe Frankreich eine Sicherheit, die es instand setze, über seine eigene Mittelmeerflotte zu verfügen.

Herr Cambon befragte mich wegen der Verletzung Luxemburgs. Ich teilte ihm den von Lord Derby und Lord Clarendon im Jahre 1867 über diesen Punkt niedergelegten Grundsatz mit. Dann fragte er mich, was wir über die Verletzung der belgischen Neutralität sagen würden. Ich erwiderte, das sei eine viel wichtigere Sache; wir überlegten, welche Erklärung wir morgen im Parlament darüber abgeben und ob wir in der Tat eine Verletzung der belgischen Neutralität für einen *casus belli* erklären sollten. Ich teilte ihm mit, was dem deutschen Botschafter darüber gesagt wurde. Ich setzte ihm ferner auseinander, daß es zu Beginn einer großen Katastrophe, wie sie dieser europäische Krieg darstellt, dessen Folgen niemand voraussehen könne — wo wir solch ungeheure Verantwortlichkeiten in unserem Reiche hätten, wie in Indien oder hinsichtlich von uns besetzter Länder wie Ägypten, wenn sogar die Bedingungen der Kriegführung zur See und die Möglichkeit, unter diesen Verhältnissen unsere Küsten zu schützen, unerprobt seien — daß es da um unserer Sicherheit willen unmöglich sei, unsere militärischen Streitkräfte außer Landes zu schicken.

Herr Cambon fragte, ob das heiße, daß wir es nie tun würden.

Ich entgegnete, daß ich mich nur mit dem gegenwärtigen Augenblick befaßte. Er betonte die moralische Wirkung, falls wir bloß zwei Divisionen senden würden. Aber ich warf ein, daß, wenn wir bei Beginn eines Krieges eine solch kleine Truppenmacht von zwei oder selbst vier Divisionen auf den Kontinent schickten, sie in die höchste Gefahr gebracht und die kleinste Wirkung ausüben würden.

Im BB No. 148 veröffentlicht (ohne den ganzen Schluß von „Ich setzte ihm ferner...“)

(Privat)

No. 488

Sir Edward Grey an Herrn Cambon

Downing Street 10, den 2. August 1914

Verehrter Herr Cambon,

Wie ich höre, hat Churchill zu Ihrem Marineattaché geäußert, daß mein Gespräch mit Ihnen von heute nachmittag auch dem

deutschen Botschafter mitgeteilt worden sei. Das ist ganz unrichtig: keinem ausländischen Vertreter außer Ihnen wurde es mitgeteilt oder wird es mitgeteilt werden, ehe nicht eine öffentliche Erklärung erfolgt.

Ihr usw.

E. Grey

(35414)

No. 489

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Berlin, den 2. August 1914

A. 4⁴⁰ nachm.

E. 5⁵ nachm.

Französischer Marineattaché vernimmt aus guter Quelle, daß zweites und drittes Geschwader deutscher Hochseeflotte vergangene Nacht durch Nord-Ostsee-Kanal in Elbe fahren.

Bitte französische Regierung benachrichtigen.

(35441)

No. 490

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 202

St. Petersburg, den 2. August 1914

A. 3¹⁰ nachm.

E. 5¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 423 vom 1. August¹⁾.

In Audienz, die ich beim Kaiser gestern abend 11 Uhr hatte, schrieb Seine Majestät folgende Botschaft nieder, die er mich ersuchte, dem König zu telegraphieren:

„I would gladly have accepted your proposals had not German Ambassador this afternoon presented a note to my Government declaring war. Ever since presentation of the ultimatum at Belgrade, Russia has devoted all her efforts to finding some pacific solution of the question raised by Austria's action. Object of that action was to crush Servia and make her a vassal of Austria. Effect of this would have been to upset balance of power in Balkans, which is of such a vital interest to my Empire as well as to those Powers who desire maintenance of balance of Power in Europe. Every proposal, including that of your Government, was rejected by Germany and Austria, and it was only when favourable moment for bringing pressure to

¹⁾ No. 384.

bear on Austria had passed that Germany showed any disposition to mediate. Even then she did not put forward any precise proposal. Austria's declaration of war on Servia forced me to order a partial mobilisation, though, in view of threatening situation, my military advisers strongly advised a general mobilisation owing to quickness with which Germany can mobilise in comparison with Russia. I was eventually compelled to take this course in consequence of complete Austrian mobilisation, of the bombardment of Belgrade, of concentration of Austrian troops in Galicia, and of secret military preparations being made by Germany. That I was justified in doing so is proved by Germany's sudden declaration of war, which was quite unexpected by me, as I had given most categorical assurances to the Emperor William that my troops would not move so long as mediation negotiations continued.

In this solemn hour I wish to assure you once more that I have done all in my power to avert war. Now that it has been forced on me, I trust your country will not fail to support France and Russia in fighting to maintain balance of power in Europe. God bless and protect you."

Kaiser sagte, daß er gegen Veröffentlichung des Obigen mit anderen Dokumenten nichts einzuwenden habe.

Im Verlaufe des Gesprächs bemerkte Seine Majestät, Mobilmachung ziehe nicht notwendigerweise Krieg nach sich und in Geschichte sei es häufig vorgekommen, daß Demobilisierung darauf folgte. Deutscher Kaiser wisse sehr wohl, daß Rußland Frieden wünsche und daß seine Mobilmachung vor Ablauf von mindestens zwei Wochen nicht vollendet sein könne, aber er habe Krieg mit solcher Hast erklärt, daß alle weiteren Verhandlungen unmöglich gemacht worden seien und auf den guten Glauben Deutschlands in der ganzen Sache Zweifel fallen müßten.

Deutsche Darlegung entstellt Fall gänzlich und ihr offenbarer Zweck ist, Seiner Majestät Regierung zu überzeugen, daß Rußland für Krieg verantwortlich ist, in der Hoffnung, sie zu veranlassen, neutral zu bleiben. Ich möchte mir ehrerbietigst zu unterbreiten erlauben, daß, wenn wir des Kaisers Anruf um unsere Hilfe nicht nachkommen, wir am Ende des Kriegs, wie er auch ausgehen mag, ohne einen Freund in Europa sein werden, während unser indisches Reich vor Angriffen Rußlands nicht mehr sicher sein wird. Wenn wir Intervention hinausschieben, bis Frankreich in Gefahr ist, erdrückt zu werden, werden Opfer, die wir dann zu bringen haben werden, viel größer sein, während wir vielleicht....

[Rest des Telegramms nicht erhalten]

Vgl. No. 665

Übersetzung der Botschaft des Zaren

„Ich hätte Deine Vorschläge mit Freuden angenommen, wenn nicht deutscher Botschafter meiner Regierung heute nachmittag eine Note mit Kriegserklärung überreicht hätte. Seit Übergabe des Ultimatums in Belgrad hat Rußland dauernd alle seine Bemühungen dem Zweck gewidmet, eine friedliche Lösung der durch Aktion Österreichs aufgeworfenen Frage zu finden. Ziel dieser Aktion war, Serbien zu erdrücken und es zum Vasallen Österreichs zu machen. Folge davon wäre Störung des Gleichgewichts auf Balkan gewesen, das für mein Reich wie für jene Mächte, die Aufrechterhaltung europäischen Gleichgewichts wünschen, von solch vitalem Interesse ist. Jeder Vorschlag, einschließlich desjenigen Deiner Regierung, wurde von Deutschland und Österreich verworfen und erst als günstiger Augenblick, auf Österreich Druck auszuüben, verstrichen war, zeigte Deutschland überhaupt Neigung zu vermitteln. Selbst dann machte es keinen bestimmten Vorschlag. Österreichs Kriegserklärung an Serbien zwang mich, eine Teilmobilmachung anzuordnen, obwohl in Anbetracht drohender Lage meine militärischen Ratgeber wegen Schnelligkeit, mit der Deutschland im Vergleich zu Rußland mobilisieren kann, eine allgemeine Mobilmachung anrieten. Ich war schließlich zu diesem Schritt infolge der österreichischen Gesamtmobilmachung, der Beschießung von Belgrad, der Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien und geheimer militärischer Vorbereitungen Deutschlands genötigt. Daß ich dazu berechtigt war, wird durch plötzliche Kriegserklärung Deutschlands bewiesen, die mir ganz unerwartet kam, da ich Kaiser Wilhelm kategorischste Zusicherungen gegeben hatte, daß meine Truppen sich nicht in Bewegung setzen würden, solange Vermittlungsverhandlungen andauerten.

In dieser feierlichen Stunde möchte ich Dir nochmals versichern, daß ich alles in meiner Macht getan habe, um Krieg zu verhindern. Da er mir nun aufgezwungen worden ist, vertraue ich darauf, daß Dein Land nicht unterlassen wird, Frankreich und Rußland im Kampf um das europäische Gleichgewicht zu unterstützen. Gott segne und beschütze Dich.“

No. 491

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 305

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914

A. 5³⁰ nachm.

Der Krieg. Deutsche Flottenbewegungen.

Sie wollen Inhalt von Sir E. Goschens Telegramm No. 128¹⁾ unverzüglich französischer Regierung mitteilen.

¹⁾ No. 489.

(35435)

No. 492

Der luxemburgische Staatsminister an Sir Edward Grey

(Tél.)

Luxembourg, 2 août 1914

A. 3⁵⁶ nachm.

E. 5⁴⁴ nachm.

Ministre d'Etat du Luxembourg Eyschen vient de recevoir par l'intermédiaire du Ministre d'Allemagne à Luxembourg, M. de Buch, un télégramme du Chancelier de l'Empire allemand, Bethmann Hollweg, disant que les mesures militaires à Luxembourg ne constituent pas un acte hostile contre le Luxembourg, mais sont uniquement des mesures destinées à assurer contre attaque éventuelle d'une armée française. L'exploitation des voies ferrées affermées à l'Empire Luxembourg (*sic*) recevra complète indemnité pour dommages éventuels.

Mit Übersetzung im BB No. 129 veröffentlicht

Vgl. No. 466, 467 und 554; ebenso F No. 132

(35424)

No. 493

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 144

Wien, den 2. August 1914

A. 2⁰ nachm.

E. 5⁴⁵ nachm.

Als deutscher Botschafter heute morgen das Zimmer des Außenministers verließ, das ich gerade betreten wollte, las er mir ein soeben aus Berlin in seine Hände gelangtes Telegramm des Inhalts vor, daß, nachdem russische Truppen deutsche Grenze an mehreren Punkten überschritten hätten, deutsche Regierung sich mit Rußland im Kriegszustand befindlich erachte. Ich sah dann Minister des Äußern, der zugab, daß Österreich sich Rußland gegenüber in gleicher Lage betrachten müsse.

(35425)

No. 494

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 150

Rom, den 2. August 1914

A. 2⁰ nachm.

E. 6¹⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché:

„Ich habe Grund zur Annahme, daß Italien alle Vorbereitungen zur Einberufung von vier Jahresklassen trifft, ohne Mannschaften tatsächlich einzuberufen.“

(35412)

No. 495

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 306

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
A. 6²⁰ nachm.

Der Krieg. Mein Telegramm No. 303 vom 2. August:¹⁾ Zusicherungen hinsichtlich Aktion britischer Flotte.

Bitte französischer Regierung einzuschärfen, daß die heute gegebene Zusicherung bis zur öffentlichen Bekanntgabe morgen streng vertraulich ist.

Vgl. No. 536

(35386)

No. 496

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 262

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914
A. 6²⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 120 vom 1. August²⁾.

Zu meinem Bedauern höre ich, daß in Hamburg vom britischen Dampfer „Sappho“ 100 Tonnen Zucker zwangsweise ausgeladen und zurückbehalten wurden. Ähnliches scheint in bezug auf andere mit Zucker beladene britische Schiffe geschehen zu sein.

Wollen Sie Staatssekretär mitteilen, ich erwartete aus den in meinem Telegramm No. 249 vom 1. August³⁾ dargelegten Gründen aufs allerbestimmteste, daß die nach Hamburg gesandten Befehle, das Auslaufen britischer Schiffe zu gestatten, auch die Freigabe ihrer Ladung einschließen, deren Zurückbehaltung nicht zu rechtfertigen ist.

Im BB No. 149 veröffentlicht

(35432)

No. 497

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 127

Berlin, den 2. August 1914
A. 5⁰ nachm.
E. 6³⁵ nachm.

Seiner Majestät Konsul in Stettin berichtet, daß alle britischen Schiffe ausgelaufen sind.

¹⁾ No. 487.

²⁾ No. 456 a).

³⁾ No. 402.

(35434)

No. 498

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 77

Nisch, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 6¹⁰ nachm.

E. 2. Aug. 7⁵ nachm.

Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat soeben von Prinz Georg in Belgrad telephonische Nachricht erhalten, daß Österreicher Beschießung von Semlinstellungen aus und gleichzeitig durch vier Monitore wieder beginnen.

(35445)

No. 499

Sir C. Greene an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 57

Tokio, den 2. August 1914

A. 7²⁰ nachm.

E. 7¹⁵ nachm.

Russischer Botschafter hat Weisung erhalten, den Minister des Äußern aufzusuchen und sich nach der voraussichtlichen Haltung der kaiserlichen Regierung und nach den Ansichten japanischer Politiker zu erkundigen, falls Rußland in Krieg verwickelt werden sollte.

Japanische einheimische Blätter erörtern nun die Möglichkeit, daß Japan aufgefordert werden könnte, seinen Verbündeten zur Verteidigung seiner Interessen im fernen Osten zu unterstützen. Allgemein scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß Japan bereitwillig Verantwortung auf sich nehmen wird.

(35443)

No. 500

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 75

Nisch, den 31. Juli 1914

A. 31. Juli 10³⁰ nachm.

E. 2. Aug. 7³⁰ nachm.

Rumänischer Gesandter hat im Auftrag seiner Regierung serbische Regierung gefragt, ob sie ihr letztes Wort zu Österreich gesagt habe.

Ministerpräsident erwiderte, daß weitere Konzessionen nicht mehr möglich seien. Serbischer Geist ist nun gründlich aufgerüttelt und Optimismus an Stelle anfangs bemerkbarer Niedergeschlagenheit getreten. Feste Haltung Rußlands und Nachrichten über Solidarität Englands mit seinen zwei Partnern haben dies Gefühl bestärkt.

(35440)

No. 501

Herr Heathcote-Smith an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 6

Smyrna, den 2. August 1914

A. 8³⁵ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Allgemeine Mobilmachung türkischer Armee hier eben verfügt.
Deutscher Oberst wird anscheinend viertes Armeekorps befehligen.

(35450)

No. 502

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 152. *En clair*

Rom, den 2. August 1914

A. 8²⁰ nachm.

Deutscher Botschafter teilte heute mittag Außenminister mit, daß Deutschland an Rußland Krieg erklärt habe. In Erwiderung verkündigte letzterer Neutralität Italiens gemäß Geist und Buchstaben des Dreibundes. Eine königliche Verordnung wurde erlassen, die Ausfuhr von Getreide, Kaffee, Zucker, Pferden, Fleisch, Kleidungsstücken, Fahrzeugen, Motoren, Kohle, besonderen Metallen und Arzneien aus Italien verbietet. Näheres folgt.

(35484)

No. 503

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 261

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914

A. 9³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 123 vom 2. August¹⁾.

Denaby und Cadeby, Main Collieries Ltd., Eigentümer des britischen Dampfers „Winterton“ befürchten, daß Dampfer in Hamburg zurückgehalten wird. Bitte tun Sie mögliche Schritte, um seine sofortige Freilassung zu bewirken, falls zurückgehalten.

Vgl. No. 538

¹⁾ No. 456 b).

(35457)

No. 504

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel. ohne Nummer)

Kristiania, den 2. August 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹⁾. Norwegische Regierung bereitet Erlaß ähnlicher Neutralitätserklärung zum Krieg zwischen Rußland und Deutschland vor.

Sie hat zwecks Verteidigung der Neutralität Mobilmachung norwegischer Flotte, zweier Bataillone zur Verstärkung der Garnison von Bergen und eines Bataillons für Kristiania angeordnet.

(35454)

No. 505

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 264. *En clair*

Auswärtiges Amt, den 2. August 1914

A. 10³⁰ nachm.

Folgendes heute abend von deutschem Botschafter mitgeteilt:

„Heute früh haben 80 französische Offiziere in preußischer Uniform mit 12 Autos deutsche Grenze bei Walbeck westlich Geldern zu überschreiten versucht. Dies bedeutet denkbar schwerste Neutralitätsverletzung durch Frankreich.“

Vgl. No. 471, 541/42 und DD No. 677

(35459)

No. 506

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 119. *En clair*

Paris, den 2. August 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 11⁴⁵ nachm.

Belagerungszustand über Paris und Algier verhängt.
Kammer für morgen einberufen.

¹⁾ No. 475.

(35460)

No. 507

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 120

Paris, den 2. August 1914

A. 9⁴⁰ nachm.

E. 11⁵⁰ nachm.

Militärattaché meldet folgende Mitteilung vom französischen Kriegsministerium:

„Stellung französischer Grenzschutztruppen: Zweites Korps Montmédy bis Verdun; sechstes Verdun bis Toul mit vorgeschobener Linie Haudiomont, Vigneulles, Gironville; zwanzigstes vor Nancy in einem Halbkreis von Liverdun bis St. Nicolas-du Port; einundzwanzigstes zwischen Nancy und Epinal mit vorgeschobener Linie Blainville, Rambervillers, Bruyères; befestigte Linie zwischen Epinal und Belfort; eine Division des siebten Korps in der Umgegend von Ferette (westlich Basel). Franzosen halten Achtkilometerzone immer noch ein.

Stellung deutscher Truppen: allgemeine Linie längs der ganzen Grenze von Trier bis zur Schweiz; elftes Korps ungefähr 30 Meilen nordwestlich von Trier, achtes von Trier bis zur südlichen Grenze von Luxemburg, sechzehntes, siebtes und zweites bayrisches Korps von Diedenhofen bis südlich Metz, einundzwanzigstes von da bis Saarburg, fünfzehntes vom Donon bis Colmar, vierzehntes bei Freiburg, dreizehntes bei Waldshut, achtundzwanzigste Division des vierzehnten Korps nördlich Maring (*sic*)*. Kolonne des achten Korps rückt durch Luxemburg auf Arlon vor, eine andere Kolonne des achten Korps ist vor Longwy angekommen und wurde von den Franzosen mit weittragenden Geschützen beschossen. In der Gegend von Belfort drangen deutsche Jäger nördlich von Delle über die französische Grenze und zwei Mann der Patrouille fielen. Luxemburgische Regierung protestiert gegen Gebietsverletzung.“

(35579)

No. 508

Konsul Philip C. Sarell an Sir Edward Grey

(Auszug)

Britisches Konsulat, Dünkirchen, Frankreich, den 2. August 1914

E. 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß die allgemeine Mobilmachungsorder für die französische Flotte und das Landheer gestern, den 1. d. Mts., in Dünkirchen einging und von der gesamten Bevölkerung mit einer Entschlossenheit und einem Pflichteifer aufgenommen

* Entweder Markkirch oder St. Amarin dürfte gemeint gewesen sein.

wurde, die höchst eindrucksvoll waren. Ich hatte heute nachmittag Gelegenheit zu einem Besuch beim Gouverneur von Dünkirchen und hatte dort ein Gespräch mit einem Generalstabsoffizier, der gerade aus Paris eingetroffen war und erklärte, daß der gleiche Geist nationaler Hingabe allgemein in der Hauptstadt herrsche und daß selbst die Soldaten, die nach Plätzen wie Lunéville, Nancy und dem voraussichtlich unmittelbaren Kriegsschauplatz gingen, vom selben Geist der Selbstaufopferung und Entschlossenheit beseelt seien. Ich gestatte mir, diesen bemerkenswerten Ausbruch des Nationalgefühls in Frankreich im Hinblick auf die Befürchtungen hervorzuheben, die weit verbreitet waren und oft zum Ausdruck kamen, daß nämlich anarchistische und andere umstürzlerische Einflüsse den französischen Patriotismus untergraben hätten und sich im Kriegsfall wahrscheinlich als verhängnisvoll erweisen würden. Die Aussicht auf den Krieg hat aber im Gegenteil allem Anschein nach sämtliche Gesellschaftsschichten vereinigt, und das völlige Fehlen von Aufgeregtheit ist nicht weniger bemerkenswert als der Geist der Entschlossenheit, der sich offenbart¹⁾.

.

(35495)

No. 509

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 3. August

No. 308

Berlin, den 1. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich, hiermit einen Bericht zu überreichen, den ich von Oberst Hon. Alick Russell, Militärattaché Seiner Majestät Botschaft, über die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr für Deutschland erhalten habe.

Ich habe usw.

E. Goschen

Anlage zu No. 509

Hon. Alick Russell an Sir W. E. Goschen (Berlin)

Militärattaché. Deutschland. No. XX

Britische Botschaft, Berlin, den 31. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr.

Wie Euere Exzellenz in Ihrem heutigen Telegramm No. 111 berichtet haben, hat der Kaiser heute nachmittag den Zustand drohender

¹⁾ Der Bericht enthält weiterhin Auskünfte über britische Handelsschiffahrt.

Kriegsgefahr für das gesamte Reichsgebiet ausgenommen Bayern verkündet, wo indessen eine gleiche Verfügung ergangen ist.

Nach der heute abend mit dem Datum des 1. August 1914 veröffentlichten amtlichen Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind auf Grund dieser Erklärung die folgenden militärischen Maßnahmen zu treffen:

1. Alle an der Grenze und zum Schutze der Eisenbahn erforderlichen Maßnahmen.

2. Verkehrsbeschränkungen der Post, des Telegraphen, der Eisenbahn usw. zugunsten des militärischen Bedarfs.

Weitere Folgen des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr sind:

3. Erklärung des Kriegszustandes für das gesamte Reichsgebiet.

4. Verbot der Veröffentlichungen über Truppenbewegungen und Verteidigungsmittel. Der Kriegszustand ist gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen. Siehe Artikel 68 der Reichsverfassung*.

Nachdem der Kriegszustand heute nachmittag erklärt worden ist, wurden auch gewisse weitere Verordnungen erlassen über Ausfuhrverbot von Verpflegungsmitteln und bestimmten Waren und Gegenständen, über Verbot bezüglich Veröffentlichung von Nachrichten militärischen Interesses usw. usw.

Ich übersende unmittelbar an das Kriegsministerium zwei Exemplare des „Deutschen Reichsanzeigers“, die die weiteren hier erwähnten Verordnungen enthalten.

Ich habe usw.

Alick Russell, Oberstleutnant
Militärattaché

No. 510

Sir E. Goschen an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Britische Botschaft, Berlin
(Undatiert — 1. August 1914)

Mein lieber Nicolson,

Seitdem die Kriegsgefahr verkündet wurde, habe ich mit meinen Telegrammen große Schwierigkeiten gehabt. Sie werden beständig zurückgeschickt, obschon das kaiserl. A. A. auf meine Beschwerde hin Weisung gegeben hat, daß sie durchgelassen werden sollen. Aber trotz dieser Weisung werden sie von unwissenden Beamten des Tele-

* „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 1. August 1914, No. 178.

graphenantes immer noch mit der Begründung zurückgeschickt, daß sie vom k. A. A. abgestempelt sein müssen. Ich erwarte nicht, daß dies nochmals vorkommen wird — da ich so viele Entschuldigungen erhalten habe. Aber jedenfalls wird es gewiß Verzögerungen geben. Ich glaube keinen Augenblick, daß ich in bezug auf Belgien eine Antwort erhalten werde, aber es ist doch ziemlich bezeichnend, daß man versucht (siehe mein Telegramm darüber)¹⁾, einen Rechtsfall gegen Belgien zu konstruieren. Beide Parteien bemühen sich ständig, mir zu beweisen, was für Lügner die anderen sind und wie schlecht sie sich benehmen. Sie werden die deutsche Seite der Sache in der „Times“ lesen. Der Berichterstatte dieser Zeitung war der einzige, der seine Darstellung durchbrachte, und es drängt sich der Gedanke auf, daß ihm das erleichtert wurde, damit die britische öffentliche Meinung durch diese recht gefällige Schilderung beeinflusst werde. Selbstverständlich ist vieles daran wahr: daß nämlich (besonders zum Schlusse) Deutschland (einschl. des Kaisers) wirklich versucht hat, Wien zu bereden, die Besprechungen fortzusetzen und die Vorschläge Sir Edward Greys anzunehmen. Aber dabei ist auch etwas *louche* — wie Sverberf* mir versichert und Sasonow ihm in der Tat telegraphiert hat —, daß kein Telegramm mit der Mitteilung, der Kaiser habe eingewilligt, in Wien zu vermitteln — den Zaren je erreicht hat! Daß der Kaiser und Co. auf Wien eingewirkt haben, ist sicher wahr — und die deutsche Sache läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß, während der Deutsche Kaiser der Bitte des Zaren entsprechend auf Wien eingewirkt hat — Rußland mobilisierte — oder vielmehr die Mobilmachung verfügte. Ich habe gestern abend mein äußerstes getan, um Jagow zu überreden²⁾, ungeachtet aller Mobilmachungen und Ultimaten in seinen Bemühungen nicht nachzulassen, eine der größten Katastrophen — ja die größte der Neuzeit — abzuwenden und in der von S. M. Reg. gewiesenen Richtung tätig zu sein. Er verhielt sich sympathisch dazu, aber anscheinend stand es bei ihm unbedingt fest, daß nichts mehr zu machen sei, ehe Rußland nicht erkläre, daß es demobilisieren würde. Das letzte, was ich *höre*, ist, Rußland habe der kaiserlichen Regierung mitgeteilt, dem Zaren sei nicht gesagt worden, daß der Kaiser auf Wien einwirke — und Rußland habe eine weitere Frist von drei Stunden verlangt, um die deutsche Forderung zu erwägen. Sicher ist, daß der Kaiser bis zu dem Augenblick, da ich dies niederschreibe, noch keinen Mobilmachungsbefehl erlassen hat. Oh, wieviel leichter läge doch der Fall, wenn die Ereignisse von 1909 nicht gewesen wären! Was ich oben von den drei Extrastunden geschrieben habe, ist nur ein Gerücht. Ein hervorragender deutscher Finanzmann sagte zu einem Mitglied der fran-

¹⁾ No. 383.

²⁾ No. 385.

* Richtig Swerbejew.

zösischen Botschaft, daß, wenn England in den Krieg hineingezogen würde und er bloß zwei Monate dauerte — Deutschland nachgeben oder verhungern müsse. Dies wurde mir natürlich getreulich hinterbracht. Aber ich glaube nicht, daß man hier in amtlichen Kreisen *große* Hoffnung hegt, wir würden ganz draußen bleiben können. Ich sehe, die Deutschen haben den Franzosen eine Frist von 18 Stunden für eine Erklärung eingeräumt, ob sie neutral bleiben wollen oder nicht, und ich sehe, der französische Außenminister will Schoen, wenn er sich die Antwort holt, sagen, daß die Absichten der französischen Regierung nur ihre Verbündeten angehen. Es herrscht ungeheure Begeisterung auf den Straßen — und beträchtliche Niedergeschlagenheit im Auswärtigen Amt; Zimmermann sagte gestern zu Cambon: „Dies ist der tragischste Tag seit 40 Jahren — und das gerade, als wir dachten, daß sich unsere gesamten Beziehungen zu bessern begannen.“ Jagow erzählte mir, der Kaiser sei furchtbar niedergeschlagen und sage, daß es mit seinem Ruf als „Friedenskaiser“ vorbei sei. Cambon erzählte mir heute etwas Interessantes: beim Verbrennen seiner Papiere fand er die Aufzeichnung eines Gesprächs mit Professor Schiemann, in dem dieser äußerte: „Wir wünschen den Frieden, *wenn* wir aber einen Krieg mit Euch wollen, könnten wir ihn immer hervorrufen, indem wir Österreich zu einem Angriff gegen Serbien aufstacheln: Rußland wäre genötigt, ihm zu Hilfe zu kommen und Ihr würdet sicher — und England wahrscheinlich — hineingezogen werden.“ Dies Gespräch hat vor zwei Jahren stattgefunden! Ich muß jetzt aufhören, um zu Jagow zu gehen. Es ist noch etwas Zeit und ich werde den Brief daher offen lassen.

Ich bin soeben im Auswärtigen Amt gewesen. Jagow war nicht da, aber ich sah Zimmermann. Er sagte mir gleichfalls, es sei unmöglich, auf den allerletzten Vorschlag Sir Edward Greys einen Bescheid zu geben, ehe man die Antwort Rußlands erhalten habe¹⁾. Sie sei noch nicht eingegangen — aber er erwähnte nichts davon, daß Rußland eine Fristverlängerung verlangt habe. Er bemerkte nur, daß er noch keine Antwort erwartet habe, da die zwölf Stunden erst von der Überreichung des Ultimatums an zählten. Er war über die ganze Sache sehr aufgebracht und erregt — bedauerte, daß Deutschland, Frankreich „und vielleicht England“ hineingezogen worden seien — von denen keines auch nur im geringsten den Krieg wolle — und sagte, das käme von diesem verd..... Bündnissystem, das der Fluch der neuen Zeit wäre“. Ich sprach mit ihm über Belgien und er meinte auch, es sei unmöglich, eine kategorische Antwort zu geben. Er könne nur sagen, daß Deutschland sein Bestes tun werde, um seine Verletzung zu vermeiden. „Aber“, fügte er hinzu, „es ist nicht klar, ob Belgien nicht schon einen Neutralitätsbruch begangen hat, indem es

¹⁾ Wahrscheinlich No. 411.

für Deutschland bestimmtes Getreide zurückhielt.“ Er betonte dann die Schlechtigkeit Rußlands, zu mobilisieren, während der Kaiser sich bemühte, in Wien zu vermitteln. Ich fragte ihn, ob es 1) ganz sicher sei, daß Rußland seine gesamten Land- und Seestreitkräfte mobilisiere, und 2) ob es sicher sei, daß der Zar von den Bemühungen des Kaisers in Kenntnis gesetzt wurde, da ich dies habe bestreiten hören.

Zu 1) sagte er: wir haben es von Pourtalès, von unserem Militärbevollmächtigten, aus *Stockholm* und schließlich von Sasonow selbst gehört. Zu 2) sagte er: es besteht unmöglich ein Zweifel, daß der Zar sowohl vom Kaiser selbst als auch von Pourtalès verständigt wurde. „In der Tat“, bemerkte er, „hat der Zar dem Kaiser auf dessen Botschaft, daß er auf Wien einwirke, telegraphisch geantwortet.“ Wem soll man da glauben?

Ich habe soeben auch den Grafen Szögyeni* besucht — und während ich bei ihm war, kam einer seiner Sekretäre herein, um zu melden, daß die allgemeine Mobilmachung verfügt worden sei und heute nacht beginne: doch es stellte sich heraus, daß es bloß ein Gerücht war — ich muß deshalb eine Bestätigung abwarten, ehe ich telegraphiere. Aber ich erwarte jeden Augenblick ein Extrablatt erscheinen zu sehen. Es ist alles ganz schrecklich! Meine gesamte Dienerschaft wird wohl gehen müssen und mir nur mein englischer Kammerdiener und mein Schweizer *aide-cuisinier* verbleiben.

Hoffentlich sind Sie nicht so müde wie ich.

Stets Ihr

W. E. Goschen

(35461)

No. 511

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 17. Streng vertraulich Stockholm, den 2. August 1914

A. 2. August 7²⁵ nachm.

E. 3. August 12¹⁵ vorm.

Ich fragte Außenminister heute, ob er mir jetzt kategorische Zusicherungen bezüglich Neutralität geben könne. Seine Exzellenz antwortete, Schweden sei entschlossen, Neutralität solange als möglich aufrechtzuerhalten. Auf meine Frage, ob es Lagen gäbe, in denen Schweden Neutralität vielleicht aufgeben würde, entgegnete er, er befürchte sehr, daß, falls Großbritannien mit Rußland ginge, Schweden sich genötigt sähe, andere Partei zu ergreifen. Wenn Schweden in Lage versetzt würde, sich für eine Seite entscheiden zu müssen, würde

* In den österreichischen Akten Szögyény geschrieben. Ferner sei bemerkt, daß E. Goschen beidemal oben Pourtales statt Pourtalès schrieb.

Regierung durch öffentliche Meinung gezwungen werden, gegen Rußland zu marschieren. Ich versicherte Seiner Exzellenz, daß Großbritannien jedenfalls schwedische Neutralität nicht verletzen würde, und fragte, ob Schweden sich wehren würde, falls Deutschland es täte. Er wiederholte bloß, er befürchte, daß, wenn England am Kriege teilnehme, Schweden dasselbe tun müsse. Hier gingen Gerüchte um, Deutschland habe Druck auf Schweden ausgeübt, sich ihm anzuschließen. Wenn Schweden glaubt, zwischen englischer oder Besetzung eines Hafens* wählen zu müssen, wird es letzteres wählen. Es wäre meines Erachtens nützlich, wenn ich Erlaß mit kategorischen Zusicherungen an Schweden erhalten könnte, daß wir keine derartige Absicht haben.

(Gleichlautend nach St. Petersburg)

Siehe No. 570

(35465)

No. 512

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 148

Wien, den 2. August 1914

A. 2. August 7³⁰ nachm.

E. 3. August 1⁴⁵ vorm.

Der Krieg. Da russischer Botschafter keine Mitteilung erhalten, daß Österreich im Kriegszustand mit Rußland ist, befindet sich Seine Exzellenz 7³⁰ nachm. noch hier.

(35475)

No. 513

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 467

Konstantinopel, den 2. August 1914

A. 2. August 5²⁸ nachm.

E. 3. August 5⁴⁵ vorm.

Folgendes vom Konsul an Dardanellen heute erhalten.

„Ich höre, daß Minenleger mit 50 Minen bereit liegt und daß Minendepotschiff vielleicht heute nacht nach dem Bosphorus fährt.

Ich erwarte Bestätigung, ehe ich Marine-Nachrichtenoffizier unterrichte.“

* So nach dem Original.

(35476)

No. 514

Ultimatum Deutschlands an Belgien
(Sondertelegramm der Exchange Telegraph Company)

Brüssel, den 3. August 1914

Die belgische Regierung hat von Deutschland ein Ultimatum erhalten, das eine *entente* anbietet, falls Belgien gewillt ist, die deutschen Truppenbewegungen zu erleichtern.

Das Kabinett hält jetzt eine Sitzung ab, um die Antwort zu beraten, die um sieben Uhr heute morgen erteilt werden mußte.

Die deutschen Truppen operieren nördlich von Lüttich in Belgien.

(35796)

No. 515

Mitteilung des belgischen Gesandten (3. August)

Bruxelles, le 3 août 1914

Allemagne a remis hier soir, 7 heures, note proposant neutralité amicale comportant passage libre par notre territoire, promettant maintien indépendance royaume et possession à la conclusion de la paix, menaçant, en cas de refus, traitement comme ennemi. Délai réponse fixée douze heures. Nous avons répondu atteinte à neutralité serait violation flagrante droit des gens; acceptation proposition sacrifierait honneur nation, consciente de son devoir. Belgique fermement décidée repousser agression par tous les moyens possibles.

Davignon

Vgl. BG No. 23

(35482)

No. 516

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 469

Konstantinopel, den 2. August 1914

A. 2. August 9³⁰ nachm.

E. 3. August 8⁵⁰ vorm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ¹⁾.

Großwesir sagte französischem Botschafter heute morgen, daß Türkei beabsichtige, ihre Neutralität zu proklamieren. Sollte dies der

¹⁾ No. 522.

Fall sein, dann erscheinen das Zurückbehalten der deutschen Mission und die Mobilmachung sowohl unklug als unnötig. Russischer Botschafter erklärt, seine Regierung habe allen Grund, mit Türkei auf gutem Fuß zu bleiben, und habe nicht die Absicht, die Frage der Meerengen aufzuwerfen. Es wäre zwecklos, die Flotte aus dem Schwarzen Meer zu verlegen, selbst wenn die Türkei die Durchfahrt erlauben würde.

(35483)

No. 517

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 470

Konstantinopel, den 2. August 1914

A. 2. August 11⁵⁰ nachm.

E. 3. August 8⁵⁰ vorm.

Parlament wurde heute nachmittag auf unbestimmte Zeit vertagt und durch einstweiliges Gesetz Moratorium verkündet. Allgemeine Mobilmachung ist verfügt.

Das Gerücht geht, daß von morgen an Zoll um weitere 4% erhöht und Ausländern Temettü-Steuer auferlegt wird.

(35479)

No. 518

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 130

Berlin, den 2. August 1914

A. 2. August 7³⁰ nachm.

E. 3. August 9⁴⁰ vorm.

Vizekonsul in Bremerhaven meldet deutsche Küste an folgenden Stellen mit Minen gesperrt: Borkum, Weser-, Jahde- und Elbemündungen, Cuxhaven und um Helgoland. Feuerschiffe an deutscher Nordseeküste sind eingebracht worden. Beträchtliche Anzahl Torpedofahrzeuge in Geestemünde. 30 Fischereidampfer von Geestemünde, je mit zwei Scheinwerfern ausgerüstet, zum Minenlegen requiriert.

Schwarz gemalter Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ verließ heute morgen mit Truppen und Marinereservisten Bremerhaven mit Ziel Wilhelmshaven.

Marineattaché erfährt, daß deutsches Reichsmarineamt Freiwillige, Flieger, sowie freiwillige Sanitätsoffiziere und Personal einstellt. Geld- und Sachspenden zur Behandlung Verwundeter werden auch öffentlich gesammelt.

(35519)

No. 519

*Der deutsche Staatssekretär an die deutsche Botschaft
(London)*

(Tel.)

Den 3. August 1914 9²⁹ vorm.

In London 8⁴⁰ eingegangen.

Im Auswärtigen Amt 9⁵¹ vorm. erhalten.

Alle französischen Nachrichten betreffs Überschreitungen französischer Grenze durch deutsche Truppen völlig erfunden.

*Siehe DD No. 713. Dies „en clair“ gesandte Telegramm wurde
dem Auswärtigen Amt durch das Telegraphenamt übermittelt
Vgl. No. 529*

(35512)

No. 520

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 12

Brüssel, den 3. August 1914

A. 10⁶ vorm.

E. 10⁵⁰ vorm.

Oberst Fairholme, der gestern unter Schwierigkeiten von Marienbad hier ankam, bemerkte auf Eisenbahn zwischen Köln und Herbesthal keine Truppen und nur geringe militärische Tätigkeit. Tunnels und Brücken von Leuten in Zivil mit Armbinden und Gewehren bewacht.

Eisenbahnverbindung zwischen Herbesthal und Welkenraedt unterbrochen, belgisches rollendes Material von dort zurückgezogen.

(35497)

No. 521

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 11

Brüssel, den 3. August 1914

A. 9³¹ vorm.

E. 10⁵⁵ vorm.

Französischer Gesandter berichtet, daß starke deutsche Kräfte in Sittard, Trois Ponts und längs der Grenze, zum Einbruch in Belgien bereit, aufmarschiert stehen.

Gestern abend 7³⁰ übergab deutscher Gesandter Ultimatum an Belgien mit Frage, ob es gewillt sei, Haltung wohlwollender Neutralität gegen deutsche militärische Operationen in Belgien einzunehmen.

Belgien hat kategorisch abgelehnt. Deutscher Gesandter wird Belgien wahrscheinlich sofort verlassen. Französischer Militärattaché erklärt, Frankreich habe fünf Armeekorps zum Einmarsch in Belgien bereit, um deutschem Vormarsch Widerstand zu leisten, werde dies aber erst tun, wenn Belgien Erlaubnis erteilt.

Zwischen 2 und 4 heute morgen wurden über Brüssel Lichter von drei, wahrscheinlich lenkbaren Luftschiffen beobachtet.

(35517)

No. 522

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 468

Konstantinopel, den 3. August 1914

A. 9³⁰ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Innerhalb der letzten achtundvierzig Stunden wurden gewisse Rekrutenjahrgänge einberufen. Jahrgänge je nach Bezirk verschieden, aber allgemeiner Zweck ist, Bataillonsstärke bei ersten zehn Armeekorps auf 600 Mann zu erhöhen.

Heute verlautet aus guter Quelle, daß Befehl zu sofortiger allgemeiner Mobilmachung ergehen wird. Eine Versammlung deutscher Militärmission fand vergangene Nacht statt, wobei beschlossen wurde, daß Mitglieder der Mission in der Türkei bleiben und daß die im Instruktionsdienst verwendeten Offiziere hinfort aktive Posten in der Feldarmee bekleiden sollen. Ich glaube, Bemühungen sind im Gang, um Türkei auf Seite des Dreibundes zu ziehen; Kriegsminister und Mehrheit der Offiziere neigen dem zu.“

Vgl. No. 589

(35522)

No. 523

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Antwerpen, den 3. August 1914

A. 11²⁵ vorm.

E. 12³⁰ nachm.

Habe zuverlässige Nachricht erhalten, daß Vorhut deutscher Truppen belgische Grenze überschritt und ohne Widerstand Tongres besetzte. Holländisches Gebiet gleichfalls verletzt.

(35529)

No. 524

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 19

Antwerpen, den 3. August 1914

A. 11³¹ vorm.

E. 12³⁰ nachm.

Bürgermeister unterrichtet mich, daß Belagerungszustand über Antwerpen verhängt wurde.

Vgl. No. 602

(35497)

No. 525

Sir Edward Grey an Sir F. Villiers

(Tel.) No. 10

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

A. 12⁴⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 11 vom 3. August¹⁾.

Bitte stellen Sie direkt durch belgische Regierung fest, was vorgefallen und lassen Sie mich sobald als möglich alles ausführlich wissen, was sich zwischen belgischer Regierung und Deutschland zgetragen hat.

Vgl. No. 561

No. 526

Sir Edward Grey an Herrn des Graz (Nisch)

(Tel.) No. 38

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

A. 1⁰ nachm.

(Wiederholen Sie Sir M. de Bunsens Telegramm 149²⁾ und setzen Sie hinzu): Herrn Crackanthorpe's Telegramm No. 79 vom 1. August³⁾.

Zug für britische Kolonie in Belgrad.

Verständigen Sie sich bitte unverzüglich mit serbischen Behörden unter Meldung hierher.

¹⁾ No. 521.

²⁾ No. 528.

³⁾ No. 435.

(35544)

No. 527

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 27.

Haag, den 3. August 1914

A. 10⁴ vorm.

E. 1¹⁰ nachm.

Flügeladjutant der Königin erzählte mir gestern abend, daß Nachricht über deutschen Vormarsch südlich Wesel eingegangen sei. Gerüchte hier verbreitet, daß im Großherzogtum Luxemburg einhunderttausend Mann an französischer Grenze stehen; daß sie französische Grenze bei Longwy überschritten haben und von Franzosen zurückgeworfen wurden, und daß sie auch Grenze Richtung Cirey etwa 40 Meilen westlich Straßburg überschritten haben. Da telegraphische Verbindung mit Deutschland und Luxemburg unterbrochen, ist Bestätigung schwer zu erhalten.

Strenge Zensur hier bezüglich Truppenbewegungen, und Presse übereingekommen, nichts darüber zu veröffentlichen; doch höre ich aus guter Quelle, daß alle verfügbaren Truppen nach Provinz Limburg dirigiert werden.

(35466)

No. 528

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 149

Wien, den 2. August 1914

A. 2. August 8⁵ nachm.

E. 3. August 1⁴⁰ nachm. (*sic*)¹⁾

Ihr Telegramm No. 202 vom 2. August²⁾.

Außenminister teilt mir mit, daß österreichische Militärbehörden bereit sind, Oberkommandierendem die nötigen Instruktionen zu geben, sobald ich Tag und Stunde angeben kann, wann ein Zug unter weißer Flagge Belgrad verlassen wird, um Mitglieder der britischen Kolonie nach Nisch zu bringen.

(35519)

No. 529

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 309

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

A. 1⁴⁵ nachm.

Deutscher Außenminister telegraphiert heute an hiesigen deutschen Botschafter, daß alle französischen Nachrichten betreffs Überschrei-

¹⁾ 1⁴⁰ nachm. im Original. Es sollte wahrscheinlich 1⁴⁰ vorm. heißen — siehe No. 526.

²⁾ No. 463.

tungen französischer Grenze durch deutsche Truppen völlig erfunden sind.

Vgl. No. 519 und 613

(35674)

No. 530

Der dänische Gesandte an Sir Edward Grey

Dänische Gesandtschaft, London, den 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich im Auftrag meiner Regierung bekanntzugeben, daß die königliche Regierung es in Anbetracht der beunruhigenden internationalen Lage für richtig erachtet hat, als Vorsichtsmaßnahme 18 000 Mann zur Auffüllung des Friedensstandes der Armee nach den verschiedenen Standorten einzuberufen.

Ich möchte hinzufügen, daß in meiner Note vom 1. d. Mts.¹⁾ irrtümlicherweise erklärt wurde, es seien 27 000 Mann für die Marine und die Küstenbefestigungen einberufen worden: bis jetzt wurden für die letztgenannten Zwecke nur 2700 Mann einberufen.

Ich habe die Ehre usw.

H. Grevenkop Castenskiold

(35672)

No. 531

Mitteilung der deutschen Botschaft

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

Herr von Wesendonk von der deutschen Botschaft sprach vor, um im Auftrag der deutschen Regierung die vom Fürsten Lichnowsky heute morgen abgegebene Versicherung zu bestätigen, daß Deutschland die Nordküste Frankreichs in keiner Weise bedrohen werde, solange England neutral bleibt.

Er sagte ferner, sie hätten ein Telegramm aus Berlin erhalten, das die heute morgen gemachten Angaben über die Verletzung der deutschen Grenze durch Frankreich bestätige.

Die französischen Nachrichten, deutsche Truppen hätten die französische Grenze überschritten, seien völlig erfunden.

Französische Abteilungen seien gestern westlich Colmar über die deutsche Grenze gerückt. Die französischen Truppen hätten zuerst geschossen. Auf die Kaiserbrücke in Mainz seien Bomben aus französischen Luftschiffen abgeworfen worden; auch habe man französische Luftschiffe in anderen Teilen Deutschlands gesichtet.

W. H. Selby

¹⁾ No. 376.

Mitteilung der russischen Botschaft (3. August)

*Télégramme de M. Sazonoff aux Ambassadeurs de Russie
à Londres et à Paris du 20 juillet/2 août 1914*

L'Allemagne s'efforce de rejeter aux yeux du monde sur la Russie la responsabilité pour la rupture. La mobilisation générale en Russie a été provoquée uniquement en vue de la responsabilité formidable qu'aurait assumée le Gouvernement russe, s'il n'avait pas pris toutes les mesures de précaution devenues absolument nécessaires pour sa sécurité au moment où le bombardement de Belgrade affectait le valeur des négociations avec l'Autriche. C'est alors seulement que la mobilisation générale a été décidée.

Pourtant l'Empereur de Russie avait engagé sa parole envers l'Empereur d'Allemagne que la Russie n'entreprendrait aucune mesure de provocation tant que dureraient les négociations avec l'Autriche. Après une pareille garantie, ajoutée à toutes les preuves que la Russie avait déjà données de ses intentions pacifiques, l'Allemagne n'avait plus le droit et ne pouvait plus douter de la sincérité de notre assurance que nous accepterions avec empressement toute solution pacifique compatible avec l'indépendance du Royaume de Serbie.

Toute autre solution était inacceptable pour la Russie et portait atteinte à sa dignité. La mobilisation générale était une mesure suprême, mais une mesure de précaution. L'Allemagne y a répondu par un ultimatum imposant sa volonté. L'Allemagne dictait sa loi, ce qui affectait l'équilibre européen. Dès lors le conflit prenait caractère de conflit européen dont l'importance dépassait incommensurablement celle du motif spécial qui l'avait fait surgir.

Anmerkung. Dies Schriftstück wurde in R No. 78 und ebenso in R II veröffentlicht. Die drei Fassungen, von denen keine zwei völlig miteinander übereinstimmen, weisen verschiedene Abweichungen auf. Der obige Wortlaut ist eine genaue Wiedergabe der Maschinenschrift, die Herr von Etter zurückgelassen hat.

Mitteilung des amerikanischen Botschafters (3. Aug. 1914)

Herr Page suchte mich auf, um eine Frage zu stellen, die er, wie er meinte, eigentlich selbst beantworten könne — aber er möchte meine Ansicht hören. Die Frage sei, ob es irgendwie von Nutzen wäre, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten irgendeiner Seite ihre guten Dienste anbieten würde.

Ich sprach ihm meine Befürchtung aus, daß solch ein Anerbieten in diesem Augenblick, wo in ganz Europa Armeen offen feindselig gegeneinander aufmarschierten, nicht in Betracht gezogen würde. Herr Page erwiderte, er stimme dem ganz bei und fürchte, daß seine Frage töricht erscheinen möchte. Ich bemerkte, das Anerbieten könne möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt mit Aussicht auf Erfolg vorgebracht werden.

Er erzählte mir einen eigentümlichen Vorfall. Er hatte gehört, daß seine Regierung von Österreich angegangen worden sei, sich der österreichischen Interessen anzunehmen, falls die diplomatischen Beziehungen abgebrochen würden: und zufällig hatte er vernommen, London sei als möglicher Ort genannt worden, wo sich dieser Schritt vielleicht als notwendig erweisen würde. Er dachte, er könne Belgrave Square 18 auf diskrete Weise ausforschen lassen, und schickte einen seiner Sekretäre hin, um einen österreichischen Sekretär so nebenbei zu befragen. Graf Mensdorff hörte von dem Besuch und kam herein und sagte, er werde möglicherweise um die guten Dienste der amerikanischen Botschaft nachsuchen müssen, und besprach Einzelheiten. Offenbar erwartet man dort einen Bruch.

A. N.

(35865)

No. 534

Aufzeichnung von Sir Wm. Tyrrell

Sir E. Grey wünscht zu wissen, ob die augenblickliche Lage die Japaner gemäß dem Abkommen von 1911 in irgendeiner Weise berührt und ob wir uns wegen irgend etwas an sie zu wenden haben.

Das Einzige, wodurch die Japaner hereingebracht werden könnten, wäre, wenn die Feindseligkeiten sich auf den *fernen Osten* ausdehnten, z. B. durch einen deutschen Angriff auf Hong-kong, oder wenn ein Aufstand in *Indien* ausbrechen sollte.

Es scheint kein Grund vorzuliegen, etwas über Indien zu sagen; dagegen möchte es gut sein, die japanische Regierung wissen zu lassen, daß im Falle eines Krieges mit Deutschland die Möglichkeit eines Angriffs auf Hong-kong oder Wei-hai-wei bestehen dürfte und wir dann ihre Unterstützung erwarten würden.

Die Japaner sind sich ohne Zweifel dieser Möglichkeit durchaus bewußt, doch sollten wir uns vielleicht gemäß Artikel 1 des Abkommens mit ihnen in Verbindung setzen.

3. 8. 14

W. T.

Vermerk

Tun Sie das telegraphisch ohne weitere Besprechung mit mir ¹⁾. — E. G.

¹⁾ Siehe No. 549, 637.

(35582)

No. 535

Mitteilung des Kriegsministeriums (3. August 1914)

Via Deutschland
Etienne Wien

Deutsche Hochseeflotte soll den Kaiser-Wilhelm-Kanal in westlicher Richtung passiert haben. Ein französisches Geschwader passierte gestern Gibraltar in östlicher Fahrt. Nach halbamtlichen französischen Quellen haben deutsche Truppen die französische Grenze an vier Stellen überschritten: 1. in der Gegend des französischen Forts Manonoillez (*sic.* ? Manonviller) bei Lunéville, von wo sie Cirey-les-forges erreichten; 2. bei Longwy an der belgischen Grenze; 3. überschritten deutsche Truppen Grenze aus Richtung Mülhausen, erreichten Delle-Petit Croix und feuerten auf französische Zollwachen; 4. wurden zwei deutsche auf Patrouille geschickte Kavallerieoffiziere 10 km innerhalb französischen Gebiets durch französische Truppen getötet.

(35557)

No. 536

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 124

Paris, den 3. August 1914

A. 1¹⁵ nachm.

E. 1⁵⁵ nachm.

Ihr gestriges Telegramm No. 306¹⁾.

Französisches Außenministerium ist sich vertraulichen Charakters der Herrn Cambon gegebenen Zusicherung vollkommen bewußt. Gestern abend versammeltes Kabinett wurde nicht einmal davon unterrichtet, da Präsident der Republik absolute Geheimhaltung für ratsam hielt. Politischer Direktor erklärt, daß die Kammern morgen statt heute zusammentreten werden, um Herrn Asquith „priorité de parole“ zu gewähren.

Vermerke

Herr de Fleuriau kam heute, um mitzuteilen, daß Herr von Kühlmann in der heutigen „Westminster Gazette“ eine Erklärung veröffentlicht hat, aus deren Text ganz klar hervorzugehen scheine, daß er bei ihrer Niederschrift den Inhalt, wenn nicht den Wortlaut dieser geheimen Mitteilung Sir Edward Greys an Herrn Cambon vor sich hatte²⁾.

Herr de Fleuriau sagte, er beschwere sich nicht, glaube aber, daß, wenn seine Regierung diese Information gestern hätte verwerten können, sie in der

¹⁾ No. 495.

²⁾ No. 487.

Lage gewesen wäre, einen höchst erwünschten Eindruck auf die französische öffentliche Meinung zu machen; sie enthalte sich peinlich jeder Indiskretion, aber gerade deswegen wirke die jetzige Enthüllung der „Westminster Gazette“ recht bedauerlich.

Ich sagte ihm, daß ich gar nichts von der Sache wisse. Leider konnte ich die Nummer der Zeitung gerade nicht erhalten. — E. A. C. 3. August.

Ich habe die „Westminster Gazette“ nicht gesehen — aber wie ist Herr v. K. zu seiner Information gekommen? — A. N.

Sie ergab sich aus Bemerkungen des Ministerpräsidenten zu Fürst Lichnowsky. — E. G.

(35621)

No. 537

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 125. *En clair*

Paris, den 3. August 1914

E. 3. August

Viviani hat Außenministerium an Doumergue übergeben; er bleibt Ministerpräsident ohne Portefeuille. Marineminister ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Augagneur tritt an seine Stelle und erhält Sarraut als Nachfolger im Unterrichtsministerium.

(35585)

No. 538

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 263. *En clair*

Berlin, den 3. August 1914

A. 1⁵⁵ nachm.

E. 2⁵¹ nachm.

Ihre Telegramme vom 2. August¹⁾: Zurückhaltung britischer Schiffe in Hamburg. Keine Auskunft zu bekommen.

Im BB No. 150 veröffentlicht

¹⁾ No. 503.

Die deutsche Botschaft an Sir Wm. Tyrrell
(Auswärtiges Amt)

Erhalten 3. August

London, den 3. August 1914

Verehrter Sir William,

Ich erlaube mir, Ihnen hiermit die Übersetzung zweier Telegramme zu überreichen, die ich das Vergnügen hatte, Ihnen heute vormittag vorzulesen.

Ihr hochachtungsvoll ergebener
Wesendonk

Anlagen zu No. 539

1)

Deutsche Botschaft, London, den 2. August 1914 (*sic*)¹⁾.

Nach absolut zuverlässigen Meldungen hat sich Frankreich heute gegen uns folgende Übergriffe erlaubt:

1. Eine französische Kavalleriepatrouille hat heute morgen die Grenze bei Altmünsterol im Elsaß überschritten.
2. Ein französischer Fliegeroffizier ist über deutschem Gebiet aus der Luft geschossen worden.
3. Zwei Franzosen haben versucht, den Cochemer Tunnel an der Moselbahn zu sprengen und sind dabei erschossen worden.
4. Französische Infanterie hat im Elsaß Grenze überschritten und geschossen.

Diese Vorgänge sind passiert, obwohl der französische Ministerpräsident dem kaiserlichen Botschafter in Paris offiziell erklärt hatte, daß die Mobilisierung der französischen Armee keinerlei aggressiven Charakter gegen Deutschland habe, und daß für die französischen Truppen die Respektierung einer 10-Kilometer-Grenze gegen Deutschland zur Pflicht gemacht sei.

Bitte das britischer Regierung mitzuteilen, die gewiß verstehen wird, in welch gefährvolle Lage Deutschland durch diese wider Treu und Glauben erfolgenden Provokationen gebracht und zu welch ernsten Beschlüssen es gedrängt wurde.

¹⁾ Das Telegramm wurde jedoch erst am 3. August 12²⁵ vorm. in Berlin aufgegeben: (siehe DD No. 693).

Großbritannien wird ohne Zweifel anerkennen, daß Deutschland, nachdem es den Friedensgedanken bis an die äußerste Grenze des Möglichen vertreten hat, durch seine Gegner in die Rolle eines Provozierten gedrängt wurde, der, um seine Existenz zu wahren, zu den Waffen greifen mußte*.

2)

Deutsche Botschaft (ohne Datum)¹⁾

Rußland hat während der schwebenden Vermittlungsverhandlungen seine gesamte Wehrmacht mobilisiert, ohne uns dies amtlich mitzuteilen und ohne hinzuzufügen, daß diese Maßregel nicht gegen uns gerichtet sei, obwohl wir vorher freundschaftlich, aber höchst ernst darauf hingewiesen hatten, daß eine Mobilisation gegen uns ernste Gegenmaßnahmen erzwingen würde, und obwohl Rußland wiederholt feierlichst erklärt hatte, es beabsichtige nichts gegen uns.

Erst am Nachmittage des ersten russischen Mobilmachungstages telegraphierte der Zar Seiner Majestät, daß er persönlich die Unterlassung jeder feindlichen Handlung gegen uns verbürge. Der Widerspruch zwischen den nicht anzuzweifelnden Erklärungen des Zaren und den Handlungen seiner Regierung waren im ganzen Verlauf der Krisis so offenkundig und die Haltung der Regierung war trotz entgegenstehender Versicherungen faktisch so unfreundlich, daß wir uns trotz der Versicherung des Zaren durch die Gesamtmobilmachung schwer provoziert fühlen mußten. Dies scheint in der deutschfreundlichen Umgebung des Zaren voll anerkannt worden zu sein.

Die Empörung unserer öffentlichen Meinung über die russische Mobilmachung ist so groß, daß die Ablehnung der geforderten Demobilisierung als ein feindlicher, den Kriegszustand begründender Akt konstatiert werden mußte, wenn Deutschland nicht seine nationale Ehre preisgeben wollte.

Übrigens ist die Tatsache, daß russische Soldaten bereits vor Abgabe unserer letzten Erklärung an der Grenze auf unsere Soldaten geschossen haben, ein Beweis, daß die sogenannte friedliche Mobilmachung ein unhaltbarer Zustand ist**.

Diese Telegramme wurden in englischer Sprache mitgeteilt

¹⁾ Am 3. August 12⁵⁵ vorm. in Berlin aufgegeben (siehe DD No. 696).

* Diese Mitteilung der deutschen Botschaft weist einige unwesentliche Änderungen im Vergleich zu DD No. 693 auf.

** Diese Mitteilung weist ebenfalls einige unwesentliche stilistische Änderungen im Vergleich zu DD No. 696 auf.

(35520)

No. 540

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 310. *En clair* Auswärtiges Amt, den 3. August 1914
A. 3^o nachm.

Deutsche Regierung teilte Seiner Majestät Regierung am 2. August mit, daß: 1. eine französische Kavalleriepatrouille an diesem Morgen Grenze bei Altmünsterol im Elsaß überschritten habe; 2. ein französischer Flieger beim Überfliegen deutschen Gebiets heruntergeschossen worden sei; 3. zwei Franzosen beim Versuch, den Cochemer Tunnel an der Moselbahn zu sprengen, erschossen worden seien; 4. französische Infanterie die elsässische Grenze überschritten und Feuer eröffnet habe.

Siehe No. 539 und 609

(35587)

No. 541

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Paris, den 3. August 1914

A. 11⁴⁰ vorm.

E. 3⁰ nachm.

Ihr gestriges Telegramm¹⁾ betrifft angeblichen Neutralitätsbruches durch französische Offiziere.

Französische Regierung stellt von deutschem Botschafter abgegebene Erklärung kategorisch in Abrede. Politischer Direktor sagte weiter, daß bis gestern nachmittag kein französischer Soldat näher als 8 Kilometer an Grenze in ihrer ganzen Länge war. Angesichts deutscher Einfälle ist es jetzt unmöglich geworden, diese Entfernung von der Grenze einzuhalten.

Politischer Direktor behauptete, diese Meldung sei eine überlegte Erfindung der deutschen Regierung, um britische öffentliche Meinung am Vorabend kommender Unterhauserklärung zu beeinflussen. Politischer Direktor erklärte, deutsche Regierung habe an die luxemburgische Regierung eine diplomatische Note des Inhalts gerichtet, deutsches Heer marschiere in Luxemburg ein, da sie zuverlässige Nachrichten habe, daß eine starke französische Armee im Begriffe sei, einen Angriff durch Luxemburg zu machen. Diese Behauptung sei ganz unwahr und ein weiteres Beispiel dafür, daß in Berlin im voraus falsche Darstellungen fabriziert worden seien.

1) No. 505.

Vermerk

Herr Thierry telephonierte im Namen des französischen Botschafters, Seine Exzellenz habe ein Telegramm aus Paris mit der Weisung erhalten, zu erklären, daß die Geschichte von den 80 französischen Offizieren, die in deutscher Uniform die Grenze überschritten, völlig unwahr ist. — H. M. 3. August 1914.

(35587)

No. 542

Sir Edward Grey an den Fürsten Lichnowsky

Sir Edward Grey empfiehlt sich dem deutschen Botschafter und beehrt sich, ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß er vom französischen Botschafter — auf Grund einer telegraphischen Weisung des französischen Ministers des Äußern an Seine Exzellenz — eine amtliche Mitteilung erhalten hat, derzufolge die Nachricht, achtzig in deutschen Uniformen verkleidete französische Offiziere hätten in Automobilen die holländisch-deutsche Grenze bei Geldern zu überschreiten versucht, völlig unwahr ist.

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

Vgl. No. 505 und 541

(35580)

No. 543

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 156. *En clair*

Rom, den 3. August 1914

A. 2¹⁵ nachm.

E. 3⁰ nachm.

Wortlaut italienischer Neutralitätserklärung heute veröffentlicht. Sie besagt, daß, nachdem gewisse europäische Mächte sich im Kriegszustand, Italien sich jedoch mit allen kriegführenden Parteien im Frieden befindet, die italienische Regierung und die Staatsangehörigen Italiens gehalten sind, die Neutralitätspflichten gemäß den bestehenden Gesetzen und Grundsätzen des Völkerrechts zu beobachten.

(35481)

No. 544

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 249. Unverzüglich

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

A. 3³⁰ nachm.

Admiralität wünscht zu wissen, wo „Göben“ Kohlen einnimmt.

(35559)

No. 545

Die Admiralität an das Auswärtige Amt

Die Admiralität, den 3. August 1914

Der Sekretär der Admiralität empfiehlt sich dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes und teilt ihm in Beantwortung seines heutigen Schreibens No. 35 498 ergebenst mit, daß das Marineministerium die Namen der Schiffe britischer und deutscher Nationalität gerne wissen möchte, die jetzt in baltischen und finnischen Häfen zurückgehalten werden.

(35600)

No. 546

Herr des Graz an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 83

Nisch, den 2. August 1914

A. 2. August 10⁵³ vorm.

E. 3. August 4¹⁰ nachm.

Vizekonsul in Belgrad telephoniert, daß Beschießung mit Unterbrechungen die Nacht währte. Mehrere Häuser bei deutscher Gesandtschaft zerstört.

Werde Vizekonsul anweisen, bei unmittelbarer Gefahr nach Verständigung der wenigen dortigen britischen Untertanen hierher zu kommen.

Erhielt auf Auswärtigem Amt Nachricht, daß Deutschland an Rußland Krieg erklärt hat.

(35592)

No. 547

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 28

Haag, den 3. August 1914

A. 12²³ nachm.

E. 4²⁵ nachm.

Deutscher Gesandter hat niederländischen Minister des Auswärtigen benachrichtigt, seine Regierung habe ein Ultimatum an Belgien gesandt, in dem sie erklärt, daß sie Lüttich zu besetzen wünsche und anfragt, ob belgische Regierung ihr das auf friedlichem Wege erlauben wolle oder nicht. Antwort muß in zwölf Stunden erfolgen.

Belgischer Gesandter kehrt eben vom Außenministerium zurück und sagt mir, Belgier würden ohne Zweifel sofort auf Deutsche schießen. Er glaubt, daß deutsche Truppen die Maas bereits überschritten haben.

(35607)

No. 548

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 472

Konstantinopel, den 3. August 1914

A. 9⁵⁰ vorm.

E. 4⁵⁰ nachm.

Folgendes vom Konsul in Alexandrette, No. 9, vom 3. August:
„Die zwischen 1297 und 1300 geborenen Reservisten sind einberufen worden.

300 Munitionswagen und sechs stählerne Truppenfährboote wurden aus Deutschland für Euphrat in Alexandrette gelandet.“

(35865)

No. 549

Sir Edward Grey an Sir C. Greene (Tokio)

(Tel.) No. 36

Auswärtiges Amt, den 3. August 1914

A. 4⁵² nachm.

Im gegenwärtigen Augenblick, da Krieg mit Deutschland möglich ist, dürfte es angebracht für Sie sein, japanischer Regierung anzukündigen, daß, wenn Feindseligkeiten sich auf fernen Osten ausbreiten und ein Angriff auf Hong-kong oder Wei-hai-wei stattfände, wir auf ihre Unterstützung rechnen würden.

Vgl. No. 534 und 637

(35610)

No. 550

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 471

Konstantinopel, den 3. August 1914

A. 9⁵⁰

E. 5⁰

Konsulatsverweser in Smyrna telegraphiert, daß deutscher Oberst anscheinend viertes Armeekorps befehligen werde

(35613)

No. 551

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Brüssel, den 3. August 1914

A. 4³⁴ nachm.

E. 5²⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 11 vom 3. August¹⁾.

Hilfe von fünf französischen Armeekorps wurde belgischer Regierung vom Militärattaché angeboten. Belgischer Minister des Äußern hat französischem Gesandten heute wie folgt geantwortet:

„Wir sind der französischen Regierung für ihr Anerbieten eventueller Hilfe aufrichtig dankbar, aber unter gegenwärtigen Umständen rufen wir Garantie der Mächte nicht an. Belgische Regierung wird später entscheiden, welche Aktion sie etwa für notwendig halten wird.“

Im BB No. 151 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vgl. No. 562

(35615)

No. 552

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 18

Stockholm, den 3. August 1914

A. 12⁵⁰

E. 6³⁰

Teilmobilmachung des Landsturms hat gestern in Küstengebieten stattgefunden. Gerücht baldiger allgemeiner Mobilmachung. Moratorium wird morgen erklärt werden.

(35618)

No. 553

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 131

Berlin, den 3. August 1914

A. 4¹⁰ nachm.

E. 6³⁰ nachm.

Reichskanzler hat mir nachstehende schriftliche Mitteilung gemacht und bittet mich, sie sofort zu Ihrer Kenntnis zu bringen:*

¹⁾ No. 521.

* In DD findet sich kein entsprechendes Dokument. Der Inhalt der Mitteilung deckt sich aber stark mit DD No. 734. Siehe auch DD No. 693, 717, 719, 725, 744, 753, 773.

„Die deutschen Truppen haben bis jetzt Befehl erhalten, französische Grenze strengstens zu respektieren, und dieser Befehl ist überall strikt befolgt worden. Französische Nachrichten vom Gegenteil sind absolut unwahr. Bis heute vormittag 10 Uhr hat sich kein deutscher Soldat auf französischem Boden befunden. Dagegen haben trotz französischer Zusage der 10-Kilometer-Zone französische Truppen schon gestern bei Altmünsterol im Elsaß und über Schluchtpaß in Vogesen deutsche Grenze überschritten und stehen jetzt noch auf deutschem Gebiet. Französischer Flieger, der auch belgisches Gebiet überflogen haben muß, wurde gestern bei Versuch, Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, abgeschossen. Mehrere andere französische Flieger wurden gestern über der Eifel zweifelsfrei festgestellt; auch diese Flugzeuge haben belgisches Gebiet überflogen. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg. Wir müssen es daher als unbestreitbare Tatsache feststellen, daß gestern auf französischer Seite Friedensbrüche stattgefunden haben. Frankreich hat auch belgische Neutralität verletzt.“

Der Beamte, der mir diese Mitteilung brachte, unterrichtete mich auf Wunsch des Reichskanzlers mündlich, daß deutsche Patrouillen in einigen Fällen als notwendige Sicherheitsmaßnahme die Grenze überschritten hätten. Er fügte hinzu, die Nachricht vom Abschießen französischer Flieger habe sich nicht bestätigt.

(35447)

No. 554

Sir E. Grey an den luxemburgischen Staatsminister

(Tel.)

A. 3. August 6⁴⁵ nachm.

Verletzung Luxemburgs durch Deutsche.

Ich bin Euerer Exzellenz für die beiden Telegramme sehr verbunden, die Sie mir freundlichst sandten¹⁾. Die schwerwiegenden Dinge, auf die Sie hinweisen, werden von Seiner Majestät Regierung mit ernster Aufmerksamkeit behandelt werden.

(35759)

No. 555

Das Kolonialamt an die Gouverneure usw. aller britischer Dominien, Kolonien usw.

(Tel. Paraphrase)

A. 3. August 7—7¹⁰ nachm.

In Anbetracht der gespannten Beziehungen mit Deutschland wollen Sie die Möglichkeit eines Angriffs vor einer förmlichen Kriegs-

¹⁾ No. 466, 467.

erklärung sorgsam im Auge haben. Bitte wohl zu verstehen, daß dies nicht das Kriegstelegramm ist.

(35629)

No. 556

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 126

Paris, den 3. August 1914

A. 4⁴⁵ nachm.

E. 7³⁰ nachm.

Militärattaché meldet um 5³⁰ nachm., der belgische Militärattaché habe ihm mitgeteilt, daß er eben eine Unterredung mit General Joffre über Lage Belgiens hatte. Belgischer Militärattaché erklärte, daß, falls deutsche Truppen belgisches Gebiet überschritten, belgische an der Grenze stehende Truppen protestieren und auf Maasfestungen zurückgehen würden, von wo aus Belgier sich seiner Überzeugung nach deutschem Flankenmarsch widersetzen würden.

Vgl. No. 588

b)

(35619)

(Tel.) No. 121

Paris, den 3. August 1914

A. 11²⁰ vorm.

E. 7⁴⁰ nachm.

Französische Regierung hat von französischem Gesandten in Brüssel erfahren, daß deutsche Regierung belgischer Regierung Ultimatum überreicht hat, sie solle Durchzug deutscher Truppen durch belgisches Gebiet gestatten.

Belgische Regierung hat erwidert, jeder Einfall deutscher Truppen würde mit Waffengewalt zurückgewiesen werden, da das Königreich Preußen einer der Garanten der belgischen Neutralität sei.

(35625)

No. 557

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 22

Antwerpen, den 3. August 1914

A. 6⁶ nachm.

E. 7⁴⁵ nachm.

Sah heute nachmittag 4³⁰ einen in Antwerpen kommandierenden General, der erklärte, daß er noch keine Nachricht von deutschem Einfall in belgisches Gebiet habe.

(35624)

No. 558

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 123

Paris, den 3. August 1914

A. mittags

E. 7⁵⁰ nachm.

Militärattaché meldet, französisches Kriegsministerium erkläre, daß Lage unverändert ist. Grenzverletzung bei Delle bestätigt¹⁾. Nachricht von Überschreiten französischer Grenze durch Deutsche gegenüber Longwy widerrufen.

(35630)

No. 559

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 127

Paris, den 3. August 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 8¹⁸ nachm.

Marineattaché meldet folgende Information vom Marineministerium:

„Französische Flotte verließ heute morgen 5 Uhr Toulon, um deutschen Kreuzer „Goeben“ zu überwachen und Transport französischer Afrikatruppen, der morgen beginnen wird, zu schützen.“

(35628)

No. 560

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 206

St. Petersburg (via Aden), den 3. August 1914

A. ? ?

E. 8³⁶ nachm.

Gestern wurde im Winterpalast ein Sondergottesdienst abgehalten, um für Erfolg russischer Armee zu beten. Mein französischer Kollege wohnte ihm bei. Ich war auch dazu eingeladen, da ich aber keine Nachricht über Haltung Seiner Majestät Regierung im Krieg hatte, hielt ich es für klug, nicht hinzugehen. Zum Schluß des Gottesdienstes hielt der Kaiser Ansprache an die Anwesenden und erklärte: „Ich werde nicht eher Frieden schließen, als bis der letzte feindliche Soldat unser Land verlassen hat.“

¹⁾ Vgl. No. 507.

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Brüssel, den 3. August 1914

A. 5⁴⁶ nachm.E. 9⁰ nachm.

Ihr heutiges Telegramm No. 10¹⁾: belgische Neutralität.

Deutsches Ultimatum behauptet, deutsche Regierung habe zuverlässige Nachrichten erhalten, daß Frankreich beabsichtigt, durch Belgien gegen Deutschland vorzugehen. Deutschland befürchtet, daß Belgien nicht imstande sein wird, französischen Angriff ohne Hilfe abzuwehren, und es ist daher gezwungen, folgendes zu erklären:

1. Wenn Belgien gewillt ist, im bevorstehenden Krieg Deutschland gegenüber eine Haltung wohlwollender Neutralität einzunehmen, wird Deutschland beim Friedensschluß Belgien und belgische Besitzungen garantieren.

2. Unter obiger Bedingung verpflichtet Deutschland sich, beim Friedensschluß belgisches Gebiet zu räumen.

3. Wenn Belgien freundschaftliche Haltung einnimmt, will Deutschland alle Kriegsbedürfnisse bar bezahlen und jeden in Belgien verursachten Schaden ersetzen.

4. Wenn Belgien feindliche Haltung einnimmt, und insbesondere wenn sich Belgien deutschem Vormarsch mittelst der Maasbefestigungen, oder durch Zerstörungen von Straßen, Eisenbahnen usw. widersetzt, wird Deutschland gezwungen sein, Belgien als feindliches Land zu betrachten, wird ihm gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen und wird die Regelung des Verhältnisses beider Staaten zu einander der Entscheidung der Waffen überlassen. Wenn belgische Regierung sich fügt, werden die Beziehungen der Freundschaft zwischen den beiden Staaten eine weitere und dauernde Festigung erfahren.

Belgische Regierung hat, nachdem sie ihr tiefes und schmerzliches Erstaunen ausgedrückt, erwidert, daß die in deutschem Ultimatum Frankreich zugeschriebenen Absichten im Widerspruch zu formellen Erklärungen stehen, die Belgien am 1. August von Frankreich abgegeben wurden. Sollte Frankreich übrigens belgische Neutralität verletzen, dann würde Belgien internationale Pflicht erfüllen und kräftigsten Widerstand leisten.

Verträge von 1839 und 1870 verbürgen Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens unter Garantie der Mächte, einschließlich Preußens. Belgien ist internationalen Verpflichtungen immer treu geblieben und hat keine Anstrengung gescheut, um seine Neutralität aufrecht-

¹⁾ No. 525.

zuerhalten. Jetzt von Deutschland angedrohter Angriff auf Unabhängigkeit würde flagrante Verletzung des Völkerrechts sein, die durch keine strategischen Erwägungen gerechtfertigt werden könnte.

Würden deutsche Vorschläge angenommen, so würde Angriff¹⁾ Ehre der Nation opfern und zugleich Pflichten gegenüber Europa verletzen. Belgien weigert sich zu glauben, daß seine Unabhängigkeit nur durch Verletzung seiner Neutralität gewahrt werden kann, und es ist fest entschlossen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln jeden Angriff auf seine Rechte zurückzuweisen.

Abschriften der beiden Dokumente, die ich eben zu erlangen vermochte, werden durch Kurier heute abend übermittelt werden²⁾.

(35633)

No. 562

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 16

Brüssel, den 3. August 1914

A. 7² nachm.

E. 9⁴⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 14 vom 3. August³⁾: belgische Neutralität.

Obgleich die belgische Regierung bisher die vom hiesigen französischen Gesandten angebotene militärische Unterstützung abgelehnt hat und obgleich ihre Antwort nur vage und unbefriedigende Anspielung auf später etwa zu ergreifende Maßnahmen enthält, wurde französischem Militärattaché von ihm zuverlässig erscheinender Seite versichert, daß, wenn Deutschland tatsächlich gewaltsam in Belgien eindringt, belgische Regierung sofort nicht nur militärische Hilfe Frankreichs sondern auch Englands anrufen wird. Sie wird das nicht tun, solange belgischer Boden nicht durch Massen deutscher Truppen verletzt ist. Gegenwärtig scheinen sich bloß deutsche Patrouillen auf belgischem Boden zu befinden.

Militärattaché sagt ferner, daß Franzosen einen verfrühten Vormarsch vermeiden werden, um von Deutschen nicht verleitet zu werden, sich dadurch ins Unrecht zu setzen, daß sie als erste belgische Neutralität ernstlich verletzen.

¹⁾ „Angriff“ ist offensichtlich ein Fehler; es muß „Belgien“ heißen. Siehe DD No. 779.

²⁾ No. 658.

³⁾ No. 551.

(35637)

No. 563

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Paris, den 3. August 1914

A. 8⁴⁰ nachm.

E. 10²⁷ nachm.

Deutscher Botschafter verläßt heute abend Paris. Er hat gegen die Zerstörung deutscher Läden durch Pariser Pöbel Einspruch erhoben ¹⁾).

(35641)

No. 564

Sir H. Bax-Ironside an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 38

Sofia, den 3. August 1914

A. 1⁰ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Ein Kollege teilt mir mit, er habe aus sicherer Quelle gehört, daß deutsche Regierung ihren ganzen Einfluß aufbietet, türkische Regierung zu überreden, sich Dreibund anzuschließen und Rußland an asiatischer Grenze anzugreifen.

Deutscher Botschafter in Konstantinopel benachrichtigte Großwesir, daß man Schweden auch auf seiten Deutschlands finden werde. (Nach Konstantinopel gesandt)

(35645)

No. 565

Herr Carnegie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 27

Lissabon, den 3. August 1914

E. 11⁰ nachm.

Minister des Äußern sagte mir heute, er habe auf inoffizielle Anfrage des österreichischen Gesandten, welche Haltung Portugal

¹⁾ Im französischen Auswärtigen Amt findet sich keine Aufzeichnung über einen derartigen Protest und auch Herr von Schoen sagt in seinen Memoiren nichts darüber*.

* Wegen der Mißhandlungen von Deutschen und Plünderungen deutscher Geschäfte hat der deutsche Botschafter bei dem französischen Ministerpräsidenten Viviani in der letzten Unterredung vom 3. August 1914 abends 6 Uhr nachdrückliche Vorstellungen erhoben, mit dem Erfolg, daß entsprechende Schutzmaßregeln sofort angeordnet und ausgeführt wurden (siehe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, 8. August 1914, Zweite Ausgabe, Nr. 184, und „Münchener Neueste Nachrichten“, 25. August 1914, Vorabendblatt Nr. 433). Daß sich von diesen Vorgängen keine schriftlichen Spuren am Quai d'Orsay vorfinden, ist unschwer daraus zu erklären, daß die Vorstellungen mündlich, die Anordnungen telephonisch erfolgten. Übrigens dürfte der britische Botschafter seine Information von keiner anderen Stelle als dem Quai d'Orsay erhalten haben.

im Falle allgemeinen Kriegs einnehmen werde, erwidert, daß es neutral zu bleiben hoffe, daß es aber ein Bündnis mit Großbritannien habe, das Portugal nicht ignorieren werde.

Minister des Äußern sagte mir ferner, daß Großbritannien, wenn es im Kriege sei und nicht wünsche, daß Portugal neutral verbleibe, Portugal mit sieben oder acht schweren Geschützen, Kanonieren und Munition zur Verteidigung Lissabons versorgen müsse. Forts seien reichlich vorhanden, aber wenig Geschütze und ein ungenügender Munitionsvorrat dafür. Die Portugiesen könnten eine gutbewaffnete Streitmacht von 80 000 Mann aufstellen.

Vgl. No. 590 und 610, sowie DD No. 617

No. 566

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat und vertraulich)

Paris, den 3. August 1914

Mein lieber Grey,

Herr Tardieu vom „Temps“ und jetzt Abgeordneter hat heute vorm. 11 Uhr dem Berichterstatter der „Times“ die Zusicherungen, die Sie Cambon hinsichtlich des möglichen Eingreifens der britischen Flotte gegeben haben, sowie die Gründe mitgeteilt, weshalb unsere militärischen Streitkräfte zu unserer Verfügung bleiben müssen. Er erwähnte Indien und Ägypten.

Ich bin nicht überrascht, daß S. M. Regierung es ablehnt, Truppen nach Frankreich zu schicken. Ich glaube, es wäre vorteilhaft für uns, maritime Hilfe im Kriege zu leisten, denn sie würde den Krieg durch die Aushungerung Deutschlands früher beenden und uns einen *locus standi* verschaffen, die Friedensbedingungen zu bestimmen.

Ihr aufrichtig ergebener

Francis Bertie

(35651)

No. 567

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 20

Stockholm, den 3. August 1914

A. 3. August 7⁰ nachm.

E. 4. August 1⁰ vorm.

Norwegischer Gesandter hat mir eben gesagt, bisher sei hier kein deutsches Ultimatum bezüglich schwedischer Neutralität überreicht worden. Aber wie ich vernehme, haben schwedische und norwegische Regierung diese Möglichkeit erörtert und schwedische Re-

gierung bezweifelt sehr, ob sie Deutschland erfolgreich Widerstand leisten kann. Norwegischer Gesandter drückte mir Ansicht aus, daß, einerlei wie Schweden sich verhalten werde, Norwegen gleiche Haltung einnehmen müsse. Ich bemerkte, daß, selbst wenn Schweden und Norwegen nicht imstande wären, sich einer Gebietsverletzung durch Deutschland zu widersetzen, sie in Neutralität verharren und gegen Verletzung protestieren könnten; das wäre besser für beide, als aktiv am Krieg teilzunehmen. Er stimmte dem zu und äußerte Hoffnung, daß beide Länder so handeln würden.

(Gleichlautend nach Kristiania)

Anmerkung. Dies scheint eine Darlegung der persönlichen Ansichten des norwegischen Gesandten und nicht der offizielle Entschluß seiner Regierung gewesen zu sein; siehe DD No. 692: „Herr Wallenberg (schwedischer Minister des Äußern) erklärte, sein norwegischer Kollege habe seine Zustimmung dazu ausgesprochen, daß Norwegen so lange als irgend möglich mit Schweden zusammengehen, und daß, wenn sich ihre Wege trennen müßten, die beiden Länder unter keinen Umständen gegeneinander die Waffen kehrten.“

(35650)

No. 568

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 134

Athen, den 3. August 1914

A. 3. August 10³⁰ nachm.

E. 4. August 1³⁰ vorm.

Konstantinopeler Telegramm No. 464 vom 31. Juli ¹⁾.

Nachdem türkischer Gesandter griechischem Außenminister versichert, daß türkische Mobilmachung lediglich Vorsichtsmaßnahme und nicht gegen Griechenland gerichtet sei, hat Herr Veniselos dem Großwesir eine Zusammenkunft auf irgendeiner ägäischen Insel nach seiner Wahl vorgeschlagen und erklärt, daß er bereit sei, Fahrt am 5. August anzutreten.

(Gleichlautend nach Konstantinopel)

(35659)

No. 569

Herr des Graz an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 84

Nisch, den 3. August 1914

A. 3. August 5³⁰ nachm.

E. 4. August 2³⁰ vorm.

Ich höre vertraulich, daß serbische Regierung einen weiteren Versuch in Bukarest unternimmt, rumänische (? Behörden) durch Versprechen einer Gebietsabtretung auf ihre Seite zu ziehen.

(Nach Bukarest gesandt)

¹⁾ No. 391.

(35656)

No. 570

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 21

Stockholm, den 3. August 1914

A. 3. August 7⁴⁵ nachm.

E. 4. August 2³⁰ vorm.

Mein Telegramm No. 17 vom 2. August¹⁾: schwedische Neutralität.

Da ich ein Mißverständnis in betreff der gestrigen Mitteilung des Außenministers befürchtete, unterbreitete ich ihm schriftlich wesentlichen Inhalt entsprechend meinem telegraphischen Bericht und fragte, ob er richtig sei. Er bat mich um Übermittlung der folgenden ziemlich milderen Fassung:

1. Wenn England nicht in den Krieg träte, sei er sicher, daß Neutralität Schwedens aufrechterhalten werden könne.

2. Wenn England in den Krieg träte, befürchte er, daß äußerste Umstände eintreten könnten, die Schweden zwingen würden, Partei zu ergreifen; und im Hinblick auf hiesige öffentliche Meinung sei er persönlich der Ansicht, daß Schweden unmöglich auf derselben Seite wie Rußland kämpfen könne.

(35666)

No. 571

Sir C. Greene an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 58

Tokio, den 3. August 1914

A. 3. August 6⁰ nachm.

E. 4. August 3⁴⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 35 vom 1. August²⁾.

Minister des Äußern bittet mich, Ihnen zu danken und zu melden, daß die kaiserliche Regierung eine Mitteilung Seiner Majestät Regierung über die von ihr beschlossene Stellungnahme abwarten will, ehe sie ihre eigene Haltung bestimmt, die von der unsern abhängen wird.

Japanische Interessen werden durch einen europäischen Konflikt nicht berührt und Seine Exzellenz nimmt zur Kenntnis, was Sie hinsichtlich des englisch-japanischen Bündnisses bemerken; aber wenn britische Interessen in Ostasien gefährdet wären — zum Beispiel durch einen deutschen Angriff auf Hong-kong oder durch irgendeine andere

¹⁾ No. 511.

²⁾ No. 436.

Angriffshandlung —, darf Seiner Majestät Regierung darauf rechnen, daß Japan, wenn dazu aufgefordert, seinem Verbündeten sofort mit ganzer Macht zu Hilfe kommen wird, wobei Japan es völlig Seiner Majestät Regierung überläßt, die Gründe für den erforderlichen Beistand und dessen Natur zu formulieren.

Außenminister teilt mir mit, daß er in obigem Sinne mit deutschem Botschafter gesprochen hat, der ihn heute aufsuchte, aber jeden Gedanken an eine Angriffshandlung der angedeuteten Art von sich gewiesen hat¹⁾. Seine Exzellenz wird morgen den französischen und russischen Botschafter sehen und wird sich ähnlich zu ihnen aussprechen.

Vgl. No. 637

(35669)

No. 572

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 29

Bukarest, den 4. August 1914

A. 10⁰⁰ vorm.

E. 7³⁰ vorm.

St. Petersburger Telegramm No. 195 vom 1. August²⁾.

Ein etwa zu erwartender Angriff* auf Serbien seitens der Türkei und Bulgariens scheint mir die einzige Entwicklung zu sein, die König Karl am wahrscheinlichsten dahin bringen würde, in den Krieg mit Österreich zu willigen. Voraussichtlich wird Österreich alles tun, um Türkei und Bulgarien ruhig zu halten.

(Gleichlautend nach Sofia, Nisch, Athen und Konstantinopel)

(35675)

No. 573

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

a)

(Tel.) No. 266

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 9³⁰ vorm.

Der König der Belgier hat einen Appell an Seine Majestät den König gerichtet, zugunsten Belgiens diplomatisch einzugreifen.

Seiner Majestät Regierung hat auch erfahren, daß die deutsche

¹⁾ Siehe DD No. 785.

²⁾ No. 459.

* Genau: „Wahrscheinliche Aussicht eines Angriffs...“

Regierung an die belgische Regierung eine Note gerichtet hat, in der sie wohlwollende Neutralität nebst freiem Durchmarsch durch belgisches Gebiet* vorschlägt und verspricht, die Unabhängigkeit und Integrität des Königreichs und seiner Besitzungen beim Friedensschluß aufrechtzuerhalten, in der sie jedoch droht, Belgien im Falle der Weigerung als Feind zu behandeln. Eine Antwort wurde innerhalb zwölf Stunden verlangt.

Wir hören ferner, daß Belgien dies als flagrante Verletzung des Völkerrechts kategorisch abgelehnt hat.

Seiner Majestät Regierung sieht sich genötigt, gegen diese Verletzung eines Vertrages, an den Deutschland gemeinsam mit ihr gebunden ist, Einspruch zu erheben, und sie muß eine Zusicherung verlangen, daß die an Belgien gestellte Forderung nicht weiter verfolgt werden und daß Deutschland die Neutralität Belgiens achten wird. Ersuchen Sie um eine unverzügliche Antwort.

*Im BB No. 153 veröffentlicht (mit Wortlaut des Appells;
vgl. auch BG No. 25)*

b)

(Tel.) No. 267

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 9³⁰ vorm.

Sie brauchen mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm nicht zu paraphrasieren.

*Sir E. Goschen hat diesen Erlaß Herrn von Jagow
als Aide-mémoire überreicht (DD No. 823)
Vgl. No. 594 und 615*

(35735)

No. 574

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 159

Rom, den 3. August 1914

A. 3. August 9¹⁵ nachm.

E. 4. August 9³⁵ vorm.

Albanien. Regierung hofft ernstlich, daß Sie Herrn Lamb nicht aus Durazzo abberufen werden. Italienisches Schiff wird dort bleiben, ob österreichisches Schiff weggenommen wird oder nicht, und italienische Regierung vertraut darauf, daß dies Ihnen genügen werde,

* Genau: „... Neutralität, die freien Durchmarsch durch belgisches Gebiet zur Folge hätte...“

um Verbleib des Herrn Lamb zu sanktionieren; denn seine Entfernung würde ihrer Überzeugung nach zur Auflösung der ganzen internationalen Kommission führen, was die Albanier als Abfall der Mächte vom Fürsten auffassen würden, mit dem Ergebnis neuer Schwierigkeiten für die Mächte, die Albanien garantiert haben.

(Gleichlautend nach Durazzo)

Vgl. No. 591

(35701)

No. 575

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 132

Berlin, den 3. August 1914

A. 3. August 11⁴² nachm.

E. 4. August 10³⁰ vorm.

Militärische Neuigkeiten von heute: Auf östlichem Schauplatz hat deutscher Kreuzer „Augsburg“ Libau beschossen und deutsche Truppen haben Kalisch, Czenstochau und Bendzin besetzt. Auf westlichem Schauplatz haben französische Truppen nach deutschen Meldungen Vogesen überschritten und Gottesthal, Metzeral, Markkirch und Schluchtpaß besetzt. Das betrachtet man in Deutschland als Bruch des Völkerrechts, da Kriegserklärung noch nicht ergangen. Amtlich wird hier bekanntgegeben, daß deutsche Truppen heute morgen Luxemburg besetzt haben.

(35702)

No. 576

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 312

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 10³⁰ vorm.

Es ist dringend geboten, daß französische und russische Regierung Schweden ihre Bereitwilligkeit erklären, sich der Garantie Seiner Majestät Regierung anzuschließen, die Integrität und Unabhängigkeit Schwedens jetzt und künftig zu achten, wenn es während des Krieges neutral bleibt.

Man sollte hinzufügen, daß, wenn Schweden aktiv Partei Deutschlands ergreift, wir jeder Verpflichtung ihm gegenüber enthoben sein werden.

(Gleichlautend nach Stockholm (No. 13) mit Zusatz: „Wollen Sie diese Erklärung im Namen Seiner Majestät Regierung abgeben.“)

(Auch nach St. Petersburg No. 440 gesandt)

(35904)

No. 577

*Mitteilung der deutschen Botschaft,
4. August 1914*

Berlin, den 3. August 1914 (11⁵⁰ nachm.)

An den kaiserlichen (deutschen) Botschafter

Da Frankreich seit dem 1. August die Reichslande wiederholt angegriffen hat, befindet sich Deutschland nun im Kriegszustand mit Frankreich. Bitte benachrichtigen Sie die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind*.

Bethmann Hollweg

(35752)

No. 578

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

a)

(Tel.) No. 313

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 10³⁰ vorm.

Seiner Majestät Regierung teilt der norwegischen, niederländischen und belgischen Regierung mit, daß, wenn Deutschland einen Druck auf sie ausübt, um sie zur Aufgabe der Neutralität zu veranlassen, Seiner Majestät Regierung erwartet, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand leisten werden, wobei Seiner Majestät Regierung sie unterstützen wird; Seiner Majestät Regierung ist in diesem Fall auf Wunsch bereit, zusammen mit Rußland und Frankreich der norwegischen, niederländischen und belgischen Regierung sofort gemeinsame Aktion zur Abwehr von Gewaltanwendung Deutschlands gegen sie, sowie eine Garantie anzubieten, künftighin ihre Unabhängigkeit und Integrität aufrechtzuerhalten.

(Auch nach St. Petersburg No. 441 gesandt)

b)

(Tel.) No. 314

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 10³⁰ vorm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm von heute.

Sie wollen Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, ersuchen, den

* In DD ist ein entsprechender Erlass nicht aufgenommen. Der obige Wortlaut ist daher eine Rückübersetzung aus dem Englischen.

Niederlanden, Norwegen und Belgien gleichartige Erklärungen abzugeben.

(Auch nach St. Petersburg No. 442 gesandt)

Vgl. No. 593

(35721)

No. 579

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 160

Rom, den 3. August 1914

A. 3. August 9^h nachm.

E. 4. August 10³⁵ vorm.

Da ich Grund zur Annahme hatte, daß deutscher Botschafter sich bemühte, Italien zu einer Änderung seines Entschlusses mit der Begründung zu bewegen, daß Frankreich die deutsche Grenze ohne Kriegserklärung verletzt habe, suchte ich Minister des Äußern am 2. August auf. Er gab zu, daß derartige Vorstellungen erhoben wurden, behandelte sie aber als absurd. In solchen Augenblicken würden stets Unregelmäßigkeiten an Grenze vorkommen. Es sei ganz offenkundig, auf welcher Seite die Provokation stattgefunden hätte, und es sei nun klar, daß Österreich die wohlerwogene Absicht gehabt habe, die Balkanlage, mit Deutschland hinter sich, zu redressieren. Italien werde unentwegt an seinem Entschlusse festhalten, und er vermöge jetzt keine Verkettung von Umständen vorauszusehen, die es veranlassen würden, seinen Entschluß zu ändern. Einberufung gewisser italienischer Jahresklassen sei nur eine Vorsichtsmaßnahme und vielleicht würden noch mehr einberufen werden, zum Teil aus einem wirtschaftlichen Grunde, weil aus Frankreich und Deutschland Massen von italienischen Arbeitern zurückkehrten, die Arbeit brauchten, und sie könnten an die Stelle der Einberufenen treten. Ereignisse hätten es ihm klargemacht, daß Ansichten und Interessen Italiens am meisten mit denen Englands übereinstimmten, und er habe den Wunsch, dauernd in Fühlung zu bleiben in der Hoffnung, daß das in der kommenden Zeit von Nutzen sein möchte. Er habe eben gehört, daß Türkei die allgemeine Mobilmachung angeordnet habe, und er sehe darin die Hand Deutschlands, das einen Angriff auf die Ostprovinzen Rußlands erhoffe.

(Gleichlautend nach Paris und St. Petersburg)

Vgl. No. 620 und 640

Sir Edward Grey an Sir F. Villiers

(Tel.) No. 14

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 10⁴⁵ vorm.

Unterrichten Sie Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, daß, wenn Deutschland einen Druck auf sie ausübt, um sie zur Aufgabe der Neutralität zu veranlassen, Seiner Majestät Regierung erwartet, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand leisten wird, wobei Seiner Majestät Regierung sie unterstützen wird; Seiner Majestät Regierung ist in diesem Fall auf Wunsch bereit, zusammen mit Rußland und Frankreich der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, sofort ein Bündnis¹⁾ zur Abwendung von Gewaltanwendung Deutschlands gegen sie, sowie eine Garantie anzubieten, künftighin ihre Unabhängigkeit und Integrität aufrechtzuerhalten.

(Auch nach Kristiania No. 25 und dem Haag No. 23 gesandt)

*Im BB No. 155 veröffentlicht**Vgl. No. 625*

(36189)

No. 581

*Mitteilung des belgischen Gesandten**(4. August, 11 Uhr vormittags)*

(Tél.)

Bruxelles, le 4 août 1914

Ministre d'Allemagne notifie qu'à la suite de notre réponse, Allemagne exécutera au besoin par les armes les mesures de sécurité annoncées. Aucune décision n'a été prise en ce qui concerne appel à la prestation de garantie.

Davignon

Vermerk

Der deutsche Gesandte notifiziert (belgischer Regierung), daß Deutschland infolge unserer Antwort die bereits angekündigten Sicherheitsmaßregeln, wenn nötig mit Waffengewalt, zur Ausführung bringen wird*. (Diese Maßregeln beziehen sich auf Erklärung Deutschlands, daß es sie nur ergreift, weil ihm durch französische Initiative aufgezwungen). Hinsichtlich eines Aufrufs (an die Mächte) wegen Garantieleistung wurde kein Entschluß (von belgischer Regierung) gefaßt. — A. N.

¹⁾ 12.30 nachm. telegraphisch in „gemeinsame Aktion“ berichtet.

* Vgl. DD No. 791.

(35717)

No. 582

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 152

Wien, den 3. August 1914

A. 3. August 3⁵⁰ nachm.

E. 4. August 11⁰ vorm.

Trotz Nachrichten von Verletzung französischen Gebiets an zwei Punkten durch deutsche Truppen hat französischer Botschafter amtlich nicht vernommen, daß Frankreich sich mit Deutschland im Kriege befindet. Er weiß nicht, ob französisch-deutscher Krieg notwendig Kriegszustand zwischen Frankreich und Österreich zur Folge hat. Er befürchtet indessen, daß Umstände ihn jeden Augenblick zum Verlassen Wiens zwingen können, und er beabsichtigt in diesem Fall, Botschafter der Vereinigten Staaten zu bitten, Geschäfte der französischen Botschaft zu übernehmen. Ich habe bis jetzt Bedenken getragen, Botschafter der Vereinigten Staaten zu bitten, uns wenn nötig diesen Dienst zu leisten, da ich im Zweifel bin, ob Eventualität eines Krieges zwischen England und Deutschland meine sofortige Abberufung von Wien veranlassen würde, und da ich nicht Eindruck erwecken möchte, daß Botschaft vielleicht in kurzem zurückgezogen wird.

Sollte meine Abberufung notwendig werden, nachdem Botschaft der Vereinigten Staaten Wahrung der französischen Interessen übernommen hat, so würde ich anheingeben, daß mich dies nicht hindern sollte, Botschafter der Vereinigten Staaten zu bitten, uns in derselben Weise zu helfen. Sonst könnte ich nur Vertreter einer kleineren Macht, z. B. Hollands, Belgiens oder Schwedens, darum ersuchen, deren Gesandte alle angesehene Stellungen hier haben. Geschäfte der russischen Botschaft werden vom spanischen Botschafter übernommen werden.

Vgl. No. 600

(35734)

No. 583

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 474

Konstantinopel, den 3. August 1914

A. 3. August 9³⁰ nachm.

E. 4. August 11⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Armeemobilmachung von heute ab erklärt. Einige Truppenbewegungen zur Bewachung des Bosphorus haben stattgefunden. Dritte Division von Skutari gegen Riwa, eine andere Truppenabteilung nach

Kilios (*sic*? Kilia) in Marsch gesetzt, während Besatzung der Bosphorusbefestigungen verstärkt wurde. Kriegsminister sagte mir in Unterredung heute nachmittag, Mobilmachung bezwecke zur Zeit nur In-dienstbehalten von genügend Mannschaften, um Korps ringsum Hauptstadt auf volle Kriegsstärke und (?) die übrigen auf teilweise Kriegsstärke zu bringen.

Getroffene Maßnahmen seien lediglich vorbeugender Art im Hinblick auf Entwicklungen, die ottomanische Armee wegen verhältnismäßig langer Dauer, die sie für ihre Mobilmachung benötige, benachteiligen könnten.

Er gab mir zu verstehen, daß kein Gedanke daran sei, russische Kaukasusarmee zu fesseln. Würde diese nach Europa fortgezogen, dann vermöchte Türkei in Thrazien zu konzentrieren, was von ihrem Standpunkt aus wünschenswert sein könnte.“

(35733)

No. 584

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 18

Brüssel, den 4. August 1914

A. 9⁴⁰ vorm.

E. 11²⁰ vorm.

Deutscher Gesandter hat heute morgen Note an Minister des Äußern gerichtet, daß, da belgische Regierung die ihr von der kaiserlichen Regierung unterbreiteten wohlmeinenden Vorschläge abgelehnt habe, letztere zu ihrem tiefen Bedauern gezwungen sein werde, die als unumgänglich erachteten Sicherheitsmaßregeln gegen eine französische Bedrohung, wenn nötig mit Waffengewalt, zur Ausführung zu bringen.

Im BB No. 154 veröffentlicht

(35585)

No. 585

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 268

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 11³⁰ vorm.

Ich erhalte fortgesetzt zahlreiche Beschwerden von britischen Firmen über die Festhaltung ihrer Schiffe in Hamburg, Cuxhaven und andern deutschen Häfen. Dies Vorgehen seitens der deutschen Behörden ist vollkommen ungerechtfertigt. Es steht in direktem Wider-

spruch mit Völkerrecht und den Zusicherungen, die der Reichskanzler Euerer Exzellenz gegeben hat. Sie wollen die sofortige Freigabe aller britischen Schiffe verlangen, falls die Freigabe noch nicht erfolgt ist.

*Im BB No. 156 veröffentlicht
Siehe DD No. 824*

(35745)

No. 586

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 473

Konstantinopel, den 3. August 1914
E. 4. August 11⁴⁰ vorm.

St. Petersburger Telegramm No. 195¹⁾.

Russischer Botschafter hatte gestern abend eine lange Unterredung mit Großwesir. Er hob die Torheit der türkischen Mobilmachung und der offenbar von Dreibundbotschaftern inspirierten Idee hervor, daß Rußland vielleicht einen *coup* zur Besitznahme der Meerengen plane. Russischer Botschafter wies darauf hin, daß dies eine Armee von wenigstens 200 000 Mann erfordern würde, die Rußland in der gegenwärtigen kritischen Lage für solch ein Abenteuer unmöglich aufbringen könne. Großwesir sagte dann, öffentliche Meinung erheische, daß etwas geschähe, wenn so viele neutrale Länder auch mobilisieren. Türkei beabsichtige, in Thrazien eine Armee von 150 000 Mann aufzustellen, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, und sie müsse die Möglichkeit im Auge behalten, an Bulgarien verlorenes Gebiet wiederzugewinnen. Obwohl russische Regierung über Beibehalten der hiesigen deutschen Militärmission mit aktiven Kommandostellen sehr aufgebracht ist, glaubte russischer Botschafter nicht, daß seine Regierung Einspruch erheben wird.

Ich kann nicht glauben, daß augenscheinlicher Wunsch des Großwesirs und Innenministers, gute Beziehungen zu Griechenland zu unterhalten, bloß eine Komödie ist. Doch im Hinblick auf den offenen Wunsch Deutschlands und Österreich-Ungarns, die Türkei auf ihrer Seite zu haben, wäre es gut, türkischen Botschafter auf Gefahr hinzuweisen, die Türkei laufen wird, wenn sie ihr Schicksal an das des Dreibunds knüpft, wobei sie trotz trügerischer Versprechungen den Verlust armenischer Wilajete riskiert.

(Gleichlautend nach St. Petersburg, Sofia und Athen)

Vgl. No. 605

¹⁾ No. 459.

Mitteilung des deutschen Botschafters
(4. August, 12 Uhr mittags)

Herr von Jagow an Fürst Lichnowsky

(Tel.) No. 226. *En clair*

Berlin, den 4. August 1914

Please dispel any mistrust that may subsist on the part of the* British Government with regard to our intentions, by repeating most positively formal assurance that, even in the case of armed conflict with Belgium, Germany will, under no pretence whatever, annex Belgian territory. Sincerity of this declaration is borne out by fact that we solemnly pledged our word to Holland strictly to respect her neutrality. It is obvious that we could not profitably annex Belgian territory without making at the same time territorial acquisitions at expense of Holland. Please impress upon Sir E. Grey that German army could not be exposed to French attack across Belgium, which was planned according to absolutely unimpeachable information. Germany had consequently to disregard Belgian neutrality, it being for her a question of life or death to prevent French advance.

Im BB No. 157 veröffentlicht
Siehe DD No. 810. Dies Telegramm wurde
anscheinend in englischer Sprache gesandt

Übersetzung

Bitte jegliches Mißtrauen zu zerstreuen, das bei britischer Regierung hinsichtlich unserer Absichten bestehen könnte, indem Sie aufs bestimmteste förmliche Versicherung wiederholen, daß, selbst im Falle bewaffneten Konfliktes mit Belgien, Deutschland sich unter keinerlei Vorwand belgisches Gebiet aneignen wird. Aufrichtigkeit dieser Erklärung wird durch Tatsache bewiesen, daß wir Holland feierlich unser Wort verpfändet haben, seine Neutralität genauestens zu achten. Es ist einleuchtend, daß wir keinen Vorteil aus Aneignung belgischen Gebiets ziehen könnten, ohne gleichzeitig Gebietserwerbungen auf Kosten Hollands zu machen. Bitte Sir E. Grey eindringlich vorzustellen, daß deutsches Heer nicht französischem Angriff durch Belgien ausgesetzt werden konnte, der nach völlig unanfechtbaren Nachrichten geplant war. Deutschland mußte sich daher über belgische Neutralität hinwegsetzen, da es für Deutschland Frage von Leben oder Tod ist, französischem Angriff zuvorzukommen.

* In DD No. 810 fehlt dieses „the“. Sonst stimmt der Text genau überein.

(35787)

No. 588

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 131

Paris, den 4. August 1914

A. 11⁰ vorm.

E. 12⁰ nachm.

Militärattaché bittet mich zu melden, er halte es für äußerst wichtig, daß Informationsquelle in meinem gestrigen Telegramm No. 126¹⁾ nicht enthüllt werde.

(35517)

No. 589

Sir Edward Grey an Herrn Beaumont

(Tel.) No. 334

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 12¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm Nr. 468 vom 3. August²⁾.

Sie wollen dem Großwesir nachdrücklich vorhalten, daß türkischen Interessen am besten mit Wahrung strenger Neutralität gedient wäre. Sollte Türkei als Verbündeter Deutschlands und Österreichs in den Krieg hineingezogen werden, so würde das schwerst-wiegende Folgen haben.

Sie müssen jedoch darauf bedacht sein, Ihrer Mitteilung den Charakter eines guten Rates vom ältesten Freunde der Türkei zu geben, und alles vermeiden, was den Eindruck einer Drohung unserer-seits erwecken könnte.

(35645)

No. 590

Sir Edward Grey an Herrn Carnegie

(Tel.) No. 41

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 12²⁰ nachm.

Ihr Telegramm Nr. 27³⁾.

Frage der Stellung Portugals für den Fall, daß Großbritannien im Krieg befindlich, erfährt ernste Beachtung Seiner Majestät Regierung. Ersuchen Sie inzwischen Minister des Äußern dringend, Erlaß einer Neutralitätserklärung aufzuschieben.

¹⁾ No. 556 a).

²⁾ No. 522.

³⁾ No. 565. Vgl. auch No. 610.

(35735)

No. 591

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 252

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 1^o nachm.

In Erwiderung auf Ansuchen Italiens willige ich ein, daß Herr Lamb in Durazzo bleibt¹⁾.

Ich denke nicht, daß wir Österreich den Krieg erklären werden, falls nicht eine direkte Provokation stattfindet oder Österreich uns den Krieg erklärt; aber wenn Herr Lamb, oder sonstige in Albanien zurückgelassene britische Offiziere oder Mannschaften einem österreichischen Angriff ausgesetzt sein sollten, müßten wir ihretwegen die guten Dienste und den Einfluß der italienischen Regierung erbitten.

(Gleichlautend nach Durazzo No. 125)

(35813)

No. 592

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 136

Athen, den 2. August 1914

A. 2. August 11³⁰ vorm.

E. 4. August 2^o nachm.

Serbische Regierung hat griechische Regierung gebeten, bei Polizeimaßnahmen gegen drohende Tätigkeit bulgarischer Banden in serbisch Mazedonien mitzuwirken.

Griechische Regierung erwägt, ob sie das ohne Verletzung der Neutralität tun kann.

Auch hiesiger bulgarischer Gesandter hat ähnliches Zusammenwirken von griechischer und bulgarischer Polizei gegen bulgarische Banden angeregt. Dies wird ebenfalls erwogen. An das Auswärtige Amt gerichtet.

(Gleichlautend nach Sofia, Bukarest und Nisch)

(35799)

No. 593

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 315

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 2^o nachm.

Geben Sie meinem Telegramm Nr. 314 vom 4. August²⁾ keine Folge.

Falls Auftrag bereits ausgeführt, benachrichtigen Sie Regierung,

¹⁾ No. 574.

²⁾ No. 578 b).

bei der Sie beglaubigt sind, daß Sie inzwischen Weisung erhalten haben, bis auf weitere Instruktion frühere Mitteilung rückgängig zu machen.

(Auch nach St. Petersburg No. 444, Kristiania No. 26, dem Haag No. 24 und nach Brüssel No. 15 *mutatis mutandis* gesandt)

(35798)

No. 594

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 270

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 2^o nachm.

Wir erfahren, daß Deutschland eine Note an belgischen Minister des Äußern gerichtet hat, wonach deutsche Regierung gezwungen sein wird, die als unumgänglich erachteten Maßnahmen, wenn nötig mit Waffengewalt, zur Ausführung zu bringen.

Wir haben ferner erfahren, daß belgisches Gebiet bei Gemmenich verletzt worden ist.

Unter diesen Umständen und in Anbetracht der Tatsache, daß Deutschland es abgelehnt hat, die gleiche Zusicherung bezüglich Belgiens zu geben, wie sie Frankreich letzte Woche in Erwiderung auf unser gleichzeitig in Berlin und Paris gestelltes Ersuchen abgegeben hat, müssen wir dies Ersuchen wiederholen und verlangen, daß bis 12 Uhr nachts eine befriedigende Antwort darauf und ebenso auf mein Telegramm No. 266 von heute morgen¹⁾ hier eingeht. Wenn nicht, sind Sie angewiesen, Ihre Pässe zu fordern und zu erklären, daß Seiner Majestät Regierung sich verpflichtet fühlt, alle in ihrer Macht stehenden Schritte zur Aufrechterhaltung der Neutralität Belgiens und zur Innehaltung eines Vertrages zu tun, an den Deutschland ebenso sehr gebunden ist wie wir selbst.

Im BB No. 159 veröffentlicht

Dies hat Sir E. Goschen um 7 Uhr nachm. Herrn von Jagow in Form eines Aide-mémoire mitgeteilt. Siehe DD No. 839

Vgl. auch No. 615 und 671

(35834)

No. 595

Der niederländische Gesandte an Sir Edward Grey

Erhalten 4. August

Légation des Pays-Bas, Londres, le 3 août 1914

M. le Secrétaire d'Etat,

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence que le Ministre allemand à La

¹⁾ No. 573.

Haye, après avoir fait, hier matin, au Ministre des Affaires Etrangères une communication relative à l'ultimatum posé à la Belgique, lui a déclaré ensuite, au nom du Gouvernement Impérial, que celui-ci respectera entièrement la neutralité des Pays-Bas, si les Pays-Bas maintiennent la neutralité envers l'Allemagne. Le Ministre des Affaires Etrangères a répondu que telle était la décision du Gouvernement Royal, et il a pris acte de la déclaration du Ministre allemand.

En satisfaisant par la présente à ces instructions, je saisis, &c.
R. de Marees van Swinderen

(35833)

No. 596

Der niederländische Gesandte an Sir Edward Grey

Londres, le 4 août 1914

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence qu'un décret vient d'être promulgué interdisant à des aviateurs étrangers de franchir les frontières du pays. Le Gouvernement Royal n'assume aucune responsabilité quant aux conséquences que pourra entraîner la non-observation de cette interdiction.

R. de Marees van Swinderen

(35790)

No. 597

Die Admiralität an das Auswärtige Amt

Erhalten 4. August

Die Admiralität, den 4. August 1914

Eure Exzellenz!

Ich bin vom Marineministerium beauftragt zu ersuchen, Sekretär Sir E. Grey möge der italienischen Regierung mitteilen, daß dem Oberbefehlshaber im Mittelmeer zur Pflicht gemacht wurde, die von der italienischen Regierung erklärte Neutralität streng zu achten.

2. Sir Berkeley Milne wurde angewiesen, keinem Seiner Majestät Schiffe zu erlauben, sich innerhalb sechs Meilen der italienischen Küste zu nähern. Wenn diese Tatsache der italienischen Regierung mitgeteilt wird, sollte es klar gemacht werden, daß dieser Befehl von dem Wunsch eingegeben ist, den Anschauungen der italienischen Regierung bis zum äußersten entgegenzukommen, daß er aber nicht als eine Anerkennung ihres Anspruchs auf Territorialgewässer über die Dreimeilenzone hinaus aufgefaßt werden darf.

Ich bin usw.

(für den Sekretär)

J. W. S. Anderson

(35844)

No. 598

Tewfik Pascha an Sir Edward Grey

Erhalten 4. August

Ambassade Impériale Ottomane à Londres

L'Ambassadeur de Turquie présente ses compliments à Sir E. Grey et a l'honneur de communiquer à son Excellence que la mobilisation générale qui vient d'être proclamée dans tout l'Empire a en vue de garantir uniquement les territoires de l'Empire Ottoman le Gouvernement Impérial ayant décidé de garder une stricte neutralité dans les conflits actuels.

Le 4 août 1914

Vgl. No. 605

(35831)

No. 599

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 22

Stockholm, den 4. August 1914

A. 11⁵⁵ vorm.

E. 2³⁰ nachm.

Schwedische Mobilmachung schreitet stufenweise fort. Flotte und Küstenartillerie gestern einberufen.

(35717)

No. 600

Sir Edward Grey an Sir M. d. Bunsen

(Tel.) No. 206

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 2³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 152 vom 3. August¹⁾.

Sollten Euere Exzellenz schließlich abberufen werden, dann wollen Sie amerikanischen Botschafter bitten, Wahrung britischer Interessen wie vereinbart zu übernehmen.

(35842)

No. 601

Herr Carnegie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 30

Lissabon, den 4. August 1914

A. 10⁴⁵ vorm.

E. 3¹⁰ nachm.

Gestern abend ersuchte mich Ministerpräsident im Namen des Präsidenten der Republik und der Regierung, Seiner Majestät Re-

¹⁾ No. 582.

gierung zu versichern, daß Portugal Absicht und Wunsch habe, in völliger Übereinstimmung mit Großbritannien zu handeln, zu welcher Haltung letzteres sich auch entschließen mag.

Vgl. No. 610

(35846)

No. 602

Generalkonsul Sir C. Hertslet an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Antwerpen, den 4. August 1914

A. 1⁴ nachm.

E. 3¹⁰ nachm.

Mein gestriges Telegramm No. 19¹⁾.

Belagerungszustand über Antwerpen gestern abend aufgehoben, aber heute morgen wieder in Kraft gesetzt.

Kein Schiff darf Hafen verlassen, aber ich habe Ermächtigung für Ausreise von „Montrose“ und anderen britischen Schiffen erwirkt.

(35837)

No. 603

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 19

Brüssel, den 4. August 1914

A. 1¹ nachm.

E. 3¹² nachm.

Sondertagung der Kammern heute morgen vom König persönlich eröffnet, der patriotische Ansprache hielt. Seiner Majestät und der Königin wurde mächtige Huldigung dargebracht. Ministerpräsident verlas Korrespondenz mit deutschem Gesandten, die, wie er sagte, keines Kommentars bedürfe. Es herrschte ungeheure Begeisterung.

(35848)

No. 604

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 32

Haag, den 4. August 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

Kabinettschef im Ministerium des Äußern sagte mir heute morgen, deutsche Regierung habe niederländischer Regierung kein Ultimatum bezüglich Neutralität überreicht, wie in gestrigen Blättern

¹⁾ No. 524.

gemeldet. Falls deutsche Regierung es tue, werde niederländische Regierung gleiche Antwort wie belgische Regierung geben.

Außenminister ist sehr zuversichtlich, daß keine Macht Neutralität der Niederlande verletzen wird, doch werden alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

(35857)

No. 605

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 478

Konstantinopel, den 3. August 1914

A. 3. August 9³⁰ nachm.

E. 4. August 3³⁰ nachm.

Großwesir erneuerte heute Versicherungen, daß Türkei strenge Neutralität zu wahren beabsichtige. Mobilisierung sei nur beschlossen worden, weil ihre Durchführung Monate beanspruche und weil die Regierung im Fall eines Angriffs von seiten Bulgariens nicht überrascht werden wollte, obwohl sie auch durch Gerüchte eines russischen Vorgehens beunruhigt worden sei — die glaube ich dem deutschen Botschafter zuzuschreiben sind. Beibehaltung der deutschen Militärmission besage nichts und habe keine politische Bedeutung. Er betrachte ihre Mitglieder als türkische Beamte, die gute Arbeit täten, und da sie sich erboten hätten zu bleiben, wäre eine Ablehnung unhöflich gewesen.

(Gleichlautend nach Sofia)

Vgl. No. 586 und 598

Anmerkung. Zwischen der Türkei und Deutschland wurde am 2. August ein Bündnisvertrag unterzeichnet, demzufolge die Türkei sich verpflichtete, Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland zu unterstützen. Siehe DD No. 726, 733.

(35800)

No. 606

Sir Edward Grey an Herrn Carnegie (Lissabon)

(Tel.) No. 42

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 3³⁰ nachm.

Wir erfahren, daß in Delagoabucht liegender Dampfer „Admiral“ anscheinend als drahtlose Küstenstation zur Übermittlung drahtloser Nachrichten der deutschen Regierung dient. Verständigen Sie portugiesische Regierung ganz streng vertraulich und geben Sie zu verstehen, daß sofort Weisungen ergehen sollten, um solch eine Möglichkeit im gegenwärtigen kritischen Augenblick zu verhüten. Das richtige, gegenwärtig hier wie in anderen Ländern eingehaltene Ver-

fahren besteht darin, zu verhindern, daß drahtlose Apparate in Territorialgewässern anderweitig als unter Regierungskontrolle benutzt werden, und alle fremden Schiffe zu zwingen, ihren drahtlosen Apparat unbrauchbar zu machen.

(35856)

No. 607

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Berlin, den 4. August 1914

A. 2³⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Mitteilung der zwischen Deutschem Kaiser und Kaiser von Rußland gewechselt und in deutschem Weißbuch veröffentlichten Telegramme ¹⁾).

(35744)

No. 608

Mitteilung der deutschen Botschaft, 4. August 1914

Auswärtiges Amt

Herr v. Wesendonk von der deutschen Botschaft sprach vor und teilte mit, der Botschafter habe von seiner Regierung ein weiteres Telegramm (datiert 2³⁰ nachm.) erhalten, wonach es völlig unwahr sei, daß ein einziger deutscher Soldat die französische Grenze überschritten habe.

3. 8. 1914

H. M.

Vermerk

Herr de Fleuriau wiederholte mir vor einer Stunde, sie hätten tatsächlich eine Anzahl deutscher Offiziere erschossen, die die Grenze überschritten hatten. — E. A. C. 3. August 1914.

(35870)

No. 609

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 133. *En clair*

Paris, den 4. August 1914

A. 1³ nachm.

E. 3⁵⁵ nachm.

Unter Bezugnahme auf Ihr gestriges Telegramm No 310 ²⁾ meldet Militärattaché, französisches Kriegsministerium teile ihm mit: Erstens, es habe keine Nachricht, daß eine französische Patrouille die Grenze auch nur ein paar Meter überschritten habe. Auf Grund der erlassenen strengen Befehle erscheint das unmöglich. Zweitens, es ist richtig, daß

¹⁾ Siehe den Wortlaut dieser Telegramme in CDD, Seite 431 ff.

²⁾ No. 540.

ein Militärflieger am 3. August im Elsaß die Richtung verlor. Er landete irrtümlich in einem Vorort von Mülhausen, stieg wieder auf und erreichte Belfort unbeschädigt. Drittens, weder eine männliche noch eine weibliche Person hat Weisung erhalten, den Cochemer Tunnel oder sonst einen Tunnel zu sprengen. Dem Kriegsministerium ist von einem derartigen Versuch nichts bekannt. Viertens, es hat keine Nachricht erhalten, daß französische Infanterie die elsässische Grenze überschritten hätte.

(35864)

No. 610

Sir Edward Grey an Herrn Carnegie

(Tel.) No. 43

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914
A. 4¹⁰ nachm.

Mein heutiges Telegramm No. 41¹⁾.

Benachrichtigen Sie Außenminister, daß im Falle deutschen Angriffs auf eine der portugiesischen Besitzungen Seiner Majestät Regierung sich durch die Bedingungen des englisch-portugiesischen Bündnisses gebunden erachten wird.

Vorerst würde es Seiner Majestät Regierung genügen, wenn portugiesische Regierung sich enthielte, Neutralität zu erklären.

Sollte es Seiner Majestät Regierung später notwendig finden, an die portugiesische Regierung irgendeine Forderung zu stellen, die mit ihrer Neutralität unvereinbar wäre, dann würde sie sich zur Rechtfertigung einer solchen Forderung auf das Bündnis berufen.

(35872)

No. 611

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 22

Brüssel, den 4. August 1914
A. 1⁰ nachm.
E. 4²⁰ nachm.

Militärattaché wurde auf Kriegsministerium unterrichtet, daß deutsche Truppen nun unzweifelhaft in belgisches Gebiet eingerückt sind und daß kleine deutsche Abteilung, die jedoch zurückgeworfen wurde, Lüttich zur Übergabe aufgefordert hat. Kriegsministerium erklärt, daß Mobilmachung ohne jeden Zwischenfall verlief und daß Armee zurzeit planmäßig zusammengezogen ist. Holländisch-Limburg wurde von Deutschen nicht besetzt. Französischer Militärattaché wurde benachrichtigt, daß deutsche Truppen jetzt um Aachen konzentriert werden.

Im BB No. 158 (ohne die drei letzten Sätze) veröffentlicht

¹⁾ No. 590. Vgl. auch No. 565 und 601.

*Das deutsche Auswärtige Amt an den deutschen
Botschafter, London*

(Tel. No. 1545)

A. 4. August 4³⁸ nachm.E. in London 4¹⁷ nachm.Zugestellt 4²⁵ nachm.

Declaration Bethmann Reichstag to-day. We are in self-defence and needs must. Our troops have occupied Luxemburg and perhaps have already entered Belgian territory. This is an infraction to International Law. Though the French Government have declared in Brussels to be willing to respect Belgium's neutrality as long as the adversary would respect it, we knew that France was ready for invasion. France was able to wait, we were not. A French aggression into our flank on the lower Rhine would have been disastrous. We were therefore compelled to overrule the legitimate protest of the Luxemburg and Belgian Governments. We shall repair the wrong which we are doing, as soon as our military aims have been reached. Anybody threatened as we are and fighting for his most sacred goods must only think of pulling through. As to the attitude of England, the statement made by Sir Edward Grey in the House of Commons has clearly laid down the point of view taken by the British Government that as long as England will keep neutral our fleet would not attack the Northern Coast of France and that we would not touch the territorial integrity and the independence of Belgium. I herewith repeat this declaration publicly before the whole world and I may add that as long as England keeps neutral we would be willing in case of reciprocity not to undertake any hostile operations against the French commercial navigation.

Jagow

Anmerkung. Dies Telegramm ging dem Auswärtigen Amt durch den Zensor zu. Es war *en clair* und in englischer Sprache gesandt, offenbar in der Absicht, daß es aufgefangen werden sollte (DD No. 829). Interpunktion wie im Original*.

* DD No. 829 weist folgende kleine Unterschiede auf: Das erste Wort endet mit einem s, also Declarations, und der erste Satz steht als Überschrift in der Mitte über dem Text ohne Punkt am Schlusse; selfdefence ist nicht durch — getrennt; in der 2. u. 3. Zeile heißt es: perhaps already have...; in der 3. u. 4. Zeile sind die Wörter international law, in der 17. Zeile die Wörter northern coast mit kleinen Anfangsbuchstaben gedruckt; in der 5. Zeile heißt es Belgium; Zeile 10 und 13: „We shall repair...“ und „As to the attitude...“ fangen je mit neuem Absatz an; und in der dritt- und zweitletzten Zeile stehen nach willing und reciprocity Kommas. Das Telegramm ging in Berlin 4⁵ nachm. zum Haupttelegraphenamte.

Übersetzung*

(Möglichst nach dem stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen, Bd. 306, S. 6/7)

Erklärungen Bethmanns in der heutigen Reichstagssitzung

Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, Belgiens Neutralität respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten; wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen.

Da: Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!

Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit öffentlich vor aller Welt und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Handlungen gegen die französische Handelsschifffahrt vorzunehmen.

Jagow

(35863)

No. 613

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 135

Paris, den 4. August 1914

A. 1¹⁵

E. 4³⁰

In Beantwortung Ihres Telegramms No. 309 vom 3. August¹⁾ meldet Militärattaché, französisches Kriegsministerium erkläre, daß Leichen zweier Deutscher — die eines Offiziers und die andere entweder eines Offiziers oder Unteroffiziers — auf französischem Boden liegen und daß französische Behörden im Besitze ihrer Kleidungsstücke und Ausweispapiere sind.

¹⁾ No. 529.

* Genau nach der Übersetzung im Anschluß an DD No. 829.

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 132

Paris, den 4. August 1914

A. 1¹⁵ nachm.E. 5⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché:

„Mitteilung französischen Kriegsministeriums: Deutscher Aufmarsch: Allgemeine Lage ziemlich unverändert.

Großherzogtum Luxemburg: Größerer Teil des VIII. Korps mit Vorhuttruppen 16. Division an der französischen Grenze; zwischen Luxemburg und Longwy wahrscheinlich auch eine Kavalleriedivision, zu der 7. Ulanen und 7. Chevaulegers gehören.

Lothringen: Bewegungen des XXI. Korps auf Château Salins und des XIII. Korps auf Saarburg gemeldet.

Vogesen bis zur Schweizer Grenze: Lage unverändert. Französische Stellungen: Truppen an der Grenze keine Veränderung; übrige französische Truppen in ihren Garnisonen und man erwartet ihren Vormarsch ungefähr am 6. August.

Man hofft, aus Algier etwa 20 000 Mann herüberschaffen zu können; wegen Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe wird gegenwärtig Beginn des Transportes über Mittelmeer nicht für ratsam gehalten; wahrscheinliche Beförderungsdauer 12 Tage; wahrscheinliches Ziel Umgegend von Belfort.

Geheimhaltung bezüglich aller Bewegungen und Stellungen französischer Truppen wichtig; Mitteilungen dienen zur Information britischen Kriegsministeriums.“

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 271

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 5⁰ nachm.

Bitte baldmöglichst Empfang meiner Telegramme No. 266 und 270 vom 4. August¹⁾ bestätigen.

Wir werden Sie unverzüglich wissen lassen, ob eine zufriedenstellende oder gegenteilige Antwort bis Mitternacht hier eingegangen ist. Regierung der Vereinigten Staaten ist sehr gern bereit, Geschäfte der Botschaft wahrzunehmen.

¹⁾ No. 573 und 594.

(35873)

No. 616

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 134. Geheim

Paris, den 4. August 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 5⁰ nachm.

Marineattaché meldet folgende Mitteilung vom Marineministerium:
„Französische Flotte hat Befehl erhalten, ‚Goeben‘ wenn möglich zum Kampf zu stellen. ‚Goeben‘ ist gegenwärtig in Höhe algerischer Küste.“

(35847)

No. 617

Sir Edward Grey an Sir Arthur Hardinge

(Tel.) No. 49. Dringend

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 5²⁰ nachm.

Ein deutsches Kabelschiff liegt bei Vigo, um bei Ausbruch von Feindseligkeiten die in diesen Hafen mündenden Kabel zu zerschneiden.

Bei Empfang der Nachricht, daß Krieg ausgebrochen ist, wollen Sie spanische Regierung sofort verständigen und ersuchen, man möge dringende Weisungen nach Vigo schicken, um zu verhindern, daß dieser Hafen als Basis für feindliche Handlungen gegen britische Interessen benützt wird.

(35877)

No. 618

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 207

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 5³⁰ nachm.

Wir werden uns voraussichtlich morgen mit Deutschland im Kriegszustand befinden, da Deutschland den belgischen Vertrag verletzt hat und sich offenbar nicht verpflichten will, ihn zu achten.

Meines Wissens ist Österreich aber gegenwärtig weder mit Rußland noch Frankreich im Krieg und ich beabsichtige daher nicht, Sie anzuweisen, Ihre Pässe zu fordern oder eine Mitteilung an die österreichische Regierung zu richten. Ich habe dies österreichischem Botschafter gesagt, jedoch hinzugefügt, wir würden natürlich erwarten, daß österreichische Regierung keine Kriegshandlung gegen uns begeht, ohne uns vorher eine Mitteilung gemäß diplomatischem Brauch zu machen.

(35879)

No. 619

Konsul Pratt an Sir Edward Grey

(Tel.)

Tsinanfu, den 4. August 1914

E. 4. August 6³⁰ nachm.

Lage in Tsingtau.

Am 1. August wurde Standrecht verkündet — alle Ölvorräte beschlagnahmt. Zwei Dampfern verboten, Vieh nach Wladiwostok zu befördern. Es wurde versucht, Barbestand der Russisch-Chinesischen Bank zu beschlagnahmen, aber er war bereits in Deutsch-Asiatische Bank gebracht worden. Britischer Vizekonsul wurde verständigt, daß alle britischen Untertanen zur Abreise bereit sein müßten, doch man wird reichlich Zeit und Erleichterungen gewähren. Panik entstand unter Chinesen, die massenhaft fliehen, aber britische Untertanen bleiben ruhig.

Am 2. August stürzte Armeeflugzeug ab, wobei Führer schwer verletzt wurde, sodaß ein diensttaugliches Flugzeug und ein Führer zur Verfügung stehen. Vier deutsche Handelsschiffe werden zurückgehalten.

Seit 1. August kann britisches Vizekonsulat nur offene Telegramme abschicken oder empfangen.

Telegraphierte Auswärtigem Amt *en clair*, ob Instruktionen Vizekonsuls geändert wären. Dies ließ Gouverneur passieren, aber bisher noch keine Antwort eingegangen.

Ich habe Obiges nach Peking telegraphiert.

(35721)

No. 620

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 253

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

A. 6³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 160 vom 3. August¹⁾.

Ich habe italienischem Botschafter warme Anerkennung ausgesprochen.

(35883)

No. 621

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 23

Brüssel, den 4. August 1914

A. 4²⁶ nachm.

E. 6³⁰ nachm.

Französischer Militärattaché erklärt, deutsche Truppen seien heute

¹⁾ No. 579.

morgen in Marieange, Martelange, Bastogne und längs Lüttich—Stavelot—Luxemburg-Bahnlinie erschienen.

Deutscher Aufmarsch scheint zu sein: Äußerster rechter Flügel siebentes Armeekorps von Aachen vorrückend, anschließend sechzehntes, dann viertes und ein Armeekorps, dessen Nummer unbekannt (vielleicht XII.) am äußersten linken Flügel. Sächsische Kavallerie begleitet Kavallerie des VII. Korps und die 8. Kürassiere.

Russischer Militärattaché sagt, daß die Deutschen von Eupen, Aachen und bei Stavelot in Belgien einmarschiert seien.

(35881)

No. 622

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 164

Rom, den 4. August 1914

A. 1⁵ nachm.

E. 6⁵⁰ nachm.

Griechische Regierung sendet Kriegsschiffe nach Brindisi, um dort deutschen Gesandten nach Athen zu bringen, der König von Griechenland eigenhändigen Brief des Kaisers überbringt.

(35885)

No. 623

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 136

Paris, den 4. August 1914

A. 3³⁵ nachm.

E. 7² nachm.

Der Außenminister benachrichtigt mich, daß deutsches Schiff Philippeville und Bona beschossen hat.

(35887)

No. 624

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 138. Vertraulich

Paris, den 4. August 1914

A. 3²⁵ nachm.

E. 7¹⁰ nachm.

Außenminister unterrichtet mich, daß ihm belgischer Gesandter ein Telegramm seiner Regierung mitgeteilt hat, wonach deutsche Soldaten die belgische Grenze bei Gemmenich in der Gegend von Verviers überschritten haben.

(35884)

No. 625

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 25

Brüssel, den 4. August 1914

A. 6⁵⁰

E. 7¹⁰

Ihr Telegramm No. 15 vom 4. August¹⁾.

Auftrag gemäß Ihrem Telegramm No. 14²⁾ bereits ausgeführt.

Ich habe belgische Regierung verständigt, daß meine Mitteilung bis auf weitere Instruktion annulliert ist.

(35886)

No. 626

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 137. Dringend. Vertraulich

Paris, den 4. August 1914

A. 3²⁵ nachm.

E. 7²⁰ nachm.

Holland Belgien Norwegen Schweden. Auftrag gemäß Ihren dringenden Telegrammen nach Paris Nummern 313³⁾, 314⁴⁾, 312⁵⁾ von heute morgen heute 1⁰ nachm. ausgeführt.

Außenminister wird mir Antworten heute abend geben.

(35909)

No. 627

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Stockholm, den 4. August 1914

A. 4³⁰ nachm.

E. 7⁵⁰ nachm.

Schweden hat heute morgen seine völlige Neutralität während des gegenwärtigen Krieges zwischen den fremden Mächten erklärt.

Vgl. No. 633

(35894)

No. 628

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 135. Dringend

Berlin, den 4. August 1914

A. 5³⁵ nachm.

E. 7⁵⁰ nachm.

Mein französischer Kollege protestierte gegen Verletzung fran-

¹⁾ No. 593.

²⁾ No. 580.

³⁾ No. 578 a).

⁴⁾ No. 578 b).

⁵⁾ No. 576.

zösischer Grenze durch deutsche Truppen und in Erwiderung darauf teilte ihm deutsche Regierung die in meinem gestrigen Telegramm gemeldeten Verletzungen ihres Gebietes mit.

Vermutlich hat Ihnen französische Regierung Einzelheiten der Ereignisse an französischer Grenze mitgeteilt. Meinem französischen Kollegen wurden Pässe gestern abend 7 Uhr zugestellt; er reist heute abend 10 Uhr nach Wien. Zuerst wurde ihm Wahl zwischen Kopenhagen und Konstanz gelassen und er wählte letzteres; man ließ ihn jedoch später wissen, daß er über Wien reisen müsse. Hiergegen protestierte er, bis ihm schriftliche Versicherung gegeben wurde, daß er Reise durch Schweiz fortsetzen dürfe.

Seine Telephonleitung wurde vor zwei Tagen gesperrt und sein Vizekonsul und Botschaftsrechnungsführer heute früh im Bett verhaftet, jedoch auf Einspruch kurz darauf wieder freigelassen. Er und sein Stab wurden aus Furcht vor Beleidigungen ermahnt, sich nicht öffentlich zu zeigen.

(35913)

No. 629

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 26

Brüssel, den 4. August 1914

A. 6²⁹ nachm.

E. 8⁵⁰ nachm.

Kriegsminister bat durch seinen Stabschef Militärattaché „officieusement“, Seiner Majestät Regierung zu benachrichtigen, daß Belgien ein sehr willkommener Dienst erwiesen werden würde, wenn Flotte Schelde und Meereszugänge nach Antwerpen für Schiffe zur Versorgung Belgiens offen hielte.

(35912)

No. 630

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 27

Brüssel, den 4. August 1914

A. 6³⁸ nachm.

E. 9⁰ nachm.

5 Uhr. Militärattaché erfuhr eben auf Kriegsministerium, daß außerhalb Lüttichs geschossen wird.

Deutsche haben bis jetzt Maas nicht überschritten.

(35915)

No. 631

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 28

Brüssel, den 4. August 1914

A. 6³⁸ nachm.

E. 9¹⁵ nachm.

Der Minister des Äußern war eben bei mir, um mir als einen „Fall von geschichtlichem Interesse“ bekanntzugeben, welche Antwort die belgische Regierung erteilt hätte, wenn meine Mitteilung nicht zurückgezogen worden wäre.

Der im Schloß abgehaltene Rat hatte den Beschluß gefaßt, zu antworten, daß die Regierung Anerbieten gemeinsamen Handelns mit „lebhafter Befriedigung“ annehmen werde.

Vgl. No. 580

(35916)

No. 632

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 35

Haag, den 4. August 1914

E. 9²⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 24 vom 4. August¹⁾.

Ich hatte Auftrag gemäß Ihrem Telegramm No. 23 vom 4. August²⁾ bereits ausgeführt, habe Mitteilung aber rückgängig gemacht.

Als ich gemäß Ihrem Telegramm No. 23 Mitteilung machte, bat mich Minister des Äußern, Ihnen dafür zu danken und Ihnen zu sagen, daß er von der deutschen Regierung eine formelle Zusicherung erhalten habe, sie werde Neutralität der Niederlande nicht verletzen, wenn Niederlande bei ihrer gegenwärtigen neutralen Haltung verbleibt.

Als ich Ihr Telegramm No. 24 erhielt, war es mir nicht möglich, Minister des Äußern zu sprechen, aber ich sah Kabinettschef, der Bedauern ausdrückte, daß Mitteilung rückgängig gemacht werden müsse, da sie angenehm gewesen wäre. Er würde Außenminister benachrichtigen, sobald er ihn erreichen könne.

¹⁾ No. 593.

²⁾ No. 580.

(35917)

No. 633

Herr Howard an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 25

Stockholm, den 4. August 1914

A. 3³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm ¹⁾).

Ein Freund, der den König heute morgen sah, sagte mir, Seine Majestät und die schwedische Regierung seien absolut entschlossen, ihre Neutralität bis zum Äußersten zu wahren. Ich empfahl dem Außenminister heute dringend, unter keinen Umständen aktiv am Kriege teilzunehmen, selbst wenn Schweden sich möglicher Gebietsverletzung nicht widersetzen könne. Er erklärte, daß dies die feste Absicht Schwedens sei.

(35918)

No. 634

Generalkonsul Barnham an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 12

Smyrna, den 4. August 1914

A. 8⁴ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Allgemeine Mobilmachung noch in vollem Gange.

(35926)

No. 635

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 135

Athen, den 4. August 1914

A. 7³⁰ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Da griechische Regierung die österreichische unterrichtet hat, sie werde neutral bleiben, wenn Bulgarien sich nicht einmische, hat österreichische Regierung geantwortet, daß sie Bulgarien eindringlich ermahnt habe, neutral zu bleiben, und daß letzteres versichert hat, dies tun zu wollen.

(Gleichlautend nach Sofia, Nisch und Bukarest)

¹⁾ No. 627.

(35921)

No. 636

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 480

Konstantinopel, den 4. August 1914

A. 11⁰ vorm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Folgendes vom Militärattaché in Belgrad für den Leiter der Operationsabteilung:

„Serbische Mobilmachung am 30. Juli beendet. Konzentration wird in der Nacht vom 4. auf 5. August beendet sein. Serben erwarten augenblicklich keine entscheidende Aktion der Österreicher.“

(35937)

No. 637

Sir C. Greene an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 61

Tokio, den 4. August 1914

A. 6⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 36 vom 3. August¹⁾ wurde heute morgen dem Kabinett vorgelegt und Außenminister bat mich, zu melden, daß in den besonders erwähnten Fällen, nämlich:

Bei einem Angriff auf Hong-kong und Wei-hai-wei oder bei einer ähnlich konkreten Angriffshandlung kaiserliche Regierung, wenn darum ersucht, sofort bereit sein wird, Seiner Majestät Regierung zu unterstützen, wie in meinem Telegramm No. 58 dargelegt²⁾. In den hypothetischen Fällen, wie der Wegnahme eines britischen Handelsschiffes, oder in einem Falle, der etwa eine Frage chinesischer oder russischer Territorialgewässer betrifft, würde die kaiserliche Regierung gerne die Möglichkeit haben, den Fall zu erwägen und sich mit Seiner Majestät Regierung zu beraten, bevor sie sich zu einem bestimmten Vorgehen entschließt.

Geheim

Seine Exzellenz sagt mir, daß zweite Schlachtflotte von vier großen Kreuzern, der vielleicht Freiwilligenflotte zugeteilt wird, in Saseho zu sofortiger Aktion bereit liegt, während je ein Kreuzer in den Häfen von Nagasaki, Fusan und Chemulpo für alle Eventualitäten stationiert wurde.

Obiger geheimer Absatz nur zur Information Seiner Majestät Regierung.

(Gleichlautend nach St. Petersburg)

¹⁾ No. 549.

²⁾ No. 571.

Sir Edward Grey an Herrn Barclay (Manchester, Mass.)

No. 435

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Ich erzählte Herrn Page heute von unserem Ultimatum an Deutschland bezüglich der Wahrung der belgischen Neutralität. Ich führte aus, daß es sich in erster Linie um die Erfüllung einer Vertragsverpflichtung handle. Wenn wir nach allem, was 1870 über unsere Verpflichtungen gemäß dem die Neutralität Belgiens verbürgenden Verträge geäußert wurde, jetzt nichts getan hätten, um diese Neutralität zu schützen, und wir der gegenwärtigen vorsätzlichen und offenkundigen Vertragsverletzung einfach zugeschaut hätten, dann würden wir alle Achtung eingebüßt haben. Der Grundsatz von der Heiligkeit der Vertragsrechte sei eigentlich der Prüfstein für den Fortschritt der Zivilisation im Vergleich mit einem Zustand der Gewalt und Gesetzlosigkeit; er sei die Grundlage alles Vertrauens zwischen den Nationen. Es gäbe zweierlei Art Leute in Deutschland: Leute wie der deutsche Kanzler, Herr von Bethmann Hollweg, und der deutsche Botschafter hier, Fürst Lichnowsky, die all diese Dinge so wie wir behandelten; auf der anderen Seite sei da die Militärpartei der Gewalt, die gar keine Achtung vor diesen Dingen habe. Ich hätte Nachricht, daß Deutschland wenigstens auf einen der kleineren europäischen Staaten einen Druck ausübe, damit er sich ihm in diesem Kriege anschließe, und der Fall läge für uns so, daß, wenn Deutschland gewinne, es Frankreich beherrschen würde; die Unabhängigkeit von Belgien, Holland, Dänemark und vielleicht auch Norwegen und Schweden wäre ein bloßer Schatten; ihre nationale Sonderexistenz wäre in Wirklichkeit nur eine Fiktion; alle ihre Häfen stünden Deutschland zur Verfügung, das ganz Westeuropa beherrschen würde, und dies würde unsere Stellung ganz unmöglich machen. Unter solchen Umständen könnten wir nicht mehr als Staat ersten Ranges bestehen. Ich sagte, ich verlangte von den Vereinigten Staaten nur, daß sie den gewöhnlichen Regeln der Neutralität nachkämen und notfalls die Geschäfte unserer Botschaften in Berlin und Wien übernähmen. Ich möchte, daß Herr Page meine obigen Äußerungen dem Präsidenten telegraphierte.

Herr Page entgegnete, er fühle, daß das, was sich in Europa zutrage, in den Vereinigten Staaten einen kaum geringeren Kummer verursache, als wenn sie selbst in den Krieg verwickelt wären. Er würde das, was ich gesagt, dem Präsidenten telegraphieren. Er drückte große Teilnahme aus und bemerkte, die Vereinigten Staaten würden es als ein Vergnügen erachten, alles, was in ihrer Macht stehe und

mit den Neutralitätsverpflichtungen vereinbar sei, zu tun, um uns nützlich zu sein.

Er war zur Erklärung ermächtigt, daß die amerikanische Botschaft in Berlin und Wien sich im Notfall bereitwillig unserer dortigen Interessen annehmen würde.

Ich bin usw.

E. Grey

Vgl. No. 573 und 594

(36527)

No. 639

Sir Edward Grey an Herrn Chilton

No. 97

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Ich hatte heute eine Unterredung mit dem niederländischen Gesandten.

Er unterrichtete mich, daß Deutschland eine äußerst befriedigende Zusicherung in bezug auf die holländische Neutralität abgegeben habe, und er glaubte, seine Regierung werde sich wahrscheinlich an uns und Frankreich wegen Abgabe einer ähnlichen Zusicherung wenden.

Ich erwiderte, ich hätte im Sinn gehabt, der niederländischen Regierung einen Vorschlag zu machen, falls Deutschland einen Druck auf sie ausüben sollte, ihren Neutralitätsstandpunkt zu verlassen. Da diese Möglichkeit nicht eingetreten sei, brauchte ich gegenwärtig nichts mehr zu sagen.

Ich bin usw.

E. Grey

(36528)

No. 640

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

No. 226

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Ich habe heute dem italienischen Botschafter meine allerwärmste Anerkennung für die mit Ihrem Telegramm No. 160 vom 3. ds. Mts. berichteten Äußerungen des italienischen Ministers des Auswärtigen

zu Euerer Exzellenz¹⁾ zum Ausdruck gebracht. Ich sagte, daß ich seine Gefühle uns gegenüber herzlich erwidere.

Der Botschafter sprach die Befürchtung aus, Italien könnte in den Krieg hineingezogen werden. Österreich werde fast sicher irgend etwas tun, was sogar die Steine in Italien zur Erhebung bringen würde.

Ich bin usw.

E. Grey

(36531)

No. 641

Sir Edward Grey an Sir C. Greene (Tokio)

No. 122

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euerer Exzellenz!

Ich bat den japanischen Botschafter heute, Baron Kato für sein großmütiges Unterstützungsangebot²⁾ herzlichst zu danken.

Ich sagte dem Botschafter, welch tiefen Eindruck das Verhalten Japans während des russisch-japanischen Krieges auf mich gemacht habe, indem es nämlich auf Grund unseres Bündnisses nichts von uns verlangte, was nicht genau in Übereinstimmung mit dem Bündnisvertrag war; es habe in der Tat beinahe weniger verlangt, als es zu einer gewissen Zeit anscheinend mit Recht von uns hätte fordern dürfen. Mir sei das als eine schöne Haltung von Treu und Glauben und der Reserve erschienen, und wir sollten es jetzt unsererseits wenn möglich vermeiden, Japan in irgendwelche Schwierigkeiten hineinzuziehen. Sollte jedoch ein Fall eintreten, in dem wir seiner Hilfe bedürften, dann würden wir gerne darum bitten und dankbar dafür sein.

Ich bin usw.

E. Grey

(36529)

No. 642

Sir Edward Grey an Herrn Howard (Stockholm)

No. 43

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Der schwedische Gesandte sprach heute vor, um mich zu benachrichtigen, daß Schweden den entschiedenen Wunsch habe, seine Neutralität aufrechtzuerhalten; er war jedoch beauftragt hinzuzufügen,

¹⁾ No. 579.

²⁾ No. 637.

daß, falls es in den bevorstehenden Krieg hineingezogen würde, es in Anbetracht all des durch russische Spionage in Schweden verursachten Mißtrauens unmöglich die Partei Rußlands ergreifen könne.

Ich drückte meine Befriedigung aus, von der Absicht Schwedens zu hören, seine Neutralität wahren zu wollen und erklärte, daß, wenn es das täte, es mein Bestreben sein werde, Rußland und Frankreich zu veranlassen, mit uns gemeinsam die Achtung der Unabhängigkeit und Integrität Schwedens zu verbürgen.

Ich bin usw.

E. Grey

No. 643

Sir Edward Grey an den Deutschen Botschafter

Auswärtiges Amt, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Da die in Berlin gemachte Mitteilung zur Folge hatte, daß Seiner Majestät Botschafter seine Pässe verlangen mußte, beehre ich mich Euere Exzellenz zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung sich in Übereinstimmung mit den Bedingungen der heute der deutschen Regierung zugestellten Notifikation ab heute 11 Uhr abends als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachtet.

Ich beehre mich, hier die Pässe für Euere Exzellenz, sowie für die Familienangehörigen und das Personal Eurer Exzellenz beizulegen.

Ich habe usw.

E. Grey

Ich habe in diesen bewundernswürdigen Tagen
das Glück gehabt, Sie persönlich zu kennen und
zu erfahren, wie sehr Sie sich für die Sache
des deutschen Volkes interessieren und wie
viel Sie für die Förderung der deutschen
Literatur und Wissenschaften thun.
Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit
meinen herzlichsten Dank zu sagen und
zu hoffen, daß Sie mir die Gelegenheit
geben werden, Sie noch einmal zu sehen.

Ich bin mit
E. G. G.

Herrn Dr. G. G. G.
in der Deutschen Bibliothek

am 1. August 1874

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit
meinen herzlichsten Dank zu sagen und
zu hoffen, daß Sie mir die Gelegenheit
geben werden, Sie noch einmal zu sehen.

Ich bin mit
E. G. G.

Nachträge

Nachträge

(36026)

No. 644

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 62

Bukarest, den 28. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit ein Communiqué zu übersenden, das heute im Regierungsorgan „L'Indépendance Roumaine“ steht und die Haltung Rumäniens im österreichisch-serbischen Konflikt darlegt.

Ich erfahre, daß der Ministerpräsident nur mit großer Mühe die Genehmigung des Königs für diese Erklärung einer Politik zu erlangen vermochte, die im Kern auf eine Warnung an Österreich hinausläuft, den Vertrag von Bukarest nicht anzutasten.

Der heftige Ton der österreichischen Note vom 23. d. Mts. und Baron Giessls* übereilte Zurückweisung der weitreichenden von der serbischen Regierung in ihrer Antwort vom 25. d. Mts. angebotenen Genugtuung haben, soweit ich ersehen kann, allgemein Entrüstung in Bukarest hervorgerufen, obwohl bis jetzt nur wenig ungünstige Kommentare in der rumänischen Presse erschienen sind, indem, soviel ich weiß, bloß eins der führenden Blätter — und dies eine Zeitung, die, wie ich glaube, unter französischem Einfluß steht — Österreich wirklich angegriffen hat. Die in der Presse bemerkbare Mäßigung ist zweifellos auf ein *mot d'ordre* der rumänischen Regierung zurückzuführen, die zusammen mit dem Hofe wie gewöhnlich offenbar bestrebt ist, eine Verletzung Österreichs zu vermeiden.

Ich habe usw.

G. Barclay

Anlage zu No. 644

Auszug aus „L'Indépendance Roumaine“ vom 28. Juli 1914

*Le Conflit austro-serbe et l'Attitude
de la Roumanie*

Contrairement à ce qui a été publié dans certains journaux, le Gouvernement roumain n'a remis aucune note aux Puissances rela-

* Richtig „Baron Giesls . . .“

tivement à son attitude dans le conflit austro-serbe. Il n'y a eu à ce sujet que des conversations diplomatiques entre les Ministres étrangers accrédités auprès de notre Gouvernement et M. Jean Bratiano, président du conseil, à Sinaïa, ou M. Emmanuel Porumbaro, Ministre des Affaires Etrangères, à Bucarest.

Le point de vue de la Roumanie peut être formulé dans les deux idées directrices suivantes:

1. La Roumanie n'a aucun motif de s'immiscer dans le conflit spécial survenu entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie au sujet de l'attentat de Serajevo et de la propagande nationaliste en Bosnie et Herzégovine.
2. La Roumanie est préoccupée d'une chose essentielle, à savoir qu'il ne soit porté atteinte en aucune façon à l'équilibre balkanique établi par le traité de Bucarest.

Sur ce point les Etats balkaniques sont solidaires.

Cette solidarité a été affirmée récemment à Sofia par les représentants de la Serbie et de la Roumanie à l'occasion des conflits de frontière entre la Bulgarie et notre pays qui sont à l'heure actuelle en voie d'aplanissement; elle se manifeste aujourd'hui entre la Grèce et la Roumanie à l'occasion des événements austro-serbes.

(36027)

No. 645

Sir G. Barclay an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 63

Bukarest, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der serbische Geschäftsträger, der mich soeben aufgesucht hat, um mir mitzuteilen, daß Österreich-Ungarn nunmehr Serbien formell den Krieg erklärt habe, drückte mir die ernste Hoffnung aus, Großbritannien, das immer Serbiens Freund gewesen wäre, werde es in diesem kritischen Augenblick nicht im Stich lassen. Serbien sei Großbritannien stets dankbar gewesen und würde es mehr denn je für seine Hilfe in der gegenwärtigen Krise sein.

Auf meine Frage, ob Serbien schon in London eine Mitteilung in diesem Sinne gemacht hätte, erwiderte mein serbischer Kollege, er glaube wohl, daß dies der Fall sei, er bat mich aber, Ihnen seine Worte zu übermitteln.

Ich habe usw.

G. Barclay

Sir H. Lowther an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 51. Vertraulich

Kopenhagen, den 29. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, am 27. d. Mts. telegraphisch zu melden¹⁾, daß der französische Präsident, der an jenem Tage in Kopenhagen erwartet wurde, im letzten Augenblick seinen Besuch abgesagt habe. Als die ersten Nachrichten von bevorstehenden Schwierigkeiten nach Kopenhagen gelangten, vermutete man, der Präsident möchte diesen Schritt für ratsam halten, um unverzüglich nach Paris zurückzukehren; da aber bis zum Morgen des 27. d. Mts. hierüber keinerlei Andeutung eingegangen war, befand sich die Stadt in Erwartung seiner Ankunft im Festschmuck und es herrschte einige Enttäuschung über den späten Entschluß, den Besuch aufzugeben. Dadurch wurde überdies der Eindruck erweckt, daß die Aussichten ernster seien als ein paar Stunden zuvor, was zu jener Zeit, soweit hier bekannt, nicht der Fall war.

Mein französischer und russischer Kollege haben sich bei mir erkundigt, ob ich irgendeine Mitteilung Seiner Majestät Regierung über die politische Lage erhalten hätte, die ich ihnen bekanntgeben könne.

Sie ihrerseits vermochten mir gleichfalls keine Auskunft aus authentischer, amtlicher Quelle zu geben.

Ich wurde heute vom Minister des Äußern empfangen und Seine Exzellenz teilte mir mit, daß, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen, Dänemark sich streng neutral verhalten werde. Seine Exzellenz erklärte, die Haltung Großbritanniens sei für sein Land von höchster Bedeutung, und er würde, wenn im Falle eines europäischen Krieges die strikte Neutralität Großbritanniens gesichert sei, keine Schwierigkeiten für Dänemark voraussehen.

Wäre aber das Gegenteil der Fall, dann würde Dänemark infolge seiner geographischen Lage in die Gefahrzone gebracht werden, was ein Gefühl der Besorgnis erzeuge, solange der politische Ausblick ungewiß sei.

Ich sagte Seiner Exzellenz, daß ich von Seiner Majestät Regierung keine Mitteilung über die politische Lage erhalten hätte, bemerkte aber, Ihre sowohl bei einer früheren Gelegenheit wie auch in der augenblicklichen Krise im Interesse des Friedens ergriffene Initiative sei eine Bürgschaft dafür, daß Seiner Majestät Regierung alles nur Mögliche tun werde, um widrige Ereignisse zu verhüten.

Soweit bekannt, hat die dänische Regierung noch keine Anordnungen für die Mobilmachung oder Verstärkung der Festungen ge-

¹⁾ No. 169.

troffen. Dies hat Anlaß zu sarkastischen Bemerkungen seitens der Oppositionspresse gegeben, die darauf hinweist, daß Holland, Belgien und sogar Schweden Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, und die fragt, ob es der dänischen Regierung genüge, in Nyborg, Korsör und der Kjögebucht Plakate mit der Aufschrift „Eintritt verboten“ in russischer, deutscher und englischer Sprache anzubringen, um die dänische Neutralität zu schützen.

Ich habe usw.

Henry Crofton Lowther

(36042)

No. 647

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 388

Paris, den 2. August 1914

Euere Exzellenz!

Die Haltung der Pariser Bevölkerung war während der letzten fünf oder sechs Tage bewundernswert. Einige Blätter, besonders der „Temps“ und die nationalistischen Zeitungen, begannen um die Mitte der vorigen Woche recht aufreizende Artikel zu veröffentlichen, aber die Bevölkerung ist ruhig geblieben. Die Ermordung des Herrn Jaurès, des Führers der sozialistischen Partei, der von einem jungen und anscheinend geisteskranken „Patrioten“ erschossen wurde, als er am Abend des 31. Juli in einem Café speiste, stellt den einzigen bedauerlichen Vorfall dar, der zu verzeichnen ist.

Die Rückkehr des Präsidenten der Republik am 29. mittags war der Anlaß zu einem äußerst begeisterten Empfang; der Präsident wurde von ungeheuren Volksmengen begrüßt, die ihm lebhaft zujubelten — hauptsächlich waren die Rufe „Vive la France!“, „Vive l'Alliance!“, „Vive la Russie!“ und „Vive l'Angleterre!“, sowie einige Rufe „A Berlin!“ zu hören.

Am Nachmittag des 1. d. Mts. fand vor Seiner Majestät Botschaft eine kleine Kundgebung statt, wobei britische Flaggen geschwenkt und Hochrufe auf England ausgebracht wurden.

Die Finanzlage, über die ich in meinem Schreiben No. 381 vom 31. v. Mts. berichtete¹⁾, besteht unverändert fort. Die angekündigte Ausgabe von Noten zu 20 und 5 Francs scheint nicht die geringste

¹⁾ Hier nicht abgedruckt. Der Bericht betraf: den Mangel an Kleingeld und die Nachfrage nach Hartgeld; das Gesuch um ein Moratorium wurde nicht genehmigt; Schwierigkeiten bei der Allard-Bank; die Bank von Frankreich hat ihr die Unterstützung wegen ihrer deutschen Verbindungen versagt.

Wirkung gehabt zu haben und Kleingeld ist noch beinahe unmöglich zu bekommen.

Die allgemeine Mobilmachung wurde gestern 3⁴⁰ nachm. angeordnet und man kam dem Befehl bereitwillig nach; über Frankreich und Algier wurde heute der Belagerungszustand verhängt und die Kammern sind für morgen einberufen worden.

Ich beehre mich, Ihnen hiermit Abdrucke der Proklamation zu übersenden, die der Präsident der Republik an das französische Volk gerichtet hat und die in den heutigen Morgenblättern veröffentlicht wurde¹⁾.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(36020)

No. 648

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 286. Vertraulich

Rom, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Als mir Marquis di San Giuliano zuerst am 22. und 23. d. Mts. seine Besorgnisse aussprach, die österreichische Note an Serbien würde sich als ganz unannehmbar erweisen, hatte ich den Eindruck, daß die italienische Regierung von ihrem Inhalt unterrichtet worden sein mußte²⁾. Ich habe jetzt festgestellt, daß dies nicht der Fall war. Die Voraussicht Seiner Exzellenz gründete sich einfach auf das, was er nach den Äußerungen des hiesigen österreichischen Vertreters allgemein als Inhalt der Note annahm. Er hat mir erklärt — und dasselbe ist mir auch vom Ministerpräsidenten zu Ohren gekommen —, daß die österreichische Note der italienischen Regierung erst zur gleichen Zeit wie den anderen Mächten mitgeteilt wurde. Das ist von ihrem Gesichtspunkt aus äußerst günstig, da sie sich, weil nicht im voraus aufgefordert, die Note zu billigen oder ihr zuzustimmen, durch das Vorgehen Österreich-Ungarns nicht für gebunden erachten.

Ferner hat mir der Minister des Äußern versichert, daß er Österreich gegenüber keinerlei Ansicht über den von ihm unternommenen Schritt geäußert hat.

Dennoch hat er sich, nach seinen Bemerkungen zu mir, eine ganz bestimmte Meinung darüber gebildet, und das scheint mir auch beim Ministerpräsidenten der Fall zu sein. Der Außenminister ist der An-

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

²⁾ Siehe No. 78.

sicht, daß, wenn die Note ernsthaft in dem Sinne gemeint war, den ihr Wortlaut besagt, es ein Denkmal der Absurdität ist. Sie hätte von einem Polizisten verfaßt sein können. Glaubt die österreichische Regierung, fragte er, wirklich noch ernstlich daran, daß Rassentriebe und nationale Bewegungen durch Polizeimaßnahmen erstickt werden können? Wenn die Note auf der andern Seite bloß als Kriegserklärung gedacht war, dann sei eine Kritik überflüssig.

Nachdem er dergestalt seine Ansicht über die Sache bekannt hatte, fragte ich ihn, wie es komme, daß der „Popolo Romano“, ein hier oft zu Regierungsmitteilungen benutztes Blatt, heute morgen ein aus Wien datiertes Telegramm veröffentlicht habe, wonach die von der italienischen Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung abgegebene Erklärung einen ausgezeichneten Eindruck in Wien und Budapest gemacht hätte, während die Zeitung außerdem Leitartikel gebracht habe, in denen das Vorgehen Österreichs unterstützt wurde. Seine Exzellenz entgegnete, das angebliche Telegramm aus Wien entbehre jeder Grundlage und sein Ursprung dürfte seiner Meinung nach auf Gulden zurückzuführen sein, oder vielmehr auf Kronen, was, wie er glaubte, die jetzige Benennung sei¹⁾. Gleichzeitig beauftragte er in meiner Gegenwart seinen Sekretär, den Herausgeber des „Popolo Romano“ wissen zu lassen, daß es besser wäre, wenn er etwas Wasser in seinen Wein gieße.

Es ist bemerkenswert, daß die beiden einzigen Organe hier, die den Schritt Österreichs offen unterstützt haben, der „Popolo Romano“ und ein erbärmliches, in französischer Sprache erscheinendes Winkelblättchen namens „Italie“ sind, von denen bekannt ist, daß sie ihre Spalten jenen öffnen, die dafür bezahlen. Die halbamtliche Presse verharret in ihrer Zurückhaltung und die Kritik der unabhängigen Presse wird täglich schärfer. Der Mailänder „Corriere della Sera“ schreibt zum Beispiel heute morgen: „Man kann sich unmöglich die ungeheure Verantwortung verhehlen, die Österreich durch eine Geste wohlwogener Heftigkeit, durch einen Schritt, der seine Entschlossenheit zum Krieg um jeden Preis anzeigt, und durch eine Übereilung auf sich genommen hat, deren Folgen ihm nicht unbekannt sein konnten“, und die Zeitung erklärt, daß die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder gegen die Handlungsweise Österreichs sei.

Es ist bezeichnend, daß meinen Nachrichten zufolge die Meinungsäußerungen des „Popolo Romano“ die einzigen gewesen sind, die als angebliches Echo der in Italien herrschenden Ansichten von der deutschen Presse wiedergegeben wurden.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

¹⁾ Siehe DD. No. 44, 47, 59, die auf die zur Beeinflussung der italienischen Presse benötigten Geldmittel Bezug nehmen.

(36021)

No. 649

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 289

Rom, den 30. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht No. 282 vom 23. d. Mts.¹⁾ bemerke ich, daß der rumänische Gesandte durchaus entgegengesetzter Ansicht über die voraussichtliche Haltung Bulgariens ist, als sie der bulgarische Gesandte zu erkennen gegeben hat. Er ist überzeugt, daß Bulgarien im Einverständnis mit Österreich-Ungarn steht und die Gelegenheit, die kommende Ereignisse bieten mögen, ergreifen wird, um ein Stück des an Serbien gefallenen Teils von Mazedonien zurückzugewinnen. Er meinte, Bulgarien würde die Sache des Slawentums ebenso bereitwillig mißachten, wie es die gemeinsamen Interessen der Balkanstaaten mißachtet hat, und würde in seinem Ehrgeiz, Mazedonien wiederzugewinnen, wahrscheinlich auch vor einem Handel mit der Türkei nicht zurückschrecken. Es dürfte voraussichtlich nicht direkt in Aktion treten. Komitadschis würden in den neuen serbischen Gebieten organisiert und die Serben zu Metzeleien von Bulgaren aufgereizt werden, worauf Bulgarien die Notwendigkeit der Intervention verkünden würde.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(36022)

No. 650

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 290

Rom, den 30. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, wie in diesem kritischen Augenblick vorauszusehen war, die Linksparteien hierzulande sehr bestimmte Stellung zu der von Italien einzunehmenden Haltung nehmen.

Die offizielle sozialistische Gruppe nahm in Mailand eine Tagesordnung an, wonach „das italienische Proletariat nicht gezwungen werden dürfe, im Dienste seines Verbündeten die Waffen zu ergreifen,

¹⁾ No. 163.

um ein freies Volk niederzuwerfen“. Dies spiegelt die extreme Ansicht wieder, die auch im Sozialistenblatt „Avanti“ durch eine Karikatur zum Ausdruck gelangt: eine riesenhafte Personifikation des Proletariats bedeutet einer winzigen, die Monarchie darstellenden Figur, daß die Waffen nicht ergriffen werden dürfen.

Die weniger extreme Richtung wird in geschickter Weise durch den unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Signor Bissolati — der zum Eintritt in das letzte Ministerium Giolitti aufgefordert worden war — vertreten und im folgenden Abschnitt zusammengefaßt. Nach einem Hinweis darauf, daß, indem Italien die Ansammlung von Streitkräften an seiner Ostgrenze unterläßt, Österreich aller Sorgen in jener Gegend enthoben sei, schreibt er:

„Jedermann erkennt den ungeheuren Nutzen dieser loyalen Haltung Italiens für Österreich und Deutschland. Wenn Österreich zu einem Zeitpunkt, wo es seines allerletzten Mannes bedarf, um den schwierigen Krieg in den serbischen Bergen zu führen und der russischen Drohung entgegenzutreten, gezwungen wäre, genügend Kräfte zur Beobachtung Italiens zu mobilisieren, könnte es sich der Möglichkeit einer Niederlage gegenübergestellt sehen. Indem Italien daher von jeder Truppenbewegung an der österreichischen Grenze absieht, leistet es seinen Verbündeten den denkbar größten Dienst. Wir sagen ‚größten‘, weil — falls Frankreich in den Krieg hineingezogen werden sollte — eine aktive Teilnahme an dem Konflikt, oder selbst eine einfache Drohung an der Ostgrenze* vom italienischen Volk nicht gebilligt werden würde... Die jetzige Neutralität wird Italien vielleicht besser instand setzen, seine Kräfte intakt zu erhalten, um in Zukunft beim Ausbau eines glücklicheren Zeitalters für die Völker Europas mitzuwirken.“

Diese Worte des Signor Bissolati spiegeln meiner Meinung nach im augenblicklichen Stadium der europäischen Krise die Ansichten der Mehrheit wieder.

Die Bündnispflichten hängen, wie man hier argumentiert, von den Umständen ab, und ihre Auslegung wird ohne Zweifel in erster Linie durch die eigenen Interessen beeinflußt werden. Nach dem, was man über die 1902 mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen weiß, sollte es nicht schwer sein, sie in einem Sinne zu deuten, der jenen Konflikt an der Westgrenze* Italiens ausschliesse, von dem Signor Bissolati behauptet, daß das italienische Volk niemals seine Zustimmung dazu geben würde.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

* Sinngemäß muß die italienisch-französische Grenze gemeint sein.

Graf de Salis an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 32

Cetinje, den 23. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Anfangs Juni 1914 veröffentlichte das Belgrader Blatt „Pravda“ anlässlich der Antwort des Außenministers Herrn Plamenatz auf eine Interpellation über die Aufgabe Skutari und über die internationale Anleihe einen heftigen Angriff auf die Behörden Montenegros. „Wir haben nicht den Wunsch,“ schrieb der Verfasser, „den letzten Ereignissen auf den Grund zu gehen, sondern wir möchten lediglich den Schleier lüften und aller Welt zeigen, was für „Typen“ in Montenegro regieren, und ob man ihnen glauben darf, wenn sie in Montenegro in dessen Namen sprechen. Möge Minister Peter Plamenatz deshalb Rede und Antwort stehen: Wer ist jener elende Serbe, der am 25. Oktober 1912 hinter dem Rücken des starkbedrängten, aber durch und durch patriotischen Kabinetts des Generals Mitar Martinowitsch zu Baron Giesl, dem damaligen österreichisch-ungarischen Gesandten in Cetinje, ging und darum bettelte, wie man einen Schutzherrn anbettelt (und man weiß in wessen Namen!), daß die österreichisch-ungarische Armee in den Sandschak einmarschieren solle? Von Seiten Montenegros wäre kein Widerstand zu erwarten; die beiden Bataillone an der Tara wären bloß da, um die öffentliche Meinung zu täuschen. Sonst würde Serbien eine Gefahr für die montenegrinische Unabhängigkeit werden. Wer war dieser Mann, Peter? War er von der Linken oder von der Rechten (Klubasch' oder Prawasch')? Jedenfalls wird Baron Giesl den Namen dieses Helden in seinen Akten verzeichnet haben. Man denke, daß heute solch ein Mann im Namen Montenegros und der serbischen Sache entscheidet, Erklärungen abgibt und spricht!“

Ein paar Tage später wurden dieselben Behauptungen in der Belgrader Zeitung „Balkan“ wiederholt. Ferner wurde General Luka Gojitsch, ein ehemaliger Präfekt von Cetinje, beschuldigt, während der Belagerung von Skutari die Serben bei Brditza verraten zu haben, worauf das Blatt fortfuhr: „Wie Pilatus wusch Peter Plamenatz seine Hände und erklärte, daß er an Skutari unschuldig sei. Doch als Gouverneur der Stadt sandte er am 17./30. April ein Telegramm an Martinowitsch, daß er den Platz nicht übergeben, sondern bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werde. Als aber die Regierung fiel und man ihm einen Posten antrug, übergab er die Stadt dem Vizeadmiral Burney!“ Der Artikel schließt mit dem Satze: „Rußland weiß dies nur zu gut.“ Ein ausführliches Dementi dieser Behauptungen wurde in den beiden montenegrinischen Zeitungen im Namen des Herrn Plamenatz veröffentlicht, der in der Lage war zu erklären, daß er sich am

25. Oktober 1912 nicht in Cetinje befand. Sein Dementi mag mit der Nachricht verglichen werden, die Ihnen im darauffolgenden Januar durch die russische Regierung zugeht und derzufolge ihr bekannt war, daß der König in bezug auf den Sandschak Verhandlungen mit Österreich eingeleitet hatte. Ihnen wurde nicht mitgeteilt, wer sie geführt hatte.

In den letzten drei Jahren ist es mehr als einmal vorgekommen, daß von Belgrad gegen Cetinje erhobene Beschuldigungen unpatriotischen Verhaltens und des Verrates an der serbischen Sache nicht nur mit Gegenklagen und Beleidigungen beantwortet wurden, sondern auch mit chauvinistischen Kundgebungen von Seiten des Königs Nikola in der Form eines Preß-Schmähfeldzuges gegen Österreich. Ein derartiger Ausbruch erfolgte im Frühjahr vor zwei Jahren, als die Belgrader Blätter offenbar mit Billigung des Herrn Milowanowitsch den Wortlaut eines angeblichen Geheimabkommens zwischen König Nikola und Österreich veröffentlichten. Beim gegenwärtigen Anlaß mag es das Palais als unklug erachtet haben, einen Angriff gegen Belgrad zu wagen, sogleich begannen jedoch maßlose Artikel gegen Österreich zu erscheinen. Die Artikelreihe wurde für einen Augenblick durch die Nachricht vom Morde in Serajewo unterbrochen, der eine vorsichtige Äußerung der Mißbilligung auslöste, aber nach Eingang der Nachrichten über die antiserbischen Ausschreitungen in Bosnien mit größerer Heftigkeit fortgesetzt. Österreich, hieß es, strebe die Ausrottung der serbischen Rasse in seinen Gebieten an, während die beiden unabhängigen serbischen Staaten unter dem Vorwande, sie hätten die Ermordung des Erzherzogs angestiftet, angegriffen und zermalmt werden sollten. Die Unaufrichtigkeit der also geäußerten Entüstung und der offenbare Wunsch, nicht von der Kontroverse ausgeschlossen zu sein, können aus der Tatsache gefolgert werden, daß, wenn auch die „Reichspost“ und die „Neue Freie Presse“, sowie zweifellos noch andere österreichische Zeitungen Belgrad offen angegriffen haben, weil es Verschwörer gegen das Leben des Erzherzogs beherbergte, in dieser Hinsicht anscheinend kein Wort gegen Montenegro vorgebracht wurde. Im Gegenteil, bis kurz vor Bildung des Balkanbundes hat König Nikola selbst die gleichen Anschuldigungen gegen die serbische Regierung erhoben und sogar erklärt, Herr Paschitsch sei an einem Mordanschlag auf ihn direkt beteiligt gewesen. Bei dieser Gelegenheit scheinen die Bomben dem serbischen Arsenal in Kragujewatz entnommen worden zu sein. Ob sie durch die Feinde oder die Agenten des Palais hierher gebracht wurden, ist eine andere Frage.

Kurz, in Montenegro könnte die Gefahr einer Friedensstörung durch den Wunsch der herrschenden Kreise, Serbien in serbisch-patriotischen Demonstrationen zu übertrumpfen, und durch denselben Geist hervorgerufen werden, in dem der König sich beeilte, den Balkankrieg zu beginnen, ehe seine Bundesgenossen fertig waren.

Während die hier eingetroffenen Belgrader Blätter lange Lobartikel über die vom verstorbenen Herrn Hartwig und der russischen Diplomatie den Südslawen geleisteten Dienste veröffentlichten, ist hier keine Silbe darüber laut geworden. Es ist fast zwei Monate her, seitdem die Begrüßungsmission aus St. Petersburg kam, aber es hat sich noch keine Spur der militärischen Subventionsgelder gezeigt. Die russische Regierung ist, wie man hört, grundsätzlich freundlich gesinnt, scheint aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen zu haben. Ihr Zögern mag lediglich dem Wunsch entspringen, die Zahlung während der Ungewißheit des gegenwärtigen Augenblickes hinauszuschieben. Oder veranlaßt die russische Regierung etwa auf Erfahrung beruhendes Mißtrauen gegen den König, ihre helfende Hand so lange von Montenegro zurückzuhalten, bis eine Änderung des gegenwärtigen Regierungssystems in Übereinstimmung mit ihren Wünschen erfolgt ist?

Ich habe usw.

J. de Salis

(36034)

No. 652

Graf de Salis an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 33

Cetinje, den 26. Juli 1914

Euere Exzellenz!

In meinem Bericht No. 23 vom 11. Mai verwies ich auf Gerüchte, die betreffs angeblicher Ziele oder Absichten der österreichischen Regierung im Zusammenhang mit den strategischen Positionen umliefen, die Montenegro gehören und die Bocche di Cattaro beherrschen. Die Sache hat andauernd sowohl in Montenegro als auch anderswo die Aufmerksamkeit erregt und das offiziöse Organ des Königs, der „Vjesnik“, gibt mit augenscheinlicher Befriedigung einen kürzlich im italienischen „Messaggero“ erschienenen Artikel wieder. „Österreich“, wird darin erklärt (wenn die Übersetzung aus dem Original richtig ist), „vergißt, daß die Frage des Lovtschen nicht nur Österreich und Montenegro sondern auch Italien angeht. Keine italienische Regierung könnte zulassen, daß der Lovtschen in österreichische Hände fiele; das hieße vor Österreich in der Adria kapitulieren und würde Österreich Waffen gegen Italien in die Hand drücken. Es würde ihm den Schlüssel zur Adria verschaffen — Kanonen, die unsere Stellung in derselben Weise beherrschen würden, wie die Österreicher sich vorstellen, daß gegenwärtig die montenegrinischen Geschütze von den Höhen des Lovtschen auf die Bucht von Cattaro niederfeuern können.

In Wien sind sie so in den Lovtschen verliebt, daß sie sogar die Arbeiten am neuen Kriegshafen Sebenico eingestellt haben.... Wir wiederholen, daß der Lovtschen eine italienische Frage, oder noch besser, eine internationale Frage ist. Italien kann die strategische Lage in der Adria nicht zu seinem Nachteile ändern lassen. Der Lovtschen muß bleiben, was er ist... montenegrinisch.“

Einige militärische Bewegungen in der Umgegend von Cattaro haben weitere Kommentare verursacht. Posten in den Bocche erhielten Truppenverstärkungen zu dem eingestandenem Zweck, Zusammenstöße zwischen Kroaten und Serben zu verhindern. Im Hinblick auf die neu-lichen Ausschreitungen in Bosnien scheint diese Erklärung wohl be- gründet zu sein, aber hier wurde das Gerücht verbreitet, daß die aus- geführten Bewegungen als vorbereitende Maßnahmen für einen Vor- marsch über die Grenze zu gelten hätten. Der österreichische Ge- sandte beeilte sich, ganz bestimmte und freundschaftliche Versiche- rungen abzugeben, daß kein feindseliger Schritt beabsichtigt sei, während am 21. Juli im „Fremdenblatt“ ein amtliches Communiqué im selben Sinne veröffentlicht wurde. Trotz des kürzlichen Preßfeld- zuges gegen die österreichische Regierung ist diese in beachtens- werter Weise bestrebt, sich versöhnlich zu zeigen.

Ich habe usw.

J. de Salis

No. 653

Sir H. Bax-Ironside an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Sofia, den 29. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Der Ballplatz hat in der Tat eine Bombe zur Explosion gebracht und die Folgen lassen sich unmöglich voraussagen. Selbst hier findet sich beträchtliches Beweismaterial dafür, daß Deutschland für den ent- scheidenden Schritt der Doppelmonarchie in hohem Maße verant- wortlich ist.

Wie ich erfahre, hat General Markoff, der bulgarische Gesandte in Berlin, am 7. Juli an König Ferdinand geschrieben, der Ballplatz be- reite eine derart schroffe Note an die serbische Regierung vor, daß kein unabhängiger Staat sie annehmen könne, und die deutsche Re- gierung habe sich in keiner Weise bemüht, Graf Berchtold zu einer Milderung der Note zu überreden. Ihren Wortlaut schreibe man in zu- ständigen Kreisen größtenteils dem Grafen Forgach zu, der einen besonderen Groll auf die Serben hat. Der General fügte hinzu, in Ber- liner Militärkreisen werde der Krieg zwischen Österreich, Serbien und

Montenegro für unvermeidlich erachtet und sie, die Deutschen, seien auf alle Eventualitäten vollkommen vorbereitet, während keine der Dreiverbandmächte fertig wäre. Dieser Brief traf am 10. d. Mts. im Palais ein; am 11. wurde Major von der Goltz, der hiesige deutsche Militärattaché und Sohn des berühmten Feldmarschalls von der Goltz, durch den königlichen Kabinettschef ins Palais beschieden und reiste am selben Abend nach Berlin ab. Seit der Ermordung des Erzherzogs Ferdinand war die Haltung des Majors von der Goltz sehr kriegerisch und vor seiner Abreise sagte er zweien seiner Freunde, der Krieg zwischen Österreich und Serbien sei sicher, er fürchte aber, daß Rußland im letzten Augenblick Deutschland Angst machen werde.

Was Bulgarien betrifft, so wird es, welche Erklärung es auch amtlich abgeben mag, zuwarten, wie der Hase läuft, ehe es entscheidend vorgeht. Wir dürfen uns aber darauf gefaßt machen, Komitadschibanden als Vorhuttruppen über die serbische und vielleicht sogar griechische Grenze schwärmen zu sehen. Diese Banden werden natürlich von der Regierung insgeheim bewaffnet und unterstützt werden.

H. O. Bax-Ironside

(35938)

No. 654

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 29

Brüssel, den 4. August 1914

A. 4. August 4⁰ nachm.

E. 5. August 12⁵⁰ vorm.

Ich habe soeben vom Minister des Äußern eine Note erhalten, deren wörtliche Übersetzung wie folgt lautet:

„Belgische Regierung bedauert, Seiner Majestät Regierung unterrichten zu müssen, daß deutsche Streitkräfte heute morgen in Verletzung vertraglich übernommener Verpflichtungen in belgisches Gebiet eingedrungen sind. Belgische Regierung ist fest entschlossen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand zu leisten. Belgien ruft Großbritannien, Frankreich und Rußland als Garanten an, bei Verteidigung seines Gebietes mitzuwirken.

Es würde sich um ein vereinbartes und gemeinsames Vorgehen mit dem Ziele handeln, den von Deutschland gegen Belgien angewandten Gewaltmaßnahmen Widerstand entgegenzusetzen und gleichzeitig die künftige Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Belgiens sicherzustellen.

Belgien schätzt sich glücklich erklären zu können, daß es die Verteidigung seiner festen Plätze übernehmen wird.“

(35915)

No. 655

Sir Edward Grey an Sir F. Villiers

(Tel.) No. 16

Auswärtiges Amt, den 5. August 1914
A. 10¹⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 28 vom 4. August¹⁾.

Bitte dort mitzuteilen, daß Seiner Majestät Regierung nunmehr gemeinsamen aktiven Widerstand gegen Deutschland als begonnen und durch Vertrag von 1839 gerechtfertigt erachtet.

(36100)

No. 656

Sir Edward Grey an Herrn Chilton

(Tel.) No. 27

Auswärtiges Amt, den 5. August 1914
A. 1⁴⁵ nachm.

Die belgische Regierung hat Großbritannien, Frankreich und Rußland als Garanten angerufen, bei der Verteidigung ihres Gebietes mitzuwirken, und Seiner Majestät Regierung erachtet sich für verpflichtet, in gemeinsamem Vorgehen den Vertrag mit Belgien, sowie dessen Unabhängigkeit, Integrität und Neutralität aufrechtzuerhalten.

Seiner Majestät Regierung glaubt, daß es sich bei der Frage in der Tat nicht allein um die Einzelexistenz Belgiens in voller Unabhängigkeit, sondern auch um die anderer benachbarter Staaten handelt.

Seiner Majestät Regierung würde in dieser Sache gerne mit niederländischer Regierung gemeinsam vorgehen, um die volle Unabhängigkeit, Freiheit und Integrität eines jeden Staates zu schützen, der gewillt ist, sich gemeinsam mit anderen zu verteidigen.

Seiner Majestät Regierung glaubt, daß von dem Ausgang dieses Krieges die Frage abhängt, ob Großbritannien, Frankreich und alle an die Nordsee grenzenden Länder so wie vor dem Kriege weiterbestehen werden.

Nur nach dem Haag

Aus Brüssel wird gemeldet, daß deutsche Kavallerie durch holländisches Gebiet gedrungen und daß Holland in Kämpfe verwickelt sei.

(Gleichlautend nach Paris No. 323 und St. Petersburg No. 449)

(*Mutatis mutandis* nach Kristiania, No. 29, gesandt)

¹⁾ No. 631.

(36264)

No. 657

Mitteilung des belgischen Gesandten (5. August)

Légation Belgique, Londres.

Bruxelles, 5 Août

La Belgique fait appel à Angleterre, France et Russie pour coopérer comme garantes à la défense de son territoire. Belgique assure défense places fortes.

Davignon

Vgl. BG No. 42

(36017)

No. 658

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

Erhalten 5. August

No. 119. Vertraulich

Brüssel, den 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm No. 15¹⁾ hier Abschriften des deutschen Ultimatums und der belgischen Antwort beizuschließen.

Der Minister des Äußern ersuchte mich, diese Dokumente streng vertraulich zu behandeln. Ihr Inhalt wurde nicht veröffentlicht und ihr voller Wortlaut ist bislang nur mir mitgeteilt worden.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Anlage 1 zu No. 658

*Das Ultimatum Deutschlands an Belgien
2. August 1914, 7³⁰ nachm.*

Le Gouvernement allemand a reçu des nouvelles sûres d'après lesquelles les forces françaises auraient l'intention de marcher par la Meuse sur Givet et Namur. Ces nouvelles ne laissent aucun doute sur l'intention de la France de marcher sur l'Allemagne par territoire belge. Le Gouvernement allemand ne peut s'empêcher de craindre que la Belgique, malgré la meilleure volonté, ne sera pas en mesure de repousser sans secours une marche en avant française d'un si grand développement. Dans ce fait on trouve une certitude suffisante d'une menace dirigée contre l'Allemagne.

¹⁾ No. 561.

C'est un devoir impérieux de conservation pour l'Allemagne de prévenir cette attaque.

Le Gouvernement allemand regretterait très vivement que la Belgique regardât comme un acte d'hostilité contre elle le fait que les mesures des ennemies de l'Allemagne l'oblige de violer de son côté le territoire belge.

Afin de dissiper tout malentendu, le Gouvernement allemand déclare ce qui suit:

1. L'Allemagne n'a en vue aucun acte d'hostilité contre la Belgique, si la Belgique consent dans la guerre qui va commencer à prendre une attitude de neutralité bienveillante vis-à-vis de l'Allemagne; le Gouvernement allemand de son côté s'engage au moment de la paix à garantir le royaume et ses possessions dans toute leur étendue.

2. L'Allemagne s'engage sous la condition énoncée à évacuer le territoire belge aussitôt la paix conclue.

3. Si la Belgique observe une attitude amicale, l'Allemagne est prête, d'accord avec le Gouvernement belge, à acheter contre argent comptant tout ce qui serait nécessaire à ses troupes et à indemniser tout le dommage causé en Belgique.

4. Si la Belgique se comporte d'une manière hostile contre les Allemands et particulièrement fait des difficultés à leur marche en avant par une opposition des fortifications de la Meuse ou par des destructions de routes, chemins de fer, &c., l'Allemagne sera obligée de considérer la Belgique en ennemie; en ce cas l'Allemagne ne prendra aucun engagement vis-à-vis du royaume, mais elle laissera le règlement ultérieur des rapports des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes. Le Gouvernement allemand a l'espoir justifié que cette éventualité ne se produira pas et que le Gouvernement belge saura prendre les mesures appropriées pour l'empêcher de se produire. Dans ce cas, les relations d'amitié qui unissent les deux Etats voisins deviendront plus étroites et durables.

Anlage 2 zu No. 658

Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Ultimatum

Par sa note du 2 août, le Gouvernement allemand a fait connaître que, d'après des nouvelles sûres, les forces françaises auraient l'intention de marcher sur la Meuse par Givet et Namur, et que la Belgique, malgré sa meilleure volonté, ne serait pas en état de repousser sans secours une marche en avant des troupes françaises. Le Gouvernement allemand s'estimerait dans l'obligation de prévenir cette attaque et de violer le territoire belge. Dans ces conditions, l'Allemagne propose au Gouvernement du Roi de prendre vis-à-vis d'elle une attitude amicale et s'engage, au moment de la paix, à garantir

l'intégrité du royaume et de ses possessions dans toute leur étendue. La note ajoute que si la Belgique fait des difficultés à la marche en avant des troupes allemandes, l'Allemagne sera obligée de la considérer comme ennemie et de laisser le règlement ultérieur des deux Etats l'un vis-à-vis de l'autre à la décision des armes.

Cette note a provoqué chez le Gouvernement du Roi un profond et douloureux étonnement.

Les intentions qu'elle attribue à la France sont en contradiction avec les déclarations formelles qui nous ont été faites le 1^{er} août au nom du Gouvernement de la république.

D'ailleurs si, contrairement à notre attente, une violation de la neutralité belge venait à être commise par la France, la Belgique remplirait tous ses devoirs internationaux et son armée opposerait à l'envahisseur la plus rigoureuse résistance.

Les traités de 1839, confirmés par les traités de 1870, consacrent l'indépendance et la neutralité de la Belgique, sous la garantie des Puissances, et notamment du Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Prusse.

La Belgique a toujours été fidèle à ses obligations internationales; elle a accompli ses devoirs dans un esprit de loyale impartialité; elle n'a négligé aucun effort pour maintenir et faire respecter sa neutralité.

L'atteinte à son indépendance dont la menace le Gouvernement allemand, constituerait une flagrante violation du droit des gens. Aucun intérêt stratégique ne justifie la violation du droit.

Le Gouvernement belge en acceptant les propositions qui lui sont notifiées, sacrifierait l'honneur de la nation en même temps qu'il trahirait ses devoirs vis-à-vis de l'Europe.

Conscient du rôle que la Belgique joue depuis plus de quatre-vingts ans dans la civilisation du monde, il se refuse à croire que l'indépendance de la Belgique ne puisse être conservée qu'au prix de la violation de sa neutralité.

Si cet espoir était déçu, le Gouvernement belge est fermement décidé à repousser par tous les moyens en son pouvoir toute atteinte à son droit.

Vgl. BG No. 20 und 22

(36436)

No. 659

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 6. August

No. 389. Vertraulich

Paris, den 3. August 1914

Euere Exzellenz!

Der österreichisch-ungarische Botschafter suchte mich heute nachmittag auf. Er sagte, er werde mich vielleicht um mein Eingreifen

als Doyen angehen müssen, um bei der französischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Er sei in Restaurants und auf der Straße beschimpft worden; er begegnete Schwierigkeiten, Geschäftsleute zu finden, die ihm Lebensmittel liefern; Läden im Besitze von österreichisch-ungarischen Untertanen seien zerstört und geplündert worden; Tausende von österreichisch-ungarischen Untertanen hätten gemäß dem erlassenen Ausweisungsbefehl Paris verlassen müssen, aber ihnen seien keine Mittel zur Verfügung gestellt worden, dies in der Richtung nach ihrem Heimatland zu tun; man schicke sie nach dem Westen Frankreichs, wo Arbeit für sie beschafft werden solle. Er habe beim Minister des Äußern Vorstellungen erhoben; dieser habe über die Zerstörung und Plünderung der Läden sein lebhaftes Bedauern zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß Polizeimaßnahmen getroffen würden, um weitere Vorfälle dieser Art zu verhüten, und er habe sich erboten, anzuordnen, daß dem Botschafter Fleisch und Butter geliefert werde, falls Seine Exzellenz Schwierigkeiten haben sollte, sie zu bekommen. Graf Szecsen bemerkte zu Herrn Viviani, daß, da Frankreich und Österreich-Ungarn sich nicht im Kriegszustand miteinander befinden, der österreichisch-ungarische Botschafter in der üblichen Weise behandelt werden sollte, und daß, selbst wenn die beiden Länder im Krieg miteinander wären, ihm nach den Gepflogenheiten der Völker und dem internationalen Recht so lange die geziemende Rücksicht erwiesen werden sollte, als er in dem Lande bleibe, bei dem er beglaubigt worden sei. Ich drückte über die Zerstörung und Plünderung der Läden großes Bedauern aus und sagte meinem Kollegen, ich hätte heute morgen keine Milch zu meinem Kaffee gehabt, da keine zu bekommen war, ich hoffte aber, morgen mehr Glück zu haben.

Der spanische Botschafter, der mich gerade vor Graf Szecsen besucht hatte, erzählte mir, unser österreichisch-ungarischer Kollege sei auch während der ganzen Krise in den Union-Klub gegangen und habe dort noch am 1. d. Mts. zu Mittag gespeist, als ihm das Betragen einiger Mitglieder anzeigte, daß seine Gegenwart nicht sonderlich erwünscht sei.

Im weiteren Gespräch erklärte Graf Szecsen, der deutsche Botschafter habe ihm versichert, daß, als er sich bei seiner Unterredung mit dem Außenminister nach der Haltung Frankreichs für den Fall eines deutsch-russischen Krieges erkundigte, er nicht wie dargestellt Herrn Viviani gebeten habe, man möge seine Pässe bereit halten. Ich neige jedoch zur Ansicht, daß Herrn von Schoens Gedächtnis in diesem Falle trügt; denn unmittelbar nachdem der deutsche Botschafter am Freitag abend, dem 31. v. Mts., seine Mitteilung gemacht, hatte ich eine Unterredung mit Herrn Viviani und dem politischen Direktor und sie sagten mir damals — indem sie über das Vorgehen Herrn von Schoens natürlich ihr Erstaunen äußerten —, daß, nachdem er die Anfrage hinsichtlich der Haltung Frankreichs gestellt und bemerkt

hatte, er werde sich am andern Tag 1 Uhr nachm. die Antwort holen, er gebeten habe, man möge seine Pässe bereit halten und dem Präsidenten der Republik seine *adieux* übermitteln*.

Nach Graf Szecsen ist die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erst ergangen, nachdem russische Truppen in deutsches Gebiet eingefallen sind. Er sagte mir ferner, die russische allgemeine Mobilmachung sei vor — und nicht nach — Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Wien befohlen worden.

In bezug auf den ausgedehnten Aufenthalt des deutschen Botschafters in Paris erklärte Graf Szecsen, daß Herr von Schoen mangels entsprechender Weisungen nicht abreisen könne. Seine Telegramme nach Berlin würden zurückgehalten und die von der deutschen Regierung an ihn gerichteten kämen verstümmelt an.

Seitdem ich diesen Bericht anfang, habe ich erfahren, daß Herr von Schoen den Außenminister benachrichtigt hat, er werde Paris heute abend verlassen.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(36437)

No. 660

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 6. August

No. 390. Vertraulich

Paris, den 3. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, wie mir mein spanischer Kollege mitteilt, spanische Regierung der französischen Versicherungen abgegeben hat, sie könne im bevorstehenden Konflikt Frankreichs mit Deutschland französisch-spanische Grenze in vollkommenem Vertrauen auf freundschaftliche Haltung Spaniens von französischen Truppen entblößen.

Ich habe usw.

F. Bertie

(36299)

No. 661

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 160

Wien, den 5. August 1914

A. 5. August 7³⁰ nachm.

E. 6. August 9²⁰ vorm.

6⁰ nachm. — Minister des Äußern hat russischem Botschafter soeben gesagt, daß er infolge Bündnisses und daraus sich ergebenden

* Siehe dazu Fußnote * auf Seite 361.

Kriegszustandes mit Rußland gezwungen sei, österreichischen Botschafter aus St. Petersburg abzurufen, wo Telegramm seiner Abberufung wahrscheinlich morgen nachmittag ankommen werde. Russischer Botschafter trifft Anordnungen, um Wien ungefähr zur selben Zeit, wenn möglich via Rumänien zu verlassen, wofür österreichisch-ungarische Regierung jede mögliche Erleichterung zusagt. Französischer Botschafter ist noch in Ungewißheit.

Wir sind hier von allen Neuigkeiten außer Bruchstücken, die Zensur passieren, völlig abgeschnitten und aus England treffen keine Postsendungen ein.

(36267)

No. 662

*Das Auswärtige Amt
an den österreichisch-ungarischen Botschafter*

Der Staatssekretär des Äußern empfiehlt sich dem österreichisch-ungarischen Botschafter und hat die Ehre, Seine Exzellenz unter Bezugnahme auf die diesseits am 3. d. Mts. versandte Zirkularnote zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung mit Rücksicht auf die Stellung der Doppelmonarchie als Bundesgenossen des Deutschen Reiches, mit dem Großbritannien sich jetzt im Krieg befindet, der österreichisch-ungarischen Botschaft nicht länger das Vorrecht einräumen kann, Telegramme in Schlüssel- oder Chifferschrift abzusenden oder zu empfangen.

Auswärtiges Amt, den 6. August 1914.

(36299)

No. 663

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 211. *En clair*

Auswärtiges Amt, den 7. August 1914

A. 5²⁵ nachm.

Österreichischer Botschafter ist noch immer ohne Weisungen hier und ich habe gegenwärtig keine weiteren Instruktionen für Sie.

(37758)

No. 664

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 10. August

No. 296

Rom, den 2. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß die nachstehende Mitteilung an den Mailänder „Corriere della Sera“, die den Standpunkt Italiens darlegt, eigentlich vom Ministerpräsidenten selbst verfaßt wurde:

„Der Geist und Buchstabe des Dreibundes sind derart, daß sich für Italien in dem Kriege, der zwischen Österreich-Deutschland einerseits und Frankreich-Rußland andererseits unmittelbar bevorsteht, der *casus foederis* nicht ergibt.

Italien wird selbstverständlich sowohl gegen die Verbündeten als auch gegen die Kriegführenden der anderen Seite eine freundschaftliche Haltung bewahren, sodaß es sich im gegebenen Augenblick in der Lage sehen wird, den Interessen des Friedens einen Dienst zu erweisen.

Deshalb wird es während des ersten Zeitabschnittes für Italien richtig sein, Zurückhaltung zu beobachten. Sollten die Dinge sich derart entwickeln, daß eine territoriale Neuordnung oder eine Veränderung des Gleichgewichtes wahrscheinlich ist, dann wird die Regierung Schritte tun, um ihre nationalen Interessen zu schützen.

Da Österreich-Ungarn Italien nicht im voraus von der Aktion, die zur wirklichen Ursache des Konfliktes wurde, unterrichtet hat, fehlte es Italien an der nötigen Zeit, um von solchen Forderungen Österreichs, die übertrieben gewesen sein mögen, abzuraten. Aber nachdem sie einmal überreicht waren, konnte Italien als Freund Österreichs diesem nicht raten, sie zurückzuziehen. Italien hat dennoch alles getan, um von Österreich eine bindende Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit Serbiens und des Prinzips zu erlangen, sich jeder Gebietsannexion zu enthalten.

Österreich hat jedoch seine diesbezüglichen festen Absichten zwar mehrere Male, aber nie in bindender Form zum Ausdruck gebracht. Daher vermochte Italien natürlich nicht mit den Waffen zu Ergebnissen beizutragen, die seinen eigenen Interessen schaden könnten.“

Dies darf man, glaube ich, als amtliche Ansicht betrachten, die als Rechtfertigung dafür gilt, daß Italien sich von seinen Verbündeten trennt.

Es gibt für den eingeschlagenen Kurs selbstverständlich noch andere sehr triftige Gründe, deren ich viele bei der hypothetischen Betrachtung des Falles bereits angedeutet habe. Namentlich zwei Gründe haben bei dieser Zwangsentscheidung sehr stark mitgewirkt. Der erste ist, daß die allgemeine Stimmung im Lande es kaum zuließe, wenn Italien die Waffen ergriffe, um an der Seite Österreichs zu kämpfen, falls der gegenwärtig herrschende Geist nicht vielmehr eine wirkliche Revolution hervorrufen würde. Der zweite Grund ist, daß Italien einen sehr großen Teil seiner Streitkräfte in Libyen stehen hat, und da diese noch beinahe vollständig von Italien aus versorgt werden müssen, ist die Freiheit des Meeres zwischen Sizilien und Tripolis eine absolute Notwendigkeit, um die Isolierung der Truppen zu vermeiden und sie vor dem etwaigen Verhungern zu bewahren.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

Vgl. No. 78 und 648

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 3. August 1914

Mein lieber Nicolson,

Ich habe in meinen Telegrammen über alle meine Unterredungen während der letzten zehn ereignisreichen Tage so ausführlich berichtet, daß ich wirklich nur wenig hinzuzufügen habe. Vom allerersten Augenblick an nahm die russische Regierung eine feste Haltung ein und machte es vollkommen klar, daß sie Österreich nicht erlauben würde, Serbien zu erdrücken. Man enthielt sich des Versuchs zu poltern oder große Worte zu machen, wie das so oft während der Balkankrise geschah. Sasonow war ruhig, aber entschlossen; und die vom französischen Botschafter geführte Sprache zeigte deutlich genug, daß Rußland auf die Unterstützung Frankreichs rechnen konnte. Die Sorge Sasonows war, was England tun werde, weil er immer die Meinung vertrat, daß die britische Flotte allein Deutschland eine tödliche Wunde beibringen könne. Ich verfolgte stets das Ziel, ihm von irgendwelchen Handlungen abzuraten, die einen Konflikt hätten beschleunigen können, um uns und den anderen Mächten Zeit zur Vermittlung zu lassen; und wenn unsere Bemühungen, den Frieden zu erhalten, fehlgeschlagen sind, so ist Sasonow in keiner Weise daran schuld. Er zeigte durchweg den versöhnlichsten Geist und haschte nach jedem Vorschlag, der für eine friedliche Beilegung gemacht wurde. Jetzt, da wir auf alles zurückblicken können, was sich seit der Ermordung des Erzherzogs ereignet hat, finden sich, glaube ich, starke Beweise dafür, daß Deutschland wirklich den Krieg wollte, oder daß es doch auf jeden Fall den Bruch des Dreiverbandes anstrebte, der hätte erfolgen müssen, wenn wir Rußland nicht unterstützt hätten. Die Militärpartei in Deutschland, die den Gedanken eines Präventivkrieges begünstigte, ehe Rußland zu stark würde, hatte offenbar die Oberhand gewonnen, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß Tschirsky* in Wien die Österreicher in ihrer aggressiven Politik ermutigt hat. Jagow wurde bezüglich der Bedingungen des österreichischen Ultimatums wahrscheinlich im Dunkeln gelassen, um ehrlich sagen zu können, daß ihm der Text niemals unterbreitet worden sei; aber Tschirsky und andere waren sicherlich eingeweiht. Österreich dachte nie daran, daß Rußland einen Krieg gegen es wagen würde, und Deutschland hatte nicht die Absicht, sich auf einen Krieg einzulassen, der alle Mächte Europas einbeziehen würde. Wie ich in

* Richtig Tschirschky.

meinem letzten Jahresbericht hervorgehoben habe, war eines der ungünstlichsten Ergebnisse der beiden Balkankriege der Eindruck, der sich ausgebreitet hatte, daß Rußland einer Friedenspolitik um jeden Preis verschrieben sei; und ich sagte voraus, daß, wenn eine in diesem Glauben befangene Macht die Geduld Rußlands auf eine zu harte Probe stellte, sie entdecken würde, daß im russischen Volk eine intensive, wenn auch latente Vaterlandsliebe lebt, mit der sie zu rechnen hätte. Vom Kaiser herunter zum einfachsten Muschik hat sich Rußland wie ein Mann erhoben und der Lage gewachsen gezeigt; und sogar die sozialistischen Arbeiter haben, da der Krieg nun ihrem Lande aufgedrängt worden ist, Streikruhe verkündet. Die Ansprache, die der Kaiser gestern nach Verlesung des Manifestes über die Kriegserklärung im Winterpalais hielt, brachte die Gefühle der ganzen Nation zum Ausdruck, und wenn Rußland im Anfang Rückschläge erfährt und gezwungen ist, Petersburg preiszugeben, wird es sich auf Moskau zurückziehen und weiterkämpfen, bis kein einziger Feind mehr auf russischem Boden steht. Der Kaiser gebrauchte die gleichen Worte wie Alexander I., als Napoleon in Rußland einfiel, und derselbe Geist, der das russische Volk im Jahre 1812 beseelte, beseelt es auch heute. Ich hoffe zuversichtlich, daß es nicht dazu ausersehen ist, die gleichen Opfer zu bringen wie nach der Einnahme von Moskau; aber ich glaube, es ist dazu bereit und wird, falls in den ersten größeren Schlachten besiegt, im Bewußtsein seiner angeborenen Kraft einen solch ausdauernden und zähen Widerstand leisten, daß sich Deutschland langsam verbluten und vor bloßer Erschöpfung zusammenbrechen wird. Der Kriegsminister sagte mir neulich, der Krieg könne drei Jahre dauern, und unser Militärattaché teilt mir mit, daß, wenn alle Kriegsvorbereitungen beendet sind, Rußland zwischen sieben und acht Millionen Mann unter den Waffen haben werde.

Das Telegramm des Königs an den Kaiser¹⁾ fiel am Samstag nachmittag um 5 Uhr (1. August) in meine Hände und Sasonow telephonierte sofort, um eine Audienz festzusetzen. Er aß zufällig an jenem Abend bei mir und gerade ehe ich in meinem Automobil nach Peterhof abfuhr, brachte ein Bote einen Entwurf der Antwort, die er aufgesetzt hatte und die dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Um 10⁴⁵ kam ich an einer kleinen Villa am Strand der Bucht an, wo die kaiserliche Familie immer lebt, und wurde von Seiner Majestät sofort empfangen. In Erwiderung auf eine Frage, die er an mich richtete, sagte ich ihm offen, daß die in französischer Sprache entworfene Antwort meiner Meinung nach zu offiziell gehalten sei und daß ich persönlich es sehr vorziehen würde, wenn Seine Majestät dem König in seinen eigenen Worten antworten wolle. Der Kaiser drückte seine volle Zustimmung aus und wir begannen

¹⁾ No. 384.

dann, die ganze Lage zu besprechen. Schließlich ließ sich Seine Majestät an seinem Schreibtisch nieder und bat mich, ihm beim Aufsetzen der Antwort zu helfen¹⁾. Dies war keineswegs eine leichte Aufgabe, da es ihm, obwohl er fließend Englisch spricht, offensichtlich einige Schwierigkeiten bereitete, das, was ihm vorschwebte, in Worte zu fassen, und ich mußte ihm das Telegramm anhand des Entwurfs, den mir Sasonow gegeben, und auf Grund der vorherigen Äußerungen Seiner Majestät im wesentlichen diktieren. Ich war anderthalb Stunden bei ihm und gelangte erst um 2 Uhr zurück.

Wilson, der amerikanische Geschäftsträger, erzählte einem Mitglied der Botschaft heute abend, daß die Deutschen, noch ehe der Befehl für die russische Teilmobilmachung erlassen worden war, in Washington angefragt hätten, ob er ihre Interessen hier vertreten dürfe. Schon dies allein zeigt, wie falsch die von ihnen gespielte Rolle war, und bestätigt das oben Gesagte, daß sie nämlich von Anfang an darauf bedacht waren, den Krieg zu provozieren. Sie haben uns die ganze Zeit Sand in die Augen gestreut, um uns von Frankreich und Rußland zu trennen, und ich habe keinen Zweifel, daß Lichnowsky eine Krise voraussah, als er vor einigen Monaten in den Industriezentren Nordenglands eine Reihe von Reden hielt.

Gestern abend wurde das Gerücht verbreitet, daß wir Deutschland den Krieg erklärt hätten, und zwischen 11 und 12 demonstrierte eine ungeheure Menge vor der Botschaft, indem sie die russische Nationalhymne sang und England kräftig hochleben ließ. Ich lag glücklicherweise im Bett und benutzte dies als Ausrede, um die wiederholt an mich gelangten Bitten, ich möchte erscheinen, abzulehnen. Heute abend warten alle — und niemand gespannter als ich — auf Nachricht über den Ausgang der Debatte im Unterhaus. Ich bitte nur Gott, daß England die Probe bestehen und sich und seinen Freunden treu bleiben wird; denn wenn es sie in der Stunde der Not verläßt, wird es sich nach dem Krieg isoliert finden und die Stunden unseres Reiches werden gezählt sein.

Wie viele sorgenreiche Tage werden wir verbracht haben und wieviel Zukunftsgeschichte mag gemacht worden sein, ehe dieser Brief Sie erreicht!

Ich habe keine Berichte geschrieben, da sie alle zur alten Geschichte gehören würden, ehe sie ankämen, und jetzt ist hauptsächlich die Zukunft und nicht die Vergangenheit von Interesse.

Stets Ihr

George W. Buchanan

¹⁾ No. 490.

(38779)

No. 666

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 13. August

(Tel.) No. 136

Berlin, den 4. August 1914

Ihr Telegramm No. 266 vom 4. August¹⁾.

Staatssekretär des Auswärtigen bedauert, verlangte Zusicherung nicht geben zu können, da deutsche Truppen heute morgen belgische Grenze überschritten.

Er bittet mich, Ihnen zu versichern, daß dies militärische Notwendigkeit und Frage von Leben und Tod für Reich war; jeder anders angesetzte Angriff hätte zuviel Zeit erfordert und Rußland instand gesetzt, Truppen zusammenzuziehen. Deutsche Regierung sei bereit gewesen, Belgien Zusicherungen zu geben — und habe dies tatsächlich getan —, daß es nach dem Krieg volle Entschädigung erhalten solle und daß seine Neutralität in jeder Hinsicht, außer Truppendurchzug, geachtet werden würde. Er gab zu, daß Belgien in dieser Sache ganz natürlich und sehr loyal gehandelt habe.

(38780)

No. 667

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 13. August

(Tel.) No. 137

Berlin, den 4. August 1914

Ihr Telegramm No. 270 vom 4. August²⁾.

Sowohl Kanzler wie Staatssekretär des Auswärtigen bedauerten, daß sie mir keine andere Antwort als die von heute nachmittag geben könnten. Ich sagte Ihnen, daß ich in diesem Falle angewiesen sei, meine Pässe zu verlangen.

Meine Unterredung mit dem Kanzler war sehr peinlich. Er bemerkte, er könne es nur als unerträglich empfinden, daß, weil die Deutschen den einzig für sie möglichen Weg einschlagen, um das Reich vor Unheil zu bewahren, England just wegen der Neutralität Belgiens über sie herfalle. Er betrachte England ganz für das verantwortlich, was nun geschehen könne.

Ich fragte ihn, ob er nicht verstehen könne, daß wir ehrenhalber verpflichtet seien, unser Bestes zum Schutze einer Neutralität zu tun, die wir garantiert hätten. Er entgegnete: „Aber um welchen Preis!“

Vermerk

Dies und das unmittelbar vorhergehende Telegramm³⁾ sind uns nie aus

¹⁾ No. 573.

²⁾ No. 594.

³⁾ No. 666.

Berlin zugegangen, sondern sie wurden uns erst jetzt von Sir E. Goschen für unsere Archive übergeben. — G. R. C. 13. August 1914.

(38897)

No. 668

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 299

Rom, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Nachstehend der Wortlaut der von Italien erlassenen Neutralitätserklärung, wie sie in den heutigen Blättern veröffentlicht wird:

„Da sich einige europäische Mächte im Kriegszustand befinden und Italien mit sämtlichen kriegführenden Parteien im Frieden lebt, haben die königliche Regierung und die Staatsangehörigen des Königreiches die Obliegenheit, die Pflichten der Neutralität in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen und den Grundsätzen des Völkerrechts zu beobachten.“

In ihren Kommentaren zu dieser Erklärung stellt die italienische Presse fest, daß in dem Ministerrate, der gestern vormittag abgehalten wurde, die durch die deutschen „ultima“ geschaffene Lage aus dem einfachen Grunde nicht erwogen werden konnte, weil keine Mitteilung darüber eingegangen war.

Der Ministerrat beschränkte sich deshalb darauf, über die durch österreichischen Angriff auf Serbien geschaffene Lage zu beraten, und stützte ihren (*sic*) Beschluß für den Erlaß der Neutralitätserklärung auf folgende Gründe:

1. Dem Geist des Dreibunds entsprechend soll sich keine der verbündeten Mächte in einer, allgemeine Folgen nach sich ziehenden Aktion kompromittieren, ohne vorher mit ihren Verbündeten in einen Gedankenaustausch getreten und zu einem Einvernehmen gelangt zu sein.

2. Diese in dem Vertrag liegende Absicht wird, soweit es sich um die Lage auf dem Balkan handelt, noch durch besondere zwischen Österreich und Italien geschlossene Vereinbarungen bestätigt.

3. Wie allgemein bekannt, wurde die österreichische Note an Serbien, aus der die gegenwärtige Lage entspringt, Italien in keiner Form mitgeteilt; weshalb Italien nicht imstande war, durch Ratschläge an

seinen Verbündeten, zu denen es berechtigt gewesen wäre, seinen Einfluß auf diesen diplomatischen Schritt geltend zu machen. Andererseits ist es klar, daß, nachdem die österreichischen Forderungen einmal überreicht waren, Italien als Freund und Verbündeter Österreichs ihre Zurücknahme nicht verlangen konnte.

Trotzdem hat sich die italienische Regierung alle Mühe gegeben, um von der österreichisch-ungarischen Regierung bindende Erklärungen zu erlangen, daß sie die Unabhängigkeit Serbiens im Sinne seiner territorialen Integrität und Souveränität achten werde. Österreich-Ungarn hat dies zwar dauernd als seine feste Absicht bezeichnet, aber eine solche Erklärung nie in irgendwie bindender Form abgegeben.

4. Die Hauptpunkte des Dreibundes sind: sein durchaus defensiver Charakter und die Erhaltung des Status quo; weshalb Italien sich nicht verpflichtet halten konnte, an einer aggressiven Handlung des einen oder andern seiner Verbündeten teilzunehmen, und das um so weniger, als die letzteren die nötige Vorverständigung mit ihm nicht gesucht haben.

5. Schließlich hat die Tatsache, daß Italien über alles im Dunkeln gelassen wurde, es verhindert, rechtzeitig Maßnahmen zum Schutze seiner Lebensinteressen zu ergreifen, die im Falle eines Krieges unmittelbar und in höchst ernster Weise gefährdet sein würden.

Der Wortlaut dieser Punkte ist in allen Blättern gleich und stellt, obschon er ihnen amtlich nicht mitgeteilt wurde, im wesentlichen doch Standpunkt der Regierung dar.

In einem Artikel, der heute abend im „Corriere della Sera“ erschien, werden die Gründe für die Neutralität Italiens sehr klar ausinandergesetzt.

Zunächst erklärt der Artikel, daß Österreich den Krieg wollte und daß Deutschland nichts tat, um es daran zu hindern, als es dies hätte tun können, und daß Deutschland jetzt anscheinend selbst den Krieg wünsche.

Hinsichtlich der Haltung Italiens müssen folgende Tatsachen als feststehend gelten:

Erstens ist sein Bündnis mit Österreich-Ungarn und Deutschland defensiver und nicht offensiver Art. Doch Österreich griff Serbien an, ohne Italien von den Gründen zu benachrichtigen, die diesen Konflikt verursachten. Österreich eröffnete die Feindseligkeiten, und zwar auf eine Weise, daß Rußland genötigt war zu mobilisieren, um das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte auf dem Balkan zu erhalten und die Freiheit der Südslawen zu schirmen. Rußland zeigte sich zu Unterhandlungen geneigt und sowohl seine Haltung, wie in nicht geringerem Maße diejenige Deutschlands und Österreichs in Verbindung mit den friedlichen Vorschlägen Englands und Italiens, müssen als

wichtige Faktoren erachtet werden, die die gegenwärtige Neutralität Italiens beeinflussen.

Der zweite Punkt ist daher das Verhalten Deutschlands und Österreichs zu diesen Vorschlägen. Serbien war bereit sich zu fügen, aber Österreich war unerbittlich, weil es in Wahrheit nicht nur die Demütigung Serbiens sondern auch dessen politische und wirtschaftliche Unterwerfung unter die Doppelmonarchie anstrebte. Auf der andern Seite hat Deutschland, das zuerst den Frieden zu wünschen schien, später aus Furcht, daß ein Aufschub seinen Gegnern zum Vorteil gereichen könnte, selbst die Katastrophe beschleunigt. Die verschiedenen Vorschläge für Konferenzen und Besprechungen wurden darum von Deutschland und Österreich bloß als Mittel des Zeitgewinns betrachtet und ihr Fehlschlag kann keineswegs Rußland zugeschrieben werden.

Drittens haben die seitens Deutschlands von Rußland und Frankreich geforderten Erklärungen, welche die innere Freiheit und Souveränität der letztgenannten Mächte berührten, Deutschland juridisch in die Lage des Angreifers versetzt. Italien sieht sich demnach nicht der Frage einer defensiven Handlung gegenüber, sondern eher der eines freiwilligen Angriffes, den zwei Mitglieder des Dreibundes gegen zwei andere Mächte eingeleitet haben.

Es handelt sich also nicht um einen *casus foederis* sondern vielmehr um das Gegenteil.

Überdies verlangt der Geist, wenn nicht der Buchstabe des Bündnisses, daß dem Beginn einer Aktion eine Verständigung unter den Verbündeten vorausgehen soll. Weder Österreich noch Deutschland haben diese Bedingung eingehalten.

Von Seiten Österreichs erfolgte in bezug auf den Inhalt seiner Note an Serbien keine Voranzeige, außer einer Benachrichtigung, daß die Note überreicht worden sei, und der österreichisch-serbische Krieg begann also, ohne daß man sich vorher mit Italien verständigt hatte.

Deutschland schlug hinsichtlich der von Rußland und Frankreich geforderten Erklärungen ein ähnliches Verfahren ein. Deutschland unterrichtete Italien nicht im voraus, verständigte sich nicht mit ihm und befragte es nicht, Italien wurde nur vom *fait accompli* in Kenntnis gesetzt, als ob es bloß der Vollstrecker der Wünsche der andern wäre und im Rate der verbündeten Mächte nicht zähle.

Italien konnte also nichts anderes tun, als erklären, daß der *casus foederis* nicht für es in Betracht kommt und daß es zum Eingreifen nicht verpflichtet ist. Da Deutschland und Österreich die Verpflichtungen des Dreibundes nicht beobachtet haben, ist Italiens Haltung juridisch korrekt und politisch loyal.

Was die politische Seite der Frage anlangt, so weist der „Corriere della Sera“ auf das Verhalten Österreichs im letzten türkisch-

italienischen Krieg und auf die Art hin, wie es damals Italien verhinderte, sich an der adriatischen Küste nach freiem Ermessen zu betätigen.

Die Zeitung erklärt dann zusammenfassend, daß, da Deutschland auf die oben beschriebene Weise in den Kampf getreten ist und Österreich entweder die territoriale Gestaltung oder, was noch wichtiger ist, die politische Gestaltung des Balkans zu ändern sich anschickt, niemand verlangen kann, Italien solle seinen eigenen Interessen entgegenarbeiten, indem es für Österreich die Waffen ergreift. Es wäre sinnwidrig und ungeheuerlich, das zu erwarten. Der Krieg würde sehr große Änderungen in Europa zur Folge haben. Italien wünsche keinen Krieg und ihm sollten die Verluste, die er fordern wird, erspart bleiben.

Der Außenminister war darum besorgt, mich wissen zu lassen, daß außer der Kriegserklärung (*sic.* ? Neutralitätserklärung) keine amtliche Mitteilung an die Presse ergangen ist. Andererseits hat sie selbstverständlich inoffiziell Weisung über die einzuschlagende Richtung erhalten.

Der greise erfahrene Staatsmann Marchese Visconti Venosta hat dem Ministerpräsidenten seine volle Billigung des eingeschlagenen Kurses zu erkennen gegeben.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(38903)

No. 669

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 305

Rom, den 4. August 1914

Euere Exzellenz!

Soeben habe ich den Kolonialminister Signor Martini gesehen, der mir sagte, die Regierung habe allen Grund, vom Gefühl durchdrungen zu sein, daß das Land die Stellungnahme Italiens unterstützt. Wie er zugibt, bedeutet das natürlich das Ende des Dreibundes. Deutschland wird Italien eine Haltung nicht verzeihen, die man dort als Abfall betrachtet, und Italien wird sich auf Schwierigkeiten gefaßt machen müssen, obgleich sein Entschluß vollkommen im Einklang mit einer gerechten Auslegung seiner Verpflichtungen steht. Er setzte hinzu, es bestünde zwar keine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung, Marquis di Rudini habe es aber klar niedergelegt, daß Italien unter keinen Umständen einwilligen könne, in offener Feindschaft gegen England aufzutreten, und dieser stillschweigende Grundsatz sei seinem Verbündeten sehr wohl bekannt.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

Erhalten 14. August

No. 122

Brüssel, den 12. August 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit einige Exemplare des Protokolls über die Vorgänge bei Eröffnung der belgischen Kammer durch König Albert höchstselbst am 4. d. Mts. zu übersenden¹⁾. Der König wurde von der Königin begleitet und sowohl in der Kammer als auch auf dem Wege vom und zum Schlosse waren ihre Majestäten Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Der Bericht enthält die Wiedergabe einer Rede des Ministerpräsidenten und Kriegsministers Baron de Broqueville, in der er die drei Noten verlas, die zwischen der belgischen und deutschen Regierung ausgetauscht worden sind. Die Veröffentlichung dieser Dokumente machte natürlich einen tiefen Eindruck, alle Parteistreitigkeiten verschwanden — ein Zeichen dafür war, daß Herr Hymans und Graf Goblet d'Alviella, die Führer der Liberalen, und Herr Vandervelde, der Führer der Sozialisten, zu Staatsministern ernannt wurden — und die von der Regierung beantragten Maßnahmen, einschließlich einer Forderung von 200 000 000 Francs, wurden einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Während der letzten zwei Jahre habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß amtliche und rein konservative Kreise entschieden zu Deutschland hinneigten. Diese Stimmung erzeugte ein Vertrauen, das sich als durchaus unangebracht erwies. So erklärte mir der Minister des Äußern Herr Davignon noch am 2. d. Mts., am selben Tag, an dem das deutsche Ultimatum überreicht wurde, es läge keinerlei Grund für den Verdacht vor, daß Deutschland die Neutralität Belgiens zu verletzen beabsichtige. Infolgedessen hatte die Regierung die Frage eines Anrufs der Garantiemächte nicht einmal in Betracht gezogen, und zwar umsoweniger, als sie sich in der Lage glaubte, einem Angriff, woher er auch kommen möge, widerstehen zu können. In dieser Haltung hinsichtlich ihrer Widerstandsmöglichkeiten verharrte die Regierung bis zum 4., als sie, wie Sie durch mein Telegramm No. 29 von diesem Tage erfuhren²⁾, einen förmlichen Appell an Großbritannien, Frankreich und Rußland richtete, sich als Garanten an der Verteidigung belgischen Gebietes zu beteiligen.

Als indessen die Zeit der Täuschung verstrichen und der Augenblick der Tat gekommen war, handelte die belgische Regierung mit einer Energie und Entschlossenheit, die einen guten Auftakt für die

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

²⁾ No. 654.

Haltung der königlichen Truppen im Felde bildeten. Der Geist, der sich so offenbarte, fand in allen Kreisen des Volkes und im ganzen Lande bereitwilligen Widerhall. Die Empörung über den deutschen Angriff war groß und hat eine Welle der Vaterlandsliebe und Aufopferung erzeugt, die keine Mühe scheut und vor keinen Kosten für die Sache der nationalen Integrität und Unabhängigkeit zurückschreckt.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Anmerkung. In einem Privatbrief vom gleichen Tage schreibt Sir F. Villiers an Sir Arthur Nicolson:

„Die belgischen Behörden waren tatsächlich überzeugt, daß von Deutschland nichts zu fürchten sei, und sie wollten nicht einmal die Frage eines Anrufs der Mächte in Betracht ziehen. Sie sind äußerst erbittert darüber, daß sie so getäuscht wurden. Überdies behaupteten sie, sich im Falle eines Angriffs selbst verteidigen zu können. Diese Haltung war nicht so sehr durch den Verlaß auf ihre eigenen Kräfte, als vielmehr durch den Wunsch bestimmt, sich nicht unwiderruflich nach einer der beiden Seiten hin festzulegen. Bei ihrer verzweifelt schwierigen Lage kann man diesen Wunsch gut verstehen. Schließlich erzwang natürlich der Gang der Ereignisse ihren Appell. Da ich ohne jeden Hinweis war, ob wir eingreifen würden, konnte ich nicht viel mehr tun, als zuzuhören und über die mir gemachten Erklärungen zu berichten.

Die Energie und Disziplin, der Mut, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit aller Klassen sind über alles Lob erhaben.“

(41041)

No. 671

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Erhalten 19. August

No. 309

Berlin, den 6. August 1914

Euere Exzellenz!

Gemäß der in Ihrem Telegramm No. 266 vom 4. d. Mts. enthaltenen Weisung ¹⁾ suchte ich an jenem Nachmittag den Unterstaatssekretär ²⁾ des Auswärtigen auf und fragte ihn im Namen Seiner Majestät Regierung, ob die kaiserliche Regierung von der Verletzung der belgischen Neutralität absehen würde. Herr von Jagow entgegnete sofort, er bedauere „nein“ sagen zu müssen, da die deutschen Truppen an jenem Morgen die Grenze überschritten hätten und die belgische Neutralität somit bereits verletzt worden sei. Herr von Jagow verbreitete sich wieder über die Gründe, warum die Reichsregierung zu diesem Schritt genötigt gewesen sei — weil sie nämlich auf dem raschesten und leichtesten Weg in Frankreich einmarschieren mußte,

¹⁾ No. 573 a).

²⁾ Es sollte Staatssekretär heißen.

um mit ihren Truppenbewegungen einen tüchtigen Vorsprung erlangen und sobald als möglich einen entscheidenden Schlag versuchen zu können. Dies sei für Deutschland eine Frage von Leben und Tod, da, wenn es den südlicheren Weg eingeschlagen hätte, es in Anbetracht der wenigen Straßen und der Stärke der Festungen nicht hätte hoffen können, ohne furchtbaren Widerstand und entsprechenden großen Zeitverlust durchzukommen. Dieser Zeitverlust würde für die Russen Zeitgewinn zum Heranschaffen ihrer Truppen an die deutsche Grenze bedeutet haben. Schnelligkeit der Bewegungen sei der große Vorteil Deutschlands, während Rußland einen unerschöpflichen Vorrat an Truppen habe. Ich wies Herrn von Jagow darauf hin, daß dies *fait accompli* der Verletzung der belgischen Grenze die Lage, wie er leicht begreifen werde, außerordentlich ernst gestalte, und ich fragte ihn, ob nicht noch Zeit zur Umkehr und zum Vermeiden möglicher Folgen sei, die er ebenso wie ich beklagen würde. Er erwiderte, aus den mir dargelegten Gründen sei für Deutschland eine Umkehr jetzt unmöglich.

Im Laufe des Nachmittags erhielt ich Ihr Telegramm No. 270¹⁾ und begab mich gemäß dem darin enthaltenen Auftrag nochmals aufs Auswärtige Amt und teilte dem Staatssekretär des Auswärtigen mit, daß, wenn die Reichsregierung nicht bis 12 Uhr nachts die Zusicherung geben könne, sie werde mit der Grenzverletzung Belgiens nicht fortfahren und ihren Vormarsch einstellen, ich angewiesen sei, meine Pässe zu fordern und die Reichsregierung zu benachrichtigen, daß Seiner Majestät Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen müsse, um die Neutralität Belgiens und die Einhaltung eines Vertrages zu sichern, an den Deutschland im selben Maße wie sie selbst gebunden sei.

Herr von Jagow entgegnete, er könne mir zu seinem großen Bedauern keine andere Antwort erteilen als früher am Tag, daß nämlich die Sicherheit des Reiches einen Marsch der deutschen Truppen durch Belgien unumgänglich erheische. Ich übergab Seiner Exzellenz eine Paraphrase Ihres Telegramms und fragte ihn unter Hinweis darauf, daß Sie 12 Uhr als den Zeitpunkt angegeben hätten, zu dem Seiner Majestät Regierung eine Antwort erwartete, ob es im Hinblick auf die unvermeidlich eintretenden schrecklichen Folgen nicht noch im letzten Augenblick möglich wäre, die Antwort erneut zu erwägen. Er erwiderte, daß, auch wenn die Frist vierundzwanzig Stunden oder mehr betrüge, die Antwort gleich lauten müsse. Ich bemerkte, in diesem Falle müsse ich meine Pässe verlangen. Diese Unterredung dürfte ungefähr um 7 Uhr stattgefunden haben. In einem nachfolgenden kurzen Gespräch drückte Herr von Jagow sein schmerzliches Bedauern über den Zerfall seiner und des Kanzlers ganzen Politik aus, die darin bestand, mit Großbritannien Freundschaft zu schließen und dann Frank-

¹⁾ No. 594.

reich durch Großbritannien näherzukommen. Ich entgegnete, dies plötzliche Ende meiner Tätigkeit in Berlin sei auch für mich tief bedauerlich und enttäuschend, er müsse aber begreifen, daß Seiner Majestät Regierung unter diesen Umständen und in Anbetracht unserer Verpflichtungen unmöglich anders als geschehen habe handeln können.

Darauf sagte ich, daß ich noch den Reichskanzler aufsuchen möchte, da dies vielleicht die letzte Gelegenheit sei, ihn zu sehen. Er bat mich, es zu tun. Ich traf den Kanzler sehr erregt an. Seine Exzellenz begann sofort lebhaft auf mich einzureden, und sein Erguß dauerte ungefähr 20 Minuten¹⁾. Er sagte, der von Seiner Majestät Regierung getane Schritt sei ganz furchtbar; bloß wegen eines Wortes „Neutralität“, eines Wortes, das in Kriegszeiten so oft mißachtet worden sei — bloß wegen eines Fetzens Papier wolle Großbritannien nun mit einer stammverwandten Nation Krieg führen, die nichts Besseres wünschte, als in Freundschaft mit ihm zu leben. Alle seine diesbezüglichen Bemühungen seien durch diesen letzten furchtbaren Schritt nutzlos geworden und die Politik, der er sich, wie ich wisse, seit seinem Amtsantritt gewidmet habe, sei wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Was wir getan, sei unglaublich; es sei, wie wenn man jemand, der gegen zwei Angreifer um sein Leben kämpfe, von hinten anfalle. Er halte Großbritannien für alle etwa eintretenden Folgen verantwortlich! Ich erhob scharfen Einspruch gegen diese Behauptung und bemerkte, ebenso wie er und Herr von Jagow mir begreiflich zu machen wünschten, daß es aus strategischen Gründen für Deutschland eine Frage von Leben und Tod bedeute, durch Belgien zu marschieren und seine Neutralität zu verletzen, wünschte ich sein Verständnis dafür zu erhalten, daß es für die Ehre Großbritanniens sozusagen eine Frage von „Leben und Tod“ sei, seine feierliche Verpflichtung zu halten und die belgische Neutralität bei einem Angriff bis zum äußersten zu verteidigen. Dieser feierliche Vertrag müsse einfach gehalten werden, oder wer könnte sonst künftig noch den von Großbritannien eingegangenen Verpflichtungen trauen? Der Kanzler warf ein: „Aber um welchen Preis wird dieser Vertrag gehalten

¹⁾ Da die Frage aufgeworfen wurde, in welcher Sprache diese Unterredung und die Erklärung des Kanzlers erfolgte, wurden bei Sir Horace Rumbold Erkundigungen eingezogen. Er schreibt, nach damals gemachten privaten Aufzeichnungen habe ihn Sir Edward Goschen am selben Tage unterrichtet, daß „der Kanzler einen regelrechten Vortrag auf Englisch hielt“*.

* Bethmann Hollweg hat dem Herausgeber der deutschen Ausgabe am 17. August 1919 auf Anfrage mitgeteilt, daß seine „Unterredung mit dem Botschafter Sir Edward Goschen teils englisch, teils deutsch geführt worden ist“. Es war Bethmann Hollweg damals jedoch nicht mehr genau erinnerlich, in welcher Sprache dabei der Ausdruck „Fetzen Papier“ fiel. In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege“, 1. Teil, Berlin 1919, Seite 179–180, Fußnote, schrieb Bethmann Hollweg „... ein Fetzen Papier, a scrap of paper“.

worden sein! Hat die britische Regierung daran gedacht?“ Ich gab Seiner Exzellenz so deutlich als möglich zu verstehen, daß die Furcht vor den Folgen kaum als eine Entschuldigung für den Bruch feierlich eingegangener Verträge gelten könne, aber Seine Exzellenz war so aufgeregt, augenscheinlich von der Nachricht unseres Vorgehens so übermannt und so wenig geneigt, auf die Stimme der Vernunft zu hören, daß ich davon absah, durch weitere Argumente Öl ins Feuer zu gießen. Als ich mich zum Gehen anschickte, sagte er noch, der Schlag, daß Großbritannien sich den Feinden Deutschlands anschließe, sei umso schwerer, als er und seine Regierung fast bis zum letzten Augenblick mit uns zusammengewirkt und unsere Bemühungen unterstützt hätten, den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Ich gab zu, daß dem so gewesen sei, und bemerkte, es bilde einen Teil der Tragödie, daß die beiden Nationen gerade in dem Augenblick auseinandergerieten, als sich ihre gegenseitigen Beziehungen freundschaftlicher und herzlicher denn seit Jahren gestaltet hatten. Unglücklicherweise habe sich trotz unseren Bemühungen, den Frieden zwischen Rußland und Österreich zu erhalten, der Krieg ausgebreitet und uns vor eine Lage gestellt, der wir, wenn wir unsere Verpflichtungen einhielten, unmöglich ausweichen könnten, und die leider die Trennung von unseren bisherigen Mitarbeitern bedinge. Er werde leicht verstehen, daß niemand dies mehr bedaure als ich.

Nach dieser etwas peinlichen Unterredung kehrte ich in die Botschaft zurück und schrieb mein Telegramm No. 137 nieder. Dies Telegramm wurde ein wenig vor 9 Uhr abends beim Haupttelegraphenamt aufgegeben. Es wurde dort angenommen, doch anscheinend nie befördert.

Gegen 9³⁰ abends besuchte mich der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Herr von Zimmermann. Nachdem er sein tiefes Bedauern ausgedrückt hatte, daß unsere recht freundschaftlichen amtlichen und persönlichen Beziehungen aufhören sollten, fragte er mich beiläufig, ob die Forderung der Pässe einer Kriegserklärung gleichkäme. Ich erwiderte, daß eine derartige Autorität des Völkerrechts, wie er bekanntermaßen sei, ebenso gut oder besser wie ich wissen müsse, was in solchen Fällen üblich sei. Ich fügte hinzu, es habe viele Fälle gegeben, wo die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden seien, ohne daß der Krieg deswegen ausgebrochen wäre; aber im vorliegenden Falle würde er aus meinen Instruktionen, die ich Herrn von Jagow in Paraphrase übergeben hätte, ersehen haben, daß Seiner Majestät Regierung bis 12 Uhr nachts Antwort auf eine bestimmte Frage erwarte und daß sie sich mangels einer befriedigenden Antwort gezwungen sähe, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Verpflichtungen erheischten. Herr Zimmermann meinte, das sei in der Tat eine Kriegserklärung, da die Reichsregierung weder in dieser Nacht noch zu irgendeiner sonstigen Zeit die verlangte Zusicherung geben könne.

Am andern Morgen verlangte ich schriftlich meine Pässe.

Einige Zeit, nachdem Herr Zimmermann sich von mir verabschiedet hatte, wurde ein vom „Berliner Tageblatt“ ausgegebenes Extrablatt verbreitet, daß Großbritannien an Deutschland den Krieg erklärt habe. Die unmittelbare Folge dieser Nachricht war, daß sich ein äußerst aufgeregter und ungebärdiger Pöbelhaufe vor Seiner Majestät Botschaft ansammelte. Die kleine Polizeitruppe, die man zum Schutze der Botschaft hergeschickt hatte, war bald überwältigt und die Haltung der Menge wurde drohender. Wir beachteten diese Kundgebung weiter nicht, solange sie sich auf Gelärm beschränkte; doch als die Fensterscheiben klirrten und Steine ins Gesellschaftszimmer, in dem wir alle saßen, hereingeflogen kamen und wir daraus ersahen, daß die Lage ungemütlich werde, teilte ich dem Auswärtigen Amt die Vorgänge telephonisch mit. Herr von Jagow benachrichtigte sofort den Polizeipräsidenten, mit großer Promptheit erschien ein ausreichender Trupp berittener Polizei und die Straße war sehr bald gesäubert. Von da an wurden wir gut beschützt und direkte Unannehmlichkeiten kamen nicht mehr vor.

Nachdem die Ordnung wiederhergestellt war, suchte mich Herr von Jagow auf und drückte sein allerherzlichstes Bedauern über das Vorgefallene aus. Er meinte, das Benehmen seiner Landsleute beschäme ihn mehr, als er in Worte fassen könne. Der Ruf Berlins sei unauslöschlich befleckt. Er sagte, das in den Straßen verbreitete Extrablatt sei von der Regierung nicht genehmigt worden; in der Tat habe ihn der Kanzler telephonisch gefragt, ob seiner Ansicht nach eine derartige Anzeige veröffentlicht werden solle, und er habe erwidert: „Bestimmt nicht bis morgen früh.“ Gerade infolge dieser Entscheidung sei nur eine kleine Polizeitruppe in die Nähe der Botschaft geschickt worden, da er dachte, daß die Anwesenheit eines starken Aufgebots unfehlbar Aufmerksamkeit erregen und vielleicht Unruhen hervorrufen würde. Dies „verwünschte „Tageblatt““ habe irgendwie die Nachricht erfahren und seine Berechnungen über den Haufen geworfen. Er habe Gerüchte gehört, wonach von der Botschaft aus Zeichen gemacht und Gegenstände geworfen worden seien, was die Menge zu Gewalttätigkeiten aufgereizt habe, er sei aber überzeugt, daß das nicht wahr sei (ich vermochte ihm bald zu versichern, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehrten), doch selbst wenn das der Fall gewesen, sei es keine Entschuldigung für die würdelosen Auftritte, die stattgefunden hätten. Er befürchte, ich würde einen kläglichen Eindruck von den Berliner Manieren in Augenblicken der Erregung mit nach Hause nehmen. Tatsächlich hätte keine Entschuldigung vollständiger sein können.

Am nächsten Morgen, dem 5. August, schickte Seine Majestät der Kaiser einen seiner Flügeladjutanten mit der folgenden Botschaft zu mir:

„Der Kaiser hat mir befohlen, Euerer Exzellenz sein Bedauern für die Vorfälle der vergangenen Nacht auszudrücken, Ihnen aber gleichzeitig zu sagen, daß sie Ihnen einen Begriff von den Gefühlen seines Volkes über die Handlungsweise Großbritanniens geben dürften, das sich anderen Nationen gegen seine alten Verbündeten von Waterloo anschloß. Seine Majestät ersucht auch, Sie möchten dem König sagen, daß er stolz auf die Titel eines britischen Feldmarschalls und britischen Admirals war, daß er sich jedoch infolge des Geschehenen jetzt und unverzüglich dieser Titel entledigen müsse.“

Ich möchte dem hinzufügen, daß diese Botschaft durch die Art, wie sie ausgerichtet wurde, nichts von ihrer hochfahrenden Schärfe verlor.

Auf der andern Seite möchte ich feststellen, daß ich während dieser ganzen mißlichen Zeit seitens des Herrn von Jagow und der Beamten des Auswärtigen Amtes stets nur mit Höflichkeit behandelt wurde. Um etwa 11 Uhr am selben Morgen übergab mir Graf Wedel meine Pässe und sagte mir, er sei beauftragt, den für meine Rückkehr nach England einzuschlagenden Reiseweg mit mir zu besprechen. Er bemerkte, gehört zu haben, daß ich die Route über Hoek van Holland der über Kopenhagen vorziehe; man habe daher Anstalten getroffen, daß ich die erstere Strecke benutzen sollte, nur müsse ich noch bis zum nächsten Morgen warten. Ich war damit einverstanden, und er sagte, ich könne ganz sicher sein, daß sich die schmachvollen Auftritte der vorigen Nacht nicht wiederholen würden, da umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen würden. Er fügte hinzu, daß sie alles in ihrer Macht täten, um dem Zug einen Speisewagen anhängen zu lassen, das sei aber ziemlich schwierig. Er brachte mir auch einen reizenden, in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßten Brief von Herrn von Jagow. Wir verbrachten den Tag mit dem Verbrennen der Chiffren und anderer vertraulicher Papiere, mit dem Versiegeln der Archive, wobei die Sekretäre der Botschaft der Vereinigten Staaten halfen, und mit dem Packen von Sachen, soweit die Zeit es erlaubte.

Die Nacht verlief ruhig ohne jeden Zwischenfall. Am Morgen wurde ein starkes Polizeiaufgebot längs dem gewöhnlichen Weg nach dem Lehrter Bahnhof aufgestellt, während das Botschaftspersonal in Droschken auf Seitenstraßen nach dem Bahnhof geschmuggelt wurde. Wir hatten dort keinerlei Belästigung zu erleiden und entgingen der Behandlung, die meinem russischen und französischen Kollegen seitens der Menge widerfuhr. Graf Wedel kam auf den Bahnhof, um uns im Namen Herrn von Jagows Lebewohl zu sagen und sich davon zu überzeugen, daß alle für unsere Bequemlichkeit getroffenen Anordnungen richtig ausgeführt worden waren. Ein Gardeoberst a. D. fuhr bis zur holländischen Grenze im Zug mit und bemühte sich äußerst freundlich zu verhindern, daß uns die großen Menschenmengen be-

schimpften, die sich auf den Bahnhöfen jeder Station, an der wir hielten, drängten. Aber außer über das Gebrüll vaterländischer Lieder, sowie über einige Verhöhnungen und beleidigende Gebärden hatten wir uns auf unserer ermüdenden Fahrt nach der holländischen Grenze wirklich über nichts zu beklagen.

Ehe ich diesen langen Bericht über unsere letzten Tage in Berlin schließe, möchte ich noch das ganz bewundernswerte Verhalten meines Personals unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen buchen und zu Ihrer Kenntnis bringen. Alle ohne Ausnahme haben Tag und Nacht fast ohne Rast gearbeitet und ich vermag den lebhaft-frischen Eifer gar nicht hoch genug zu rühmen, mit dem sich der Botschaftsrat, der Marine- und Militärattaché, die Sekretäre und die beiden jungen Attachés an ihre Aufgabe machten und ihre Ruhe behielten, wenn oft draußen ein Volkshaufe lärmte und drinnen Hunderte von britischen Untertanen laut um Rat und Hilfe riefen. Ich war stolz, daß ich solch ein Personal zur Mitarbeit hatte und bin ihnen allen für ihre unschätzbare Hilfe und Unterstützung höchst dankbar, die sie des öftern beträchtlicher persönlicher Gefahr aussetzte und die sie mir doch so bereitwillig und freudig zuteil werden ließen.

Ich möchte auch die große uns allen von Seiten meines amerikanischen Kollegen, Herrn Gerard, und seinem Personal gewährte Hilfe erwähnen. Seine Exzellenz ließ sich von dem höhnischen Geschrei und Gezisch, mit denen er oft vom Pöbel beim Betreten und Verlassen der Botschaft begrüßt wurde, nicht abschrecken und suchte mich wiederholt auf, um sich zu erkundigen, wie er uns helfen und Anordnungen für die Sicherheit gestrandeter britischer Untertanen treffen könne. Er befreite viele von ihnen mit einiger Gefahr für seine eigene Person aus äußerst schwierigen Lagen und seine Ruhe, sein *savoir-faire* und seine Festigkeit im Umgang mit den kaiserlichen Behörden verliehen volle Sicherheit, daß der Schutz britischer Untertanen und Interessen keinen tüchtigeren und fähigeren Händen hätte überlassen werden können.

Ich habe usw.

W. E. Goschen

Im BB No. 160 (leicht paraphrasiert und unter Auslassung einer Stelle) veröffentlicht

(38442)

No. 672

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 213. *En clair* Auswärtiges Amt, den 12. August 1914
A. 7¹⁵ nachm.

Auf die Bitte der französischen Regierung, der keine direkten diplomatischen Verkehrswege mit Österreich offen stehen, habe ich

dem österreichischen Botschafter eine Mitteilung gemacht, die einem völligen Bruch zwischen Frankreich und Österreich gleichkommt, und zwar mit der Begründung, daß Österreich an Rußland, das bereits auf Seiten Frankreichs kämpfe, den Krieg erklärt, und daß Österreich unter Umständen, die eine unmittelbare Bedrohung Frankreichs bedeuten, Truppen über die deutsche Grenze geschickt hat.

Da auf diese Weise der Bruch mit Frankreich herbeigeführt ist, fühlt sich Seiner Majestät Regierung verpflichtet, Sie anzuweisen, Ihre Pässe zu verlangen, und ich habe dem österreichischen Botschafter angezeigt, daß von Mitternacht an der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern besteht.

No. 673

Sir Edward Grey an Graf Mensdorff

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 12. August 1914

Verehrter Graf Mensdorff,

Ich vermag es nicht in Worte zu fassen, wie bekümmert ich bin, daß ich Ihnen persönlich die Anzeige machen muß, die in meinem offiziellen Schreiben enthalten ist, dessen Inhalt ich an De Bunsen telegraphiert habe¹⁾.

Ich möchte Sie gerne sehen, um Ihnen Lebewohl zu sagen und die Hand zu schütteln und um Ihnen zu versichern, wie sehr meine persönliche Freundschaft unverändert bleibt.

Wollen Sie nach Queen Anne's Gate Nr. 28 kommen, wo ich wohne und wo wir beim Abschiednehmen ganz unter uns sein werden?

Ich bin jeden Morgen um 10 Uhr dort.

Ihr aufrichtig ergebener

Edward Grey

No. 674

Graf Mensdorff an Sir Edward Grey

Österreichisch-ungarische Botschaft

(Privat)

Belgrave Square 18, S. W., den 12. August 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich bin über die mir soeben von Ihnen zugegangene Ankündigung tief bekümmert.

¹⁾ No. 672.

Ich weiß die in Ihrem inoffiziellen Briefe zum Ausdruck gebrachten persönlichen freundschaftlichen Gefühle sehr zu schätzen und erwidere sie von Herzen. Ich werde morgen früh um 9 Uhr 30 in Queen Anne's Gate No. 28 vorsprechen.

Ihr aufrichtig ergebener
Albert Mensdorff

(41041)

No. 675

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

Auswärtiges Amt, den 1. September 1914

Euere Exzellenz!

Ich habe den Bericht Euerer Exzellenz No. 309 vom 6. v. Mts.¹⁾, der die Ereignisse in Berlin unmittelbar vor und nach dem Kriegsausbruch zwischen Großbritannien und Deutschland schildert, mit großem Interesse gelesen und ihn dem König vorgelegt.

Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen das vollkommene Einverständnis Seiner Majestät Regierung nicht nur mit der Haltung und Sprache Euerer Exzellenz im letzten Stadium der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern auch mit Ihrer gesamten Leitung Seiner Majestät Botschaft während einer außerordentlich schwierigen und aufreibenden Zeit zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe mit Befriedigung von den Bemerkungen Euerer Exzellenz über die Mitglieder Ihres Stabes Kenntnis genommen und habe Seiner Majestät Botschafter in Washington beauftragt, Herrn Gerard durch die Regierung der Vereinigten Staaten den warmen Dank Seiner Majestät Regierung für seine große persönliche Hingabe und Tatkraft zu übermitteln, die er unter diesen kritischen Umständen für die britischen Interessen an den Tag gelegt hat.

Ich bin usw.
E. Grey

(48877)

No. 676

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

London, den 1. September 1914

Euere Exzellenz!

Die Schnelligkeit des Ganges der Ereignisse in den Tagen, die zum Ausbruch des europäischen Krieges führten, machte es damals

¹⁾ No. 671.

unmöglich, mehr zu tun, als über ihr Fortschreiten telegraphisch zu berichten. Ich möchte nun einige Bemerkungen hinzufügen.

Der am 23. Juli in Belgrad erfolgten Übergabe der österreichischen Note an Serbien war eine Periode völligen Stillschweigens am Ballplatz vorausgegangen. Außer Herrn von Tschirsky*, dem der wesentliche Inhalt, wenn nicht der genaue Wortlaut der Note bekannt gewesen sein mußte, war es keinem meiner Kollegen vergönnt, hinter den Vorhang zu blicken. Am 22. und 23. Juli hatte der französische Botschafter Herr Dumaine lange Unterredungen mit Baron Macchio, einem der Unterstaatssekretäre des Äußern, der Herrn Dumaine unter dem Eindruck beließ, daß die warnenden Worte, die er auftragsgemäß an die österreichisch-ungarische Regierung zu richten gehabt, nicht ungehört verhallt wären und daß man an der in Vorbereitung befindlichen Note nichts entdecken werde, was zu erfüllen ein Staat von Selbstachtung zu zögern brauchte. In der zweiten Unterredung wurde er nicht einmal davon verständigt, daß die Note im selben Augenblick in Belgrad überreicht werde und daß sie am nächsten Morgen in Wien veröffentlicht würde. Graf Forgach, der andere Unterstaatssekretär, war dagegen so freundlich gewesen, mir am selben Tag den wahren Charakter der Note und ihre Übergabe zurzeit unseres Gesprächs vertraulich mitzuteilen.

Den russischen Botschafter hatte man so wenig von den kommenden Dingen unterrichtet, daß er Wien tatsächlich um den 20. Juli verließ, um einen vierzehntägigen Urlaub anzutreten; er war aber nur wenige Tage fort, als ihn die Ereignisse zurückriefen. Man hätte annehmen sollen, daß Graf Berchtold den Herzog Avarna, Botschafter des verbündeten Königreichs Italien, das durch neue Verwicklungen auf dem Balkan so nahe berührt werden mußte, in dieser kritischen Zeit voll ins Vertrauen gezogen hätte. In Wirklichkeit wurde Seine Exzellenz ganz im Dunkeln gelassen und zwar ohne Zweifel aus dem guten Grunde, weil Italien die in der Note vom 23. Juli verkörperte Politik sicher verworfen hätte, wenn es aufgefordert worden wäre, sie zu decken. Was mich betrifft, so machte mir Graf Berchtold keine Andeutungen über den heraufziehenden Sturm und es war eine private Quelle, aus der ich am 15. Juli eine Voranzeige der kommenden Dinge erhielt, worüber ich am andern Tag in meinem Telegramm No. 85 berichtete¹⁾. Allerdings haben die „Neue Freie Presse“ und andere leitende Blätter Wiens in dieser ganzen Zeit eine Sprache geführt, die unverkennbar auf einen Krieg mit Serbien hinwies. Das amtliche „Fremdenblatt“ war jedoch vorsichtiger und bis zur Veröffentlichung der Note überwog unter meinen Kollegen die Ansicht, Österreich werde vor Schritten zurückschrecken, die geeignet wären, es in ernste europäische Verwicklungen zu verstricken.

¹⁾ No. 50.

* Richtig Tschirschky.

Am 24. Juli wurde die Note in den Zeitungen veröffentlicht und sofort einmütig Ultimatum genannt. Ihre vollständige Annahme durch Serbien wurde weder erwartet noch gewünscht, und als am folgenden Nachmittag in Wien zuerst das Gerücht von ihrer bedingungslosen Annahme umging, herrschte einen Augenblick große Enttäuschung. Der Irrtum wurde rasch berichtigt und sobald es später am Abend bekannt wurde, daß die serbische Antwort zurückgewiesen worden sei und Baron Giesl die Beziehungen zu Belgrad abgebrochen habe, bemächtigte sich der Stadt Wien ein Freudentaumel und ungeheure Volksmassen zogen, vaterländische Lieder singend, bis in die frühen Morgenstunden durch die Straßen.

Die Kundgebungen, die größtenteils aus organisierten Umzügen durch die Hauptstraßen bestanden und am Kriegsministerium endeten, verliefen in vollkommener Ordnung. Ein oder zwei Versuche, feindliche Kundgebungen vor der russischen Botschaft zu veranstalten, wurden durch die starke Polizeiwache vereitelt, die während jener Tage die Zugänge zu den Hauptbotschaften besetzt hielt. Das Verhalten der Bevölkerung Wiens und, wie mir berichtet wurde, vieler anderer Großstädte der Monarchie verriet deutlich die Volkstümlichkeit des Gedankens eines Krieges mit Serbien und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die wenigen österreichischen und ungarischen Staatsmänner, die diesen folgenschweren Schritt unternahmen, die Gefühle, und man darf sogar sagen: die Entschlossenheit des Volkes — ausgenommen vermutlich in Teilen der von slawischen Rassen bewohnten Provinzen — richtig eingeschätzt haben. Weite Kreise hatte es stark enttäuscht, daß in der Annexionskrise von 1908 und wieder im Zusammenhang mit dem kürzlichen Balkankrieg der Krieg mit Serbien vermieden worden war. Die Friedenspolitik des Grafen Berchtold hatte in den Delegationen nur wenig Anklang gefunden. Jetzt waren die Schleusen geöffnet, und die gesamte Bevölkerung und Presse verlangte ungestüm eine unverzügliche und angemessene Bestrafung der verhaßten serbischen Rasse. Das Land war sicher des Glaubens, daß es bloß vor der Wahl stehe, Serbien zu unterwerfen oder früher oder später von ihm zerstückelt zu werden. Doch hätte eine friedliche Lösung zuerst versucht werden sollen. Nur wenige schienen sich zu überlegen, daß das gewaltsame Eingreifen einer Großmacht auf dem Balkan unfehlbar andere Großmächte auf den Plan bringen mußte. Für so gerecht sah man die Sache Österreichs an, daß es seinem Volke undenkbar erschien, irgendein Land könne sich ihm in den Weg stellen, oder Fragen der bloßen Politik oder des Prestiges könnten irgendwo für wichtiger gehalten werden als die entstandene Notwendigkeit, summarische Sühne für das Verbrechen von Serajewo zu erzwingen. Ich habe bereits die mir am 24. Juli vom deutschen Botschafter zum Ausdruck gebrachte Überzeugung berichtet, daß Rußland nicht eingreifen werde. Dies Gefühl, das auch am Ballplatz

herrschte, hat ohne Zweifel den Lauf der Ereignisse beeinflußt, und es ist bedauerlich, daß man sich nicht darum bemüht hat, durch diplomatische Unterhandlungen die Einwilligung Rußlands und ganz Europas für einen friedlichen Kompromiß in der serbischen Frage zu erlangen, durch den die österreichische Furcht vor serbischen Angriffen und Ränken für die Zukunft hätte beseitigt werden können. Statt diesen Weg einzuschlagen, entschloß sich die österreichisch-ungarische Regierung zum Kriege. Die unausbleibliche Folge trat ein. Rußland beantwortete eine Teilmobilmachung Österreichs und dessen Kriegserklärung an Serbien mit einer Teilmobilmachung gegen Österreich. Österreich begegnete diesem Zug durch die Vervollständigung seiner Mobilmachung und Rußland antwortete wieder mit Ergebnissen, die in die Geschichte übergegangen sind. Das Schicksal der von Seiner Majestät Regierung zur Erhaltung des Friedens gemachten Vorschläge ist im Weißbuch über die europäische Krise verzeichnet. Am 28. Juli sah ich Graf Berchtold und empfahl so dringend wie nur möglich die Annahme des am Tag vorher in Ihrer Unterhausrede erwähnten Vermittlungsvorschlags¹⁾, der eine ehrenvolle und friedliche Beilegung der schwebenden Frage darbot. Seine Exzellenz las mir selbst einen telegraphischen Bericht Ihrer Rede vor, fügte aber hinzu, die Dinge seien schon zu weit gediehen; Österreich werde am selben Tag an Serbien den Krieg erklären und könne auf keinen Fall die Konferenz annehmen, die nach Ihrem Vorschlag auf Grund der serbischen Antwort zwischen den weniger interessierten Mächten stattfinden sollte. Das sei eine Angelegenheit, die direkt zwischen den beiden unmittelbar beteiligten Parteien geregelt werden müsse. Ich bemerkte, Seiner Majestät Regierung würde mit Bedauern vernehmen, daß die Feindseligkeiten nicht mehr aufgehalten werden könnten, da Sie befürchteten, daß sie zu europäischen Verwicklungen führen würden. Ich bestritt, daß Großbritannien keine Sympathie für die berechtigten Beschwerden Österreichs gegen Serbien habe, und wies darauf hin, daß, während Österreich diese Beschwerden zum Ausgangspunkt seiner Politik zu machen scheine, Seiner Majestät Regierung die Frage in erster Linie vom Standpunkt der Erhaltung des europäischen Friedens aus betrachten müsse. Auf diese Weise könnten die beiden Länder leicht auseinander treiben.

Seine Exzellenz erklärte, auch er behalte die europäische Seite der Frage im Auge. Er meinte jedoch, Rußland habe nach Erhalt seiner Zusicherung, daß Österreich keinen Gebietserwerb anstrebe, kein Recht zur Einmischung. Seine Exzellenz bemerkte im Verlaufe des Gesprächs zu mir, er habe, obgleich er gerne zur Herbeiführung der Regelung, die während der Balkankrise aus der Botschafterkonferenz in London entstanden war, die Hand geliehen habe,

¹⁾ No. 190.

nie viel Vertrauen in die Dauerhaftigkeit jener Regelung gehabt, die notwendigerweise ein höchst künstliches Gebilde sei, weil die Interessen, die sie in Einklang zu bringen suchte, an sich viel zu weit auseinanderliefen. Seine Exzellenz verhielt sich während der ganzen Unterredung äußerst freundlich, aber ich hatte keinen Zweifel mehr über die Entschlossenheit der österreichisch-ungarischen Regierung, in Serbien einzumarschieren.

Die deutsche Regierung macht geltend, sie habe sich andauernd bis zum Schlusse bemüht, Ihre nacheinander im Interesse des Friedens gemachten Vorschläge in Wien zu unterstützen. Herr von Tschirsky unterließ es jedoch, mich oder den französischen und russischen Botschafter zur Mitwirkung bei Ausführung seiner diesbezüglichen Weisungen aufzufordern und ich vermochte nicht zu erfahren, welchen Bescheid er von der österreichisch-ungarischen Regierung erhielt. Dagegen hat mich der russische Botschafter Herr Schebeko über seine eigenen direkten Verhandlungen mit dem Grafen Berchtold völlig auf dem laufenden gehalten. Herr Schebeko bemühte sich am 28. Juli, die österreichisch-ungarische Regierung zu überreden, den Grafen Szapary zur Fortsetzung der hoffnungsvollen Besprechungen in St. Petersburg zu ermächtigen, die dort zwischen dem letzteren und Herrn Sasonow stattgefunden hatten. Graf Berchtold ging damals nicht darauf ein, aber zwei Tage später (30. Juli) empfing er — obschon Rußland mittlerweile seine Teilmobilmachung gegen Österreich angeordnet hatte — Herrn Schebeko wieder in vollkommen freundschaftlicher Weise und stimmte der Fortführung der Besprechungen in St. Petersburg zu. Von da an war die Spannung zwischen Rußland und Deutschland viel größer als zwischen Rußland und Österreich. Zwischen diesen beiden schien ein Übereinkommen fast in Sicht zu sein und am 1. August teilte mir Herr Schebeko mit, Graf Szapary habe endlich in der strittigen Hauptfrage nachgegeben, indem er Herrn Sasonow ankündigte, daß Österreich einwilligen wolle, diejenigen Punkte der Note an Serbien, die mit der Wahrung der serbischen Unabhängigkeit unvereinbar zu sein schienen, einer Vermittlung zu unterbreiten. Herr Sasonow, fügte Herr Schebeko hinzu, habe diesen Vorschlag unter der Bedingung angenommen, daß Österreich von einem wirklichen Einmarsch in Serbien absähe. Österreich hatte in der Tat schließlich nachgegeben und daß es selbst damals guter Hoffnung in bezug auf einen friedlichen Ausgang war, erhellt aus der Mitteilung, die Graf Mensdorff am 1. August Ihnen machte und die lautete, daß Österreich weder vor einem Kompromiß „die Türe zugeschlagen“ noch die Besprechungen abgeschnitten habe¹⁾. Herr Schebeko war bis zuletzt eifrig für den Frieden tätig. Er führte Graf Berchtold gegenüber die versöhnlichste Sprache und unterrichtete mich, daß dieser ebenso wie

¹⁾ No. 412.

Graf Forgach im selben Geiste geantwortet hätte. Gewiß konnte Rußland nicht gerade erwarten, daß Österreich seine Truppen zurückhalten werde, aber das hätte wahrscheinlich durch Verhandlungen beigelegt werden können, und Herr Schebeko sagte mir wiederholt, er sei bereit, jeden vernünftigen Kompromiß anzunehmen, wie zum Beispiel eine Vereinbarung, daß Österreich Belgrad besetzen oder sogar weiter nach Serbien hinein vorrücken dürfe, um die nötige Strafe aufzuerlegen, ehe es seine Aktion einstelle, vorausgesetzt, daß Rußland bei der schließlichen Regelung der serbischen Angelegenheiten mitzureden habe.

Unglücklicherweise wurden diese Besprechungen in St. Petersburg und Wien durch die Übertragung des Streites auf den gefährlicheren Boden eines unmittelbaren Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland abgeschnitten. Deutschland trat am 31. Juli mit seinen doppelten Ultimaten nach St. Petersburg und Paris dazwischen. Die Ultimaten waren von einer Art, auf die nur eine Antwort möglich ist, und Deutschland erklärte am 1. August an Rußland und am 3. August an Frankreich den Krieg. Ein Aufschub von ein paar Tagen würde aller Wahrscheinlichkeit nach Europa vor einem der größten Schicksalsschläge der Geschichte bewahrt haben.

Rußland vermied es noch immer, Österreich anzugreifen, und Herr Schebeko hatte Weisung erhalten, auf seinem Posten zu bleiben, bis die österreichisch-ungarische Regierung Rußland tatsächlich den Krieg erklärte. Das geschah erst am 6. August, als Graf Berchtold die ausländischen Botschaften und Gesandtschaften in Wien benachrichtigte, „der österreichisch-ungarische Botschafter in St. Petersburg sei beauftragt worden, der russischen Regierung zu notifizieren, daß Österreich-Ungarn sich im Hinblick auf die drohende Haltung Rußlands im österreichisch-serbischen Konflikt und die Tatsache, daß Rußland die Feindseligkeiten gegen Deutschland begonnen habe, als im Kriegszustand mit Rußland befindlich betrachte“.

Herr Schebeko reiste am 7. August in einem von der österreichisch-ungarischen Regierung besorgten Sonderzug unauffällig ab. Er hatte dringend darum ersucht, an die rumänische Grenze befördert zu werden, damit er von da nach seinem Heimatland weiterfahren könne, aber er wurde statt dessen an die Schweizer Grenze gebracht und zehn Tage später traf ich ihn in Bern.

Der französische Botschafter Herr Dumaine blieb bis zum 12. August in Wien. Am Tag vorher hatte er den Auftrag erhalten, seine Pässe mit der Begründung zu fordern, daß österreichische Truppen gegen Frankreich verwendet würden. Dieser Punkt war noch nicht voll aufgeklärt, als ich Wien verließ. Am 9. August gab Graf Berchtold Herrn Dumaine die kategorische Erklärung ab, daß keine österreichischen Truppen nach dem Elsaß befördert würden. Am andern Tag wurde diese Erklärung schriftlich durch eine weitere ergänzt, in der Graf Berchtold nicht nur versicherte, daß tatsächlich keine öster-

reichischen Truppen an die französische Grenze geschafft worden seien, sondern daß auch von Österreich aus keine in westlicher Richtung nach Deutschland befördert würden, um deutsche Fronttruppen etwa ersetzen zu können. Graf Berchtold gab diese beiden Erklärungen in Erwiderung auf bestimmte Fragen ab, die Herr Dumaine im Auftrag seiner Regierung an ihn richtete. Bei der Abreise des französischen Botschafters fanden keine feindlichen Kundgebungen statt, aber Seine Exzellenz hatte sich vorher mit Recht durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters von Wien an die vor der Rathaustreppe versammelte Menge gekränkt gefühlt, in der dieser dem Volk versicherte, in Paris sei die Revolution ausgebrochen und der Präsident der Republik ermordet worden.

Die britische Kriegserklärung an Deutschland wurde in Wien am 5. August mittags durch Extrablätter der Zeitungen bekanntgegeben. Am selben Tag erschien auch ein Auszug aus Ihren Unterhausreden und aus der Reichstagsrede des Kanzlers vom 4. August, sowie der Wortlaut des deutschen Ultimatums an Belgien. Sonst sind nur wenige Einzelheiten der großen Ereignisse in jenen Tagen durchgesickert. Die „Neue Freie Presse“ erging sich in wütenden Beschimpfungen Englands. Das „Fremdenblatt“ verhielt sich nicht anstößig, aber in den Spalten der Wiener Zeitungen erschien nur wenig oder nichts zur Aufklärung, daß die Verletzung der belgischen Neutralität Seiner Majestät Regierung keine andere Wahl als die Teilnahme am Krieg gelassen hatte.

Die Erklärung der italienischen Neutralität wurde in Wien bitter empfunden, aber in der Presse kaum erwähnt. Ihre Gründe wurden an anderer Stelle zur Genüge dargelegt. Am 4. August reiste Herzog Avarna plötzlich nach Rom, wo er ungefähr eine Woche lang blieb. Im Verlauf der zum Kriege führenden Krise und nach Rückkehr des Botschafters aus Rom bot sich mir häufig Gelegenheit zu Unterhaltungen mit Seiner Exzellenz; er war zwar während der zehnjährigen Dauer seiner Wiener Mission ein aufrichtiger Anhänger des italienischen Bündnisses mit den befreundeten Mächten, ihn hatte aber mit Recht die Art und Weise verletzt, in der, wie oben ausgeführt, die Interessen seines Landes in der serbischen Frage vom Ballplatz geflissentlich ignoriert worden waren.

Am 5. August hatte ich die Ehre, Ihre Weisung vom Tag vorher zu erhalten¹⁾, die mich auf den unmittelbaren Ausbruch des Krieges mit Deutschland vorbereitete, in der es jedoch weiterhin hieß, daß Sie, da Österreich zu jener Zeit als noch nicht im Kriegszustand mit Rußland und Frankreich befindlich galt, nicht wünschten, ich solle meine Pässe verlangen oder eine besondere Mitteilung an die österreichisch-ungarische Regierung richten. Gleichzeitig erklärten Sie, Seiner Majestät Regierung erwarte natürlich, daß Österreich keine Kriegshandlung

¹⁾ No. 618.

gegen uns begehe, ohne uns eine dem diplomatischen Brauch entsprechende Ankündigung gemacht zu haben.

Am Donnerstag morgen, dem 13. August, hatte ich die Ehre, Ihr Telegramm vom 12. zu erhalten¹⁾, wonach Sie genötigt waren, den Grafen Mensdorff auf Wunsch der französischen Regierung zu benachrichtigen, daß zwischen Frankreich und Österreich ein vollständiger Bruch eingetreten sei, weil Österreich an Rußland, das bereits auf Seiten Frankreichs kämpfe, den Krieg erklärt und Österreich unter Umständen, die eine direkte Bedrohung Frankreichs bedeuten, Truppen an die deutsche Grenze geschickt habe. Da auf diese Weise der Bruch mit Frankreich herbeigeführt worden sei, sollte ich meine Pässe fordern, und Ihr Telegramm besagte zum Schlusse, Sie hätten dem Grafen Mensdorff mitgeteilt, daß vom 12. August mitternachts an der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern bestünde.

Nachdem ich den amerikanischen Botschafter Herrn Penfield aufgesucht hatte, der sofort in der freundschaftlichsten Weise meiner Bitte willfahrte, Seine Exzellenz möge vorläufig während der bedauerlichen Unterbrechung der Beziehungen die britischen Interessen in Österreich-Ungarn wahrnehmen, begab ich mich mit meinem Botschaftsrat Herrn Theo. Russell zum Ballplatz. Graf Berchtold empfing mich gegen Mittag. Ich übermittelte meine Botschaft, auf die Seine Exzellenz nicht unvorbereitet zu sein schien, obwohl er mir sagte, eben sei zwar ein langes Telegramm des Grafen Mensdorff eingegangen, man habe es ihm aber noch nicht vorgelegt. Seine Exzellenz nahm meine Mitteilung mit der Höflichkeit entgegen, die ihn nie verläßt. Er beklagte die unglückseligen Verwicklungen, die solch gute Freunde wie Österreich und England in den Krieg zögen. Tatsächlich, fügte er hinzu, betrachte sich Österreich zurzeit noch nicht als mit Frankreich im Krieg befindlich, wenn auch die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abgebrochen seien. Ich erklärte mit wenigen Worten, wie uns die Umstände diesen unerwünschten Konflikt aufgezwungen hätten. Wir vermieden beide eine zwecklose Auseinandersetzung. Dann erlaubte ich mir, Seiner Exzellenz das Schicksal der zahlreich in Karlsbad, Wien und andern Orten der Monarchie gestrandeten britischen Untertanen zur Berücksichtigung zu empfehlen. Ich hatte darüber bereits mit ihm korrespondiert und Seine Exzellenz notierte sich meine Worte und versprach, zu prüfen, was zum Fortschaffen derselben geschehen könne, wenn der Drang der Mobilmachung vorüber sei. Graf Berchtold willigte ein, daß ich Herrn Phillpotts, bis dahin britischer Konsul in Wien unter Generalkonsul Sir Frederick Duncan, in der Eigenschaft eines „Chargé des Archives“ in der Botschaft zurücklasse. Er setzte voraus, daß, falls die österreichisch-ungarische Regierung eine ähnliche Vergünstigung in England wünsche, dies dort nicht verweigert würde.

¹⁾ No. 672.

Ich nahm mit aufrichtigem Bedauern von Graf Berchtold Abschied, da ich vom Tage meiner Ankunft in Wien vor nicht ganz neun Monaten viele Zeichen der Freundschaft und Achtung von Seiten Seiner Exzellenz empfang. Als ich ging, bat ich Seine Exzellenz, dem Kaiser Franz Joseph meine tiefste Ehrfurcht und zugleich meine Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, daß Seine Majestät diese traurigen Zeiten in ungeschwächter Gesundheit und Kraft überstehen möge. Graf Berchtold sagte, er werde meine Botschaft gerne übermitteln.

Graf Walterskirchen vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern wurde bestimmt, mir am andern Morgen meine Pässe zu bringen und mich mit den für meine Abreise am selben Abend (14. August) getroffenen Anordnungen bekanntzumachen. Im Laufe des Tages erschienen die Gräfin Berchtold und andere Damen der Wiener Gesellschaft, um sich von Lady de Bunsen auf der Botschaft zu verabschieden. Unser Sonderzug fuhr um 7 abends vom Bahnhof nach der Schweizer Grenze ab. Es fanden keine unangenehmen Zwischenfälle statt. Graf Walterskirchen hatte sich im Auftrag des Grafen Berchtold auf dem Bahnhof eingefunden. Die Reise ging infolge Überlastung der Linie unvermeidlich langsam vor sich. Wir langten am frühen Morgen des 17. August in Buchs an der Schweizer Grenze an. Auf der ersten Haltestelle hatten die zur Verladung kommenden Truppen und Bahnbeamte einiges Geschrei erhoben und Steine geworfen, aber wir kamen dadurch nicht in Ungelegenheiten, und auf den andern großen Stationen unseres Reisewegs bemerkten wir, daß umfassende Maßnahmen getroffen worden waren, um uns sowohl vor Belästigungen zu schützen als auch mit Lebensmitteln zu versorgen. Ich wurde nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die österreichisch-ungarische Regierung wünschte, die Fahrt sollte so bequem als nur möglich vonstatten gehen und mir sollte bei meiner Abreise alle dem Vertreter Seiner Majestät schuldige Achtung erwiesen werden. Ich wurde von meiner Familie und dem ganzen Botschaftspersonal begleitet, für dessen unermüdlichen Diensteifer und wirkungsvolle Hilfe in schwerer Zeit ich meinen aufrichtigen Dank aussprechen möchte. Die Schweizer Regierung bezeugte sich ebenfalls gefällig, indem sie auf unserer Reise von der Grenze nach Bern und — nach einem dreitägigen Aufenthalt dort — weiter nach Genf für unsere Bequemlichkeit sorgte. In Genf fanden wir, daß die französische Regierung auf die Bitte von Sir Francis Bertie alle Vorsorge für unsere rasche Beförderung nach Paris getroffen hatte. Wir langten am Samstag morgen, dem 22. August, in England an.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

*Im BB No. 161 (dort einige Änderungen und Auslassungen)
veröffentlicht*

Sir E. Goschen an Sir Arthur Nicolson

Erhalten 5. September

(Privat)

Berlin, Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Sie können sich denken, daß ich seit meiner Rückkehr hierher am Montag morgen gehörig zu tun hatte. Ich traf Jagow krank und müde, aber trotzdem optimistisch an — sein Optimismus beruhte, wie er mir erklärte, auf der Ansicht, daß Rußland nicht in der Lage sei, Krieg zu führen. Ich erwiderte ihm, das scheine mir eine ziemlich gefährliche Ansicht zu sein — besonders wenn sie von Österreich geteilt werde! Daß sie unter Österreichern, wenigstens unter einigen von ihnen, vorherrscht, bewies mir später am Tag Graf Szögyeni*, indem er mir später am Tag** sagte, ein *allgemeiner* Krieg sei ausgeschlossen, da Rußland weder Krieg führen könne noch wolle.

Jagow hat mir gegenüber so gut wie zugegeben, daß die serbische Antwort den österreichischen Forderungen *sehr* weit entgegenkomme; er gab aber auch zu, daß es Österreich ernst sei und daß — außer einer vollständigen Annahme seiner Forderungen — nichts, weder von Berlin aus noch anderswoher, es an der Bestrafung Serbiens hindern werde. Er versicherte mir wiederum, das österreichische Ultimatum sei Berlin vor seiner Überreichung nicht unterbreitet worden. Allgemein besteht hier, sogar unter Anhängern Österreichs, die Meinung, daß Österreich seine Note absichtlich brutal abfaßte, damit sie nicht angenommen werde.

Ich habe so ausführlich telegraphiert, daß ich Sie mit unnützen Wiederholungen nicht ermüden will. Meine größte diplomatische Schwierigkeit bestand darin, die Neugier Cambons hinsichtlich meiner wiederholten Besuche beim Kanzler zu befriedigen, ohne diesen in bezug auf Punkte, deren Geheimhaltung ich ihm versprechen mußte, zu verraten. Ich bin mehr denn Cambon davon überzeugt, daß sowohl der Kanzler als auch Jagow einen allgemeinen Krieg vermeiden möchten — wie auch die Meinung der Hitzköpfe und des Generalstabs sein mag. Das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die der meisten Diplomaten und vieler Deutscher. Cambon will das durchaus nicht gelten lassen und betrachtet Jagow, meines Erachtens zu Unrecht, als einen Junker der kriegerischsten Sorte. Dies widerspricht allem, was ich je von Jagow gehört habe, und widerspricht meiner eigenen Meinung von ihm. Wenn der Kanzler aber Krieg führt, dann nur, weil er dazu gezwungen wird. Jules

* In den österreichischen Akten Szögyény geschrieben.

** Im Original wie oben zweimal hintereinander „später am Tag“.

Cambon schilt mich andauernd, daß England seine Absichten so geheimhalte, und behauptet, die einzige Art und Weise, auf die ein allgemeiner Krieg verhütet werden könne, bestehe darin, daß Sir E. Grey *carrément* erkläre, England werde auf Seiten Frankreichs und Rußlands kämpfen. Doch ich sage ihm, daß eine derartige Erklärung beim jetzigen Stand der Dinge Deutschland zwar zu einer zögernden Haltung veranlassen, ebenso aber Rußland anspornen könne, und wenn Rußland Österreich angreife, müsse Deutschland dreinfahren, ob es die englische Flotte fürchtet oder nicht. Daß die britische Flotte Deutschland stark beschäftigt, ist ganz klar — das geht sowohl aus dem Kurssturz der großen Schiffsahrtaktien als auch aus anderen Anzeichen hervor. Friedländer, ungefähr der reichste Finanzmann Deutschlands, ist über die Möglichkeit, England könne hineingezogen werden, verzweifelt; (er suchte seine Aktien der Hamburg-Amerika-Linie abzustößen, konnte aber keinen Käufer dafür finden) und er gab einer Dame aus meinem Bekanntenkreis den Rat, sobald als möglich aus Berlin zu verschwinden, „weil“, wie er sagte, „einen Monat nach der Kriegserklärung Englands Berlin am Hungertuche nagen wird, und Sie werden nicht nur nichts zu essen bekommen, sondern — hungernde Menschenmengen sind auch immer gefährlich“. Ich höre tatsächlich von allen Seiten, daß die Finanz- und Industriekreise absolut gegen einen Krieg in jeder Form sind — namentlich aber gegen einen Krieg, der in seinem Ursprung deutsche Interessen nicht berührt. Jagow bemerkte vor einigen Tagen zu mir, Österreich sei so zum Krieg gegen Serbien entschlossen und befürchte dermaßen, daran gehindert zu werden, daß jeder Rat es wahrscheinlich veranlassen werde, schleunigst ein *fait accompli* zu schaffen¹⁾. Mag das nun wahr sein oder nicht — daß die österreichische Kriegserklärung (die, soweit ich beurteilen kann, hier nicht so rasch erwartet wurde) dem Hinweis, die serbische Antwort biete eine Grundlage für Unterhandlungen, unmittelbar auf dem Fuße folgte, dürfte jedenfalls als Beweis dafür gelten, daß Jagow in seiner Behauptung nicht weit fehlging. Er sagte gestern, er könne sich über das entschlossene Vorgehen Österreichs kaum wundern, da Serbien es faktisch dreimal zur Mobilmachung veranlaßt habe und trotz Versprechungen immer eine Brutstätte von Intrigen gegen die Doppelmonarchie geblieben sei. Das muß man zugeben, aber ich fragte ihn, ob er nicht auch glaube, daß ein großer Teil der serbischen Missetaten und Intrigen hätte vermieden werden können, wenn Österreich Serbien etwas großmütiger behandelt hätte, zum Beispiel durch Bewilligung eines Zugangs zur See. Jagow erwiderte, er habe während der letzten zwei Jahre nie eine Gelegenheit vorübergehen lassen, Österreich zu sagen: „Entweder behandelt Serbien gut und lebt in Frieden mit ihm oder ,avalez-la‘“. Österreich

¹⁾ Vgl. Nr. 281.

habe immer entgegnet, Serbien sei ein zu frecher Nachbar, als daß man friedlich mit ihm leben könne, und es zu verschlingen würde eine zu große Vermehrung der an sich schon zu zahlreichen slawischen Bevölkerung Österreichs bedeuten.

Bethmann Hollwegs „Angebot“ für unsere Neutralität muß eine Überraschung für Sie gewesen sein; mich hat es wenigstens sehr überrascht¹⁾. Seine Exzellenz bat mich etwa 10³⁰ abends zu sich; er erzählte mir, daß er gerade von einer Beratung in Potsdam komme, bei der der Kaiser, Admiral von Tirpitz und der Kriegsminister zugegen waren, daß er in zehn Minuten gegessen habe, und sich, müde wie er sei, nach unserer Unterredung noch lange mit Jagow werde besprechen müssen. Er benutzte bei seinem Gespräch mit mir Notizen in Maschinenschrift, die er mir jedoch nicht zeigen wollte. Ich fragte ihn, ob ich, da es sich um eine solch wichtige Sache handle, mein Telegramm gleich an Ort und Stelle aufsetzen und ihm dann vorlesen könne. Ich machte also einen Entwurf und las ihn vor. Er regte ein oder zwei kleine Änderungen an und bemerkte dann, genau das habe er gemeint. Er fragte mich, was ich davon halte. Ich sagte ihm offen, sein Vorschlag scheine mir nicht annehmbar zu sein, und ich hielte es jedenfalls nicht für wahrscheinlich, daß Seiner Majestät Regierung sich beim gegenwärtigen Stand der Dinge auf ein bestimmtes Verhalten festlegen lassen möchte. Ich würde das Telegramm jedoch wortgetreu, wie von ihm gebilligt, absenden. Früh am andern Morgen sprach Jagow bei mir vor und erwähnte eine Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Lichnowsky — der Bericht darüber war spät nachts, nachdem ich den Kanzler verlassen hatte, eingegangen. Wäre das früher der Fall gewesen, meinte Jagow, dann hätte der Kanzler nicht wie geschehen mit mir gesprochen. Aus dem, was Jagow im Gespräch fallen ließ, entnahm ich, daß Sir E. Grey Lichnowsky zu verstehen gab, wir würden vielleicht mit Rußland und Frankreich zusammengehen müssen — aber merkwürdigerweise habe ich bis jetzt (30. Juli 7⁰ abends) noch keine telegraphische Mitteilung dieser Besprechung erhalten. Auf alle Fälle schien Lichnowskys Bericht Jagow bedrückt zu haben — obwohl er die Offenheit und Aufrichtigkeit lobte, mit der Sir E. Grey gesprochen hatte²⁾.

31. Juli. Seit gestern haben sich die Ereignisse mit schwindelerregender Schnelligkeit entwickelt — so schnell in der Tat, daß es schwer war, mit ihnen Schritt zu halten. Zuerst kam die vom „Lokal-Anzeiger“ in Extrablättern verbreitete falsche Nachricht, daß Deutschland die Mobilmachung beschlossen habe. Dies wurde sofort amtlich durch andere Extrablätter dementiert. Der russische Botschafter, der Tags zuvor aus dem Urlaub zurückgekehrt war, telegraphierte die

¹⁾ No. 293.

²⁾ Vgl. No. 286, 305, 317.

falsche Nachricht chiffriert — und drahtete dann *en clair*, daß sie dementiert worden sei. Er hat das, wie er mir sagte, getan, weil er dachte, ein offenes Telegramm dürfte rascher befördert werden und vor dem chiffrierten nach St. Petersburg gelangen. Falls das offene Telegramm verzögert oder angehalten wurde, könnte das vieles erklären.

Heute morgen ging ich vor zehn Uhr zum Kanzler, um ihm die Antwort Sir E. Greys auf seinen „Neutralitäts“-Vorschlag zu überbringen¹⁾. Als ich in sein Zimmer trat, bemerkte er, ich käme *à point*, da er mich gerade hatte telephonisch zu sich bitten wollen. Darauf teilte er mir mit, er habe soeben Nachrichten von der russischen Grenze erhalten, die im Fall ihrer Bestätigung eine sehr ernste und gefährliche Lage schaffen würden und Deutschland zwingen könnten, der russischen Regierung eine schwerwiegende Mitteilung zu machen. Die fraglichen Nachrichten lauteten, daß die russische Regierung ihre Zollhäuser an der deutschen Grenze zerstört, ihre Amtsgebäude in der Nähe der Grenze verschlossen und ihre Kassen ins Innere gebracht habe*. Ich warf ein, daß mir diese Vorgänge, wenn wahr, weniger eine Bedrohung Deutschlands als vielmehr Vorsichtsmaßregeln zu sein schienen, um in einer offenkundig ernsten Lage jeder Eventualität gewachsen zu sein. Er behauptete im Gegenteil, daß die obigen Nachrichten zusammen mit anderen Berichten, die ihm aus Rußland und aus Schweden zugegangen seien, eine allgemeine Mobilmachung androhten; er hoffe es nicht und er sowohl wie der Kaiser täten auf die dringende Bitte des Zaren immer noch ihr möglichstes, um in Wien zu vermitteln, doch er befürchte das Schlimmste. Als unser Gespräch darüber beendet war, las ich ihm die Antwort Sir E. Greys auf den Neutralitätsvorschlag vor. Er schenkte ihr nur geringe Aufmerksamkeit und machte jedenfalls keine Bemerkung dazu; ich hinterließ ihm aber eine vollständige Paraphrase von Sir E. Greys Telegramm. Später sah ich Jagow, der die Ansicht des Kanzlers über den Ernst der Lage bestätigte.

London. (Hier brach mein Brief ab und ich hatte keine Zeit, ihn fortzusetzen, und keine Gelegenheit, ihn zu befördern.) Weder er noch der Kanzler haben jemals die Antwort Sir E. Greys auf den Neutralitätsvorschlag auch nur erwähnt und ich bin sicher, es war ihnen, oder doch jedenfalls Jagow, furchtbar peinlich, daß er überhaupt gemacht wurde. In der letzten Unterredung, die ich mit Jagow hatte, las ich ihm das Telegramm Sir E. Greys vor, wonach die in Hamburg angehaltenen britischen Schiffe trotz seiner Versprechungen nicht freigegeben wurden²⁾. Er sagte, das könne er nicht verstehen, da die

¹⁾ No. 303. Vgl. No. 336, 337 und 340.

²⁾ No. 585. Vgl. No. 402, 456.

* Vgl. Fußnote * auf Seite 333.

Befehle für ihre Freigabe ganz sicher aus Berlin abgegangen seien. Jagow erklärte, daß, als ich zum erstenmal mit ihm über die Schiffe — beim Kanzler — gesprochen, er sofort zum Kanzler ins Zimmer gegangen sei, wo sich Tirpitz zufällig befand, und er diesem die Angelegenheit vorgetragen habe. Tirpitz hätte *auf der Stelle* den Befehl zur Freigabe der Schiffe herausgeschrieben und dabei bemerkt: „Das muß sogleich geregelt werden, denn es ginge augenblicklich auf keinen Fall an, England zu verstimmen“ — „froisser l'Angleterre“ lautete der von Jagow gebrauchte Ausdruck. Wenn das wahr ist, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, zeigt es, wir sehr sie bis zum letzten Augenblick glaubten, England würde vielleicht nicht eingreifen.

W. E. G.

Sir E. Goschen hat am 4. September 1914 eine Abschrift dieses Briefes an Sir Arthur Nicolson geschickt. Der letzte Absatz wurde an diesem Tag hinzugefügt

Anhänge

Anhang A

*Hier der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note an Serbien, wie ihn Graf Mensdorff auftragsgemäß am 24. Juli 1914 Sir Edward Grey mitgeteilt hat:**

Le Gouvernement Impérial et Royal s'est vu obligé d'adresser jeudi le 23 de ce mois, par l'entremise du Ministre Impérial et Royal à Belgrade, la note suivante au Gouvernement Royal de Serbie:

„Le 31 mars, 1909, le Ministre de Serbie à Vienne a fait, d'ordre de son Gouvernement, au Gouvernement Impérial et Royal la déclaration suivante:

„„La Serbie reconnaît qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzégovine et qu'elle se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'article 25 du Traité de Berlin. Se rendant aux conseils des Grandes Puissances, la Serbie s'engage dès à présent à abandonner l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier, et elle s'engage, en outre, à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie pour vivre désormais avec cette dernière sur le pied d'un bon voisinage.““

Or, l'histoire des dernières années, et notamment les événements douloureux du 28 juin, ont démontré l'existence en Serbie d'un mouvement subversif dont le but est de détacher de la Monarchie austro-hongroise certaines parties de ses territoires. Ce mouvement, qui a pris jour sous les yeux du Gouvernement serbe, est arrivé à se manifester au delà du territoire du royaume par des actes de terrorisme, par une série d'attentats et par des meurtres.

Le Gouvernement Royal serbe, loin de satisfaire aux engagements formels contenus dans la déclaration du 31 mars, 1909, n'a rien fait pour supprimer ce mouvement: il a toléré l'activité criminelle des

* In der 1919 vom Staatsamt für Äußeres in Wien veröffentlichten französischen Ausgabe von Oe I weisen Schreibweise und Interpunktion leichte Unterschiede im Vergleich zum obigen Text auf.

différentes sociétés et affiliations dirigées contre la Monarchie, le langage effréné de la presse, la glorification des auteurs d'attentats, la participation d'officiers et de fonctionnaires dans les agissements subversifs, une propagande malsaine dans l'instruction publique, toléré enfin toutes les manifestations qui pouvaient induire la population serbe à la haine de la Monarchie et au mépris de ses institutions.

Cette tolérance coupable du Gouvernement Royal de Serbie n'avait pas cessé au moment où les événements du 28 juin dernier en ont démontré au monde entier les conséquences funestes.

Il résulte des dépositions et aveux des auteurs criminels de l'attentat du 28 juin que le meurtre de Sarajevo a été tramé à Belgrade, que les armes et explosifs dont les meurtriers se trouvaient être munis leur ont été donnés par des officiers et fonctionnaires serbes faisant partie de la „Narodna Odbrana“, et enfin que le passage en Bosnie des criminels et de leurs armes a été organisé et effectué par des chefs du service-frontière serbe.

Les résultats mentionnés de l'instruction ne permettent pas au Gouvernement Impérial et Royal de poursuivre plus longtemps l'attitude de longanimité expectative qu'il avait observée pendant des années vis-à-vis des agissements concentrés à Belgrade et propagés de là sur les territoires de la Monarchie; ces résultats lui imposent au contraire le devoir de mettre fin à des menées qui forment une menace perpétuelle pour la tranquillité de la Monarchie.

C'est pour atteindre ce but que le Gouvernement Impérial et Royal se voit obligé de demander au Gouvernement serbe l'énonciation officielle qu'il condamne la propagande dirigée contre la Monarchie austro-hongroise, c'est-à-dire l'ensemble des tendances qui aspirent en dernier lieu à détacher de la Monarchie des territoires qui en font partie, et qu'il s'engage à supprimer, par tous les moyens, cette propagande criminelle et terroriste.

Afin de donner un caractère solennel à cet engagement, le Gouvernement Royal de Serbie fera publier à la première page du „Journal officiel“ en date du 26 juin (13 juillet) l'énonciation suivante:

„Le Gouvernement Royal de Serbie condamne la propagande dirigée contre l'Autriche-Hongrie, c'est-à-dire l'ensemble des tendances qui aspirent en dernier lieu à détacher de la Monarchie austro-hongroise des territoires qui en font partie, et il déplore sincèrement les conséquences funestes de ces agissements criminels.

Le Gouvernement Royal regrette que des officiers et fonctionnaires serbes aient participé à la propagande susmentionnée et compromis par là les relations de bon voisinage auquel le Gouvernement Royal s'était solennellement engagé par sa déclaration du 31 mars, 1909.

Le Gouvernement Royal, qui désapprouve et répudie toute idée ou tentative d'immixtion dans les destinées des habitants de quelque

partie de l'Autriche-Hongrie que ce soit, considère de son devoir d'avertir formellement les officiers, les fonctionnaires et toute la population du royaume que dorénavant il procédera avec la dernière rigueur contre les personnes qui se rendraient coupables de pareils agissements qu'il mettra tous ses efforts à prévenir et à réprimer.““

Cette énonciation sera portée simultanément à la connaissance de l'Armée Royale par un ordre du jour de Sa Majesté le Roi et sera publiée dans le „Bulletin officiel“ de l'armée.

Le Gouvernement Royal Serbe s'engage en outre:

1° à supprimer toute publication qui excite à la haine et au mépris de la Monarchie et dont la tendance générale est dirigée contre son intégrité territoriale,

2° à dissoudre immédiatement la société dite „Narodna Odbrana“, à confisquer tous ses moyens de propagande, et à procéder de la même manière contre les autres sociétés et affiliations en Serbie qui s'adonnent à la propagande contre la Monarchie austro-hongroise; le Gouvernement Royal prendra les mesures nécessaires pour que les sociétés dissoutes ne puissent pas continuer leur activité sous un autre nom et sous une autre forme,

3° à éliminer sans délai de l'instruction publique en Serbie, tant en ce qui concerne le corps enseignant que les moyens d'instruction, tout ce qui sert ou pourrait servir à fomenter la propagande contre l'Autriche-Hongrie,

4° à éloigner du service militaire et de l'administration en général tous les officiers et fonctionnaires coupables de la propagande contre la Monarchie austro-hongroise et dont le Gouvernement Impérial et Royal se réserve de communiquer les noms et les faits au Gouvernement Royal,

5° à accepter la collaboration en Serbie des organes du Gouvernement Impérial et Royal dans la suppression du mouvement subversif dirigé contre l'intégrité territoriale de la Monarchie,

6° à ouvrir une enquête judiciaire contre les partisans du complot du 28 juin se trouvant sur territoire serbe;

des organes, délégués par le Gouvernement Impérial et Royal, prendront part aux recherches y relatives,

7° à procéder d'urgence à l'arrestation du Commandant Voija Tankosić et du nommé Milan Ciganović, employé de l'Etat serbe, compromis par les résultats de l'instruction de Sarajevo,

8° à empêcher, par des mesures efficaces, le concours des autorités serbes dans le trafic illicite d'armes et d'explosifs à travers la frontière;

à licencier et punir sévèrement les fonctionnaires du service-frontière de Schabatz et de Ložnica coupables d'avoir aidé les auteurs du crime de Sarajevo en leur facilitant le passage de la frontière,

9^o à donner au Gouvernement Impérial et Royal des explications sur les propos injustifiables de hauts fonctionnaires serbes tant en Serbie qu'à l'étranger, qui malgré leur position officielle n'ont pas hésité après l'attentat du 28 juin de s'exprimer dans des interviews d'une manière hostile envers la Monarchie austro-hongroise, enfin,

10^o d'avertir, sans retard, le Gouvernement Impérial et Royal de l'exécution des mesures comprises dans les points précédents.

Le Gouvernement Impérial et Royal attend la réponse du Gouvernement Royal au plus tard jusqu'au samedi, 25 de ce mois à 6 heures du soir.

Un mémoire concernant les résultats de l'instruction de Sarajevo à l'égard des fonctionnaires mentionnés aux points 7 et 8 est annexé à cette note."

Annexe

L'instruction criminelle ouverte par le Tribunal de Sarajevo contre Gavril Princip et consorts du chef d'assassinat et de complicité y relative — crime commis par eux le 28 juin dernier — a jusqu'ici abouti aux constatations suivantes:

1^o Le complot ayant pour but d'assassiner, lors de son séjour à Sarajevo, l'Archiduc François-Ferdinand fut formé à Belgrade par Gavril Princip, Nedeljko Čabrinović, le nommé Milan Ciganović et Trifko Grabež avec le concours du commandant Voija Tankosić.

2^o Les 6 bombes et les 4 pistolets Browning avec munition, moyennant lesquels les malfaiteurs ont commis l'attentat, furent livrés à Belgrade à Princip, Čabrinović et Grabež par le nommé Milan Ciganović et le commandant Voija Tankosić.

3^o Les bombes sont des grenades à la main provenant du dépôt d'armes de l'armée serbe à Kragujevac.

4^o Pour assurer la réussite de l'attentat, Ciganović enseigna à Princip, Čabrinović et Grabež la manière de se servir des grenades et donna, dans une forêt près du champ de tir à Topschider, des leçons de tir avec pistolets Browning à Princip et Grabež.

5^o Pour rendre possible à Princip, Čabrinović et Grabež de passer la frontière de Bosnie-Herzégovine et d'y introduire clandestinement leur contrebande d'armes, un système de transport secret fut organisé par Ciganović.

D'après cette organisation l'introduction en Bosnie-Herzégovine

des malfaiteurs et de leurs armes fut opérée par les capitaines-frontières de Chabac (Rade Popović) et de Ložnica ainsi que par le douanier Rudivoj Grbić de Ložnica avec le concours de divers particuliers.

Übersetzung*

Die k. und k. Regierung hat sich in die Notwendigkeit versetzt gesehen, durch die Vermittlung des k. und k. Gesandten in Belgrad am Donnerstag, den 23. d. M. folgende Note an die königlich serbische Regierung zu richten:

„Am 31. März 1909 hat der königlich serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der k. u. k. Regierung folgende Erklärung abgegeben:

„Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien und der Herzegowina geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde und daß es sich demgemäß den Entschlüssen anpassen wird, welche die Mächte in Bezug auf den Artikel XXV des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit dem vergangenen Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben.““

Die Geschichte der letzten Jahre nun und insbesondere die schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihrer Gebiete loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebietes des Königreiches durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die königlich serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldet das verbrecherische Treiben der verschiedenen, gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von

* Genau nach dem Wortlaut von Oe I No. 27 und No. 29.

Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldet eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterrichte und duldet schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die königlich serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Momente angedauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentates vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der „Narodna odbrana“ angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. u. k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. u. k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. u. k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die königlich serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organes vom 13./26. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren letztes Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die königlich serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer für eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere, Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches feierlich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.““

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organe der Armee veröffentlicht werden.

Die königlich serbische Regierung verpflichtet sich überdies:

1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;

2. sofort mit der Auflösung des Vereines „Narodna odbrana“ vorzugehen, deren gesamte Propagandamittel zu beschlagnahmen und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen; die königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen;

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterrichte in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren;

4. aus dem Militärdienste und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materiales der königlichen Regierung bekanntzugeben sich die k. u. k. Regierung vorbehält;

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. u. k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken;

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplottes vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden;

von der k. u. k. Regierung hiez zu delegierte Organe werden an den bezüglich Erhebungen teilnehmen;

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voijs Tankosić und eines gewissen Milan Ciganović, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind;

8. durch wirksame Maßnahme die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern;

jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei ihrem Eintreten nach Bosnien behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen;

9. der k. u. k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien sowohl als auch im Auslande, die, ihrer offiziellen Stellung ungeachtet, nicht gezögert haben, sich nach dem Attentate vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen;

10. die k. u. k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Die k. u. k. Regierung erwartet die Antwort der königlichen Regierung spätestens bis Samstag, den 25. d. M. um 5 Uhr nachmittags.

Ein Mémoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajevo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.“

Beilage

Die bei dem Gerichte in Sarajevo gegen Gavrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Mordes, beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajevo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gavrilo Princip, Nedeljko Čabrinović, einem gewissen Milan Ciganović und Trifko Grabež unter Mithilfe des Majors Voijs Tankosić gefaßt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen samt Munition, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Čabrinović und Grabež in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganović und dem Major Voija Tankosić verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4. Um das Gelingen des Attentates zu sichern, unterwies Ciganović den Princip, Čabrinović und Grabež in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topšider dem Princip und Grabež Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Čabrinović und Grabež den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganović organisiert.

Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und die Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popović) und Loznica sowie von dem Zollorgan Rudivoj Grbić von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Gleichzeitig hat Graf Mensdorff auftragsgemäß die folgende amtliche Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt:

Le 31 mars, 1909, le Gouvernement Royal serbe a adressé à l'Autriche-Hongrie la déclaration dont le texte est reproduit ci-dessus.

Le lendemain même de cette déclaration la Serbie s'est engagée dans une politique tendant à inspirer des idées subversives aux ressortissants serbes de la Monarchie austro-hongroise et à préparer ainsi la séparation des territoires austro-hongrois, limitrophes à la Serbie.

La Serbie devint le foyer d'une agitation criminelle.

Des sociétés et affiliations ne tardèrent pas à se former qui, soit ouvertement, soit clandestinement, étaient destinées à créer des désordres sur le territoire austro-hongrois. Ces sociétés et affiliations comptent parmi leurs membres des généraux et des diplomates, des fonctionnaires d'Etat et des juges, bref les sommités du monde officiel et inofficiel du royaume.

Le journalisme serbe est presque entièrement au service de cette propagande, dirigée contre l'Autriche-Hongrie, et pas un jour ne passe sans que les organes de la presse serbe n'excitent leurs lecteurs

à la haine et au mépris de la Monarchie voisine ou à des attentats dirigés plus ou moins ouvertement contre sa sûreté et son intégrité.

Un grand nombre d'agents est appelé à soutenir par tous les moyens l'agitation contre l'Autriche-Hongrie et à corrompre dans les provinces limitrophes la jeunesse de ces pays.

L'esprit conspirateur des politiciens serbes, esprit dont les annales du royaume portent les sanglantes empreintes, a subi une recrudescence depuis la dernière crise balcanique; des individus ayant fait partie des bandes jusque-là occupées en Macédoine sont venus se mettre à la disposition de la propagande terroriste contre l'Autriche-Hongrie.

En présence de ces agissements, auxquels l'Autriche-Hongrie est exposée depuis des années, le Gouvernement de la Serbie n'a pas cru devoir prendre la moindre mesure. C'est ainsi que le Gouvernement serbe a manqué au devoir que lui imposait la déclaration solennelle du 31 mars, 1909, et c'est ainsi qu'il s'est mis en contradiction avec la volonté de l'Europe et avec l'engagement qu'il avait pris vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie.

La longanimité du Gouvernement Impérial et Royal à l'égard de l'attitude provocatrice de la Serbie était inspirée du désintéressement territorial de la Monarchie austro-hongroise et de l'espoir que le Gouvernement serbe finirait tout de même par apprécier à sa juste valeur l'amitié de l'Autriche-Hongrie. En observant une attitude bienveillante pour les intérêts politiques de la Serbie, le Gouvernement Impérial et Royal espérait que le royaume se déciderait finalement à suivre de son côté une ligne de conduite analogue. L'Autriche-Hongrie s'attendait surtout à une pareille évolution dans les idées politiques en Serbie, lorsque, après les événements de l'année 1912, le Gouvernement Impérial et Royal rendit possible, par une attitude désintéressée et sans rancune, l'agrandissement si considérable de la Serbie.

Cette bienveillance manifestée par l'Autriche-Hongrie à l'égard de l'Etat voisin n'a cependant aucunement modifié les procédés du royaume, qui a continué à tolérer sur son territoire une propagande, dont les funestes conséquences se sont manifestées au monde entier le 28 dernier, jour où l'héritier présomptif de la Monarchie et son illustre épouse devinrent les victimes d'un complot tramé à Belgrade.

En présence de cet état de choses le Gouvernement Impérial et Royal a dû se décider à entreprendre de nouvelles et pressantes démarches à Belgrade afin d'amener le Gouvernement serbe à arrêter le mouvement incendiaire menaçant la sûreté et l'intégrité de la Monarchie austro-hongroise.

Le Gouvernement Impérial et Royal est persuadé qu'en entreprenant cette démarche il se trouve en plein accord avec les sentiments

de toutes les nations civilisées, qui ne sauraient admettre que le régicide devint une arme dont on puisse se servir impunément dans la lutte politique, et que la paix européenne fût continuellement troublée par les agissements partant de Belgrade.

C'est à l'appui de ce qui précède que le Gouvernement Impérial et Royal tient à la disposition du Gouvernement Royal de Grande-Bretagne un dossier élucidant les menées serbes et les rapports existant entre ces menées et le meurtre du 28 juin¹⁾.

Une communication identique est adressée aux représentants Impériaux et Royaux auprès des autres Puissances signataires.

Vous êtes autorisé de laisser une copie de cette dépêche entre les mains de M. le Ministre des Affaires Etrangères.

Vienne, le 24 juillet, 1914.

Mit Übersetzung im BB No. 4 veröffentlicht

Übersetzung*

Am 31. März 1909 hat die königlich serbische Regierung Österreich-Ungarn gegenüber die Erklärung abgegeben, deren Text oben wiedergegeben ist.

Aber schon vom nächsten Tage an hat sich Serbien in eine Politik eingelassen, die den Zweck verfolgte, subversive Ideen unter den Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie serbischer Nationalität wachzurufen und auf diese Weise die Losreißung der an Serbien grenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete vorzubereiten.

Serbien ward der Herd einer verbrecherischen Wühlarbeit.

Bald bildeten sich Gesellschaften und Zweigvereine, welche teils offenkundig, teils im Geheimen bestimmt waren, Unruhen auf dem österreichisch-ungarischen Territorium hervorzurufen. Diese Gesellschaften und Zweigvereine zählen zu ihren Mitgliedern Generäle, Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, kurz die Spitzen der offiziellen und nicht offiziellen Welt des Königreiches.

Die serbische Journalistik steht beinahe vollständig im Dienste dieser Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet ist und kein Tag vergeht, ohne daß die serbischen Preßorgane ihre Leser zum Hasse und zur Verachtung der Nachbarmonarchie oder zu Attentaten aufhetzen, die mehr oder weniger offen gegen ihre Sicherheit und Integrität gerichtet sind.

¹⁾ Vgl. No. 282.

* Genau nach dem Wortlaut von Oe I No. 29.

Eine große Anzahl von Agenten hat die Aufgabe, mit allen Mitteln die Agitation gegen Österreich-Ungarn aufrechtzuerhalten und in den Grenzgebieten die Jugend dieser Länder zu verführen.

Der Geist der Verschwörung, der den serbischen Politikern eigen ist, und dessen blutige Spuren die Annalen des Königreiches aufweisen, hat seit der letzten Balkankrise eine neue Belebung erfahren; Individuen, welche den Banden angehörten, die bisher in Mazedonien beschäftigt waren, haben sich der terroristischen Propaganda gegen Österreich-Ungarn zur Verfügung gestellt.

Angesichts dieser Treibereien, denen Österreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, hat die serbische Regierung nicht die geringste Maßnahme treffen zu sollen geglaubt. Hiedurch hat sie die Pflicht verletzt, die ihr die feierliche Erklärung vom 31. März 1909 auferlegte, und sich zu dem Willen Europas und zu der Verpflichtung, die sie Österreich-Ungarn gegenüber auf sich genommen hatte, in Widerspruch gesetzt.

Die Langmut der k. u. k. Regierung der provozierenden Haltung Serbiens gegenüber war von der territorialen Uneigennützigkeit der österreichisch-ungarischen Monarchie und von der Hoffnung eingegeben, daß die serbische Regierung schließlich doch den Wert der Freundschaft Österreich-Ungarns richtig einschätzen werde. Indem die k. u. k. Regierung eine wohlwollende Haltung den politischen Interessen Serbiens gegenüber beobachtete, gab sie sich der Hoffnung hin, daß sich das Königreich am Ende entschließen werde, auch seinerseits eine analoge Haltung einzunehmen. Österreich-Ungarn erwartete vor allem eine solche Evolution in den politischen Ideen Serbiens, als die Monarchie nach den Ereignissen des Jahres 1912 durch ihre uneigennützigte Haltung und ohne Groll die so bedeutende Vergrößerung Serbiens ermöglichte.

Dieses dem Nachbarstaate bewiesene Wohlwollen Österreich-Ungarns hat jedoch in keiner Weise das Verhalten des Königreiches modifiziert, welches fortfuhr, eine Propaganda auf seinem Gebiete zu dulden, deren unheilvolle Folgen sich am 28. Juni d. J. der ganzen Welt kundgetan haben, an dem Tage, an welchem der Thronfolger der Monarchie und seine erhabene Gemahlin die Opfer eines in Belgrad vorbereiteten Komplottes wurden.

Angesichts dieser Sachlage hat sich die k. u. k. Regierung entschließen müssen, neue und dringende Schritte in Belgrad zu unternehmen, um die serbische Regierung zu veranlassen, die brandstiftende Bewegung zum Stillstand zu bringen, welche die Sicherheit und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie bedrohte.

Die k. u. k. Regierung ist überzeugt, daß sie, indem sie diesen Schritt unternimmt, sich in vollem Einklange mit den Empfindungen aller zivilisierten Nationen befindet, die es nicht zulassen könnten, daß der Fürstenmord eine Waffe werde, deren man sich im politischen

Kämpfe straflos bedienen darf und daß der europäische Friede unaufhörlich durch die von Belgrad ausgehenden Umtriebe gestört werde.

Zur Unterstützung der vorstehenden Ausführungen hält die k. u. k. Regierung zur Verfügung der Regierung Großbritanniens eine Sammlung von Beweisstücken, welche die serbischen Umtriebe und die Beziehungen veranschaulichen, welche zwischen diesen Umtrieben und der Mordtat vom 28. Juni bestehen.

Eine identische Mitteilung ergeht an die k. u. k. Vertreter bei den anderen Signatarmächten.

Sie sind ermächtigt, eine Abschrift dieser Weisung dem Herrn Minister des Äußern zu hinterlassen.

Wien, den 24. Juli 1914.

Anhang B

*Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note
(am 27. Juli 1914 durch den serbischen Gesandten mitgeteilt)**

Le Gouvernement Royal serbe a reçu la communication du Gouvernement Impérial et Royal du 10 de ce mois et il est persuadé que sa réponse éloignera tout malentendu qui menace de gêner les bons rapports de voisinage entre la Monarchie austro-hongroise et le Royaume de Serbie.

Le Gouvernement Royal conscient que les protestations qui ont apparu tant de la tribune de la Skoupchtina nationale que dans les déclarations et les actes des représentants responsables de l'Etat, protestations qui furent coupées court par les déclarations du Gouvernement serbe, faites le 18 mars, 1909, ne se sont plus renouvelées vis-à-vis de la grande Monarchie voisine en aucune occasion et que, depuis ce temps, autant de la part des Gouvernements Royaux qui se sont succédés que de la part de leurs organes, aucune tentative n'a été faite dans le but de changer l'état de choses politique et juridique créé en Bosnie et Herzégovine, le Gouvernement Royal constate que sous ce rapport le Gouvernement Impérial et Royal n'a fait aucune représentation, sauf en ce qui concerne un livre scolaire, et au sujet de laquelle le Gouvernement Impérial et Royal a reçu une explication entièrement satisfaisante. La Serbie a de nombreuses fois donné des preuves de sa politique pacifique et modérée pendant la durée de la crise balkanique, et c'est grâce à la Serbie et au sacrifice qu'elle a fait

* Im Anhang B der britischen Dokumente sind die serbische Antwort (französisch) und die Bemerkungen der österreichisch-ungarischen Regierung dazu (englisch) einander gegenübergestellt, so wie unten auf Seite 572 ff. nach Oe II No. 96 geschehen ist. Oben aber wird zunächst die serbische Antwort französisch wiedergegeben und die Gegenüberstellung erfolgt unten in deutscher Sprache. Man beachte dort die Notiz rechts an der Spitze der österreichischen Bemerkungen, aus der hervorgeht, daß die englische Regierung anscheinend keine Kenntnis von diesen österreichischen Bemerkungen erhalten hat. — Die serbische Antwort in Oe II No. 47 weicht vielfach von dem obigen Text ab, der dem Foreign Office durch den serbischen Gesandten in London mitgeteilt wurde. Besondere Textunterschiede sind in Fußnoten angegeben.

dans l'intérêt exclusif de la paix européenne que cette paix a été préservée. Le Gouvernement Royal ne peut pas être rendu responsable pour les manifestations d'un caractère privé, telles que les articles des journaux et le travail paisible des sociétés, manifestations qui se produisent dans presque tous les pays comme une chose ordinaire et qui échappe, en règle générale, au contrôle officiel, d'autant moins que le Gouvernement Royal, lors de la solution de toute une série de questions qui se sont présentées entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie, a montré une grande prévenance et a réussi, de cette façon, à en régler le plus grand nombre au profit du progrès des deux pays voisins.

C'est pourquoi le Gouvernement Royal a été péniblement surpris par les affirmations, d'après lesquelles des personnes du Royaume de Serbie auraient participé à la préparation de l'attentat commis à Sarajevo; il s'attendait à ce qu'il soit invité à collaborer à la recherche de tout ce qui se rapporte à ce crime, et il était prêt, pour prouver son entière correction, à agir contre toutes les personnes à l'égard desquelles des communications lui seraient faites, se rendant donc au désir du Gouvernement Impérial et Royal*, est disposé à remettre au Tribunal tout sujet serbe, sans égard à sa situation et à son rang, pour la complicité duquel, dans le crime de Sarajevo, de preuves lui seraient fournies, et spécialement, il s'engage à faire publier à la première page du „Journal officiel“ en date du 13 (26) juillet, l'énonciation suivante:

„Le Gouvernement Royal de Serbie condamne toute propagande qui serait dirigée contre l'Autriche-Hongrie, c'est à dire l'ensemble des tendances qui aspirent en dernier lieu à détacher de la Monarchie austro-hongroise des territoires qui en font partie, et il déplore sincèrement les conséquences funestes de ces agissements criminels. Le Gouvernement Royal regrette que certains officiers et fonctionnaires serbes aient participé, d'après la communication du Gouvernement Royal et Impérial, à la propagande susmentionnée, et compromis par là les relations de bon voisinage auxquelles le Gouvernement Royal serbe était solennellement engagé par sa déclaration du 31 mars, 1909**, qui désapprouve et répudie toute idée ou tentative d'une immixtion dans les destinées des habitants de quelque partie de l'Autriche-Hongrie que ce soit, considère de son devoir d'avertir formellement les officiers et fonctionnaires et toute la population du royaume que, dorénavant, il procédera avec la dernière rigueur contre les personnes qui se rendraient coupables de pareils agissements, qu'il mettra tous ses efforts à prévenir et à réprimer.“

* Nach Oe II Nr. 47 ist hier einzufügen: le Gouvernement Royal.

** Nach Oe II No. 47 ist hier ein Punkt zu setzen und mit neuer Zeile zu beginnen: Le Gouvernement . . .

Cette énonciation sera portée à la connaissance de l'armée Royale par un ordre du jour, au nom de Sa Majesté le Roi, par Son Altesse Royale le Prince héritier Alexandre, et sera publié dans le prochain bulletin officiel de l'armée.

Le Gouvernement Royal s'engage en outre:

1. D'introduire dans la première convocation régulière de la Skoupchtina une disposition dans la loi de la presse, par laquelle sera punie de la manière la plus sévère la provocation à la haine et au mépris de la Monarchie austro-hongroise, ainsi que contre toute publication dont la tendance générale serait dirigée contre l'intégrité territoriale de l'Autriche-Hongrie. Il se charge, lors de la révision de la Constitution, qui est prochaine, à faire introduire dans l'article 22 de la Constitution un amendement de telle sorte que les publications ci-dessus puissent être confisquées, ce qui actuellement aux termes catégoriques de l'article 22 de la Constitution est impossible.

2. Le Gouvernement ne possède aucune preuve et la note du Gouvernement Impérial et Royal ne lui en fournit non plus aucune que la société „Narodna Odbrana“ et autres sociétés similaires aient commis jusqu'à ce jour quelques actes criminels de ce genre, par le fait d'un de leurs membres. Néanmoins, le Gouvernement Royal acceptera la demande du Gouvernement Impérial et Royal et dissoudra la société „Narodna Odbrana“ et toute autre société qui agirait contre l'Autriche-Hongrie.

3. Le Gouvernement Royal serbe s'engage à éliminer sans délais de l'instruction publique en Serbie tout ce qui sert ou pourrait servir à fomenter la propagande contre l'Autriche-Hongrie, quand le Gouvernement Impérial et Royal lui fournira des faits et des preuves de cette propagande.

4. Le Gouvernement Royal accepte de même à éloigner du service militaire ceux pour qui* l'enquête judiciaire aura prouvé qu'ils sont coupables d'actes dirigés contre l'intégrité du territoire de la Monarchie austro-hongroise, et il attend que le Gouvernement Impérial et Royal lui communique ultérieurement les noms et les faits de ces officiers et fonctionnaires aux fins de la procédure qui doit s'ensuivre.

5. Le Gouvernement Royal doit avouer qu'il ne se rend pas clairement compte du sens et de la portée de la demande du Gouvernement Impérial et Royal que la Serbie s'engage à accepter sur son territoire la collaboration des organes du Gouvernement Impérial et Royal, mais il déclare qu'il admettra la collaboration qui répondrait aux principes du droit international et à la procédure criminelle ainsi qu'aux bons rapports de voisinage.

6. Le Gouvernement Royal, cela va de soi, considère de son de-

* Anstatt „ceux pour qui“ heißt es in Oe II No. 47 nach militaire: et de l'administration les officiers et fonctionnaires pour lesquels . . .

voir d'ouvrir une enquête contre tous ceux qui sont ou qui, éventuellement auraient été, mêlés au complot du 15 juin, et qui se trouveraient sur le territoire du royaume. Quant à la participation à cette enquête des agents ou autorités austro-hongrois qui seraient délégués à cet effet par le Gouvernement Impérial et Royal, le Gouvernement Royal ne peut pas l'accepter, car ce serait une violation de la Constitution et de la loi sur la procédure criminelle; cependant dans des cas concrets des communications sur les résultats de l'instruction en question pourraient être données aux agents austro-hongrois.

7. Le Gouvernement Royal a fait procéder, dès le soir même de la remise de la note, à l'arrestation du Commandant Voislav Tankositch. Quant à Milan Ziganovitch, qui est sujet de la Monarchie austro-hongroise et qui jusqu'au 15 juin était employé (comme aspirant) à la direction des chemins de fer, il n'a pas pu encore être arrêté*.

Le Gouvernement austro-hongrois est prié de vouloir bien, dans la forme accoutumée, faire connaître le plus tôt possible, les présomptions de culpabilité ainsi que les preuves éventuelles de leur culpabilité qui ont été recueillies jusqu'à ce jour par enquête à Sarajevo, aux fins d'enquête ultérieure.

8. Le Gouvernement serbe renforcera et étendra les mesures prises pour empêcher le trafic illicite d'armes et d'explosifs à travers la frontière. Il va de soi qu'il ordonnera de suite une enquête et punira sévèrement les fonctionnaires des frontières sur la ligne Schabatz—Loznitza qui ont manqué à leurs devoirs et laissé passer les auteurs du crime de Sarajevo.

9. Le Gouvernement Royal donnera volontiers des explications sur les propos que ses fonctionnaires, tant en Serbie qu'à l'étranger, ont eu après l'attentat dans des interviews et qui, d'après l'affirmation du Gouvernement Impérial et Royal, ont été hostiles envers la Monarchie, dès que le Gouvernement Impérial et Royal lui aura communiqué les passages en question de ces propos, et dès qu'il aura démontré que les propos employés ont, en effet, été tenus par lesdits fonctionnaires, quoique le Gouvernement Royal lui-même aura soin de recueillir des preuves et convictions.

10. Le Gouvernement Royal informera le Gouvernement Impérial et Royal de l'exécution des mesures comprises dans les points précédents en tant que cela n'a pas été déjà fait par la présente note, aussitôt que chaque mesure aura été ordonnée et exécutée.

Dans le cas où le Gouvernement Impérial et Royal ne serait pas satisfait de cette réponse, le Gouvernement serbe, considérant qu'il est de l'intérêt commun de ne pas précipiter la solution de cette question, est prêt comme toujours d'accepter une entente pacifique,

* In Oe II No. 47 heißt es statt arrêté: découvert et un mandat d'amener a été lancé contre lui.

soit en remettant cette question à la décision du Tribunal international de La Haye, soit aux Grandes Puissances qui ont pris part à l'élaboration de la déclaration que le Gouvernement serbe a faite le 18 (31) mars 1909.

Belgrade, le 12 (25) juillet, 1914.

Mit Übersetzung im BB No. 39 veröffentlicht

Deutsche Übersetzung der Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note nach Oe II No. 47 und 96.

Die königlich serbische Regierung hat die Mitteilung der k. u. k. Regierung vom 10. d. M. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, welches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Königreiche Serbien zu stören droht.

Die königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlasse jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdrucke gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiters, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen

*Am 27. Juli hat die österreichisch-ungarische Regierung, bei Übermittlung der Antwort der serbischen Regierung an Graf Mensdorff und andere Botschafter zur Regelung ihrer Sprache, die folgenden Anmerkungen angefügt; diese wurden dem Foreign Office amtlich nicht mitgeteilt und man hat sie dort anscheinend gar nie zu Gesicht bekommen**

Anmerkungen

Die königlich serbische Regierung beschränkt sich darauf festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von Seite der serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Änderung der Stellung Bosniens und der Herzegowina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser

* Diese Notiz rechts steht in den britischen Dokumenten an der Spitze der Anmerkungen der österreichisch-ungarischen Regierung, während links über dem französischen Wortlaut der serbischen Antwort die Notiz auf Seite 568 steht. Siehe dort auch Fußnote *. Der Wortlaut ist hier genau nach Oe II No. 96.

einander folgenden Regierungen des Königreiches noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die königliche Regierung stellt fest, daß die k. u. k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellungen erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die k. u. k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Die königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften ist, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies umsoweniger, als die königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zu Gunsten des Fortschrittes der beiden Nachbarländer zu lösen.

Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundnachbarliches Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Behauptung der königlich serbischen Regierung, daß die Äußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht im vollen Widerspruche zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechtes, das einen öffentlich rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Übrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirken im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Sarajevo verübten Attentates teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden und war bereit, um ihre volle Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Den Wünschen der k. u. k. Regierung entsprechend ist die königliche Regierung somit bereit, dem Gerichte ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Sarajevoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten; sie verpflichtet sich insbesondere, auf der ersten Seite des Amtsblattes vom 13./26. Juli folgende Enunziation zu veröffentlichen:

„Die königlich serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Diese Behauptung ist unrichtig; die serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Unsere Forderung lautete:

„Die königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda . . .“

Die von der königlich serbischen Regierung vorgenommene Änderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht oder daß ihr eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desa-

vouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Die von uns geforderte Formulierung lautete:

Die königliche Regierung bedauert, daß laut Mitteilung der k. u. k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt und daß diese damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer für eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere, Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches feierlich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.“

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die königliche Regierung verpflichtet sich weiters:

„Die königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre . . . mitgewirkt haben . . .“

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatze „laut der Mitteilung der k. u. k. Regierung“ verfolgt die serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Wir hatten gefordert:

1. Anlässlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentrittes der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich anlässlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

„1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.“

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolge dienen sollen, u. zw.:

a) ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, umsomehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, da er uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, das die Konfiskation gestatten würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also voll-

kommen unbefriedigend — dies umsomehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden und daß im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlage durch die Skupschtina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. u. k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein „Narodna odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die königliche Regierung die Forderung der k. u. k. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna odbrana“ sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Die monarchiefeindliche Propaganda der „Narodna odbrana“ und der ihr affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon, ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

Die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren; die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so daß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der „Narodna odbrana“, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

3. Die königlich serbische Regierung verpflichtet sich, ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterrichte in Serbien alles auszuschneiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. u. k.

Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst Nachweise dafür, daß im öffentlichen Unterrichte Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda getrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen

Regierung tatsächliche Nachweise für diese Propaganda liefert.

Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstændenden Stoff enthalten und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der „Narodna odbrana“ und der ihr affilierten Vereine steht.

Übrigens hat die serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderung nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Text den von uns gewünschten Beisatz „sowohl was den Lehrkörper als auch was die Lehrmittel anbelangt“ wegließ — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

4. Die königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienste zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die k. u. k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Indem die königlich serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheint unsere Forderung auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

5. Die königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. u. k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die königlich serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihrem Ge-

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig etwas zu tun, wie das Strafprozeßrecht; es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher un-

biete die Mitwirkung von Organen der k. u. k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jene Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechtes und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

6. Die königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplote vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hiezu speziell delegierten Organen der k. u. k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von dem Ergebnisse der Untersuchung gemacht werden.

verständlich und wäre bei ihrer vagen, allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Abkommens zu führen.

Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzuverstehen. Wir begehren:

1. Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer am Komplote.

2. Die Mitwirkung von k. u. k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen („recherches“ im Gegensatz zu „enquête judiciaire“).

Es ist uns nicht aufgefallen, k. u. k. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen; sie sollten nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken, welche das Materiale für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die serbische Regierung uns hier mißversteht, so tut sie dies bewußt, denn der Unterschied zwischen „enquête judiciaire“ und den einfachen „recherches“ muß ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünscht, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe am polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeiliche Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen

Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

7. Die königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voislav Tankosić verfügt.

Was aber den Milan Ciganović anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. u. k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung so bald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Sarajevo gesammelten Schuldbe-weise in der üblichen Form bekanntzugeben.

8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen wegen Unterdrückung des Schmuggels von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Šabac—Ložnica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die königliche Regierung ist gerne bereit, Aufklärung über die Äußerungen zu geben, welche ihre

Diese Antwort ist hinterhältig.

Ciganović ging laut der von uns veranlaßten Nachforschungen drei Tage nach dem Attentate, als bekannt wurde, daß Ciganović an dem Komplotte beteiligt sei, auf Urlaub und begab sich über Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Ciganović schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienste schied. Hiezu kommt, daß der Polizeipräsident von Belgrad, der die Abreise des Ciganović selbst veranlaßt hat und der wußte, wo dieser sich aufhalte, in einem Interview erklärte, ein Mann namens Milan Ciganović existiere in Belgrad nicht.

Der königlich serbischen Regierung müssen die bezüglichen Interviews ganz genau bekannt sein.

Beamten in Serbien und im Auslande nach dem Attentate in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. u. k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. u. k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hiefür zu sammeln.

10. Die königliche Regierung wird, insofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. u. k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die königlich serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. u. k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben.

Wenn sie von der k. u. k. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch diese Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

